

ED 718-24-1

Band 24: Materialien zur Ostermarschbewegung
März 1965 - Okt. 1965

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7842190	Best. ED 718
Rep. Braun	Kat.

24



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

29. 9. 65

30. 9. 65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Filmveranstaltung im Rahmen der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung".

Bei der Filmveranstaltung, die der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung heute im Rahmen seiner Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" im Cantate-Saal durchführte, konnte neben dem Antikriegsfilm "Wege zum Ruhm" lediglich der nordvietnamesische Film "Der Zaunkönig" gezeigt werden.

Wie der Sprecher des Hessischen Ausschusses, Klaus Vack, zu Beginn der Veranstaltung mitteilte, gab es große Schwierigkeiten bei der Filmbeschaffung. Bereits vor einem Monat habe man sich von der Kampagne für Abrüstung an die Botschaften der Vereinigten Staaten und Südvietnams in Bonn gewandt sowie an das frankfurter Amerika-Haus und an die Botschaften Nordvietnams, Chinas sowie an die Defa-Filmstelle in Ostberlin.

Von südvietnamesischer Seite sei nicht einmal eine Antwort eingetroffen und das Amerikahaus in Frankfurt hätte mitgeteilt, die amerikanische Botschaft in Bonn besitze einen Film über das Vietnamproblem, der auf dem amerikanischen Weißbuch zu dieser Frage basiert, aber leider nicht verfügbar sei. Vack stellte fest, ausdrücklich habe man dem Amerikahaus daraufhin noch einmal mitgeteilt, daß man beim Hessischen Ausschuß zu der Filmveranstaltung großen Wert darauf legt, die verschiedenen Standpunkte aller Seiten bekanntzumachen. Das Amerikahaus sei jedoch bei seiner ablehnenden Haltung geblieben. Auch die Versuche, einen französischen Film zu bekommen, seien gescheitert, erklärte Vack.

Auch bei den Bemühungen, von östlicher Seite Filme zu bekommen, sei man auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Verschiedene Filme, die man evtl. hätte bekommen können, seien von einer bonner Zensurstelle, dem Interministeriellen Ausschuß für Ost-West-Filmfragen, nicht zur Vorführung freigegeben worden. So habe sich z.B. ein Filmimporteur in der Bundesrepublik sehr bemüht, den polnischen Film "Bambus - Mein Bruder" zu beschaffen, der jedoch nach einer Auskunft des Bundesministeriums für Wirtschaft "unter das Verbot des Gesetzes zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961 fällt." So konnte lediglich erreicht werden, daß der Film "Der Zaunkönig" aus Nordvietnam eingeführt werden durfte.

Vack kritisierte nicht so sehr die Schwierigkeiten, die bei der Einführung östlicher Filme entstanden sind, wandte sich dafür aber sehr scharf gegen die Tatsache, daß es trotz vielfacher Anstrengungen nicht möglich war, mindestens einen Film zu bekommen, in dem der amerikanische Standpunkt zu dem Krieg in Vietnam dargestellt wird. Scheinbar sei man von dieser Seite garnicht daran interessiert, den eigenen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung" findet am morgigen Donnerstag, 20 Uhr im Studentenhaus, Frankfurt, Jügelstr. 1 (Nähe Universität) statt. Unter anderen diskutieren der Gewerkschaftsredakteur Heinz Brandt, Dozent Gerhard Grüning, Gewerkschaftssekretär Rudolf Segall, Journalist Herbert Mayer und der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Herbert Stubenrauch. Zur Diskussion stehen folgende Fragen: Gefährdet der nationale Befreiungskampf den Weltfrieden? - Ist der Kolonialismus im 20. Jahrhundert noch ein Problem? - Bekämpft die "reiche Welt" die "arme Welt" in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und sozialer, kultureller, religiöser Freiheit?

Offenbach, 29. Sept. 1965, 22 Uhr - Vack

ED 718-24-3
29.9.65
29.9.65

*Ich hörte schon so Vieles sagen
von Kampf und Lärm
und Kriegsgeschrei,
wenn hinten weit in der Türkei
die Völker aufeinanderschlagen.*

**Woche
gegen den Krieg in Vietnam
für weltweite
Abrüstung und Entspannung**

**vom 28. September - 4. Oktober 1965
in Frankfurt am Main**

**Veranstalter:
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner**



Woche gegen den

Dienstag, 28. 9.
18.15 Uhr

Eröffnungskundgebung

Rathaus-Neubau (Rathauskasino),
Alte Mainzer Gasse 4

Themen und Redner:

„Liberales Frankfurt“ – eine Phrase?
Rudolf Rolfs, Frankfurt

Deutschland, die Europäische Sicherheit
und der Weltfrieden
Hans-Heinz Holz, Köln

Vietnam und wir
Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin

Schluß mit den Kriegen in Südostasien
Heinrich Buchbinder, Zürich

Mittwoch, 29. 9.
20.00 Uhr

Filmveranstaltung

Cantate-Saal, Großer Hirschgraben 17–19

Wir zeigen Filme über Vietnam

Donnerstag, 30. 9.
20.00 Uhr

Podiumsdiskussion

Studentenhaus, Jügelstraße 1 (Nähe Universität)

Gefährdet der nationale Befreiungskampf den Weltfrieden? – Ist der Kolonialismus im 20. Jahrhundert noch ein Problem? – Bekämpft die „reiche Welt“ die „arme Welt“ in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und sozialer, kultureller, religiöser Freiheit?

Über diese Fragen diskutieren: Heinz Brandt, Gewerkschaftsredakteur; Gerhard Grüning, Dozent; Rudolf Segall, Gewerkschaftssekretär; Herbert Mayer, Journalist; Herbert Stubenrauch, Lehrer, u. a.

für weltweite Entspä

ED 718 → 24-4

im Rahmen der »**Woche gegen den Krieg in Vietnam**
— **für weltweite Abrüstung und Entspannung**«

vom 28. 9. — 4. 10. 1965 laden wir ein zu einer

Filmveranstaltung

Mittwoch, 29. September 1965, 20.00 Uhr

Cantate-Saal, Frankfurt, Großer Hirschgraben 17-19

Wir zeigen Filme über Vietnam

**Bitte weitergeben und
Freunde mitbringen!**



**Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner**
Hessischer Ausschuß
Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Verantwortlich: Fritz Strass, Wiesbaden
Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt am Main

ED 718-24-5

Gefährdet der nationale Befreiungskampf den Weltfrieden? — Ist der Kolonialismus im 20. Jahrhundert noch ein Problem?

Bekämpft die »reiche Welt« die »arme Welt« in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und sozialer, kultureller, religiöser Freiheit?

Über diese Fragen diskutieren

Heinz Brandt, Gewerkschaftsredakteur

Gerhard Grüning, Dozent

Rudolf Segall, Gewerkschaftssekretär

Herbert Mayer, Journalist

Herbert Stubenrauch, Lehrer

**Donnerstag, den 30. Sept. 1965,
20.00 Uhr im Studentenhaus,
Frankfurt/M., Jügelstr.1 (Nähe Uni.)**

Diese Veranstaltung findet im Rahmen der
**»Woche gegen den Krieg in Vietnam
— für weltweite Abrüstung und
Entspannung«** vom 28.9. bis 4. 10. 1965 statt.



Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß

Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Verantwortlich: Fritz Strass, Wiesbaden, Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt

Im Rahmen der »**Woche gegen den Krieg in Vietnam**
— **für weltweite Abrüstung und Entspannung**«

vom 28.9.—4. 10. 1965 laden wir ein zu einer

Matinee-Veranstaltung

Sonntag, den 3. 10. 1965, 10.30 Uhr

Resistenztheater „Die Maininger“, Neue Rothofstr. 26 a

Es werden Briefe, Aufsätze, Lyrik, Prosa aus und über Vietnam
gelesen.

**Bitte weitergeben und
Freunde mitbringen!**



Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Verantwortlich: Fritz Strass, Wiesbaden
Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt am Main

Krieg in Vietnam

ED 748-24-2

Von Freitag 10.00 Uhr bis Samstag 18.00 Uhr findet ein **32-Stunden-Protest vor dem amerikanischen Generalkonsulat**, Siesmayerstraße, statt. Eine vorher personell feststehende Gruppe von 30 Personen wird diese Mahnwache durchführen. Interessenten, die teilnehmen möchten, werden gebeten, bis spätestens Donnerstag, 30. 9., mit dem verantwortlichen Leiter dieser Aktion, Alfred Riedel (Tel. 88 60 51 / 52, über Geschäftsstelle), Kontakt aufzunehmen. Bei dieser Aktion wird u. a. ein Offener Brief an US-Präsident Johnson zur Unterschriftensammlung ausgelegt. Parallel zu dem 32-Stunden-Protest, also zum gleichen Zeitpunkt, wird an der Großen Bockenheimer Straße (gegenüber Opernplatz) ein **großer Informationsstand** errichtet, bei dem Informationstafeln, großformatige Bilder u. ä. ausgestellt werden. Außerdem werden an dem Informationsstand und in der frankfurter Innenstadt Flugblätter und Aufklärungsmaterial verteilt, sowie ebenfalls Unterschriften für den Brief an US-Präsident Johnson gesammelt.

Für diese Aktionen benötigen wir viele Mitarbeiter. Wir haben deshalb am Freitag und Samstag eine **ständige Zentrale im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5**, eingerichtet. Jeder, der für einige Stunden mitmachen kann, wird gebeten, im Club Voltaire vorzusprechen.

Matinee-Veranstaltung

im Resistenz-Theater „Die Maininger“,
Neue Rothofstraße 26 a

Es werden Briefe, Aufsätze, Lyrik, Prosa aus und über Vietnam gelesen.

Abschlußkundgebung

auf dem Römerberg, mit anschließender Fackeldemonstration durch die Frankfurter Innenstadt.

Freitag, 1. 10.
Samstag, 2. 10.

Sonntag, 3. 10.
10.30 Uhr

Montag, 4. 10.
18.00 Uhr

ung und Abrüstung

Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit — oder Erhaltung von Prestige und Machtpositionen?

Täglich zerstören amerikanische Bomberverbände Brücken, Staudämme, Industrieanlagen, Dörfer, Städte, Menschen — und andere „strategisch wichtige Punkte“. 128 000 amerikanische Soldaten befinden sich im Kampf gegen die Vietcong-Bewegung, die „Nationale Befreiungsfront“ (FNL) von Südvietnam.

Täglich werden Gefangene gemacht und grausam gefoltert. Täglich geben die USA über eine Million Dollar für einen Krieg aus, von dem sie jahrelang behaupteten, daß er nicht stattfindet. Täglich wächst die Gefahr, daß der „kleine Vietnam-Krieg“ in die allgemeine Weltvernichtung umschlägt.

Worum geht es in diesem Krieg?

Die Amerikaner, die Bundesregierung und ein Großteil unserer Presse sagen: Um die Verteidigung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes des vietnamesischen Volkes gegen die kommunistischen Aggressoren.

Die Vietcong, General de Gaulle, viele andere ausländische Staatsmänner und die liberale Weltpresse meinen: In Vietnam kämpft ein Volk um Freiheit und Selbstbestimmung gegen ein korruptes System und die Weltmacht USA.

Bilden Sie sich ein eigenes Urteil — unabhängig von vorfabrizierten Meinungen. Die Kampagne für Abrüstung leistet ihnen dabei mit mehreren Veranstaltungen Orientierungshilfen und versucht die großen Worte Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung mit dem Alltag des schmutzigen Krieges in Vietnam zu konfrontieren.

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um die Bemühungen der Kampagne für Abrüstung um den Weltfrieden und für Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen, dann wenden Sie sich an: Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Postscheckkonto Ffm. 57648.



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

28.9.65

29.9.65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

WOCHE "GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG
UND ENTSPANNUNG" IN FRANKFURT ERÖFFNET.

Heute eröffnete der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - im Großen Saal im Rathaus - Neubau mit einer gut besuchten Kundgebung die Veranstaltungswoche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung". Der Sprecher des Ausschusses, Klaus Vack, kritisierte noch einmal die Entscheidung des Magistrates der Stadt Frankfurt unter Oberbürgermeister Professor Dr. Willi Brundert, der für diese Veranstaltung die Paulskirche nicht zur Verfügung gestellt hatte. Vack verlas ein Schreiben des Ortsverbandes Frankfurt der Humanistischen Union, in dem diese Organisation feststellte, diese Entscheidung dürfte zwar formal noch innerhalb der Legalität liegen, "vom Geist unserer Verfassung läßt sie freilich nichts verspüren, ganz zu schweigen vom Geist der Paulskirche selbst".

Aus Anlaß der jüngsten Repressalien der frankfurter Magistratsverwaltung gegen die Kampagne für Abrüstung sprach der Leiter des frankfurter Kabarets "Die Schmiere", Rudolf Rolfs, zu dem Thema " 'Liberales Frankfurt' - eine Phrase ? ". Rudolf Rolfs sagte unter anderem:

"Diese Schikanen sind letztlich Meinungsmache. Die Verwaltung ist bemüht, der Bequemlichkeitssüchtigen Bevölkerung uns als die Unbequemen darzustellen. Was müssen das denn für welche sein, die auf Verbrechen in Vietnam aufmerksam machen wollen und den Bürger hierzulande veranlassen, möglicherweise wegen einer durch so eine Demonstration bedingten Verzögerung 10 Minuten zu spät zum Mittagessen zu kommen? Steter Polizeieinsatz soll es schaffen, daß es weniger Demonstranten werden...

... Ich verspreche Ihnen, meine Herren der frankfurter Stadtverwaltung und des Magistrates: Wären nicht die Amerikaner die Aggressoren in Vietnam und die bestialischen Untaten sägen wir, von Russen begangen, so würde ich nicht anders zum Protest aufrufen als heute. Ich unterscheide im Gegensatz zu hiesigen Verwaltungsstellen nicht zwischen den Urhebern von Unmenschlichkeiten, sondern ich prangere die Unmenschlichkeit an, ohne Rücksicht auf taktische Überlegungen. Wenn sich das amerikanische Generalkon-

-2-

sulat in Frankfurt befinde, so hieße es wohl, die Gastfreundschaft übertreiben, wenn ich der Gastfreundschaft zuliebe, über Massenmord den Schleier der Pietät breite. Ich frage den Magistrat der Stadt Frankfurt - und erbitte mir nur eine Antwort, wenn sie ehrlich ist - : kämen die bestialischen Untaten und der Krieg in Vietnam auf das russische Konto, säßen wir dann bei unserer Kundgebung gegen den Krieg nicht hier im Rathaus-Neubau, sondern in der Paulskirche?"

Zu dem Thema "Deutschland, die europäische Sicherheit und der Weltfrieden" sagte der Publizist Hans Heinz Holz u.a.:

"Die Bedrohung des Weltfriedens entsteht durch die Konfrontation der Großmächte. Das führt dazu, daß die Eskalation erst dann aufhört, wenn alle Mittel eingesetzt sind. Falsches Prestigedanken führt dazu, daß lokale Konfliktsituationen zu einem weltpolitischen Problem gemacht werden. Wir müssen in der Bundesrepublik dazu beitragen, die Spannungen in Europa mit abzubauen, die weltpolitische Konfrontation zu vermindern und damit die Voraussetzungen zu schaffen, daß an die Stelle der Konfrontation eine Koexistenz tritt."

Als nächster Redner sprach zu dem Thema "Vietnam und wir" der ordentliche Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim. Ausgehend von der Idee, daß Gewalt auch in gerechter Sache Mord und Zerstörung bringt, betonte der Redner, daß der Krieg in Vietnam von keiner Seite gewonnen werden kann. Die Fortführung könne nur zu weiteren Verwüstungen führen. Beide Seiten müßten immer wieder aufgefordert werden, zu verhandeln und einen Kompromiß anzunehmen. Da die USA als ausländische Macht in Vietnam engagiert seien, sollte die US-Regierung die Initiative ergreifen und vorschlagen, dort überall, wo fremde Truppen stehen, die Bevölkerung in freier Abstimmung darüber entscheiden zu lassen, ob die Truppen dort verbleiben sollen. Auch wenn die Gegenseite in den von ihr besetzten Gebieten keine Abstimmung wagt, sollten die USA in "ihrem Bereich" die Abstimmung durchführen. Sollte das Volk in Vietnam sich für den Abzug der Amerikaner entscheiden, so wäre eine solche demokratische Entscheidung kein Verlust für die Vereinigten Staaten, sondern ein ungeheurer moralischer Gewinn, da sie beweisen würden, daß die USA ihren eigenen demokratischen Prinzipien treu seien.

Der Sprecher der schweizerischen Kampagne für Abrüstung, der Publizist Heinrich Buchbinder aus Zürich, stellte fest, daß die westliche Freiheit nicht in Vietnam verteidigt würde und sagte dazu: "Die Freiheit kann nur zu Hause verteidigt werden. Was als Beispiel auf die Welt ausstrahlen soll, das muß erst im eigenen Hause Wirklichkeit sein. Die Bedrohung kommt nicht von den eingeborenen Völkern. Die westliche Welt hatte 100 Jahre Zeit, sich zu bewähren. Es ist deshalb eine Notwendigkeit, daß von der westlichen Welt und auch insbesondere von Europa eine Entspannung ausgeht, die alle Völker zusammenbringt."

605 Offenbach, den 28.9.65 - 21.00 Uhr - Vack

ED 718-24-9



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

WEITERE VERANSTALTUNGEN DER WOCHE "GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM-
FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG"

Insgesamt sind im Rahmen der Woche 7 Veranstaltungen vorge-
sehen. Wir bitten die Presse, zur Information das beigelegte
Programm zur Kenntnis zu nehmen. Besonders laden wir für die
nächsten beiden Tage ein zur Filmveranstaltung am Mittwoch-
abend mit Filmen über Vietnam und zur Podiumsdiskussion am
Donnerstagabend.

Bei der Podiumsdiskussion werden Heinz Brandt, Gewerkschafts-
redakteur, Gerhard Grüning, Dozent, Rudolf Segall, Gewerk-
schaftssekretär, Herbert Mayer, Journalist, Herbert Stuben-
rauch, Lehrer, über die Probleme der nationalen Befreiungs-
kämpfe diskutieren.

605 Offenbach, den 28.9.65 - Vack -

29.9.65

en
stzter scherzte
erte auch das Foto
n leicht, die Frau
owski hat einen
erlitten.

er. Der wichtige
ein kleines Stück
e ihrer Haare um
wurde abgeschoren.
ständen. Die rechte
stagnamoren war

Renate Dabrowski,
bis vor kurzem als
retärin in einer
erikanischen Bank
Düsseldorf gear-
et hatte, ist noch
er sehr bleich.
weißes Gesicht,
n Blut überströmt,
die Unfallhelfer
ächst glauben, sie
tot.

Die Verletzte wird
nach Auskunft der
zte — noch lange
im Krankenhaus
tingen müssen.
Unglück
aar seine ganze
n Kameras lag
Trümmern.



r Schimmelpfeng
töhnt ab und zu
ar bei der Ex-
chilles und
egen die Stütz-
pan

er
auf Seite 8

Der dumpfe Geruch des Brandes breitet sich aus. Es riecht wie nach einer Bombennacht, und an das Kriegsgeschehen fühlten sich auch viele Augenzeugen der Katastrophe erinnert. Unser erster Blick zeigt uns eine zerstörte Toilette in dem Haus 169 an der

„Es war furchtbar. Ein kräftiger, junger Mensch lag da, äußerlich nicht einmal so stark verletzt. Ich war dermaßen erschrocken.“ Wir sehen noch einen Blutspritzer an der Tür. Dieser Feuerwehrmann war durch die Wucht der Explosion von der Drehleiter durch das Fenster der Buchhaltung geschleudert worden.

ED 718-24-10 29.9.65

„Gegen den Krieg in Vietnam“

Atomwaffengegner starteten ihre Woche der Protestkundgebungen

Mit einer Kundgebung im Frankfurter Rathaus-Kasino eröffneten die Mitglieder der „Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“ am Dienstagabend ihre Woche der Protestkundgebungen „gegen den Krieg in Vietnam — für weltweite Abrüstung und Entspannung“.

Die Protest-Woche soll bis Montag, den 4. Oktober, dauern. Auf dem Programm stehen eine Filmveranstaltung heute, Mittwoch, den 29. September, im Cantate-Saal, bei der Filme über den Krieg in Vietnam gezeigt werden sollen. Am Donnerstag, den 30. September, folgt eine Podiumsdiskussion im Studentenhäus in der Jügelstraße. Diskutiert soll über die Fragen „Gefährdet der nationale Befreiungskampf den Weltfrieden?“, „Ist der Kolonialismus im 20. Jahrhundert noch ein Problem?“, „Bekämpft die ‚reiche Welt‘ die ‚arme Welt‘ in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und sozialer, kultureller und religiöser Freiheit?“ werden. Gesprächsteilnehmer sind der Gewerkschaftsredakteur Heinz Brandt, der Dozent Gerhard Grüning, der Gewerkschaftssekretär Rudolf Segall, der Journalist Herbert Mayer und der Lehrer Herbert Stubenrauch.

Demonstration vor US-Generalkonsulat

Von Freitag 10 Uhr bis Samstag 18 Uhr soll vor dem amerikanischen Generalkonsulat eine 32 Stunden dauernde Demonstration stattfinden. Bei dieser Aktion soll unter anderem ein offener Brief an Präsident Johnson zur Unterschriftensammlung ausgelegt werden. Zur gleichen Zeit soll an der Großen Bockenheimer Straße gegenüber dem Opernplatz ein großer Informationsstand errichtet, an dem großformatige Bilder ausgestellt sowie Flugblätter und Informationsmaterial verteilt werden soll.

Der Sonntag steht im Zeichen einer Matinee-Veranstaltung um 10.30 Uhr im Resistenz-Theater „Die Mainiger“, auf der Briefe, Aufsätze, Lyrik, Prosa aus und über Vietnam gelesen werden sollen. Die Abschlußkundgebung ist für Montag, den 4. Oktober, auf dem Römerberg um 18 Uhr vorgesehen. Anschließend wollen die Mitglieder nochmals mit einem Fackelzug durch die Frankfurter Innenstadt auf die Protestwoche hinweisen.

Auf der Eröffnungskundgebung am Dienstagabend im Kasinosaal des Frankfurter Römers nahm der Publizist und Kabarettist Rudolf Rolfs zu dem Thema: „Liberales Frankfurt — eine Phrase?“ Stellung. Rolfs wandte sich entschieden gegen die Behinderungen der Protestaktionen der Atomwaffengegner und

verurteilte insbesondere die Weigerung der Frankfurter Stadtverwaltung die Paulskirche für eine Kundgebung der „Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“ zur Verfügung zu stellen. „Diese Schikane ist letztlich Meinungsgemache“, erklärte Rolfs. Die Verwaltung sei bereit, der Bequemlichkeit der Frankfurter Bevölkerung in jeder Weise entgegenzukommen. „Letztlich sind wir dann die Schuldigen“, sagte Rolfs wörtlich.

Anschließend erklärte Hans-Heinz, Holz der zum Thema: „Deutschland, die europäische Einheit und der Weltfrieden“ sprach, daß die Bedrohung des Weltfriedens nur durch die Konfrontation der Großmächte in den verschiedenen Krisengebieten der Welt entstehe. Ein falsches Prestigedenken führe dazu, daß lokale Krisen zu Weltproblemen werden.

Zum Thema „Vietnam und wir“ erklärte Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin, daß, ausgehend von der Idee, daß militärische Auseinandersetzungen immer mörderisch seien, der Krieg von keiner Seite in Vietnam gewonnen werden kann. Eine Fortführung des Konflikts führe lediglich zu weiterer Verwüstung. Beide Seiten sollten wiederholt aufgefordert werden, zu verhandeln, um einen Kompromiß zu erzielen. Auf jeden Fall sollten die USA die Initiative ergreifen und vorschlagen, daß überall da in der Welt, wo fremde Truppen stehen, die Bevölkerung in freier Abstimmung darüber zu entscheiden hat, ob die Truppen bleiben sollen oder nicht. Auch wenn die Gegenseite zu einer solchen Regelung nicht bereit sei, seien die USA auf Grund ihrer demokratischen Prinzipien zu einem solchen Schritt verpflichtet. Durch einen derartigen Entschluß würden die USA keinen Verlust erleiden, sondern im Gegenteil an moralischem Ansehen in der Welt gewinnen.

„Schluß mit den Kriegen in Südostasien“, forderte Heinrich Buchbinder, Zürich, als letzter Redner der Kundgebung. Wie Buchbinder ausführte, werde die Freiheit nicht in Vietnam, sondern zu Hause verteidigt. Der Konflikt in Vietnam sei eine Folge der Unterdrückung der Eingeborenen. Die weiße Rasse habe 100 Jahre lang Zeit gehabt, sich zu bewähren, sie habe sich jedoch wie „intellektuelle Höhlenbewohner“ benommen. Buchbinder erklärte, von Europa müsse eine Welle der Stabilisierung in alle Welt hinausgehen. Erst wenn die Spannungen auf dem alten Kontinent beseitigt seien, sei die Garantie für einen dauerhaften Frieden in der ganzen Welt gegeben.

Werkstätten:

Etwas Besonderes:

**Daunenbetten
unserer Spitzenklasse**

garantieren Ihnen Qualität, maß-
stklassige Verarbeitung. Dazu die

**Original Rheumalind-
Steppdecken „Duolind“**

komfortabel, leicht und warm

Ostermarsch der Atomwaffengegner Frankfurt a.M., den 27. Sept. 65
Odina Bott, Ffm, Kettenhofweg 83
Tel. 265 6824

28.9.65

Liebe Freunde!

ED 718-24-11

Anbei das Programm für die Woche gegen den Krieg in Vietnam. Wir bitten Sie sehr um Teilnahme an den einzelnen Veranstaltungen und ganz besonders um Ihre Mithilfe am Freitag und am Sonnabend. Von der Zahl der Helfer wird es abhängen, ob wir die vielen gleichzeitigen Unternehmungen wirkungsvoll durchführen können oder nicht.

Ich danke von ganzem Herzen Ihnen allen, die Sie bisher immer wieder nach Kräften und Vermögen so tapfer mit eingesprungen sind. Ich hoffe, daß nach dieser Aktion mal eine größere Pause eintritt, damit wir etwas verschlafen können.

Viele herzliche Grüße

Ihre

Odina Bott

entfernten familiären Bar an der Bockenheimer Warte finden.“ Schlag 24 Uhr scheint ein Bus vorgefahren zu sein. Die Serviererinnen, die in den ersten Stunden bemüht waren, die spärlich hereintropfenden Gäste in ihr eigenes Revier zu ziehen, arbeiten jetzt Hand in Hand. Jede hat drei Tische mit Getränken zu versorgen. An jedem Glas, an jeder Flasche verdient sie 15 Prozent; das macht bei einem

Frau zu Hause an... Auch heute wieder, das scheint ihn jedoch um den richtigen Durst gebracht zu haben. Um nur 170 Mark leichter schwankt er nach zwei Stunden in ein Taxi.

Paradies im Spiegel

Jede Viertelstunde einmal verlöscht das ohnehin schon recht spärliche Licht für Sekunden. Dann recken die männlichen Besucher die Häse und lassen den Sekt schal werden.

Kritik am Oberbürgermeister

Paulskirche soll für die Atomwaffengegner geschlossen bleiben

Kritik an Oberbürgermeister Brundert hat der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, Klaus Vack (Offenbach), geübt: Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat es abgelehnt, den Atomwaffengegnern für eine am kommenden Dienstag vorgesehene Eröffnungskundgebung zur Woche „Gegen den Krieg in Vietnam — für weltweite Abrüstung und Entspannung“ die Paulskirche zur Verfügung zu stellen. Oberbürgermeister Brundert hat die Vorwürfe zurückgewiesen.

Wie Vack am Freitag der FR erklärte, sei diese Entscheidung des Magistrats um so überraschender, als man einem früheren Antrag der Ostermarschierer, am 1. September diese Kundgebung in der Paulskirche zu veranstalten, zugestimmt habe. Die Kampagne für Abrüstung hatte die für die erste Septemberwoche geplante Vietnam-Woche jedoch aus finanziellen Gründen um einen Monat verschoben müssen.

Mit Verwunderung habe man beim Hessischen Ausschuss auch die Begründung für die Ablehnung zur Kenntnis genommen: So heiße es in dem Schreiben des Oberbürgermeisters, daß die für den 28. September geplante Veranstaltung „keine Kundgebung mit einem allgemeinen politischen Charakter“ sei, sondern „offensichtlich eine konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema“.

In einem Schreiben an Oberbürgermeister Brundert hat sich der Ausschuss bereits am 6. September gegen diese, wie Vack erklärte, „neuerliche Repressalie gegen die Kampagne für Abrüstung“ verwahrt. Bei der geplanten Kundgebung am 28. September falle natürlich eine besondere Rede zum Antikriegstag, wie sie am 1. September vorgesehen gewesen sei, fort, heißt es in dem Schreiben.

Vack stellte zu der Ablehnung des Magistrats weiter fest, diese erneute „Repressalie“ lasse sich konsequent in die seitherigen Behinderungen der Arbeit der Kampagne für Abrüstung durch den Frankfurter Magistrat einordnen. Unter Oberbürgermeister Brundert habe der Magistrat erstmals der Kampagne die Paulskirche nicht zur Verfügung gestellt. Es müsse sich nun endgültig der Eindruck durchsetzen, daß „die Zeiten einer liberalen Frankfurter Magistratsverwaltung seit Amtsantritt von Oberbürgermeister Brundert vorbei sind.“

Der Oberbürgermeister, der darauf hinwies, daß die Ablehnung auf einem Beschluß

des Magistrats im ganzen beruhe, erklärte der FR am Freitag, für die Ablehnung des Plenarsaales der Paulskirche sei allein entscheidend gewesen, daß im Hinblick auf die sich häufenden Anträge künftig die Paulskirche nur noch entsprechend den früher aufgestellten, noch immer gültigen Richtlinien vergeben werden solle, das heißt für Festakte, Feierstunden oder politische Kundgebungen allgemeinen Charakters.

Es bestehe, so betonte der Oberbürgermeister weiter, keinerlei Absicht des Frankfurter Magistrates, die Arbeit der Kampagne für Abrüstung einzuengen. Brundert verwies darauf, daß er in dem von ihm unterzeichneten Schreiben mit der Ablehnung gleichzeitig die Anregung gegeben habe, die für den 28. September vorgesehene Kundgebung im großen Saal des Palmengartens, im Zoo-Gesellschaftshaus oder im Volksbildungsheim durchzuführen, wo regelmäßig ähnliche Versammlungen und Kundgebungen stattfinden.

Wie zu erfahren war, hat Brundert in dieser grundsätzlichen Haltung die Unterstützung der Gremien seiner Partei.

Die Kundgebung findet, wie die Kampagne für Abrüstung mitteilte, am Dienstag um 18.15 Uhr im Rathaus-Kasino in der Alten Mainzer Gasse statt. Zu den Rednern gehören auch Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim (Berlin) und Rudolf Rolfs. o-k

Hier spricht das **HANDWERK**

Mechaniker-Innung Frankfurt

Montag, 27. September, 19.30 Uhr, findet im Gesellschaftshaus „Zoo“ die Freisprechungsfeier der im Herbst 1965 geprüften Lehrlinge der Mechanikerinnung statt. fr

„Nun mal...“
„damit die...“
„einem brav...“
während der...
in den Spieg...
kundige mich...
folgen auf...
stöhnt: übers...
den Straßen...
Blutdruck. N...
Beim Abschi...
stellen, die i...
brennt: „Ken...
warengeschäf...
etwas besonde...

Ein Geleh...
näher. Bei ei...
Blicke um si...
„Sie passen d...
Milieu.“ Das...
Aber ich bin...
so viel Mühe...

Gar keine...
telalterliche...
Lebemannen...
flüsterte. Er...
schäftsmann...
Ziel loszusteue...

Die blond...
macht ein böse...
mit zwei Bier...
zwei Stühle...
weniger seriö...
Saiten aufziehe...
Tische nach je...
für weitere...
Kapelle nur e...
zerinnen sind...
das Glas vom...
sparsamer Bes...

Wie wird da...

Es

Zwischen...
kan und einer...
bleibt Hesser...
Druckverteiler...
Strömung gel...
Luft nach De...
ruhige Herbst...
stunden komm...
sich örtlich ers...
löst. Danach h...
tagstemperatur...
Nachts mild mi...



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

23.9.65

24.9.65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Erneute Repressalie gegen die Kampagne für Abrüstung

Der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Klaus Vack, kritisierte am Donnerstag aufs Schärfste den Frankfurter Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert. Der Magistrat der Stadt Frankfurt weigert sich, für eine Eröffnungskundgebung für die Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung", die die Kampagne für Abrüstung vom 28.9. bis 4.10.1965 veranstaltet, die Paulskirche zur Verfügung zu stellen. In einem Brief an den Hessischen Ausschuß stellte Prof. Brundert unter Bezugnahme auf die ausgefallene gleichartige Veranstaltung am 1.9.1965, zu der der Magistrat die Paulskirche bereits zur Verfügung gestellt hatte, fest, die für den 28.9.1965 geplante Veranstaltung sei "keine Kundgebung mit einem allgemein politischen Charakter", sondern "offensichtlich eine konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema".

Am 6.9.1965 hat sich der Hessische Ausschuß in einem Brief an Prof. Brundert gegen diese neuerliche Repressalie gegen die Kampagne für Abrüstung verwahrt. In dem Schreiben heißt es u.a.:

" Leider können wir der Argumentation des Magistrates der Stadt Frankfurt nicht folgen. Die Paulskirche wollen wir am 28.9.1965 zu einem ähnlichen Zweck in Anspruch nehmen, wie es am 1.9.1965 geplant war. Wir verweisen auf unseren Brief vom 3.8.1965, wo wir eindeutig darauf hingewiesen haben, daß wir mit der Kundgebung in der Paulskirche den Antikriegstag begehen und gleichzeitig eine Vietnam-Woche eröffnen wollen. Wir weisen darauf hin, daß der politische Rahmen der Kundgebung, ausgehend von den Lehren des zweiten Weltkrieges, die Bekanntgabe der zukünftigen Politik der Kampagne, wie sie in unserem Sofortprogramm konzipiert wird, einschließt, sowie die Verurteilung des Krieges in Vietnam. Natürlich fällt bei einer Kundgebung am 28.9.1965 eine besondere Rede zum Antikriegstag weg. Ansonsten wird jedoch das Programm, wie es zum 1.9.1965 geplant war und wie es jetzt zum 28.9.1965 geplant ist, identisch sein. Wir meinen auch, daß in der Paulskirche bereits früher Veranstaltungen zu einem sehr aktuellen Thema stattfanden, z.B. eine Kundgebung, die sich mit den Notstandsgesetzen beschäftigte."

Das Schreiben des Hessischen Ausschusses blieb lange unbeantwortet, obwohl Klaus Vack zweimal mit dem Vorzimmer des Oberbürgermeisters telefonierte und dabei u.a. darauf hinwies, daß ein endgültiger Bescheid sehr dringend sei, denn Einladungen, Flugblätter und Plakate könnten erst gedruckt werden, wenn feststehe, ob der Magistrat seine Entscheidung rückgängig mache und die Paulskirche zur Verfügung stellt. Erst auf einen erneuten Brief vom 21.9. teilte Obermagistratsrat Burgholz am Mittwoch telefonisch mit, daß die Paulskirche nicht zur Verfügung gestellt werden könnte. Der absagende Bescheid des Oberbürgermeisters könnte schriftlich erst in einigen Tagen an den Hessischen Ausschuß gehen, da Prof. Brundert z.Zt. abwesend sei.

Klaus Vack stellte hierzu fest, diese erneute Repressalie lasse sich konsequent in die seitherigen Behinderungen der Arbeit der Kampagne für Abrüstung durch den frankfurter Magistrat einordnen. Unter Oberbürgermeister Prof. Brundert habe der Magistrat erstmals der Kampagne für Abrüstung die Paulskirche nicht zur Verfügung gestellt. Bei der Kampagne für Abrüstung und sicher bei der Mehrzahl der frankfurter Bürger - auch wenn sich nicht alle mit der politischen Konzeption der Kampagne für Abrüstung identifizieren - müsse sich nun endgültig der Eindruck durchsetzen, daß "die Zeiten einer liberalen frankfurter Magistratsverwaltung seit Amtsantritt von Oberbürgermeister Prof. Brundert vorbei sind."

Seitens des Rathauses wurde u.a. argumentiert, daß die liberale Tradition der Paulskirche belastet würde, wenn über Kundgebungen mit einem allgemein politischen Charakter hinaus auch Veranstaltungen durchgeführt würden, die als eine "konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema" verstanden werden müßten. Hierzu kann der Hessische Ausschuß nur feststellen, daß gerade mit der Verweigerung der Paulskirche gegenüber der Kampagne für Abrüstung und durch die verschiedenen Behinderungen im vergangenen Jahr der liberalen Tradition der Stadt Frankfurt - die unter anderem in der liberalen Tradition der Paulskirche begründet liegt -, größter Schaden zugefügt wird. Die fortgesetzte Behinderung einer oppositionellen Minderheit ist mit der liberalen Tradition Frankfurts ebenso wenig zu vereinbaren wie mit dem Geist unserer demokratischen Verfassung.

Offenbach, 23. Sept. 1965 - Vack



*Ich hörte schon so Vieles sagen
von Kampf und Lärm
und Kriegsgeschrei,
wenn hinten weit in der Türkei
die Völker aufeinanderschlagen.*

Die Bundestagswahlen waren für die Gegner deutscher Regierungspolitik nicht ermutigend. Es bleibt alles beim Alten. Über Frieden, Demokratie und Wiedervereinigung wird man von offizieller Seite weiter viel reden und dabei weiter rüsten, weitere Notstandsgesetze vorbereiten und die Spaltung Deutschlands vertiefen. Und was geschieht international? Die Lage in Vietnam verschärft sich weiter. Neue Kriege beunruhigen die Menschheit, denn der Konflikt Indien – Pakistan – China kann, geradeso wie die Kämpfe in Vietnam, der Anfang eines alles vernichtenden Atomkrieges sein. In dieser schweren Zeit können wir uns nicht auf die Vernunft der Politiker verlassen. Gerade in Deutschland ist nach den Bundestagswahlen verstärkter außerparlamentarischer Kampf erforderlich. Wir rufen deshalb zu einer Kundgebung im

Rathaus-Neubau, (Rathauskasino), Alte Mainzer Gasse 4
Dienstag, 28. September, 18.15 Uhr

Es sprechen:

„Liberales Frankfurt“ – eine Farce?

Redner: Rudolf Rolfs, Frankfurt

Deutschland, die Europäische Sicherheit und der Weltfrieden

Redner: Hans-Heinz Holz, Köln

Vietnam und wir

Redner: Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin

Schluß mit den Kriegen in Südostasien

Redner: Heinrich Buchbinder, Zürich

Mit dieser Kundgebung eröffnet die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – eine Woche „Gegen den Krieg in Vietnam – für weltweite Abrüstung und Entspannung“. Im Rahmen dieser Woche sind insgesamt 7 Veranstaltungen vorgesehen. Informationen erhalten Sie durch eine Anzeige in der Frankfurter Rundschau am 28. 9. 1965, durch Programme, die bei der Kundgebung in der Paulskirche ausgelegt werden oder auf Anfrage durch die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – Hessischer Ausschuß – 305 Offenbach, Postfach 648, Tel. 88 60 51, Postscheckkonto Ffm. 576 48.

Verantwortlich für den Inhalt und Herausgeber: Fritz Strass, Wiesbaden;

Druck: Druckerei Alfred W. Dunker, 6 Frankfurt/Main.

ED 718-24-15

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 23. Sept. 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

24.9.65

Liebe Freunde,

bei der Vorbereitung für die Woche GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG häufen sich die Schwierigkeiten, mit denen das Organisationsteam zu kämpfen hat. Wir hoffen nur, daß wir uns auf Ihre Unterstützung und Ihre zahlreichen Besuche zu den Veranstaltungen der Woche verlassen können. Rednerabsagen, Saalschwierigkeiten (und wie sollte es anders sein: Unverständnis bei der frankfurter Magistratsbehörde) haben dazu geführt, daß wir bis heute das endgültige Programm nicht aufstellen konnten.

Heute weisen wir mit besonderem Nachdruck auf die Eröffnungskundgebung hin, die nicht in der Paulskirche, sondern im Rathauskasino, (siehe beigegefügte Flugblätter) stattfindet. Unter Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert hat der Magistrat erstmals der Kampagne für Abrüstung die Paulskirche nicht zur Verfügung gestellt, da es sich nicht um eine "Kundgebung mit einem allgemein politischen Charakter", sondern offensichtlich um eine "konkrete Demonstration zu einem sehr aktuellen Thema" handeln würde. Es scheint, als ob die Zeiten einer liberalen frankfurter Magistratsverwaltung seit Amtsantritt von Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert vorbei sind. Wir dürfen uns davon nicht abschrecken lassen und müssen durch gut besuchte Veranstaltungen während der Woche demonstrieren, daß der Oberbürgermeister eine recht ansehnliche, qualifizierte Minderheit "seiner" Stadt durch bürokratische Maßnahmen bei der Entfaltung ihrer Freiheit behindern und einschränken möchte.

Das Programm für die Woche geht Ihnen noch zu. Machen Sie zeitig Reklame für die verhinderte Paulskirchenkundgebung im Rathauskasino! Notieren Sie bitte, daß in einer Anzeige auf Seite 4 der "Frankfurter Rundschau" am Dienstag, 28. September 1965, das gesamte Programm veröffentlicht wird!

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
- Sprecher -

Fritz Strass
(Fritz Strass)
Geschäftsführer

WOCHE

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

20.9.65

gegen den krieg in
vietnam

fuer weltweite

abruestung

und entspannung

Liebe Freunde,

vom 28.9. bis 4.10.1965 veranstaltet der Hessische Ausschuß die bereits angekündigte WOCHE GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG. Die Hauptveranstaltungen werden in Frankfurt sein, es sind jedoch auch Parallelveranstaltungen in einigen hessischen Städten vorgesehen.

Zum ersten Mal seitdem wir die Ostermärsche veranstalten, tritt die Kampagne für Abrüstung mit einer solchen Veranstaltungswoche und damit mit einem sehr umfangreichen Programm an die Öffentlichkeit. Man sollte dieser Woche, zumindest für die Veranstaltungen im südhessischen Raum, die gleiche Bedeutung zumessen wie unseren Ostermärschen. Das heißt: es ist sehr wichtig, daß sich alle Anhänger und Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung an der Werbung für die Woche und zusammen mit Freunden und Bekannten an möglichst vielen Veranstaltungen beteiligen. Da die wesentlichsten Veranstaltungen in Frankfurt sein werden, ist es auch wichtig, daß unsere Freunde aus der näheren und weiteren Umgebung von Frankfurt diese Veranstaltungen als überregional ansehen und deshalb möglichst oft in Frankfurt dabei sind.

Wenn man der Woche so viel Bedeutung beimißt, wie dies von den Verantwortlichen des Hessischen Ausschusses getan wird, dann ist auch einsehbar, daß die Woche mit großen organisatorischen und finanziellen Problemen verbunden ist. Seit etwa vier Wochen arbeitet ein Team von etwa 10 Leuten mit großer Intensität, um ein möglichst gutes Gelingen aller Veranstaltungen zu erreichen. Dennoch können wir Sie heute leider erst über ein vorläufiges Programm informieren, das sich jedoch nicht mehr allzu sehr ändern wird.

Über die finanziellen Schwierigkeiten haben wir Sie bereits in unserem letzten Rundschreiben informiert. Wir bitten noch einmal darum, daß, so wie beim Ostermarsch eine Teilnehmergebühr von DM 20.-- gezahlt wird, jeder unserer Anhänger eine einmalige zweckgebundene Spende von DM 5.-- (mindestens!) erübrigt. Eine Zahlkarte fügen wir bei.

Nun zum vorläufigen Programm: Dienstag, 28. September 1965 Eröffnung der Woche mit einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche;
Mittwoch, 29. September 1965 Filmveranstaltung, es werden Kurzfilme aus bzw. über Vietnam gezeigt;

Donnerstag, 30. September 1965 Podiumsdiskussion über das Thema: Sicherheit für Deutschland - aber wie?

Freitag und Samstag, 1./2. Oktober 1965 Flugblattaktionen, Sandwich-Aktionen, Informationsstände und Mahnwachen in der frankfurter Innenstadt sowie Lobby-Aktionen bei Politikern und prominenten Bürgern aus Frankfurt und Hessen;

Sonntag, 3. Oktober 1965 Matinée-Veranstaltung mit Lesungen von Briefen, Aufsätzen, Lyrik, Prosa aus Vietnam und gegen den Krieg;

Montag, 4. Oktober 1965 Abschlußkundgebung unter freiem Himmel und Fackeldemonstration durch die frankfurter Innenstadt.

Die beste Werbung für all diese Veranstaltungen können Sie, liebe Freunde, betreiben. Bestellen Sie das gedruckte Programm für unsere Woche GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM - FÜR WELTWEITE ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG bei der Geschäftsstelle und verteilen Sie es im Freundes- und Bekanntenkreis weiter; dieses gedruckte Programm steht ab Mitte nächster Woche zur Verfügung.

Wir hoffen, daß alle dazu beitragen werden, daß die Woche in Frankfurt und Hessen sowie darüber hinaus große Aufmerksamkeit erregt und daß wir mit der Woche neue Anhänger gewinnen, die uns helfen, unsere Kampagne und damit die politische Kraft der Kampagne zu verstärken.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
- Sprecher -

Fritz Strass
(Fritz Strass)
Geschäftsführer

ps: Zum Antikriegstag am 1. September 1965 veranstaltete die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik über 70 Kundgebungen, Demonstrationen oder Mahnwachen. Im gut besuchten Cantate-Saal in Frankfurt fand die "Kundgebung zum Antikriegstag" des Hessischen Ausschusses statt. Die Veranstaltung fand bei allen Anwesenden durch die hervorragenden Referate von Christian Geißler, Egon Becker und dem Gewerkschaftssekretär Fritz Libuda einen guten Anklang. Wir sehen uns veranlasst, die Reden von Christian Geißler und Egon Becker in dem beigegeführten Flugblatt "Antikriegstag 1965" gedruckt herauszugeben und empfehlen, dieses Flugblatt zu bestellen und gezielt an Interessenten zu verteilen.

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

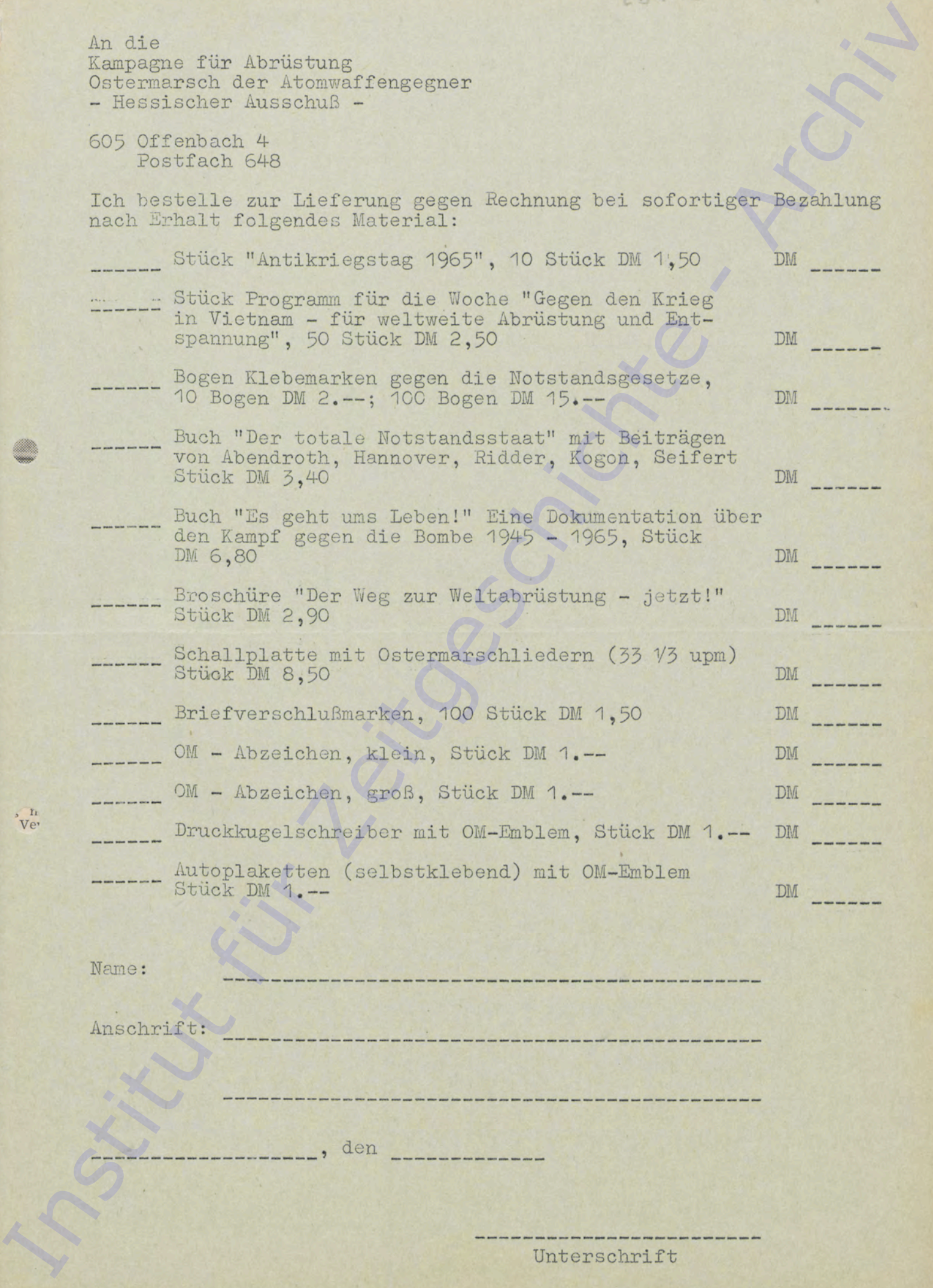
- Stück "Antikriegstag 1965", 10 Stück DM 1,50 DM -----
- Stück Programm für die Woche "Gegen den Krieg in Vietnam - für weltweite Abrüstung und Entspannung", 50 Stück DM 2,50 DM -----
- Bogen Klebemarken gegen die Notstandsgesetze, 10 Bogen DM 2.--; 100 Bogen DM 15.-- DM -----
- Buch "Der totale Notstandsstaat" mit Beiträgen von Abendroth, Hannover, Ridder, Kogon, Seifert Stück DM 3,40 DM -----
- Buch "Es geht ums Leben!" Eine Dokumentation über den Kampf gegen die Bombe 1945 - 1965, Stück DM 6,80 DM -----
- Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!" Stück DM 2,90 DM -----
- Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm) Stück DM 8,50 DM -----
- Briefverschlusmarken, 100 Stück DM 1,50 DM -----
- OM - Abzeichen, klein, Stück DM 1.-- DM -----
- OM - Abzeichen, groß, Stück DM 1.-- DM -----
- Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.-- DM -----
- Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem Stück DM 1.-- DM -----

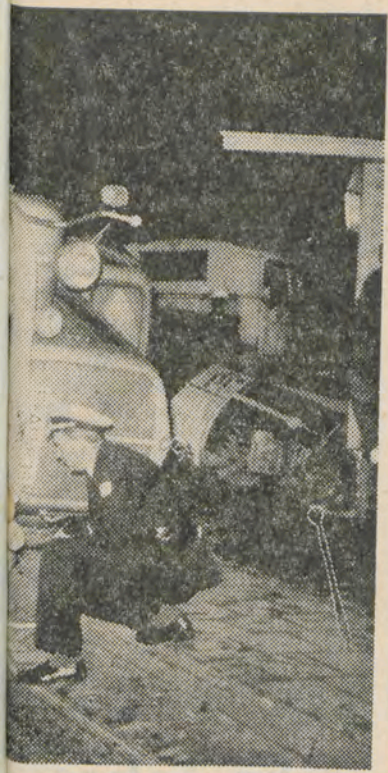
Name: -----

Anschrift: -----

-----, den -----

Unterschrift





Für den Wähler

Veranstaltungen zur Bundestagswahl am heutigen Dienstag

Christlicher Verein Junger Männer: 20 Uhr, CVJM-Haus, Wiesenhüttenplatz, 3-Parteien-Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Brigitte Freyh (SPD), einem Vertreter der CDU und dem Stadtverordneten Paul Stein (FDP).

SPD-Bornheim: 20 Uhr, Altenclub, Eichwaldstraße 27, Versammlung mit dem Bundestagsabgeordneten Hans Matthöfer.

CDU-Eckenheim/Preungesheim: 20 Uhr, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße 2, Versammlung mit dem Stadtkreisvorsitzenden, Stadtrat Ernst Gerhardt, und dem Bundestagskandidaten Josef Riedel.

CDU-Schwanheim: 20 Uhr, Gaststätte „Zum Römer“, Alt-Schwanheim 11, Versammlung mit dem Bundestagskandidaten Dr. Friedrich Freiwald.

DFU-Bornheim: 20 Uhr, Haus der offenen Tür, Ortenberger Straße, Versammlung mit den Bundestagskandidaten Ellen Weber und Willi Niemand.

DFU-Höchst: 20 Uhr, Lokal „Zur Schönen Aussicht“, Mainberg 7-9, Versammlung mit dem Bundestagskandidaten Lorenz Knorr.

Kandidaten

Carmela Corren umjubelt

... Freyh und Hans Matthöfer ...
... angeblich — mit alt ...
... diskutieren, und zwar nach Be ...
... Programms. Als aber dann ...
... tierfreudige kamen, waren die ...
... müden Kandidaten verschwun ...
... tig mit den Künstlern hatten ...
... „Veranstaltung verlassen, nur ...
... prangte noch über den Köpfen ...
... gen. Die Jungsozialisten nahmen ...
... erjenigen an, die politisch dist ...
... ten. Die enttäuschte Bemerkung: ...
... aber doch einmal mit den Bun ...
... daten sprechen“, konnte eben nur ...
... rn zur Kenntnis genommen ...
... kat

Von „Plakat-Aktion“ distanziert

Der Sprecher des hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Fack, hat sich am Montag dagegen ausgesprochen, daß von der Kampagne für Abrüstung herausgebrachte Klebmarken gegen die Notstandsgesetze zur Verunstaltung auf Wahlplakaten — vornehmlich der CDU — geklebt worden sind. Fack stellte fest, daß er diese Verfahrensweise nicht billige, gleich, ob dafür „einige wenige Anhänger der Kampagne oder Provokateure“ verantwortlich seien. Fack erläuterte, daß die Klebmarken gegen die Notstandsgesetze seit Ende Juni als Briefaufkleber im Gebrauch und von der Kampagne keinesfalls für den Wahlkampf hergestellt worden seien. Bestellungen für solche Klebmarken, die bei der Geschäftsstelle des hessischen Ausschusses der Kampagne eingehen, würden vorerst bis nach den Bundestagswahlen nicht mehr ausgeliefert werden.

FR

FR
Di
7.9.65

Premierenflug aus Polen

Leitungsverbindung Frankfurt-Warschau / LOT auf „Rhein-Main“

Am Dienstag um 10.25 Uhr landet planmäßig die erste Maschine der polnischen Luft auf „Rhein-Main“. Damit ist die einzige direkte Flugverbindung Frankfurt-Warschau geschaffen. Mit dem Premierenflug kommt der kaufmännische Direktor der LOT nach Frankfurt. Der offizielle Eröffnungsflug findet jedoch erst am 10. Oktober



Er
und
Kö

verkör
der SP
an das
ihre po

Nieman
die Mit
schaft v
Prof. Dr
politik,
der Fin
von der

Wer ver
Integritä
Dr. Dr. C



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

8.9.65
ED 71B-24-19

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Kampagne für Abrüstung gegen die Verunstaltung von Wahlplakaten

Der Sprecher des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, hat sich am Montag dagegen ausgesprochen, daß von der Kampagne für Abrüstung herausgebrachte Klebmarken gegen die Notstandsgesetze zur Verunstaltung auf Wahlplakate - vornehmlich der CDU - geklebt worden sind. Vack stellte fest, daß er diese Verfahrensweise nicht billigen könnte, gleich ob dafür einige wenige Anhänger der Kampagne oder Provokateure verantwortlich zu machen seien.

In den Ausschüssen der Kampagne sei man sich darüber einig, daß man bei den Bundestagswahlen die CDU/CSU nicht wählen könne, doch es sei abzulehnen, wenn man die Methoden, mit denen sich sicher die Parteien untereinander genug bekämpfen, auch in Kreisen der Kampagne für Abrüstung übernehmen würde.

Vack erläuterte, daß die Klebmarken gegen die Notstandsgesetze seit Ende Juni als Briefaufkleber im Gebrauch und von der Kampagne keinesfalls für den Wahlkampf hergestellt worden seien. Bestellungen für solche Klebmarken, die bei der Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses der Kampagne eingehen, würden vorerst bis nach den Bundestagswahlen nicht mehr ausgeliefert werden.

Offenbach, 6. September 1965

3.9.65

ED 718-24-20



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Vielfältige Demonstrationen zum Antikriegstag

Zum Antikriegstag am 1. September 1965 veranstaltete die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik über 70 Kundgebungen, Demonstrationen oder Mahnwachen. In Hessen war die Kampagne in etwa 25 Städten und Gemeinden in Aktion, darunter in Darmstadt, Sprendlingen, Wiesbaden, Offenbach und Gießen. In Hanau wurde am 1. September eine "Woche gegen den Krieg in Vietnam" eröffnet.

Im gutbesuchten Cantate-Saal in Frankfurt fand am Mittwochabend die "Kundgebung zum Antikriegstag" des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung statt. Der Sprecher des Hessischen Ausschusses, Klaus Vack, Offenbach, kritisierte zu Beginn die Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes, der allen regionalen und örtlichen DGB-Organen öffentliche Kundgebungen zum Antikriegstag untersagt hatte. Gerade zum diesjährigen 1. September hätten sich die latenten Gefahren für den Weltfrieden durch den Krieg in Vietnam und durch Krisen an anderen gefährlichen Brennpunkten der Erde aktualisiert. Was läge näher, als zu diesem Zeitpunkt, wo darüber hinaus in Deutschland Notstandsgesetze gemacht und weitere geplant werden und wo man seitens der CDU/CSU-Führung offen nach Atomwaffen greife, den Antikriegstag seitens der Gewerkschaften zu einem Tag vielfältiger Demonstrationen und Proteste für Abrüstung, Entspannung, Frieden und Demokratie zu machen, sagte Vack.

Der Schriftsteller (Die Anfrage) und Fernsehautor (Schlachtvieh) Christian Geißler, der zur gleichen Zeit in Nürnberg sprach, ließ bei der Kundgebung im Cantate-Saal seine nürnberger Rede verlesen. Er sagte u.a.: "Am 20. November 1945, also ziemlich genau vor 20 Jahren, begann in Nürnberg der Prozess gegen die deutschen Haupt-Kriegsverbrecher. Ich bin der Meinung, dieser Prozess ist nicht nur 'heute noch', sondern heute in ganz besonderem Maße aktuell und unseres Nachdenkens wert. Damals in Nürnberg sind der Chef des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht, Wilhelm Keitel und der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Alfred Jodl, zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Vor dem internationalen Gerichtshof damals waren den beiden deutschen Generalen schwere Verbrechen nachgewiesen worden. Es war ihnen nachgewiesen worden, die Teilnahme an einer Verschwörung gegen den Frieden, einer Verschwörung, die darauf abzielte, mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln der Drohung und der Gewalt, bestimmte politische Ziele zu erreichen. Ferner war ihnen nachgewiesen worden, die Verletzung internationaler Verträge und Vereinbarungen zum Zwecke der Vor-

bereitung und der Durchführung von Angriffskriegen. Den beiden Generalen war nachgewiesen worden, die befehlsgeberische Zuständigkeit für Kriegsverbrechen, für das Erschießen, Erhängen, Verbrennen, Aushungern und Foltern von Menschen. Und schließlich war ihnen auch nachgewiesen worden, die planmäßige unmenschliche Behandlung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten. Die Generale Keitel und Jodl sind tot. Man hat sie bei Mord und Totschlag, bei Befehl und Gehorsam in Sachen Mord und Totschlag ertappt und gehängt."

Geißler führte weiter aus, daß einer der vier Haupt-Anklagevertreter damals vor dem internationalen Gerichtshof seine Klagen im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika führte. Unter Bezugnahme auf das Engagement der US-Regierung in Vietnam sagte Geißler weiter: "Die nürnbergger Amerikaner heute beim Wort nehmen, das führt zu der Frage: wann endlich wird wieder ein internationale Gerichtshof zusammentreten und im Namen jener vernünftigen nürnbergger Werte, im Namen von Gerechtigkeit, Freiheit und Humanität Anklage führen gegen die heute verantwortlichen Politiker und Generale in den Vereinigten Staaten und sie aburteilen, so wie man vor noch nicht langer Zeit in nürnberg Nazi-Generale und Nazi-Politiker abgeurteilt hat?" Der Grundtext der nürnbergger Anklagen damals müsse heute wörtlich gegen die jetzt verantwortlichen Männer im Pentagon und im Weißen Haus angewandt werden. Ein Vergleich mit diesem Grundtext genüge, um feststellen zu lassen: "Die in Nürnberg hingerichteten Nazi-Generale Keitel und Jodl wären nach der heute im Westen weithin anerkannten amerikanischen Kriegspolitik durchaus taugliche amerikanische Offiziere."

Der frankfurter Gewerkschaftssekretär Fritz Libuda kritisierte ebenfalls den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, daß von Seiten der Gewerkschaften am 1. September keine Antikriegskundgebungen stattfinden können. Angesichts des gesteigerten Wettrüstens und angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen in Vietnam müsse man diesen Beschluß des DGB als unvereinbar mit den Interessen der Gewerkschafter in aller Welt bezeichnen, sagte Libuda.

Zu dem Thema "Luftschutz und Notstandspolitik - oder Sicherheit für alle durch Abrüstung" führte Fritz Libuda u.a. aus: "Es könnte einem direkt übel werden, wenn man hört, was in Bonn hohe Regierungsbeamte und Vertreter aller Parteien zur Rechtfertigung der unzeitgemäßen Luftschutzgesetze anführen. Zur Glaubhaftmachung der Abschreckung gehöre eben nicht nur die Verteidigungsarmee, sondern auch der Zivilschutz; mit anderen Worten: je besser wir verdunkeln, desto weniger wagt es der Feind, uns anzugreifen. Das ist eine ganz neue Abschreckungstheorie. Sie konnte nur entstehen, weil in Bonn schon lange geistige Verdunkelung herrscht."

Libuda hob lobend hervor, daß einige wenige Abgeordnete gegen die sogenannten einfachen Notstandsgesetze gestimmt haben. Er kritisierte gleichzeitig die Vielzahl gewerkschaftlicher Bundestagsabgeordneter, die den Gesetzen zugestimmt haben und wohl vergessen hätten, daß sie neben ihrem Parteibuch auch ein Gewerkschaftsmitgliedsbuch in der Tasche tragen. Hätten sich diese gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten zu den Zielen der Gewerkschaften bekannt und gegen die Notstandsgesetze gestimmt, so wären diese Gesetze heute nicht da. Libuda begrüßte die ablehnende Haltung des DGB zu den Notstandsgesetzen und forderte, "daß der DGB sein Nein zur Notstandsgesetzgebung nicht nur bei jeder Gelegenheit bekräftigt, sondern daß er sich in der Stunde

der Not auch auf die Stärke seiner 6 1/2 Millionen Mitglieder besinnt und tatsächlich handelt!"

Als letzter Redner sprach zu dem Thema "Der 'Beitrag' der Bundesregierung zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen" das Mitglied des Hessischen Ausschusses, Egon Becker, Frankfurt. Er sagte u.a.: "Im September 1964 war die Genfer Abrüstungskonferenz vertagt worden, weil sich die beteiligten Mächte nicht über ein Vertragssystem gegen weitere Kernwaffenausbreitung einigen konnten. Haupthindernis war damals das geplante Projekt einer NATO-Atomstreitmacht, die vieldiskutierte MLF. Damals spielte hinter den Kulissen eine Regierung eine entscheidende Rolle: die Bundesregierung. Ihr Beitrag: Störfeuer! In diesen Tagen wird in Genf wieder verhandelt. Es geht wieder um das gleiche Problem - und wieder gibt es ein Haupthindernis: die geplante Atomstreitmacht; und wieder hilft eine Regierung durch Intrigen, Ränke, Kulissenspiele und Wahlredner-Störfeuer kräftig mit, die Verhandlungen zum Schelmenpiel werden zu lassen: unsere Regierung. Inzwischen sind von den beteiligten Nationen mehrere Vertragsentwürfe auf den Genfer Verhandlungstisch gelegt worden. Sie versuchen, den nicht-realisierten Kompromiß zwischen den bonner Forderungen nach Mitverfügung und der Begrenzung der Kernwaffenbesitzer auf die jetzigen Atom-mächte."

Zur Rolle des neuen Abrüstungsbeauftragten führte Becker aus: "Die Bundesregierung hat einen Abrüstungsbeauftragten ernannt. Herrn Swidbert Schnippenkötter reiste eilfertig zwischen Bonn und Genf hin und her, sondierte, intervenierte, trug Bedenken vor - leistete Geburtshilfe bei einer Totgeburt und half mit, eine neue sogenannte deutsche Realität zu schaffen: das Amt des sogenannten Abrüstungsbeauftragten. Diesmal steht das abwertende 'sogenannt' zu Recht: Schnippenkötters Amt würde eher den Namen einer 'Feuerwehr zur wirkungsvollen Verhinderung von Abrüstung' verdienen."

Unter Bezugnahme auf die jüngsten Äußerungen von Alt-Bundeskanzler Adenauer stellte der Redner fest: "Man könnte von den Äußerungen eines alten Mannes zur Tagesordnung übergehen, wenn deren bescheidener rationaler Kern nicht inzwischen von den führenden Regierungspolitikern akzeptiert worden wäre. Erhard und Adenauer sehen die Genfer Abrüstungskonferenz 'unter gleichen Gesichtspunkten, wonnegleich sie aus Gründen ihrer Stellung einen anderen verbalen Ausdruck dafür finden', erklärte der CDU-Sprecher Rathke. Das fatale Gefühl drängt sich auf, daß hier ein raffiniertes Spiel mit verteilten Rollen inszeniert wird. Jede Gruppe scheint eine eigene Politik zu verfolgen: Herr Schröder legt diplomatische Fußangeln aus, der Good-Will-Kanzler versichert den Verbündeten Treue und Vertrauen und der 89-Jährige geht zum Frontalangriff über. Wo der alte Herr nicht mehr klar artikulieren kann, springt dienstfertig Franz Josef Strauß ein und liefert die scheinrationale Begründung für Adenauers Grobheiten. Es mag sein, daß jeder der Beteiligten leicht unterschiedliche Absichten verfolgt - das Ziel ihrer verschiedenen Bemühungen ist offensichtlich: es soll mit allen Mitteln eine Einigung zwischen den Großmächten verhindert werden, welche die Träume von einer deutschen Machtpolitik mittels Atomwaffen zerstören könnte."

Zum Schluß seiner Rede ging Egon Becker auf die Bundestagswahlen ein. Er sagte: "Es wäre tröstlich, auf eine Partei setzen zu können, die eine Sicherheitspolitik durch stufenweise kontrollierte Abrüstung realisieren könnte. Doch es ist zu befürchten, daß bei

dieser Wahl über die entscheidende Frage der deutschen Politik nicht entschieden wird. So bleibt nur die wenig tröstliche Aussicht, daß außerparlamentarische Gruppen, wie die Kampagne für Abrüstung, auch nach der Bundestagswahl mit gleicher Entschlossenheit für eine sinnvolle Abrüstungspolitik eintreten. Man könnte mancherlei über mögliche Wahlentscheidungen rätseln; nur eines ist sicher: die CDU/CSU ist nicht wählbar ..."

Bei der Kundgebung war der holländische Abgeordnete der II. Kammer des Niederländischen Parlamentes, Hans Bruggemann, anwesend, der einige Grußworte an die Anwesenden richtete und versicherte, daß es die vordringlichste Aufgabe der europäischen unabhängigen Friedens- und Abrüstungsbewegung sei, eine Abrüstung in Mitteleuropa durchzusetzen und die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern.

Offenbach, 2. September 1965 - Strass

Institut für Zeitgeschichte



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

31.8.65
ED 718-24-24

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Mahnwachen und Kundgebungen zum Antikriegstag

Am 1. September 1965, dem 26. Jahrestag des Ausbruches des zweiten Weltkrieges, veranstaltet der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung in etwa 30 hessischen Gemeinden und Städten Mahnwachen, Informationsstände und Kundgebungen. Bei diesen Veranstaltungen wird in Flugzetteln zur aktuellen Situation Stellung genommen (siehe Anlage) und der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie die Genfer Abrüstungskonferenz sabotiert und nichts tut "für unsere Sicherheit vor Krieg." Unter Bezug auf den Probealarm am 25. August 1965 wird in dem Flugzettel festgestellt: "Diese Bundesregierung läßt die Sirenen heulen, weil das Ergebnis ihrer Politik nicht der Frieden sondern der Krieg sein wird."

In dem Flugzettel wird weiterhin festgestellt, daß die Kampagne für Abrüstung, obwohl sie keine Partei begünstigt, nicht verschweigen kann, daß man der CDU/CSU bei der bevorstehenden Bundestagswahl für "diese Politik seine Stimme keinesfalls abgeben kann."

Bei einer Kundgebung am 1. September im Kantate-Saal, Frankfurt werden Fritz Lamm, Stuttgart, der frankfurter Gewerkschaftssekretär Fritz Libuda und der Dipl. Physiker Egon Becker sprechen (siehe Anlage).

Offenbach, 31. August 1965 - Strass

ED 748-2A-25

Kundgebung zum Antikriegstag

Mittwoch, 1. September 1965,
19.45 Uhr,
Cantate-Saal, Frankfurt am Main,
Großer Hirschgraben 17-19

**Der 1. September – 20 Jahre nach
der bedingungslosen Kapitulation**

Redner: Fritz Lamm, Betriebsrat

**Luftschutz- und Notstandspolitik –
oder Sicherheit für alle durch Abrüstung**

Redner: Fritz Libuda, Gewerkschaftssekretär

**Der „Beitrag“ der Bundesregierung
zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen**

Redner: Egon Becker, Dipl. Physiker



Kampagne für Abrüstung –
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Bitte weitergeben und Freunde mitbringen!

Verantwortlich: Fritz Strass, Wiesbaden · Druck: W. Plaueln, Offenbach am Main

**Am 1. September 1939
überfiel Deutschland
Polen. Es begann
der zweite Weltkrieg!**



Alle reden heute von Sicherheit.

Soviel Sicherheit, wie zur Zeit, ist uns noch nie versprochen worden.

Wir hören es gern.

Sicherheit auf den Straßen. Einverstanden!

Sicherheit des Arbeitsplatzes. Das kann man gebrauchen!

Sicherheit des Lebensstandards. Das wäre nützlich!

Aber

von der **Sicherheit vor dem Krieg**, der wichtigsten aller Sicherheiten – wer redet davon?

Oder noch konkreter: Wer handelt danach?

Für diese Frage gibt es vor allem eine besonders zuständige Adresse. Diese Adresse ist: unsere Regierung, die deutsche Bundesregierung.

Prüfen wir, was die Bundesregierung für unsere Sicherheit vor dem Krieg tut. Messen wir sie an ihren einsehbaren Taten für oder gegen diese wichtige Sache.

Erinnern wir uns:

Am 25. August 1965, mittags um halb zwölf, ließ unsere Regierung die Sirenen heulen.

An was haben Sie, verehrter Flugblattleser, am 25. August 1965 mittags um halb zwölf gedacht?

An Probealarm? An Kriegsgefahr?

Haben Sie sich auch gefragt: Warum läßt die Regierung Sirenen heulen? Rechnet da jemand mit Krieg?

Am gleichen Tag, an dem in der Bundesrepublik die Sirenen heulten, tagte in Genf die Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen. Amerikaner, Russen, Engländer und Vertreter weiterer Länder aus Ost und West saßen dort zusammen an einem Tisch und berieten, wie die Kriegsgefahr gemindert werden kann. Auf der Tagesordnung standen vor allem Verträge, durch die eine weitere Verbreitung von Atomwaffen verhindert werden soll.

Am gleichen Tag, an dem die Regierung in der Bundesrepublik die Sirenen probeweise Atomalarm heulen ließ, konnten wir in der Zeitung lesen, was diese Regierung von der Genfer Abrüstungskonferenz hält und was sie gegen diese Konferenz unternimmt.



Am 25. August lasen wir in der Zeitung:

- **Die Bundesregierung lehnt den amerikanischen Vorschlag, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu untersagen, ab!**

Frage: Genügen der Regierung die vorhandenen Massenvernichtungsmaschinen noch nicht?

- **Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag der britischen Regierung ab, der sicherstellen möchte, daß auch innerhalb des NATO-Bündnisses kein anderer Staat außer den USA über Atomwaffen verfügen kann!**

Frage: Möchte die Regierung auf Schleichwegen an fremde Atomdrücker heran?

- **Die Bundesregierung ist empört über den Vorschlag des kanadischen Abrüstungsbeauftragten Burns, auch die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen!**

Frage: Glaubt die Regierung, die Völker ostwärts unserer Grenze hätten angesichts ihrer Erfahrungen mit Deutschland kein Anrecht auf Sicherheit?

Das sind Fakten. Harte Fakten. In diesen Tagen und hier der Tageszeitung entnommen.

Und das sind dazu unsere Fragen. Haben wir nicht Veranlassung, sie zu stellen?

Fakten und Fragen, die harte und konsequente Antworten erfordern.

Kann die Antwort anders lauten als:

Diese Bundesregierung tut nichts für unsere Sicherheit vor Krieg. Diese Bundesregierung sabotiert die Genfer Abrüstungskonferenz. Diese Bundesregierung läßt die Sirenen heulen, weil das Ergebnis ihrer Politik nicht der Frieden, sondern der Krieg sein wird.

Das ist jetzt beweisbar, denn:

Sicherheit vor Krieg erhalten wir nur durch eine Politik der Abrüstung und Entspannung. Das ist eine Binsenwahrheit, von der unser Leben und unsere Zukunft abhängen.

Denken Sie bitte einmal nach. Besonders am 1. September. Die Kampagne für Abrüstung bittet Sie, danach politisch zu handeln, um Ihrer selbst Willen. Nicht nur am 1. September.

Die Kampagne für Abrüstung begünstigt keine Partei. Jetzt kann man jedoch nicht verschweigen, daß man der CDU/CSU bei der Bundestagswahl für diese Politik seine Stimme keinesfalls abgeben kann.

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um die Bemühungen der Kampagne für Abrüstung nach Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen, dann wenden Sie sich an: Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Postscheckkonto Ffm. Nr. 57 648.

Bitte sofort lesen - Bitte sofort lesen - Bitte sofort lesen 25.8.65
WICHTIG - WICHTIG - WICHTIG - WICHTIG - WICHTIG - WICHTIG

Liebe Freunde,

ED 718-24-27

reichlich spät, dafür aber sehr dringend und mit der herzlichsten Bitte um Teilnahme laden wir Sie ein zu unserer diesjährigen Kundgebung zum

A N T I K R I E G S T A G
am 1. September 1965, 19,45 Uhr
im Kantate-Saal, Frankfurt
Großer Hirschgraben 17 - 19.

Folgendes Programm ist vorgesehen:

Der 1. September - 20 Jahr nach der bedingungslosen Kapitulation
Redner: Fritz Lamm, Betriebsrat

Luftschutz- und Notstandspolitik - oder Sicherheit für alle durch Abrüstung
Redner: Fritz Libuda, Gewerkschaftssekretär

Der "Beitrag" der Bundesregierung zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen
Redner: Egon Becker, Mitglied des Hessischen Ausschusses

Der Kantate-Saal nimmt etwa 600 Personen auf und da wir diese Veranstaltung nur so kurzfristig und auch nur beschränkt publizieren konnten, bitten wir alle unsere Anhänger um ihre Teilnahme und um Werbung bei Freunden und Bekannten für diese Veranstaltung. Wir halten es für sehr wichtig, daß wir gerade in der jetzigen Zeit, wo die Bundesregierung die Genfer Abrüstungsverhandlungen empfindlich stört, für die Sache der Abrüstung und Entspannung in Form dieser Veranstaltung zum Antikriegstag demonstrieren.

- - - - -

Für Anfang September hatten wir eigentlich eine groß angelegte Vietnam-Woche geplant. Diese Vietnam-Woche mußte der Hessische Ausschuß um vier Wochen, auf Anfang Oktober, verschieben und zwar aus organisatorischen und finanziellen Gründen. Eine Veranstaltungswoche, bei der wir in Frankfurt und in weiteren hessischen Städten gegen den Krieg in Vietnam protestieren, wird den Hessischen Ausschuß mit mehreren tausend Mark belasten. Wir können diese Woche deshalb erst dann fest für Anfang Oktober einplanen, wenn die finanziellen Bedingungen erfüllt sind.

Deshalb, liebe Freunde, müssen wir Sie wieder einmal recht dringend um weitere finanzielle Unterstützung für unsere Arbeit bitten. Da wir Sie in den Monaten nach Ostern in dieser Hinsicht nicht allzu sehr bedrängt haben, wären die finanziellen Vorbedingungen für eine Vietnam-Woche eine einmalige zweckgebundene Spende von etwa DM 5.-- im Durchschnitt, wobei wir bereits einkalkuliert haben, daß uns zum 6. August einige Fördererbeiträge eingingen, von deren Adressaten wir nun nicht schon wieder etwas erwarten können.

Bitte beachten Sie auch, daß eine gute Vorbereitung für eine erfolgreiche Vietnam-Woche die gut besuchte Kundgebung zum 1. September sein kann.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack *Fritz Strass*
(Klaus Vack) (Fritz Strass)
- Sprecher - Geschäftsführer

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß - 605 Offenbach 4 - Postfach 648

EJ 718-24-28

Kundgebung zum Antikriegstag

Mittwoch, 1. September 1965,
19.45 Uhr,
Cantate-Saal, Frankfurt am Main,
Großer Hirschgraben 17-19

**Der 1. September – 20 Jahre nach
der bedingungslosen Kapitulation**

Redner: Fritz Lamm, Betriebsrat

**Luftschutz- und Notstandspolitik –
oder Sicherheit für alle durch Abrüstung**

Redner: Fritz Libuda, Gewerkschaftssekretär

**Der „Beitrag“ der Bundesregierung
zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen**

Redner: Egon Becker, Dipl. Physiker



**Kampagne für Abrüstung –
Ostermarsch der Atomwaffengegner**
Hessischer Ausschuß
Offenbach am Main, Buchrainweg 161

Bitte weitergeben und Freunde mitbringen!

Verantwortlich: Fritz Strass, Wiesbaden · Druck: W. Plaueln, Offenbach am Main



DM Pf f. Kto Nr. **576 48**

Absender:

ED 718 - 24 - 29

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

..... Deutsche Mark

für Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

Konto Nr.

576 48

in **605 Offenbach**

Postscheckamt
Frankfurt am Main

Postvermerk

Eingangs-Nr.

S. 64

210 x 105, Kl. III f

(Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

S 1/14 vk

PSchO Anl. 2

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf

Kto Nr. **576 48** PSchA Ffm

Einlieferungsschein

- Bitte sorgfältig aufbewahren -

..... Deutsche Mark Pf

(in Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

in **605 Offenbach**

Postvermerk



(Einl.-Nr., Annahmebea)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

DM Pf
für Konto

Nr **576 48**

PSchA Frankfurt am Main

Eingezahlt am

Absender (mit Postleitzahl!):

betrifft

(Rechnung, Kassenzeichen, Buchungsnummer)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 20. August 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

An den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

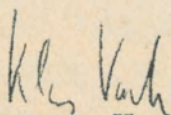
ich lade hiermit ein zu einer Sitzung des Hessischen Ausschusses am Dienstag, 24. August 1965, 18,30 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt. Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Vietnam - Woche
2. Struktur, Satzung und personelle Zusammensetzung des Hessischen Ausschusses
3. Tagung mit
 - a) Gewerkschaftern
 - b) evangelischen Pfarrern
 - c) Redakteuren der Schülerzeitschriften
4. Verschiedenes

Wie ich Ihnen bereits vor 14 Tagen mitteilte, wird diese Sitzung für die nächsten Aktionen und für die weitere Arbeit der Kampagne in Hessen von großer Bedeutung sein. Ich rechne deshalb mit einer vollzähligen Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr


(Klaus Vack)

ED 718-24-31

RUNDBRIEF NR. 6

Liebe Freunde,

heute möchte ich Ihnen nur kurz einige Hinweise geben bzw. Vorschläge unterbreiten.

1. Vietnam - Flugblatt in englischer Sprache

Das beigegefügte Vietnam-Flugblatt in englischer Sprache ist gedacht zur Verteilung vor amerikanischen Kasernen oder in amerikanischen Wohnsiedlungen. Unser Stuttgarter Ausschuß hat bei verschiedenen Flugblatt-Verteilungen bereits gute Erfahrungen gemacht und empfiehlt solche Aktionen allen Ausschüssen. Es bewährt sich auch, in amerikanischen Wohnsiedlungen mit englisch sprechenden Freunden von Haustür zu Haustür zu gehen, das Flugblatt abzugeben und eine Diskussion zu suchen. Vor den Kasernen sollten die Flugblatt-Verteiler Trageschilder mit Vietnam-Slogans in deutscher und englischer Sprache mitführen.

Das beigegefügte Flugblatt kann bezogen werden bei der Druckerei Peter Grohmann, 7 Stuttgart-Wangen, Riedlinger Str. 12. Die Druckerei Grohmann macht folgendes Angebot:

bei einer Auflage von 500 Stück	DM 16.--
1000 "	DM 22.--
1500 "	DM 32.--
2000 "	DM 40.--
2500 "	DM 50.--
3000 "	DM 59.--
4000 "	DM 75.--
5000 "	DM 90.--

bei Bestellungen ab 5000 Stück das Tausend mit DM 18.--.

Format DIN A 4, Papier 80 g, mittelfein, farbig, einseitig schwarz bedruckt mit Bild und Text lt. Muster; Zahlung jeweils nach Erhalt der Sendung unter Abzug von 3 % Skonto; Lieferung: bei eiligen Aufträgen Versand innerhalb 24 Stunden; Versandkosten und Verpackung sowie Anschriftenänderungen sind im Preis enthalten, bei Expresslieferung muß allerdings die Differenz zwischen den normalen Versandkosten und den Expressgebühren vom Besteller übernommen werden.

2. Probealarm am 25. August

Am 25. August 1965, 11,30 Uhr findet in der gesamten Bundesrepublik ein Probealarm statt. Der Alarm besteht lt. Tagespresse aus den Alarmstufen Entwarnung (damit niemand erschreckt wird), Voralarm, konventioneller Angriff, ABC-Alarm und wieder Entwarnung.

Aus Anlaß dieses Probealarms lassen sich bestimmt von kleinen Gruppen wirkungsvolle Aktionen durchführen. Wir bitten alle Ausschüsse, solche Aktionen vorzubereiten.

In Darmstadt und Hanau waren beim letzten Probealarm folgende Aktionen gut an. Man hatte aus billiger Wellpappe große weiße Tafeln vorbereitet, etwa 2 m hoch, 1,5 m breit und baute diese Tafeln für

jeden sichtbar ca. 30 Minuten vor dem Probealarm an einer Stelle auf, wo sich viele Menschen befanden - in Hanau bei dem Marktplatz, denn es war gerade Markttag und in Darmstadt vor der Mensa der Universität. Die kleine Aktionsgruppe hatte sich mit Gasmasken "maskiert", weiße, mit roter Farbe etwas bekleckerte, Kittel erhöhten die Wirkung. Vor den Augen des interessierten Publikums begann man auf die weiße Fläche in großen Buchstaben mit roter Farbe zu malen: "Wenn auch die deutsche Politik versagt, deutsche Sirenen versagen nie!" Die Malarbeit war so eingeteilt, daß man das Wort "Sirenen" zu schreiben begann, als diese ihr Geheul anstimmten. Einige Flugblätter über Kampagne und Luftschutz wurden dabei verteilt und mit geringem Aufwand hatte man in kurzer Zeit einige Hundert Menschen direkt angesprochen und einige Dutzend in Diskussionen verwickelt. Da die Presse informiert war, gab es kurze Zeitungsberichte mit Bild, sodaß die Kampagne für Abrüstung auch dem großen Kreis der örtlichen Zeitungsleser wieder einmal ins Gedächtnis gerufen wurde.

Sicher gibt es noch andere Aktionsmöglichkeiten zu dem Probealarm. Ich bitte Sie um Erfahrungsberichte und auch Bilder, denn für die "Informationen zur Abrüstung" können wir immer Berichte über die vielfältigen örtlichen Aktivitäten der Kampagne gebrauchen.

3. "Ihr Kampf gegen den Ostermarsch"

✓ Ich empfehle Ihrer Aufmerksamkeit den Sonderdruck aus "Gestern und heute": Ihr Kampf gegen den Ostermarsch. Diese Schrift können Sie zum Preis von DM 0,50 bei der ZA-Geschäftsstelle bestellen; das erste Stück kostet wegen der Portokosten DM 1.--.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Geschäftsführer

"For which kind of peace do we struggle? Not for a pax americana forced upon the world by American weapons. Not for the peace of the grave and not for the safety of slaves. I am talking about real peace — peace which will make life on earth worth living, peace enabling men and nations to grow and to hope and to build up a better life for their children. Not only a peace for Americans, but peace for all mankind!"

This has been said by John F. Kennedy at Washington University.



ED 719-26-32

BUT WHAT HAS BEEN DONE BY JOHNSON, HIS SUCCESSOR?

Under the presidency of Johnson the United States have turned their back to these principles, their armies interferred with the internal affairs of a small nation, the Dominican Republic, they made Vietnam the most dangerous source of crises of the world. In the presence of an imminent defeat the Vietnam War has been extended by the United States considerably increasing the danger of a third World War.

SELF-DETERMINATION AND FREEDOM FOR VIETNAM . . .

In South Vietnam decolonisation continues to be fictitious. Since 1940 the Vietnamese have been fighting for independence and self-determination; first against the Japanese, then against the French, and when the reunification by free elections according to the Geneva 1954 Agreement had been obstructed by the US Government, against the Americans who, in the meantime, had taken over colonial government from the French.

. . . OR POLICY OF MILITARY POWER

America is fighting in Vietnam from strategical reasons and reasons of military power for her sphere of influence in South East Asia. And in this fight America is supported by a social system which is corrupt and which is not democratic, and this war is against the overwhelming majority of the population. In the interest of the distressed Vietnamese population suffering from the war of conflicts of the great powers, and for the protection of peace in the world we demand and request:

- Immediate termination of any further extension of this war by the US Government, i. e. to stop any and all attacks on North Vietnam and to stop the utilization of gas and napalm bombs.
- Negotiations between all parties concerned without any preliminary conditions and including the Vietcongs.
- Armistice and subsequent military neutralisation of the total area of Vietnam which will be guaranteed by the great powers.
- Formation of an international committee responsible for free elections in the total area of Vietnam.

PUT AN END TO THE DIRTY WAR IN VIETNAM!

We request the American population to make clear to its Government without any misunderstanding and in absolute plainness that negotiations only and not military actions in Vietnam will be in the interest of all. We declare our solidarity with those many Americans who are protesting again and again against the Vietnam policy of the Johnson Government and who are requesting immediate peace in Vietnam.



Campaign for Disarmament Easter March of the Opponents of Atomic Weapons

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Ausschuß Württemberg-Bodensee, Heinz Matthiesen, 7 Stuttgart, Neckarstr. 128, Postscheckkonto Stuttgart Nr. 373 55 · Druck: Grohmann, S-Wangen

Backing the Campaign for Disarmament are men and women of many nations who work for cooperation among the peoples of the World and publicly oppose the outdated policy of the bomb and of war threat; men and women, and especially many young people among them, who support the efforts of the United Nations for peace and understanding among men because they feel responsibilities beyond the narrow The Campaign for Disarmament — Easter March of the Opponents of Atomic Weapons — at present extends its information drive to practically every part of the world and asks you to do your best for disarmament in East and West, for disengagement and non-atomic zones, for liberty and justice for all and for the cooperation among all peoples for the security of mankind.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 13. August 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

ED 318-24-33

16.8.65

An den Hessischen Ausschuß und die Örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

am 3. August fand eine - trotz der Ferienzeit verhältnismäßig gut besuchte - Sitzung mit den Örtlichen Ausschüssen statt. Ich möchte Ihnen allen das Wichtigste dieser Sitzung bekannt geben. Da wir uns bekanntlich nur dann zu Sitzungen treffen, wenn es notwendig ist, scheint mir dieser Bericht lesenswert.

1. Die "Aktion-Volkssarg"

Die Aktion Volkssarg wurde in Oberursel, Offenbach, Hanau und an den Universitäten in Frankfurt, Darmstadt und Gießen durchgeführt. Über die Öffentlichkeitswirksamkeit der "Aktion Volkssarg" vom vergangenen Samstag in Frankfurt konnten Sie sich selbst überzeugen. Der Rundfunk, die Hessenprogramme der beiden Fernsehanstalten und die Presse haben ausführlich berichtet.

Aber auch die anderen Volkssargausstellungen - die ohne die in Frankfurt scheinbar obligatorischen Schwierigkeiten mit der Polizei ausgingen - können durchweg als gelungen betrachtet werden. Auch sollten wir nicht vergessen, daß es uns mit dem "Volkssarg" erstmalig gelungen ist, in den STERN zu kommen.

Wegen der großen Nachfrage, vor allem auch unserer Anhänger, die nicht in den Örtlichen Ausschüssen mitarbeiten, mußten wir mehrmals nachdrucken und so wurden insgesamt 70 000 Volkssargflugblätter unter die Menschen gebracht. Die gute Resonanz zeigt sich auch in rd. 200 fast ausnahmslos positiven Zuschriften, die wir aus dem ganzen Hessenland und darüber hinaus aus der Bundesrepublik erhielten, von Leuten, zu denen wir zu 90 % bisher keinen Kontakt hatten.

Die "Aktion Volkssarg" wird am kommenden Wochenende mit einer Ausstellung in Neu Isenburg fortgesetzt. Am Wochenende darauf werden wir die Aktion in Frankfurt noch einmal wiederholen. Weitere Ausstellungen sind vorerst vorgesehen in Ginsheim, Kassel und Darmstadt. Ich glaube, daß wir am Ende der Aktion, die für unsere Verhältnisse maximale Öffentlichkeitswirkung erreicht haben werden und daß es dann nicht mehr sinnvoll ist, die Aktion weiterzuführen.

2. Arbeit mit dem Sofortprogramm

Das Sofortprogramm der Kampagne für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung liegt nun als Sonderdruck der "Informationen zur Abrüstung" vor. (siehe Anlage). Wir stellen den Örtlichen Ausschüssen diesen Sonderdruck zur Verfügung und zwar zum Preis von DM 2,50 je 100 Stück.

Wir waren uns in der Sitzung einig, das Sofortprogramm erst nach den Bundestagswahlen stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Dennoch sollten wir in den nächsten Wochen die nicht überwältigende bürokratische Arbeit übernehmen und das Sofortprogramm durch gezieltes Verschicken unter der örtlichen Prominenz bekannt machen. Wir denken hier an die Kommunalpolitiker, die örtlichen Parteistellen, die Gewerkschaften, die örtlichen Vereine

und Organisationen, die Presse, Ärzte, Lehrer, Pfarrer, Juristen und natürlich die örtlichen OM-Aufruf-Unterschreiber und Unterstützer unserer Ziele. Wir empfehlen, das Sofortprogramm mit einem Begleitbrief - ein Textvorschlag liegt bei - per Post an diese Adressaten zu schicken; damit ist ein Ausgangspunkt geschaffen für spätere Besuche und Diskussionen.

Die Geschäftsstelle ist gerne bereit, den Örtlichen Ausschüssen den Begleitbrief zu vervielfältigen und wir bitten zu diesem Zweck uns den beigefügten Entwurf, ergänzt und evtl. korrigiert, unter Angabe der Auflagenhöhe, zuzusenden. (Mindestkosten bis 100 Stück DM 1,50; Mehrkosten für jede weiteren 100 Stück DM 1.--.)

3. Seminar am 21./22. August 1965

Ich glaube, daß dieses Seminar sehr wesentlich sein wird für unsere zukünftige Arbeit. Alle Mitarbeiter der Örtlichen Ausschüsse sollten, wenn irgend möglich, teilnehmen. Wir wollen diskutieren über die Funktion einer "außerparlamentarischen Opposition", "Strategie, Struktur der Kampagne" und über unsere zukünftige Politik und Arbeit. U.a. werden als Referenten die Mitglieder des Zentralen Ausschusses, Dr. Andreas Buro und Dr. Arno Klönne, an dem Seminar mitwirken. Das Seminar findet statt im Naturfreunde-Samstag um 15 Uhr; Ende gegen 14 Uhr am Sonntag. Die Teilnehmergebühr (einschließlich Unterkunft und Verpflegung) beträgt DM 8.--. Fahrtkosten der Bundesbahn, die DM 5.-- übersteigen, werden zurück-erstattet. Wer noch teilnehmen will, melde sich bitte unverzüglich an.

4. Vietnam - Woche

Zur Information über die Planungen für die Vietnam-Woche ist ein Programmentwurf beigefügt. Ich bitte recht herzlich alle, die noch Verbesserungsvorschläge zu dem Programm machen können oder die Ideen haben, wie man den einen oder anderen Programmpunkt verwirklichen kann, um Mitteilung an die Geschäftsstelle. Wir werden kurz vor der Vietnam-Woche noch einmal zu einer Sitzung zusammenkommen und die letzten Einzelheiten besprechen. Alle Örtlichen Ausschüsse bitten wir, zu prüfen, ob sie im Rahmen der Vietnam-Woche an ihrem Ort eigene Veranstaltungen machen können. Wir haben einen Vorbereitungsausschuß für die Vietnam-Woche gebildet, in dem Vertreter aller Ausschüsse mitarbeiten sollten, die sich an der Vietnam-Woche beteiligen. Bisher sind in diesem Ausschuß vertreten die Örtlichen Ausschüsse Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Hanau und Oberursel.

Neben verschiedenen Flugblättern, die wir zur Vietnam-Woche herausbringen werden und über die noch rechtzeitig informiert wird, wird auch ein Programm gedruckt, das je 100 Stück DM 2,50 kostet. Alle Örtlichen Ausschüsse sollten sofort so viele Programme bestellen, wie zum gezielten Versand gebraucht werden. Dabei dürfte es im süd-hessischen Raum selbstverständlich sein, daß sich jeder Örtliche Ausschuß für die Publizierung der Vietnam-Woche einsetzt, auch dann, wenn am eigenen Ort nichts geschieht.

Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, daß unser HA-Mitglied, Rudolf Segall, 6072 Dreieichenhain, Bahnhofstr. 30, Telefon tags-kleineren und größeren Veranstaltungen über die Situation in Vietnam zu sprechen. Rudolf Segall hat sich besonders mit dem Vietnam-Krieg beschäftigt, er ist bestens informiert und somit als Referent besonders geeignet.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Klaus Vack

Entwurf für einen Begleitbrief zum Sofortprogramm
=====

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
ÖRTLICHER AUSSCHUSS

ED 718-24-34

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Kampagne für Abrüstung hat in diesen Wochen ein "Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit" vorgelegt; der vollständige Text des Programmes ist beigelegt.

Die Kampagne weiß sehr wohl, welche Schwierigkeiten auf dem Weg zur Abrüstung zu überwinden sind. Sie versucht deshalb, auf Möglichkeiten einer schrittweisen und realistischen Politik der Rüstungsbeschränkung und allmählichen Abrüstung aufmerksam zu machen. Der Ausgangspunkt für die Vorschläge, die die Kampagne im Sofortprogramm an die Adresse der Öffentlichkeit, des Parlamentes und der Regierung richtet, ist die Überlegung, daß regionale Rüstungsbeschränkung, die militärisches Potential gleichzeitig und gleichermaßen vermindert, am ehesten den Weg zur allgemeinen Abrüstung eröffnet.

Wir sind der Auffassung, daß der Zeitpunkt für eine gründliche Überprüfung der bisherigen Militärpolitik der Bundesregierung gekommen ist. Das Sofortprogramm will zu dieser fälligen Diskussion einen Beitrag leisten. Wir möchten Sie recht herzlich bitten, diesem Sofortprogramm Ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Schreiben Sie uns bitte Ihre Meinung über das Programm, wobei uns beifürwortende, skeptische oder ablehnende Stellungnahmen gleichermaßen interessieren.

Nach den Bundestagswahlen wird die Kampagne das Sofortprogramm als Broschüre herausbringen mit Ergänzungen, Erläuterungen und grundsätzlichen Aufsätzen zu den Problemen der Abrüstung in Mitteleuropa. Wir werden uns mit dieser Broschüre auch an den neuen Bundestag, die neue Bundesregierung und an weitere gesellschaftliche Kreise wenden und erlauben uns, Ihnen zu diesem Zeitpunkt einen Besuch abzustatten, um Ihnen einen weiteren Meinungsaustausch mit uns über das Sofortprogramm zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Örtlicher Ausschuss

gez.:

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG



Ein Sofortprogramm für die Bundesrepublik Deutschland

Politik der Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß eine weltweite konventionelle und atomare Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr einer Selbstvernichtung ganzer Nationen oder der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Dennoch wird der konventionelle und atomare Rüstungswettlauf fortgesetzt. Neue Mächte streben nach Atomwaffenbesitz und in allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Prozentsatz des Volkseinkommens für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen. Die Steigerung der Rüstung und insbesondere die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Räumen erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme liegen. Zugleich versperren militärische Spannungszustände den Weg zu politischen Lösungen der bestehenden Konflikte. Diese Feststellung trifft heute nicht zuletzt für Mitteleuropa zu; hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Angesichts dieser Situation wird, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung erhoben, zunächst in geographisch begrenzten Räumen ein System effektiver Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung zu schaffen, das keiner Seite einseitige militärische Vorteile gibt. Regionale Rüstungsbeschränkung, die militärisches Potential auf beiden Seiten gleichermaßen herabsetzt, kann auch Wege zur allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen.

Pläne für eine Politik der regionalen Abrüstung in Mitteleuropa haben unter anderen die britischen Politiker Eden und Gaitskell, die amerikanischen Politiker Mansfield und Kennan und die polnischen Politiker Gomulka und Rapacki vorgelegt. Auch in der UdSSR, der DDR, der CSSR und in den Parteien der Bundesrepublik Deutschland sind wiederholt Konzepte für eine militärisch verdünnte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa entwickelt worden.

Die offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland hingegen hat solche Vorschläge bisher nicht einmal zum Gegenstand der Diskussion gemacht und in unverantwortlicher Weise jede Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Diese Politik hat nicht zur Sicherheit für Deutschland geführt, sondern die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert. Die Kampagne für Abrüstung fordert daher, daß Bundestag und Bundesregierung alle Möglichkeiten und Pläne für eine Politik wirklicher Sicherheit unverzüglich und ernsthaft prüfen und einen eigenen Beitrag hierzu leisten.

Nach dem Stand der internationalen Diskussion könnte über folgende Schritte Einigung erzielt werden, die die Kampagne für Abrüstung der Bundesregierung und dem Bundestag als Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit vorschlägt:

STOP DER ATOMAREN UND KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

1. Bundestag und Bundesregierung erklären den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen und fremder Kernwaffenproduktion. Die Erklärung der Bereitschaft der DDR, Polens und der CSSR zu einem gleichartigen Verzicht liegt vor.

Solche Verzichtserklärungen können in völkerrechtlich bindender Form abgegeben werden, ohne das Problem der innerdeutschen staatsrechtlichen Anerkennung zu berühren.

Die Einhaltung dieses Verzichts kann durch Erklärungen der Bündnissysteme, in die die genannten Länder einbezogen sind, zusätzlich garantiert werden.

2. Die Bundesregierung schlägt dem NATO-Rat vor, auf dem Territorium der Bundesrepublik Kernwaffenbestände nicht zu vermehren, sofern durch den Rat der Warschauer-Pakt-Staaten für die DDR, Polen und die CSSR eine gleichartige Regelung erfolgt. Die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen ist durch die genannten Staaten des Warschauer Paktes erklärt worden.

Diese Regelung soll der erste Schritt zur stufenweisen Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sein.

3. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget der Bundesrepublik nicht mehr zu steigern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR eine gleiche Regelung erfolgt. Die genannten Staaten des Warschauer Paktes haben ihre Bereitschaft zu entsprechenden Verhandlungen erklärt.

Soweit es um die Rüstungsetats der Bundesrepublik und der DDR geht, können die Voraussetzungen solcher Vereinbarung durch gemeinsame technische Kommissionen nach dem Vorbild der Passierscheinverhandlungen geklärt werden.

VERRINGERUNG DER KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

4. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget stufenweise zu verringern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR gleichartige Beschlüsse gefaßt werden, die auf beiden Seiten zu einer insgesamt gleichen Quote der Rüstungseinschränkung in Mitteleuropa führen.

Diese Regelung kann im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt oder durch gleichzeitige Erklärungen der einzelnen Staaten erfolgen.

ATOMWAFFENFREIE ZONE IN MITTELEUROPA

5. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft zum Verzicht auf jede Lagerung fremder Atomwaffen und zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone, sofern gleiche Schritte in der DDR, in Polen und in der CSSR erfolgen. Die vertragliche Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa soll die Beschränkung und Verminderung konventioneller Rüstung einbeziehen. Ein wirksames System der Kontrolle und Inspektion muß Teil der Vereinbarung sein.

Die entsprechenden Verträge können in Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten, im Rahmen eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt oder als Ergebnis einer europäischen Sicherheitskonferenz geschlossen werden.

EUROPÄISCHE SICHERHEITSKONFERENZ

6. Die Bundesregierung schlägt die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA und der UdSSR vor. Zur Vorbereitung dieser Konferenz unterbreitet sie einen eigenen Plan für ein europäisches Sicherheitssystem, dessen Beginn die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone sein soll. Der Bestand eines europäischen Sicherheitssystems kann durch internationale Garantien zusätzlich gesichert werden.

BEZIEHUNGEN ZU OSTEUROPA

7. Die Bundesregierung baut die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aus und fördert den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit diesen Staaten, um die militärische und politische Entspannung voranzutreiben und das Kriegsrisiko zu mindern.

MITARBEIT AN DER STRATEGIE DES FRIEDENS

8. Die Bundesregierung unterstützt in der NATO und in anderen Institutionen der internationalen Politik alle Vorschläge, die auf eine Erweiterung des atomaren Teststopabkommens, auf ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.

EIN AMT ZUR FÖRDERUNG DER ABRÜSTUNG

9. Das vom Bundestag beschlossene Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung wird instandgesetzt und beauftragt, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich zu bearbeiten. Das Abrüstungsamt soll die militärstrategischen Probleme der Abrüstung, die Möglichkeiten einer wirksamen Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen, die Möglichkeiten eines krisenfreien Übergangs von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft und die sozialen Bedingungen der Abrüstung prüfen bzw. prüfen lassen.

Der Bundestag richtet einen Ausschuß für Fragen der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ein, der mit dem Abrüstungsamt zusammenarbeitet.

FORSCHUNG UND ERZIEHUNG FÜR ABRÜSTUNG UND INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG

10. Bund und Länder fördern wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesländer machen Themen der Abrüstung und der Verständigung zwischen den Völkern zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung.

Dieses Programm stellt eine Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung dar. Wird diese Alternative realisiert, so gewinnt Deutschland an Sicherheit. Die Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet.

Die Kampagne für Abrüstung wendet sich an die Parteien, an die Kirchen, die gesellschaftlichen Gruppen und an alle Mitbürger und fordert auf, dieses Sofortprogramm zum Gegenstand der Diskussion und zum Inhalt politischer Aktionen zu machen und nichts unversucht zu lassen, eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung in unserem Lande durchzusetzen.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG · OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER

Die Kampagne für Abrüstung legt ein Programm für eine deutsche Sicherheitspolitik vor. Sie tut dies zu einem Zeitpunkt, da Spitzenpolitiker der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie übereinstimmend jede politische Willensäußerung außerparlamentarischer Kräfte gegenüber Parlament und Regierung als „undemokratisch“ aburteilen. Die Kampagne macht kein Hehl daraus, daß sie die Gefährdung unseres demokratischen Systems in anderen Verhaltensweisen erkennt, in jenen Praktiken der Führungen der Bundestagsparteien nämlich, die allmählich die Formen unseres Staates ihres verfassungsmäßigen Gehaltes berauben. Demokratie heißt: Wahl zwischen sachlichen Alternativen, Prozeß der Meinungsbildung in der Diskussion von Regierung, Regierungsparteien, Opposition und Öffentlichkeit. Wer diese notwendige Auseinandersetzung als „Parteienhader“ verächtlich macht, wer Opposition im Prinzip ausschalten möchte, wer politische Entscheidungen zur Geheim-

sache einiger exekutiver und parlamentarischer Führer machen will, der hat den Boden unserer Verfassung bereits verlassen. Auf die obrigkeitstaatlichen Traditionen unseres Landes kann rechnen, wer Gemeinsamkeit um jeden Preis beschwört, wer beispielsweise die Wahl nicht in die „Niederungen der Politik“ zu zeren verspricht. Aber was bleibt dann noch von der parlamentarischen Demokratie, wenn die Repräsentanten sich selbst präsentieren und vom Wahlvolk zu diesem Akt ein meinungsloses lautloses Ja verlangen? Völker, die sich ihre demokratischen Formen selbst erkämpft haben, haben seit jeher die Freiheit der öffentlichen politischen Meinung zum eigentlichen Garant der Demokratie erklärt. In den Vereinigten Staaten erhebt sich energischer außerparlamentarischer Protest gegen den Krieg in Vietnam — in der Bundesrepublik möchte man solche Regungen schon in Friedenszeiten illegalisieren. Das Volk soll seine Stimme abgeben — für welche Politik,

darüber soll die Diskussion verstummen. Es ist kein Zufall, daß dieser kaum verborgene Übergang zur autoritären Staatsauffassung in der Bundesrepublik, begleitet durch Notstandsgesetze, zu einer Zeit geschieht, in der die offizielle Politik unseres Landes immer mehr in eine Sackgasse gerät, an deren Ende nur die kriegerische Explosion konsequent erscheint. Wer über seinen eigenen Weg nicht mehr nachdenken möchte, der neigt dazu, auch anderen das Nachdenken und die Veröffentlichung solcher Bemühungen zu untersagen. Noch sind wir nicht soweit. Noch gibt es Möglichkeiten, die Parteien an ihren Verfassungsauftrag zu erinnern und dem Wahlkampf seinen politischen Sinn zu geben. Das Programm der Kampagne beschreibt eine Alternative zur Politik der vermeintlichen Sicherheit und der eingebildeten Stärke. Wer für diese politische Alternative eintritt, wirkt, der Lage der Dinge nach, zugleich für die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie. AK

Sonderdruck aus den monatlich erscheinenden INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung - Abrüstung - Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne. Bestellungen bitte an den Herausgeber: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, 605 Offenbach 4, Postfach 648; Jahresabonnement DM 8,-.

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach; Druck: Schürmann & Klagges, Bochum.

V i e t n a m - W o c h e

In der Zeit vom 1. - 6. September 1965 plant der Hessische Ausschuss der Kampagne für Abrüstung, eine Vietnam-Woche zu veranstalten. Die Hauptveranstaltungen und Aktionen werden in Frankfurt sein; kleinere Parallelveranstaltungen finden in verschiedenen südhessischen Städten statt.

Mit der Vietnam-Woche will die Kampagne in der Öffentlichkeit über die Grausamkeiten des Krieges und die großen Leiden des vietnamesischen Volkes aufklären. Die erst in den letzten Monaten bekannt gewordenen Tatsachen über den Charakter des Krieges in Vietnam, veranlassen die Kampagne, betont gegen die US-Aggression zu demonstrieren und die amerikanische Vietnam-Politik scharf zu verurteilen. Selbstredend werden sich die Appelle zur Lösung der immer schwierigeren Probleme in Vietnam - auf der Basis der Verträge von Genf aus dem Jahre 1954 - an die Adresse aller an dem Konflikt Beteiligten richten.

Da die deutsche Bundesregierung wie keine andere westliche Regierung die US-Politik in Vietnam vorbehaltlos unterstützt, wird sich die Kampagne mit der Vietnam-Woche auch an die Adresse der Bundesregierung wenden. Dabei soll - besonders bei der Auftaktveranstaltung am 1.9.1965 - auch zu anderen Problemen deutscher Außen- und Militärpolitik, wie der Weiterverbreitung von Atomwaffen und der europäischen Sicherheitsfrage Stellung genommen werden.

Folgendes Programm ist vorgesehen (Änderungen möglich bzw. wahrscheinlich):

1. September, 16 Uhr Eröffnung einer Vietnam-Ausstellung in der Vorhalle der Paulskirche (die Ausstellung soll bis zum 6. Sept. stehen bleiben).

18,30 Uhr Kundgebung in der Paulskirche mit drei halbstündigen Reden zu den Themen:

Gegen deutsche Mitverfügung über Atomwaffen ...
... für Sicherheit durch Abrüstung in Europa
Vietnam und wir

19,30 Uhr Demonstration durch die frankfurter Innenstadt, vorbei am US-Generalkonsulat

2. September Filmveranstaltung mit Filmen über den Vietnamkrieg und über Südostasien.

3. September Podiumsdiskussion

4. September Beginn einer dreitägigen Protestmahnwache vor dem US-Generalkonsulat und parallel dazu großer Informationsstand in der frankfurter Innenstadt.

Flugblattverteilung und öffentliche (von hessischen Innenminister bereits genehmigte) Geldsammlung zugunsten der notleidenden Bevölkerung in Vietnam.

5. September Matinee-Veranstaltung
Schriftsteller lesen Briefe, Aufsätze, Lyrik, Prosa aus und über Vietnam.

6. September Beendigung der Protestmahnwache und des Informationsstandes.

17 Uhr Großkundgebung unter freiem Himmel.

Vorschläge und Anregungen, wie dieses umfangreiche Programm verwirklicht werden kann, bitten wir, schnellstens schriftlich oder telefonisch, an die Geschäftsstelle zu geben; natürlich hat der Vorbereitungsausschuß schon konkrete Ideen und vieles in die Wege geleitet, aber weitere Ideen können nur nützlich sein.

Dieses Programm ist noch nicht zur Veröffentlichung gedacht; vor allem die Veranstaltungen und Demonstrationen unter freiem Himmel sind 48 Stunden vor Veröffentlichung polizeilich anzumelden, was bisher nicht geschehen ist.

Klaus Vack

Fritz Strass

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Der Örtliche Ausschuß _____ bestellt folgendes Material:

- Stück IZA - Sonderdruck "Sofortprogramm"
100 Stück DM 2,50 DM
- " Begleitbriefe zum Sofortprogramm lt.
beigefügtem Muster; 100 Stück DM 1,50
jede weiteren 100 Stück DM 1.-- DM
- " Programme für die Vietnam-Woche
DM 2,50 je 100 Stück DM

Das Material ist zu liefern an:

Name: _____

Adresse: _____

An die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß 605 Offenbach 4 Postfach 648

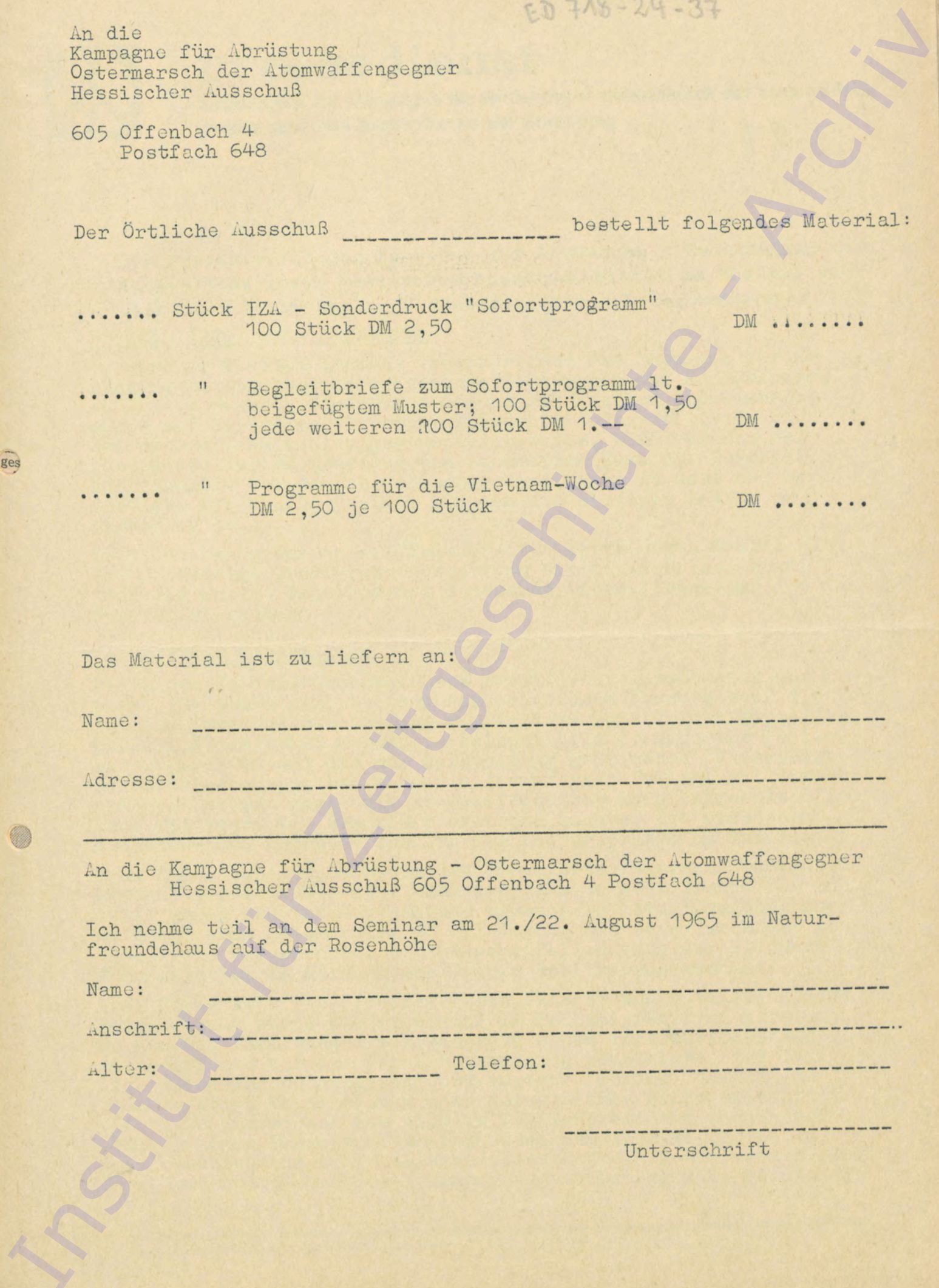
Ich nehme teil an dem Seminar am 21./22. August 1965 im Natur-
freundehaus auf der Rosenhöhe

Name: _____

Anschrift: _____

Alter: _____ Telefon: _____

Unterschrift



ges



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

9. 8. 65

11. 8. 65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Zwanzig Jahre nach Hiroshima

In etwa 20 Städten Hessens veranstaltete die Kampagne für Abrüstung am vergangenen Wochenende Mahnwachen und Kundgebungen anlässlich der 20. Wiederkehr des amerikanischen Atombombenabwurfs auf Hiroshima. In einer Flugschrift "extrablatt", die bei diesen Veranstaltungen verteilt wurde, wird vor dem Wettrennen und der Verbreitung von Atomwaffen gewarnt. Wesentliche Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf und sofortiger Frieden in Vietnam könnten die einzigen Lehren aus Hiroshima sein.

In einem Telegramm an die Kampagne für Abrüstung bedankte sich der derzeitige Oberbürgermeister von Hiroshima Shinzo Hamai, "für die mutige Bewegung der deutschen Atomwaffengegner, um den Frieden zu sichern."

"Volkssärge" beschlagnahmt

Bei einem Informationsstand des frankfurter Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, bei dem das beigelegte "Gesetz über die Bereitstellung und Bevorratung von Volkssärgen für den Verteidigungsfall" verteilt wurde, veranlasste die frankfurter Polizei einzuschreiten und die zur Aufstellung gebrachten "Volkssärge" zu beschlagnahmen. Daß sich die frankfurter Polizei mit dieser erneuten Aktion gegen die Atomwaffengegner kein Ruhmesblatt für eine Weltstadt wie Frankfurt erwerben konnte, ist nicht den diensttuenden Beamten, sondern dem Polizeipräsidium anzulasten.

Frau Odina Bott, Sprecherin des frankfurter Ausschusses stellte gegenüber der Presse fest, daß die Beamten sehr freundlich und zivil waren und ihr Möglichstes versuchten, den "unangenehmen Auftrag" ohne Scherereien zu erledigen. Man wäre durch das polizeiliche Vorgehen bei den Zwischenfällen nach der Vietnam-Demonstration im März dieses Jahres Schlimmeres gewöhnt.

Frau Odina Bott stellte fest: "Die falsche und unverständliche Entscheidung wurde wieder einmal im Polizeipräsidium gefällt, wo man auf Anmeldung die Errichtung eines Informationsstandes am Opernplatz nur mit der Einschränkung genehmigte, daß lediglich 'Flugblätter ausgelegt und verteilt werden' dürfen und 'anderweitige Dekorationen oder der gleichen nicht erlaubt' seien. Scheinbar hat man sich im Polizeipräsidium jedoch sehr schnell eines Besseren besonnen, denn man ließ verlauten, daß die 'beschlagnahmten Volkssärge' wieder freigegeben werden. Der frankfurter Ausschuß der Kampagne für Abrüstung will es deshalb

noch einmal versuchen und für übernächsten Samstag erneut einen Informationsstand anmelden, diesmal mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß 'Volkssärge' ausgestellt werden sollen."

Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte zu diesem Vorgehen gegen eine Aktion der Kampagne für Abrüstung in ihrer heutigen Montag-Ausgabe einen Leitartikel, in dem die liberale Tradition Frankfurts als gefährdet bezeichnet wurde, denn es scheine, "als ob in den Behörden der Stadt einflußreiche Leute sitzen, die sich eifrig bemühen, diese Tradition vergessen zu machen." Die Öffentlichkeit hätte endlich einen Anspruch auf ein klares Wort des Oberbürgermeisters, der ja auch die Verantwortung für die Politik der Polizei trüge. Sein eigenes Prestige erfordere eine solche Entscheidung, auch für künftige Ereignisse ähnlicher Art. Es genüge nicht, in der Stadt der Paulskirche eine U-Bahn zu bauen. Sie müsse auch ihre liberalen und demokratischen Traditionen verteidigen.

Mit der "völlig unseriösen Aktion-Volkssarg", die die Kampagne für Abrüstung ohne nennenswerte Anstände bereits in mehreren Städten der Bundesrepublik veranstaltete - im Rhein-Main-Gebiet z.B. in Oberursel, Hanau und Offenbach -, wird die Bevölkerung über die "Luftschutz- und Notstandsgesetze" aufgeklärt und erhält Informationen, was im Ernstfall zu erwarten ist. Der Anspruch, mit Notstandsgesetzen dem Ernstfall gerecht zu werden, ohne zu versuchen, ihn zu verhindern, löste bei der Mehrzahl der Passanten Unglauben, Ablehnung oder Empörung aus. Der politische Effekt der Aktion wurde erreicht, in dem die Gedankenführung der Notstandspolitiker konsequent und logisch fortgesetzt und damit ad absurdum geführt wurde.

Die Kampagne für Abrüstung plant weitere "Volkssargausstellungen" am kommenden Samstag in Neu Isenburg, am übernächsten Samstag noch einmal in Frankfurt und späterhin in Kassel, Sprendlingen und Ginsheim.

Offenbach, 9. August 1965 - Vack

Kampagne für Abrüstung
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

10. August 1965,

11. 8. 65

An den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

ich möchte Sie bitten, den Dienstag, 24. August 1965 als dringenden Termin vorzumerken. Ich möchte zu diesem Tag eine Hessische Ausschußsitzung (ohne die Örtlichen Ausschüsse) einberufen, bei der wir nach meiner Vorstellung hauptsächlich zwei Punkte beraten sollten: 1. Die Vietnam-Woche, die wir Anfang September veranstalten werden; 2. Die Struktur, Satzung und personelle Zusammensetzung des Hessischen Ausschusses und damit verbunden unsere Vorstellungen für die zukünftige politische und organisatorische Arbeit der Kampagne in Hessen.

Für den zweiten Punkt haben wir eine günstige Ausgangsposition, denn am Wochenende davor, am 21./22. August 1965 findet das bereits seit längerem geplante Seminar statt. Ich würde es übrigens sehr begrüßen, wenn an diesem Seminar möglichst alle Mitglieder des Hessischen Ausschusses teilnehmen würden. Als Referenten haben Egon Becker, Dr. Andreas Buro und Dr. Arno Klönne bereits zugesagt. Da wir bereits über 30 Anmeldungen für das Seminar haben und aus verschiedenen Gründen bei einer Teilnehmerzahl von 40 - 45 Personen stoppen müssen, bitte ich, falls Sie teilnehmen wollen, um Ihre sofortige Anmeldung unter Verwendung des untenstehenden Abschnittes.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vack
 (Klaus Vack)

 An die
 Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich nehme teil an dem Seminar am 21./22.8.1965 im Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe:

Name: _____

Anschrift: _____

Alter: _____

Beruf: _____

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Plan für das Seminar am 21./22. August 1965 in Offenbach

1.1 Kritische Analyse der Kampagne

Selbstverständnis der Kampagne (als außerparlamentarische Opposition, Politik und Strategie in den vergangenen Jahren)

Einschätzung der Kampagne von außenstehenden Gruppen, in der Öffentlichkeit

Entwicklung der Kampagne in Beziehung zur gesellschaftlichen Entwicklung (Entwicklung vom Ostermarsch zur Kampagne für Abrüstung)

1.2 Analyse des Öffentlichkeitsbereiches

Entspricht der Öffentlichkeitsbereich, an den sich die Kampagne durch ihre Aktionen und Erklärungen wendet, einem wissenschaftlich analysierten Öffentlichkeitsbereich?

Welche Möglichkeiten hat die Kampagne, eine "kritische Öffentlichkeit" zu schaffen?

1.3 Zusammenfassung

der Referate und Diskussion hierzu.

(In gestraffter Form werden die wichtigsten Punkte und Widersprüche zusammengefaßt und als Ergebnis des ersten Tages dem Plenum nochmals vorgelegt.)

2. Künftige Arbeit der Kampagne

Vorschläge und Alternativen für eine zukünftige Politik der Kampagne (ggfs. in verschiedenen Tätigkeitsbereichen) unter Beibehaltung bzw. Veränderung der Struktur der Kampagne. (Referat und Koreferat)

Tagungsablauf

Samstag, den 21.8.65	(Beginn 15.00 Uhr) Referate und Diskussion 1.1 - 1.3
Sonntag, den 22.8.65	(Ende gegen 14.00 Uhr) Referate und Diskussion 2

Tagungsort

Naturfreundehaus Rosenhöhe, 605 Offenbach, Am Waldschwimmbad 30.

Contrack erfolgreich

dringend diebstahlsverdächtig / 650 Mark Beute

ischer Schüler
er stationierten
ngendem Ver
eine ganze Reihe
zu haben, bei
über 650 Mark
ie Frankfurter
mit.

stimmt in allen
len überein: Er
Wohnungen und
telefonieren zu
d wechseln will.
Opfer ihr Geld
in einem gün-

ler am vergan-
chen Trickdieb-
Mark erbeutet
war — er wurde
gesetzt —, ver-
nen Tag in meh-
selben Trick. Die
jedoch Verdacht
die den Jugend-
brachte.

ähle begann am
Woche, als ein
ng im Weißdorn-

weg schellte, sich in englischer Sprache nach einem Babysitter erkundigte und kurze Zeit später das Haus verließ. Am nächsten Morgen mußte die Wohnungsinhaberin feststellen, daß ihre Handtasche mit 80 Mark verschwunden war. Die leere Tasche wurde später im Vorgarten eines anderen Hauses gefunden.

Am darauffolgenden Tage, dem Donnerstags, ereigneten sich gleich vier Diebstähle dieser Art: Gegen 9 Uhr in der Eysseneckstraße, Beute 50 Mark; sowie gegen 19.45 Uhr in der Hansaallee, wo der Täter eine Handtasche mit 100 Mark erbeuten konnte, obwohl er von der Bestohlenen und einem jungen Mann verfolgt wurde. Es gelang ihm jedoch, sich loszureißen und im Eingang des US-Hospitals in der Hansaallee zu verschwinden.

Am Abend des gleichen Tages wurden zwei weitere Diebstähle verübt. Im Rotdornweg, Beute 422 Mark; sowie im Ebereschenweg, Beute 13,75 Mark. Die Kriminalpolizei prüft zur Zeit, ob der Täter einen oder mehrere Komplizen hatte: im Ebereschenweg fragte ein ebenfalls englisch sprechender junger Mann nach seinem Freund, während der Täter sich in der Wohnung aufhielt und telefonierte. Die 160 Mark, die er bei einem Schuhmacher in der Schneckenhofstraße erbeutete, konnte ihm sein Opfer, das ihn verfolgte, jedoch wieder abnehmen. o-k

gerechten Umgang
Ott und Heinemann keinen weiteren Ueber-
gang mehr gegeben — soll nach Mitteilung des
Stadtrates noch in den nächsten Tagen, vor-
aussichtlich Anfang der kommenden Woche,
fertig sein.

Dieser Ueberweg wird jedoch nur so lange
bestehen, bis um den 15. September herum

Einbruch aus Liebe . . .

Aus Liebe habe er diesen Einbruch be-
gangen, gestand ein 20 Jahre alter Frank-
furter nun der Polizei. In einem Blumen-
geschäft in der Eckenheimer Landstraße
waren vor kurzem einige Gegenstände von
einem Einbrecher mitgenommen worden.
Jedoch der Täter hatte Pech: er ließ ein
Notizbuch liegen und konnte nun gestellt
werden. Doch was die Polizei erfuh, klang
nicht nach Gangstermanieren. Seine Schwä-
gerin, bei der er wohne, habe ihm Telefon-
gespräche mit seiner Freundin in Berlin
verboten, gestand der junge Mann. Deshalb
sei er in das Geschäft eingebrochen, um
seine telefonischen Liebesgespräche fort-
setzen zu können. Die Polizei überprüfte
das Geständnis und tatsächlich, es stimmte.
In jener Nacht war in dem Blumengeschäft
ein Gespräch mit Berlin geführt worden.
Das Diebesgut — erzählte der junge Mann
— habe er anschließend mitgenommen;
zwei Scheren, eine Taschenlampe und fünf
Kugelschreiber. 11. 8. 65 pl

„Grundrecht nicht antasten“

Leserstimmen zum Vorgehen der Polizei gegen die „Aktion Volkssarg“

Die Szene auf dem Frankfurter Opernplatz — ein Polizist als Aufpasser am Informationsstand der Atomwaffengegner — erinnert an Bilder aus dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat: Der Gendarm saß am Vorstandstisch der politischen Versammlungen. Wenn jemand ein Wort gegen Seine Majestät sagte, setzte der Gendarm seine Pickelhaube auf und schloß die Versammlung.

Heute haben wir ein Grundgesetz, das jedem Bürger Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert. Leider stimmt die Verfassungswirklichkeit nicht mehr mit dem Verfassungstext überein. Stück für Stück wurde und wird das Grundgesetz ausgehöhlt. Dazu gehört, daß die Polizei Demonstrationen material beschlagnahmt und einen Polizisten als Aufpasser zurückläßt, der gegen jedes „falsche Wort“ einzuschreiten hat.

Das alles geschieht schon vor Inkrafttreten der Notstandsgesetze. Wenn wir diese erst haben, wird wohl endgültig mit unbequemen Meinungsäußerungen und Demonstrationen „aufgeräumt“ werden. Peter C. Walther, Frankfurt a. M.

Die Aktion der Frankfurter Polizei ist ein weiterer Schritt zur Aushöhlung unserer demokratischen Grundrechte. Ich war Zeuge, als im Frühjahr Polizisten Plakate von Demonstranten zerrissen, die „einseitig gegen eine Partei“ im Vietnamkonflikt Stellung nahmen. Damals nahm ich an, daß dies eine vorübergehende Entgleisung gewesen sei und daß die Verantwortlichen das Grundgesetz nun genau lesen werden.

Daß ausgerechnet Frankfurt nun auch anfängt zu „Höcherln“ ist tief bedauerlich. Ich schlage vor, daß die Stadtverordneten gemeinsam den Verantwortlichen dieser Aktion die Grundrechte der Bürger zur Kenntnis bringen. Anton Werner, Klein-Krotzenburg

Versammlungsfreiheit ist ja ganz schön und gut, aber wenn man sie mit Pietätlosigkeit und Unfug verbindet, geht sie doch ein bißchen zu weit. Ich jedenfalls kann mir nicht denken, daß

unsere Gesetzgeber bei der Erschaffung des Grundgesetzes Pietätlosigkeit und Versammlungsfreiheit in einem Begriff sehen wollten. Das Aufstellen von Särgen zum Demonstrieren finde ich geschmack- und geistlos, denn es gibt bestimmt noch andere Mittel, um gegen die Notstandsgesetzgebung zu demonstrieren.

Als ich mich am Opernplatz befand, konnte ich nicht feststellen, daß diese Aufmachung bei dem Publikum irgendwelchen Eindruck hinterließ, sondern ich konnte feststellen, daß die meisten Leute an der Aufmachung vorbeigingen, ohne sie eines Blickes zu würdigen.

Den in Ihrem Artikel erwähnten Polizeibeamten beneide ich keinesfalls, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß es Freude macht, bei der Ausübung seines Dienstes mit Menschen zu verhandeln, die nicht einmal vor dem Tod mehr Achtung haben — siehe Aufstellung der Pappsärgе. Ellen Rohr, Frankfurt a. M.

Warum mußte ausgerechnet in Frankfurt die „Aktion Volkssarg“ mit Gewalt unterbunden werden, etwa aus „verkehrlichen Gründen“ oder zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ oder diesmal gar, „damit die innenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährdet werden?“

Wie immer eine Begründung lauten wird, sie muß mehr als fadenscheinig sein, besteht doch die Tatsache, daß in Hanau, Oberursel und Offenbach die Volkssärgе ungehindert ausgestellt waren.

Der Unterschied liegt wohl darin, daß an jenen Orten das Bewußtsein vom Wesen einer freien Demokratie und der Existenz einer demokratischen Verfassung weniger getrübt ist als in Frankfurter Polizeidienstzimmern.

Es bleibt daher die dringliche Frage: wann wird endlich der autoritären Manipulierung von Grundrechten durch untergeordnete Dienststellen ein Riegel vorgeschoben?

Karlheinz Goll, Hanau a. M.

Offenbar sind
schäftsgebare

Dr. Röhr
schiedenen F
feststellen m
Gebrauchtw
nach der tech
Amt gründlic
spielsweise
Ueberprüfung
Wagen seine
nächsten bei
hatte, haben
abgefahren
Fahrzeug ab
befunden“ v

Mit fabri
Wagen vorge
Tagen waren
vor dem Dur
ersetzt. Batt
noch voll ihr
binnen kurze
wie unbrauch

Vor veni
des Ueberwa
einem vorge
telbar nachd
lassen hatte,
Fahrzeughal
einen gering

Na

Er an
schmeiße
Bahnhof
war gut
Immerhi
26jährig
nächtlich
Wochen
das „reic

Der
schwerfä
Stärke
nur im
eine nich
Kindhei

zwar mi
als Mal
Vater e
beiniger
sein: „E

mein G
gleich g
ohnehin
diese „
schließ
dem vä
Rücken

Jahren
als ein
Staats
ziel- u
ließ ur

beim U
Leute I
genau

Auc
Ehre,
Barein
währte



man erzielen, wenn
Außerdem teilt die
ische Gewinne aus.
inem der schönsten
noch Betrieb, der
(FR-Bild: Bohnacker)

Enbein

s verurteilt

schon 23mal in
leben, einige Male
en seiner Boxfreu-
über einschlägige
hen gestolpert,
ach: „Der Mann
zlich aus dem Ge-
agte er, „ich hielt
einen Penner, der
drohte.“ Die vier
würden nur des-
e Geschichte ver-
weil sie verheiratet
nd Angst hätten,
nächtliches Aben-
uf der Bank zur
käme. Dennoch
ermann schließlich
einen Zeugen be-
und geprügelt zu
„Aber der andere
später noch nicht
ein ärztliches Attest
plädierte er. Sein
ch blieb ohne Erfolg.
immer verwarf die
ng und bestätigte da-
Urteil — vier Mo-
sfängnis — der ert-
stanz.

mig verkündete der
chtige Hermann seine
jetzt Revision ein-
„Was hat der Mann
büsch zu suchen?“
immer wieder, „wo
den Anlagen soviel
!“ Auf den Hinweis,
ja schließlich kein
richter sei, schüttelte
unwillig das leicht
e Haupt: „Das sehe
ht ein. Seit ich ver-
t bin, habe ich mir
mehr zuschulden
n lassen.“ KK

ad im Gesicht

und warf eine junge
Mann ins Gesicht, der sie
ontag in der Seckbacher
n hatte, um ihr Gewalt
en konnte sich die Frau
sch weiter verfolgt und
Gebüsch geworfen. Erst
Hilfe eilte, flüchtete der
och kurz darauf von der
werden. pl

t Scherben

Samstagabend in einem
tertel zwischen einem 29-
und einem US-Soldaten.
or der Gaststätte fortge-
änner in die Schaufenster-
nsmittelgeschäftes fielen.
h. Beide Männer wurden
pl



MIT SCHWERT UND SCHILD wird hier nicht gekämpft, sondern getanzt. Die wilden Männer aus Anatolien sind friedliche Botschafter ihres Landes geworden und werden am Montag, dem 16. August, um 20 Uhr im Zoo-Gesellschaftshaus türkische Tänze vorführen. Die Veranstaltung wird vom Türkischen Fremdenverkehrsbüro und dem Jugendsozialwerk e. V. geleitet. (FR-Bild)

10. 8. 65

„Gegen Auflage verstoßen“

OB Brundert erläutert Polizeivorgehen gegen „Aktion Volkssarg“

In der Magistratspressekonferenz am Montag erläuterte Oberbürgermeister Brundert das Vorgehen der Polizei gegen die „Volkssarg-Ausstellung“ der „Kampagne für Abrüstung“ am vergangenen Samstag auf dem Opernplatz. Mit Hinweis auf die Auflagen, die von der zuständigen Stelle im Polizeipräsidium den Veranstaltern erteilt worden waren, hatten, wie berichtet, Polizei-beamte drei Pappsärge weggenommen.

Brundert betonte, die Veranstalter hätten mit der Aufstellung der „Särge“ eindeutig der Auflage zuwidergehandelt. Das hätten sie auch aus dem Text des Genehmigungsschreibens klar ersehen können, denn die wesentlichen Sätze lauteten: „Entsprechend Ihrem Antrag dürfen an diesem Informationsstand nur Flugblätter ausgelegt und verteilt werden. Anderweitige Dekorationen und dergleichen sind nicht erlaubt.“

Das Schreiben ist von einem Amtmann im Polizeipräsidium auf Grund der Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung ausgefertigt worden. Die den Veranstaltern erteilten Auflagen hatten also den Sinn, Beeinträchtigungen und Gefährdungen des Verkehrs zu vermeiden. Der Vorhalt, daß irgendwelche politischen Gründe im Spiel gewesen sein könnten, wurde deshalb von Brundert als völlig unberechtigt bezeichnet.

Der Oberbürgermeister räumte auf Befragen ein, daß der Begriff eines Informationsstandes — ... „und wir haben ja einen Informationsstand genehmigt“ — auch eine gewisse Mindestdekoration einschließe. Allerdings dürfe die Dekoration nicht geeignet sein, die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer auf sich zu ziehen und damit den Verkehr zu ge-

fährden. Von Särgen aus Pappe sei aber anzunehmen, daß sie solche Wirkung haben.

Im übrigen meinte der Oberbürgermeister, der von dem Genehmigungsverfahren erst Kenntnis erhalten hatte, nachdem es zu dem polizeilichen Einschreiten am Samstag gekommen war, die Veranstalter hätten rechtzeitig gegen die Formulierung des Genehmigungsschreibens protestieren sollen, um Klarheit darüber zu gewinnen, wie es mit den „Särgen“ zu halten sei.

Das Vorgehen der Polizeibeamten sei korrekt gewesen, betonte Brundert, es sei auch nicht zu Tätlichkeiten gekommen. Schließlich sei den Veranstaltern mitgeteilt worden, daß sie die drei Pappsärge am Montagmorgen beim 1. Polizeirevier wieder abholen könnten.

Neue „Volkssarg-Aktion“

Aus Kreisen des Frankfurter Ausschusses „Kampagne für Abrüstung / Ostermarsch der Atomwaffengegner“ wurde inzwischen bekannt, daß beabsichtigt sei, erneut bei der Polizei die Genehmigung für einen Informationsstand der „Volkssarg-Aktion“ zu beantragen, und zwar für Samstag, den 21. August. Im Antrag soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß zur Ausstattung dieses Standes auch „Volkssärge“ gehören. al

Die Polizei räumte ab „Aktion Volkssarg“ wurde amputiert

Für Samstag hat der Frankfurter Ausschuß der „Kampagne für Abrüstung“ am Opernplatz eine „Aktion Volkssarg“ als Protest gegen die geplante Notstandsgesetzgebung angesetzt. Scheinbar im Auftrage der Regierung, sollte hier dem Bürger der Ankauf eines Sarges nahegelegt werden, denn „selbst bei einem ausgebauten Bunkersystem muß damit gerechnet werden, daß 85 Prozent der Bevölkerung einen Atomkrieg in Mitteleuropa nicht überleben. Für diesen Fall muß verantwortungsvolle Vorsorge getroffen werden“. Ein äußerst makabrer Scherz also. Und Frankfurt ließ auf solche Weise nicht mit sich spaßen.

Als ich um zehn Uhr zum Opernplatz kam, hatte die Polizei die drei Mustersärge aus Pappe schon abtransportiert. Recht unglücklich stand hinter dem Informationstisch ein Mann und versuchte, die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf sich zu lenken. Doch ohne die optische Schockwirkung der schwarzen Kästen in seinem Rücken wollte das nicht gelingen. Auch die Merkblätter, die eifrige Gehilfinnen den Passanten in die Hände drückten, vermochten keine Erregung zu säen.

Das rasch improvisierte Schild „Särge können bei der Polizei besichtigt werden“, das sich der Sarg-Conferencier um den Hals hängte, verpuffte als harmlose Pointe. Als er zudem die Vorübergehenden anrief, er habe schließlich zwei Mark für die Genehmigung zur Demonstration ausgegeben, dekorierte er seine Hilflosigkeit damit so unzureichend humoristisch, daß ihn die eigenen Reihen zur Ordnung riefen.

Die Polizei hatte die Demonstration erlaubt, einen Informationstisch gestattet, Flugblätter und Dekorationen dagegen untersagt. Sie war also bei der Entfernung der Särge formal im Recht.

Ob sie dabei jedoch gut beraten war, erscheint höchst zweifelhaft. In Oberursel, Hanau und Offenbach hatte man die Leute gewähren lassen. Und auch in Frankfurt hätte — selbst mit drei Särgen im Hintergrund — diese Atomkriegs-Clownerie samt ihren Werbeslogan-Parodien die Welt noch lange nicht auf den Kopf gestellt.

Die „Aktion Volkssarg“ will dem Bürger bedeuten, daß bei einem Atomkrieg alle Luftschutzmaßnahmen, wie sie von der Notstandsgesetzgebung vorgesehen sind, sinnlos seien. Zu einem „Aktionsausschuß gegen die Notstandsgesetze“ fanden sich die Humanistische Union, der Verband der Kriegsdienstverweigerer, der Frankfurter Ausschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ und verschiedene linksgerichtete Jugend- und Studentengruppen zusammen. Sie halten die Notstandsgesetzgebung für schockierend und wollen diesen Schock dem Bürger zuleiten.

Die Resultate sind nicht immer ermutigend. In Oberursel nahm beispielsweise ein Mann die Aufforderung ernst und kam mit einem Karren, um seinen Sarg gleich mitzunehmen. Es kostete Mühe, dem willigen Käufer klarzumachen, daß die vorgegebene Verordnung nur ein Witz war. Andere Zuhörer schimpften auf Bonn, solange sie die angebliche Vorschrift für echt hielten und zeigten sich höchst verärgert, als sie erkannten, daß gar kein Sarg vonnöten sei. So verfehlt eben manche Anstrengung ihren Zweck. Wer anderen einen Sarg bauen will, muß sich am Ende selbst begraben.

Die Verantwortlichen äußern sich auf die Frage nach dem bisherigen Erfolg zunächst in propagandistischem Optimismus. „Wie war es in Offenbach?“ „Gut, gut!“ — „Und in Hanau?“ „Gut, gut!“ — „Und bis jetzt, nach dreiviertel Stunden in Frankfurt?“ — „Gut, gut!“ Ich blicke ein wenig verdutzt: Kein Mensch hält sich vor dem Stand auf. Und wer bislang stehen blieb, ging bald weiter. Der Propagandist bemerkt meine ungläubige Miene und versichert: „Warten Sie nur, gleich kommen Leute!“ Ich warte. Sie kommen nicht.

Bald fällt denn auch die Hülle der Scheinzufriedenheit von den Gesichtern der Veranstalter. Am Opernplatz fehlt das Publikum. Sie wollen entmutigt die Demonstration um halb zwölf abbrechen. (Die Genehmigung war bis 16 Uhr befristet).

Heinz Sauer, der Leiter der Aktion in Frankfurt, gesteht den Mißerfolg zu, gibt sich aber beileibe nicht geschlagen. „Wir werden wieder um Genehmigung für eine Demonstration nachsuchen, und zwar diesmal ausdrücklich mit Särgen! Wenn wir sie nicht bekommen, gehen wir bis vors Verwaltungsgericht. Irgendwo kriegen wir schon die Genehmigung. Wir werden noch eine Aktion in Frankfurt veranstalten, und zwar vor den Wahlen!“ Erst müssen sie allerdings ihre Särge auf dem Revier abholen. Sd.



Auf gute Freundschaft! Maria Margareta Ambrosius am runden Tisch im Kasin

Ein halbes Die Geschich

Die Frankfurter Familie Ambrosius übernahm das Flüchtlingskind Lobsang Paldor bei Wahlwies am Bodensee. In diesen Jahren er seit 1963 eifrig Briefe wechselte, deren Heimatstadt Frankfurt anzusehen.

Am 20. November feiert Lobsang seinen Geburtstag, den 14. oder 15. Es kann auch der 16. sein. Nur an den Tag der Geburtstagsfeier konnte sich das Kind später erinnern, später, das heißt nach einem jahrelangen Irrweg der Flucht. Auf das Jahr seiner Geburt besinnt sich niemand mehr so recht.

1959, im gleichen Jahr, in dem auch der Dalai Lama, das geistliche und weltliche Oberhaupt der Tibeter, vom Dach der Welt flüchtete, suchten auch Lobsangs Eltern Schutz vor den einfallenden Chinesen. Lobsangs Vater, ein Kaufmann, kannte von früheren Handelsgängen Wege nach Indien. Mit drei Kindern, dem 8- bis 10jährigen Lobsang, der 15jährigen Tsepel und der 11 Jahre alten Yoden Lhamo, floh die Familie.

Im Flüchtlingslager Kalimpong in Nepal mußten sie erfahren, wie bitter das Schicksal eines Flüchtlings ist. Zerlumpt und verhungert waren die Landsleute,

Spritzen für das Fundament Feuchtigkeitsschäden in der Justinuskirche

Wieder ist die altehrwürdige Justinuskirche in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. Die Fundamente dieser Kirche werden sich einer „Operation“ unterziehen müssen, damit die Feuchtigkeitsschäden an Wänden, Säulen und einem Teil der Bodenplatten beseitigt werden können.

Wie Architekt Wambach sagt, will man 1,50 Meter unter der Erdoberfläche den Fundamenten Spritzen geben und eine Isolierschicht anbringen. Seiner Meinung nach kommen diese Schäden,

höher. Um 1300 wurden die Gebeine des heiligen Justinus nach St. Alban in Mainz gebracht. Im Jahre 1419 übergaben die Benediktiner die Höchster Propstei mit der Kirche dem Erzbischof

Portal wurde unter dem geschweiften Wimperg mit den lebensgroßen Figuren der Heiligen Antonius und Paulus von Theben geziert. Drei Seitenkapellen wurden im nördlichen Teil angebaut.

Bei dem Bau des Hochchores hatte sich schnell ein Fehler gezeigt. Anscheinend waren die Fundamente

LOKALER TEIL



Die Polizei verhinderte am Samstag auf dem Opernplatz, daß die Mitglieder der Kampagne für Abrüstung an ihrem genehmigten Informationsstand Pappsärge als drastisches Anschauungsmaterial aufstellten. Dabei kam es fast zu Handgreiflichkeiten zwischen den Demonstranten und Beamten der Frankfurter Polizei. Unser linkes Bild zeigt das Kommando

der Polizei, das die Pappsärge der Demonstranten in einen Kleintransporter verlud und wegfuhr. Zur Sonderbewachung abkommandiert war offensichtlich der junge Polizist auf unserem rechten Bild. Mit ihm hatten die Demonstranten einen Kleinkrieg über die Quizfrage „Was ist erlaubte Demonstration und was nicht?“ auszufechten. (FR-Bilder: UPI/Bohnacker)

Pappsärge mißfielen dem Polizeikommando

Zusammenstoß mit Mitgliedern der Kampagne für Abrüstung / Beamte verweigern Auskunft

„Das ist kein Ruhmesblatt für eine Weltstadt wie Frankfurt.“ Dieser Ansicht waren zahlreiche Passanten und Zuschauer, die am Samstag Zeuge eines seltsamen Schauspiels auf dem Opernplatz wurden, bei dem Beamte der Frankfurter Polizei die drastischen Dekorationsstücke eines genehmigten Informationsstandes der Kampagne für Abrüstung beschlagnahmten.

Das war passiert: Kurz nach 9 Uhr begannen Mitglieder der Kampagne für Abrüstung einen von den zuständigen Behörden schriftlich genehmigten Informationsstand aufzubauen, um gegen die Notstandsgesetzregelung zu protestieren. Zwei in würdigen Schwarz gekleidete Herren mit Zylinder stellten sich den Passanten als Beauftragte des „Bundessargbevollmächtigtes“ vor. Es sei ihr Auftrag, erklärten sie im Brustton der Ueberzeugung, die Bevölkerung mit den Bestimmungen des neuen Gesetzes über die „Bereitstellung und Bevorratung von Volkssärgen für den Vertei-

digungsfall“ bekannt zu machen, nach denen jeder „Haushaltungsvorstand verpflichtet ist, für sich und die zu seinen Haushalt gehörenden Personen Särge zu bevorraten“. Als Begründung für diese ungewöhnliche gesetzliche Bestimmung erklärten sie, daß im „Ernstfall die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen durch herumliegende, von Angriffswaffen getroffene Zivilpersonen nicht gefährdet werden dürften. Damit die Seuchengefahr gemindert werde, sei eine ordnungsgemäße Einsargung vorzubereiten“.

In der Zwischenzeit hatten Helfer damit begonnen, an die Passanten Flugblätter mit dem Text des „Bundessargbevorratungsgesetzes“ zu verteilen, während andere damit beschäftigt waren, auf dem Informationsstand einen Blickfang besonderer Art aufzubauen: Naturgetreu nachgebildete Särge aus Pappe sollten die Passanten auf drastische Art und Weise auf die Sinnlosigkeit der Notstandsgesetze hinweisen.

Dieser Blickfang jedoch war der Frankfurter Polizei offensichtlich ein Dorn im Auge. Sie kam, sah und räumte die Särge mit einem Kleintransporter weg. Dabei wurden die Teilnehmer der genehmigten Demonstration von Polizisten sogar fotografiert. Um verschiedene Demonstrationsstücke kam es außerdem fast zu Tätlichkeiten, als die Teilnehmer der Demonstration, die sich in ihrem guten Recht glaubten, einen jungen Polizisten, der offensichtlich als „Sonderbewachung“ an den Informationsstand abkommandiert war, die Herausgabe der Dekorationsartikel verweigerten.

Versammlung war genehmigt

Die Polizisten gaben den anwesenden Pressevertretern keine Erklärung für ihr Handeln. Man verwies an die Pressestelle des Frankfurter Polizeipräsidiums, bei der auch am Sonntag noch keine Stellungnahme zu den Vorfällen zu erhalten war. Begründung: der zuständige Beamte sei nicht da.

Die Teilnehmer der Demonstration jedoch zeigten jedem, der es sehen wollte, die schriftliche Genehmigung der Frankfurter Behörden, auf dem Opernplatz am Samstag bis nachmittags 16 Uhr einen Informationsstand der Kampagne für Abrüstung aufzubauen und Flugblätter zu verteilen.

Wie der Leiter der Aktion, Heinz Sauer, Betriebsrat und Gewerkschaftler, der FR erklärte, sei in dem Antrag auf Genehmigung des Informationsstandes wohlweislich nicht angegeben worden, welche Art von Dekorationsmaterial verwendet werden sollte, da man befürchtete, sonst überhaupt keine Genehmigung zu erhalten. Trotzdem sei das Verhalten der Polizei mehr als unverständlich und widerspreche dem Wortlaut der Genehmigung. „Wo steht geschrieben, was ein Informationsstand ist?“ Ohne Dekorationsmaterial sei jeder Informationsstand undenkbar.

Auch im weiteren Verlauf der Demonstration führte der junge Polizist, der zur Sonderbewachung abkommandiert war, mit den De-

Regeln Sie Ihre Verdauung auf milde Weise

Constilax® Bonbons

In allen Apotheken.

monstrationsmitgliedern einen Kleinkrieg. Als die Demonstranten ein weißes Pappschild zeigten, auf dem zu lesen war, daß sich das Anschauungsmaterial in Polizeigewahrsam befindet, schritt er ein.

Darauf hängte sich der Leiter der Aktion, Heinz Sauer, das Schild selbst vor die Brust. Nun erst gab es für den wackeren Ordnungshüter scheinbar keinen Grund mehr, darin einen Verstoß gegen die Vorschriften der behördlichen Genehmigung zu sehen. Erst als man zwei Mülltonnen als Sargersatz benutzte und daran zwei Schilder anbrachte, in denen die Tonnen als „Luxusvolkssärge mit Panoramablick“ angepriesen wurden, sah sich der Polizist wieder zum Eingreifen veranlaßt und verbot solche Art von Dekoration. Er mußte sich von den Demonstranten belehren lassen, daß für Mülltonnen einzig und allein die Müllabfuhr zuständig sei. Daraufhin konnten die Mülltonnen ihrer Funktion als Sargersatz weiter gerecht werden.

Beobachter und Passanten jedenfalls fragten sich: „Was soll das Ganze. Entweder es gibt bei uns Versammlungsfreiheit oder nicht. Oder gefährden Pappsärge etwa die Sicherheit des Staates?“

(Siehe auch Kommentar Seite 3)

Frau zum Richter

Kellnerin und ein Installateur

klagt, weil er einem anderen mit einer Gaspistole ins Gesicht schoß. Aber die Anklagebank bleibt leer. Der Richter blättert in den Akten, findet eine Notiz der Geschäftsstelle, liest sie vor: „Die Braut des Herrn X hat angerufen. Ihr Verlobter kann zum Termin nicht kommen, weil er in Kopenhagen festgehalten wird.“

Der Einzelrichter nimmt eine andere Akte. Eine Kellnerin, sehr selbstsicher, wird aufgerufen. Sie wird beschuldigt, an einem Märztag in einem Frankfurter Lokal einem Gast mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen zu haben. Sie sagt: „Nicht ich, sondern ein anderer Gast führte den Schlag aus.“ Aus den Akten wird die Aussage des Verletzten verlesen. Genaue Beobachtungen machte er nicht, hört man, er „vermutete“ nur. Warum die Anklagebehörde dennoch die Kellnerin vor den Richter zitieren ließ, wird vollends unklar, als ein Kollege der Frau als Zeuge auftritt und unter Eid behauptet: „Der Gast stand an der Theke. Ich brachte ihm ein Erfrischungsgetränk. Er wollte statt achtzig Pfennig nur fünfzig zahlen. Darüber gab es schließlich Aerger, Streit und Prügelei, bei der ein anderer Mann jenem Gast auf den Kopf schlug.“

Beim „Organisieren“ erwischt

Der Freispruch für die Kellnerin ist ange-

Liebe Freunde,

in diesen Monaten nach dem Ostermarsch 1965 hat die Kampagne für Abrüstung eine breite Aktivität entwickelt. Vielerorts in Hessen fanden Demonstrationen, Kundgebungen und Aufklärungsaktionen gegen die Notstandsgesetze statt. Auch gegen den Krieg in Vietnam wurde einiges getan. Wir konnten feststellen, daß die Örtlichen Ausschüsse, aber auch viele Anhänger und Mitarbeiter der Kampagne, nach dem Ostermarsch 1965 wesentlich mehr getan haben als in früheren Jahren.

Wir möchten Sie heute informieren über das, was nach Meinung des Hessischen Ausschusses in den weiteren Wochen getan werden sollte.

Die "Aktion Volkssarg"

Mit dem beigefügten Bundessargbevorratungsgesetz hat die Kampagne für Abrüstung in der Öffentlichkeit einen Vorschlag zur Ergänzung der Notstandsgesetzgebung unterbreitet, um allen Konsequenzen des "Verteidigungsfalles" gerecht zu werden. Die "Aktion Volkssarg" wurde bereits sehr erfolgreich in Oberursel, Hanau, Offenbach und Frankfurt veranstaltet und ist auch noch in weiteren Städten geplant. Mit der Verteilung der Volkssargflugblätter ist eine öffentliche Volkssargausstellung verbunden.

Wir meinen jedoch, daß jeder einzelne, der diese Art der Aufklärung befürwortet, durch individuelle Verteilung der Volkssargflugblätter zur Verbreitung beitragen kann. Außerdem bieten sich zur vielseitigen Verwendung die roten Klebezettel an: Notstand droht durch Notstandsgesetze!

Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung

Das mit der Abschlusserklärung bei den Ostermärschen 1965 angekündigte Sofortprogramm wurde in diesen Tagen veröffentlicht. Das Sofortprogramm richtet sich an Bundestag und Bundesregierung. Es versteht sich, daß es nicht genügen kann, jener Adresse unser Sofortprogramm zuzustellen und dann die Hände in den Schoß zu legen, - das Programm ist als Mittel der politischen Aufklärung gedacht, als ein Anknüpfungspunkt für Debatten. Es soll klarmachen, wie eine andere, eine bessere Politik aussehen könnte und aussehen müßte, - wenn Bundesregierung und Bundestag jenes Minimum an Realitätssinn aufbringen würden, das zur Politik im Atomzeitalter gehört.

Zur Verteilung in Ihrem Bekanntenkreis steht ein Zeitungsflugblatt zur Verfügung, das u.a. das Sofortprogramm in vollem Wortlaut enthält. Das Zeitungsflugblatt nimmt außerdem Stellung zu Luftschutz- und Notstandsgesetzen, den Atomwaffenplänen der Bundesregierung, zu Hiroshima, dem 1. September und zu Vietnam - und zwar in Bild und Schrift.

Vietnam - Woche

Eine Vietnam-Woche, die am 1. September 1965 mit einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche eröffnet werden soll, veranstaltet der Hessische Ausschuß vom 1. - 7.9.1975. Außer in Frankfurt sind Vietnamaktionen in Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach, Hanau, Gießen, Marburg und Kassel geplant. Nähere Informationen hierzu erhalten Sie Mitte August.

Informationen zur Abrüstung

Da der Abonnentenkreis der "Informationen zur Abrüstung" bei uns in Hessen noch sehr klein ist, fügen wir zu Ihrer Information die Nr. 23 bei. Die "Informationen zur Abrüstung" publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung - Abrüstung - Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne. Das Jahresabonnement kostet DM 8.--; jetzt eingehende Bestellungen werden mit einem halbjährigen Abonnementpreis von DM 4.-- berechnet. Vergessen Sie nicht, daß Sie mit einem IZA-Abonnement neben der regelmäßigen Information, die Sie so erhalten, auch eine regelmäßige finanzielle Unterstützung für die Kampagne leisten. Wir bitten um Ihre Bestellung!

Werbematerial DM 3.--

Die beigegefügte Zahlkarte dient dem Zweck, auf unser Postscheckkonto eingezahlt zu werden. Der Empfängerabschnitt ist gut leserlich auszufüllen und dient als Adressaten-Aufkleber für eine Sendung Werbematerial. Dieses Material sollen Sie weiterverteilen. Die Werbesendung enthält: 10 Bogen Klebmarken gegen die Notstandsgesetze; 20 Volkssargflugblätter; 20 Zeitungsflugblätter mit Sofortprogramm.

Sollten Sie eine andere Materialzusammenstellung wünschen, benutzen Sie bitte den Bestellzettel. Zur Finanzierung der Arbeit und zur Weiterverbreitung unserer Kritiken und Vorschläge sollte jedoch jeder Anhänger mindestens für DM 3.-- Material bestellen.

Seminar der Kampagne

Die Funktion einer "außerparlamentarischen Opposition", Strategie, Struktur der Kampagne für Abrüstung, - mit diesen Fragen soll sich ein Wochenendseminar am 21./22.8.1965 beschäftigen. Das Seminar findet statt im Naturfreundehaus Rosenhöhe, 605 Offenbach, Am Waldschwimmbad 30. Beginn am Samstag um 15 Uhr. Ende gegen 14 Uhr am Sonntag. Die Teilnehmergebühr (einschließlich Unterkunft und Verpflegung) beträgt DM 8.--. Fahrtkosten der Bundesbahn, die DM 5.-- übersteigen, werden zurückerstattet. Wir bitten um Anmeldung bis 5.8.1965. Die gemeldeten Teilnehmer erhalten weitere Informationen.

Das war's für heute. Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Fritz Strass
(Fritz Strass)

Termin 5. August 1965

An die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich nehme teil an dem Seminar am 21./22.8.1965 im Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe:

Name: _____

Anschrift: _____

Alter: _____ Beruf: _____

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED718-24-48

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

-----	Stück Volkssargflugblätter, 100 Stck DM 5.--	731	DM	-----
-----	Stück Zeitungsflugblätter, 100 Stck DM 3,50		DM	-----
-----	Bogen Klebmarken gegen die Notstandsgesetze 10 Bogen DM 2.--; 100 Bogen DM 15.--	762	DM	-----
-----	Buch "Der totale Notstandsstaat" mit Beiträgen von Abendroth, Hannover, Ridder, Kogen, Seifert Stück DM 3,40		DM	-----
-----	Buch "Es geht ums Leben!" Eine Dokumentation über den Kampf gegen die Bombe 1945 - 1965 Stck DM 6,80		DM	-----
-----	Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!" Stück DM 2,90		DM	-----
-----	Broschüre "Der große Marsch - San Franzisko - Moskau" DM 1.--		DM	-----
-----	Schallplatte mit Ostermarschliedern (33 1/3 upm) Stück DM 8,50		DM	-----
-----	Briefverschußmarken, 100 Stück DM 1,50		DM	-----
-----	OM - Abzeichen, klein, Stück DM 1.--		DM	-----
-----	OM - Abzeichen, groß, Stück DM 1.--		DM	-----
-----	Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, Stück DM 1.--		DM	-----
-----	Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem Stück DM 1.--		DM	-----
-----	Abonnement der "Informationen zur Abrüstung", 2. Halbjahr 1965 DM 4.--		DM	-----

Name: -----

Anschrift: -----

-----, den -----

Unterschrift

Mitbürger! Sagen Sie nicht, das Bundesbevorratungsgesetz sei zu weitgehend und würde dem Ernst der Lage nicht entsprechen. Nehmen Sie zur Kenntnis, was man von kompetenter Seite über die Auswirkungen eines Atomkrieges in Mitteleuropa sagt.

★

Im ersten Weltkrieg starben fast 10 Millionen Menschen; 9,3 Millionen fielen als Soldaten, 500 000 verloren als Zivilisten ihr Leben. Der zweite Weltkrieg forderte 55 Millionen Tote. Jeder zweite war Soldat. Im Koreakrieg wurden 9,2 Millionen Menschen getötet, 16 Prozent waren Soldaten. 84 Prozent der Getöteten waren Zivilisten. Kernwaffen wurden in Korea nicht eingesetzt.

Aus: Denkschrift des Verbandes Deutscher Wissenschaftler, herausgegeben von C. F. von Weizsäcker, Otto Hahn u. a.

★

Die Atomwaffen erreichen beim Angreifer wie beim Verteidiger weitgehend alles, was den Begriff der Nation ausmacht: die menschliche, die kulturelle, die wirtschaftliche Substanz... Damit wird die bisherige Aufgabe des Soldaten, die Nation im Krieg zu schützen, unerfüllbar... Verzichtet man auf Wunschdenken und überprüft das Problem eines Waffenganges in Europa, dann wird die Wahrscheinlichkeit gleich Null, die Atomwaffen von Ost und West nicht oder nur zaghaft angewendet zu sehen... Unausweichlich steht man bei allen Überlegungen dieser Art am Ende vor dem Resultat, daß der Krieg in Europa mit einem allgemeinen atomaren Schlagaustausch beginnt oder endet... In einem solchen Krieg wird weniger nach militärischen Zielen als nach Planquadraten getötet, in Flammen gesetzt, radioaktiv verseucht, überflutet... Europa wird von der englischen Küste vom Atlantik bis auf die Höhe Moskaus vernichtet, Restrußland und Nordamerika werden furchtbar getroffen sein...

Oberst Schmückler, Pressereferent im Verteidigungsministerium in „Christ und Welt“
2. November 1962

★

Ein Krieg in Mitteleuropa wird voraussichtlich 80 Prozent der Zivilbevölkerung das Leben kosten.

Bericht vom NATO-Manöver „Fallax“, 1962

★

Selbst wenn aber der Westen die Beweglichkeit seiner Verbände erzwingen würde (was eine Reform in der NATO voraussetzt) und sich ein klassischer Sieg abzeichnete, bedeutete die militärische Auseinandersetzung in Mitteleuropa dennoch die totale Zerstörung für Deutschland. Schon der herkömmliche Kampf vernichtet alles.

Adalbert Weinstein, Militärexperte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der FAZ,
23. März 1962



Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um den „Ernstfall“ zu verhindern, dann wenden Sie sich an die **Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – Hessischer Ausschuß**, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Verantwortlich für den Inhalt und Herausgeber: Egon Becker, Frankfurt am Main

iliti

ED 718-24-49



Bundessargbevorratungsamt
– Abt. Öffentlichkeitsarbeit –

Mitbürger!

Seiner hohen Verantwortung für das ganze Volk bewußt, hat der Deutsche Bundestag noch in dieser Legislaturperiode einen Teil der Notstandsgesetzgebung beschlossen. Hiermit sind wesentliche Gesetze geschaffen, um die Bundesrepublik auf den Kriegsfall vorzubereiten.

Die Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes und die Glaubhaftigkeit unserer Politik der militärischen Stärke erfordert nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von der gesamten Zivilbevölkerung ein hohes Maß an Einsicht und Opferbereitschaft. Die Regierung versucht ihr Bestes, um für einen Teil der Bevölkerung Atombunker zu bauen. Jährlich wird unser Volk dafür etwa 9,6 Milliarden DM aufbringen. In 20 Jahren werden dann 60 Prozent der Bevölkerung Bunker vorhanden sein.

Aber das genügt nicht! Selbst bei einem ausgebauten Bunkersystem muß damit gerechnet werden, daß 85 Prozent der Bevölkerung einen Atomkrieg in Mitteleuropa nicht überleben. Für diesen Fall muß verantwortungsvolle Vorsorge getroffen werden!

Es wurde darum ein „Bundessargbevorratungsgesetz“ beschlossen, dessen Text Ihnen nachstehend bekannt gemacht wird.

Persönliche Opfer lassen sich bei der Herstellung der Verteidigungsbereitschaft nicht ganz vermeiden.

Sie werden darum aufgefordert, nach Maßgabe dieses Gesetzes sich einen Volkssarg (VS) anzuschaffen. Besichtigung der amtlich geprüften Typen und Auskunft über die richtige Anwendung erfolgt auf einer öffentlichen Volkssargausstellung über die wir Sie gesondert informieren.

Eine amtliche Aufforderung zur Sarganschaffung und ein dazu gehöriger Fragebogen geht Ihnen in den nächsten Tagen zu. Die örtlichen Volkssargwarte sind zu Auskünften und individueller Beratung über die ordnungsgemäße Anwendung des VS gerne und kostenlos bereit.

i. A.

(BVSU – Bundesvolkssargwart)

**Gesetz
über die Bereitstellung und Bevorratung von Volkssärgen für den
Verteidigungsfall**

(Bundessargbevorratungsgesetz – BsbG –)

§ 1

Zweck des Gesetzes

Auch bei der Verwirklichung der im Schutzbau-, Selbstschutz- und Zivilschutzkorpsgesetz vorgesehenen Maßnahmen, ist im Verteidigungsfall nur mit einer relativ geringen Überlebensquote zu rechnen. Damit die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen durch herumliegende, von Angriffswaffen betroffene Zivilpersonen nicht gefährdet werden, und damit die Seuchengefahr gemindert wird, ist eine ordnungsgemäße Einsargung vorzubereiten.

§ 2

Sargbevorratung

- (1) Jeder Haushaltsvorstand ist verpflichtet, für sich und die zu seinem Haushalt gehörenden Personen Särge zu bevorraten.
- (2) Inhaber von Betrieben sind verpflichtet, zu jeder Zeit in erreichbarer Nähe der Arbeitsplätze für 85 Prozent der Belegschaft Särge bereitzustellen.
- (3) Städte und Gemeinden müssen an Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen – für jedermann zugänglich – Volkssärge wetterbeständig zur Aufstellung bringen.

§ 3

Beschaffung und Kostenregelung

- (1) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung geeignete Betriebe mit der Massenproduktion von Volkssärgen zu beauftragen.
- (2) Die Anschaffungskosten für betriebseigene Särge sind voll steuerabzugsfähig. Privatpersonen haben die Kosten selbst zu tragen.
- (3) Bedürftigen Personen können zur Sarganschaffung Zuschüsse gewährt werden.

§ 4

Ausnahmen

Regierungsmitglieder (oder natürliche Personen, welche glaubhaft nachweisen können, daß sie im Verteidigungsfall ihren Aufenthalt nicht innerhalb eines Staates der NATO oder des Warschauer Paktes haben) sind auf Antrag von der Sarganschaffung ausgenommen.

§ 5

Überprüfung und Kontrolle

- (1) Die Überprüfung und ständige Kontrolle der sachgerechten Sargbevorratung erfolgt durch Hausbesuche und Betriebsinspektionen der örtlichen Volkssargwarte. Deren Anweisung ist unbedingt Folge zu leisten.
- (2) Die örtlichen Volkssargwarte unterstehen den regionalen Volkssargobmännern, welche über das Bundessargbevorratungsamt eng mit den Organen des zivilen Bevölkerungsschutzes und der militärischen Verteidigung zusammenarbeiten.

§ 6

Spannungszustand und Alarmstufen

- (1) Wenn von der Bundesregierung der Spannungszustand erklärt wird, sind durch die Benutzungspflichtigen die Sargdeckel zu öffnen.
- (2) Bei Luftwarnung bzw. ABC-Alarm haben die Benutzungspflichtigen ihre Särge aufzusuchen und die Deckel zu schließen.
- (3) Erkennungsmarke, Testament und persönliche Dokumente sind in feuersicherer Verpackung am Fußende des Sarges unterzubringen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder leichtfertig einen Volkssarg nicht in Empfang nimmt – oder denselben zur friedensmäßigen Bestattung mißbraucht – wird mit Gefängnis bis zu 11 Monaten oder Geldstrafe verurteilt.

§ 8

Berlinklausel

Dieses Gesetz gilt nach § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) auch im Lande Berlin.

§ 9

Inkrafttreten am Stichtag

- (1) Bis zu einem vom Bundesinnenministerium durch Rechtsverordnung festzulegenden Stichtag muß die Sargbevorratung ordnungsgemäß abgewickelt sein.
- Das Gesetz tritt am 1. Juli 1965 in Kraft.



3. DM — Pf f. Kto Nr. 576 48
Absender: _____

FD 748-24-50



Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf 3. DM — Pf **Drei**
(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

_____ Deutsche Mark

für Ostermarsch der Atomwaffengegner — Hessischer Ausschuß —
in 605 Offenbach

Konto Nr. **57648**
Postscheckamt Frankfurt

Eingangs-Nr. _____
Postvermerk _____

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gulatschrittempfänger

Werbematerial

Für Vermerke des Absenders

Werbematerial

Etngz. auf Kto Nr. **576 48** PSchA Frankfurt

Einlieferungsschein
- Sorgfältig aufbewahren -

3. Deutsche Mark Pf
(in Ziffern)

für

Ostermarsch der Atomwaffengegner — Hessischer Ausschuß —

in 605 Offenbach



(Einkl.-Nr., Annahmestelle)

Postvermerk

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG



Nummer 23 27. Juni 1965

Ein Sofortprogramm für die Bundesrepublik Deutschland

Politik der Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß eine weltweite konventionelle und atomare Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr einer Selbstvernichtung ganzer Nationen oder der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Dennoch wird der konventionelle und atomare Rüstungswettlauf fortgesetzt. Neue Mächte streben nach Atomwaffenbesitz und in allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Prozentsatz des Volkseinkommens für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen. Die Steigerung der Rüstung und insbesondere die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Räumen erhöhte Kriegsgefahr, die an den Schnittstellen unterschiedlicher politischer Systeme liegen. Zugleich versperrt militärische Spannungszustände den Weg zu politischen Lösungen der bestehenden Konflikte. Diese Feststellung trifft heute nicht zuletzt für Mitteleuropa zu; hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Angesichts dieser Situation wird, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung erhoben, zunächst in geographisch begrenzten Räumen ein System effektiver Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung zu schaffen, das keiner Seite einseitige militärische Vorteile gibt. Regionale Rüstungsbeschränkung, die militärisches Potential auf beiden Seiten gleichermaßen herabsetzt, kann auch Wege zur allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen.

Pläne für eine Politik der regionalen Abrüstung in Mitteleuropa haben unter anderen die britischen Politiker Eden und Gaitskell, die amerikanischen Politiker Mansfield und Kennan und die polnischen Politiker Gomulka und Rapacki vorgelegt. Auch in der UdSSR, der DDR, der CSSR und in den Parteien der Bundesrepublik Deutschland sind wiederholt Konzepte für eine militärisch verdünnte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa entwickelt worden.

Die offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland hingegen hat solche Vorschläge bisher nicht einmal zum Gegenstand der Diskussion gemacht und in unverantwortlicher Weise jede Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Diese Politik hat nicht zur Sicherheit für Deutschland geführt, sondern die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert. Die Kampagne für Abrüstung fordert daher, daß Bundestag und Bundesregierung alle Möglichkeiten und Pläne für eine Politik wirklicher Sicherheit unverzüglich und ernsthaft prüfen und einen eigenen Beitrag hierzu leisten.

Nach dem Stand der internationalen Diskussion könnte über folgende Schritte Einigung erzielt werden, die die Kampagne für Abrüstung der Bundesregierung und dem Bundestag als Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit vorschlägt:

STOP DER ATOMAREN UND KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

1. Bundestag und Bundesregierung erklären den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen und fremder Kernwaffenproduktion. Die Erklärung der Bereitschaft der DDR, Polens und der CSSR zu einem gleichartigen Verzicht liegt vor.

Solche Verzichtserklärungen können in völkerrechtlich bindender Form abgegeben werden, ohne das Problem der innerdeutschen staatsrechtlichen Anerkennung zu berühren.

Die Einhaltung dieses Verzichts kann durch Erklärungen der Bündnissysteme, in die die genannten Länder einbezogen sind, zusätzlich garantiert werden.

2. Die Bundesregierung schlägt dem NATO-Rat vor, auf dem Territorium der Bundesrepublik Kernwaffenbestände nicht zu vermehren, sofern durch den Rat der Warschauer-Pakt-Staaten für die DDR, Polen und die CSSR eine gleichartige Regelung erfolgt. Die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen ist durch die genannten Staaten des Warschauer Paktes erklärt worden.

Diese Regelung soll der erste Schritt zur stufenweisen Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sein.

3. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget der Bundesrepublik nicht mehr zu steigern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR eine gleiche Regelung erfolgt. Die genannten Staaten des Warschauer Paktes haben ihre Bereitschaft zu entsprechenden Verhandlungen erklärt.

Soweit es um die Rüstungsetats der Bundesrepublik und der DDR geht, können die Voraussetzungen solcher Vereinbarung durch gemeinsame technische Kommissionen nach dem Vorbild der Passierscheinverhandlungen geklärt werden.

VERRINGERUNG DER KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

4. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget stufenweise zu verringern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR gleichartige Beschlüsse gefaßt werden, die auf beiden Seiten zu einer insgesamt gleichen Quote der Rüstungseinschränkung in Mitteleuropa führen.

Diese Regelung kann im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt oder durch gleichzeitige Erklärungen der einzelnen Staaten erfolgen.

ATOMWAFFENFREIE ZONE IN MITTELEUROPA

5. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft zum Verzicht auf jede Lagerung fremder Atomwaffen und zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone, sofern gleiche Schritte in der DDR, in Polen und in der CSSR erfolgen. Die vertragliche Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa soll die Beschränkung und Verminderung konventioneller Rüstung einbeziehen. Ein wirksames System der Kontrolle und Inspektion muß Teil der Vereinbarung sein.

Die entsprechenden Verträge können in Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten, im Rahmen eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt oder als Ergebnis einer europäischen Sicherheitskonferenz geschlossen werden.

EUROPAISCHE SICHERHEITSKONFERENZ

6. Die Bundesregierung schlägt die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA und der UdSSR vor. Zur Vorbereitung dieser Konferenz unterbreitet sie einen eigenen Plan für ein europäisches Sicherheitssystem, dessen Beginn die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone sein soll. Der Bestand eines europäischen Sicherheitssystems kann durch internationale Garantien zusätzlich gesichert werden.

BEZIEHUNGEN ZU OSTEUROPA

7. Die Bundesregierung baut die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aus und fördert den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit diesen Staaten, um die militärische und politische Entspannung voranzutreiben und das Kriegsrisiko zu mindern.

MITARBEIT AN DER STRATEGIE DES FRIEDENS

8. Die Bundesregierung unterstützt in der NATO und in anderen Institutionen der internationalen Politik alle Vorschläge, die auf eine Erweiterung des atomaren Teststopabkommens, auf ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.

EIN AMT ZUR FÖRDERUNG DER ABRÜSTUNG

9. Das vom Bundestag beschlossene Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung wird instandgesetzt und beauftragt, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich zu bearbeiten. Das Abrüstungsamt soll die militärstrategischen Probleme der Abrüstung, die Möglichkeiten einer wirksamen Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen, die Möglichkeiten eines krisenfreien Übergangs von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft und die sozialen Bedingungen der Abrüstung prüfen bzw. prüfen lassen.

Der Bundestag richtet einen Ausschuß für Fragen der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ein, der mit dem Abrüstungsamt zusammenarbeitet.

FORSCHUNG UND ERZIEHUNG FÜR ABRÜSTUNG UND INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG

10. Bund und Länder fördern wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesländer machen Themen der Abrüstung und der Verständigung zwischen den Völkern zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung.

Dieses Programm stellt eine Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung dar. Wird diese Alternative realisiert, so gewinnt Deutschland an Sicherheit. Die Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet.

Die Kampagne für Abrüstung wendet sich an die Parteien, an die Kirchen, die gesellschaftlichen Gruppen und an alle Mitbürger und fordert auf, dieses Sofortprogramm zum Gegenstand der Diskussion und zum Inhalt politischer Aktionen zu machen und nichts unversucht zu lassen, eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung in unserem Lande durchzusetzen.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG · OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER

Die Kampagne für Abrüstung legt ein Programm für eine deutsche Sicherheitspolitik vor. Sie tut dies zu einem Zeitpunkt, da Spitzenpolitiker der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie übereinstimmend jede politische Willensäußerung außerparlamentarischer Kräfte gegenüber Parlament und Regierung als „undemokratisch“ aburteilen. Die Kampagne macht kein Hehl daraus, daß sie die Gefährdung unseres demokratischen Systems in anderen Verhaltensweisen erkennt, in jenen Praktiken der Führungen der Bundestagsparteien nämlich, die allmählich die Formen unseres Staates ihres verfassungsmäßigen Gehaltes berauben. Demokratie heißt: Wahl zwischen sachlichen Alternativen, Prozeß der Meinungsbildung in der Diskussion von Regierung, Regierungsparteien, Opposition und Öffentlichkeit. Wer diese notwendige Auseinandersetzung als „Parteihader“ verächtlich macht, wer Opposition im Prinzip ausschalten möchte, wer politische Entscheidungen zur Geheim-

sache einiger exekutiver und parlamentarischer Führer machen will, der hat den Boden unserer Verfassung bereits verlassen. Auf die obrigkeitstaatlichen Traditionen unseres Landes kann rechnen, wer Gemeinsamkeit um jeden Preis beschwört, wer beispielsweise die Wahl nicht in die „Niederungen der Politik“ zu zerrren verspricht. Aber was bleibt dann noch von der parlamentarischen Demokratie, wenn die Repräsentanten sich selbst präsentieren und vom Wahlvolk zu diesem Akt ein meinungsloses lautloses Ja verlangen? Völker, die sich ihre demokratischen Formen selbst erkämpft haben, haben seit jeher die Freiheit der öffentlichen politischen Meinung zum eigentlichen Garant der Demokratie erklärt. In den Vereinigten Staaten erhebt sich energischer außerparlamentarischer Protest gegen den Krieg in Vietnam — in der Bundesrepublik möchte man solche Regungen schon in Friedenszeiten illegalisieren. Das Volk soll seine Stimme abgeben — für welche Politik,

darüber soll die Diskussion verstummen. Es ist kein Zufall, daß dieser kaum verborgene Übergang zur autoritären Staatsauffassung in der Bundesrepublik, begleitet durch Notstandsgesetze, zu einer Zeit geschieht, in der die offizielle Politik unseres Landes immer mehr in eine Sackgasse gerät, an deren Ende nur die kriegerische Explosion konsequent erscheint. Wer über seinen eigenen Weg nicht mehr nachdenken möchte, der neigt dazu, auch anderen das Nachdenken und die Veröffentlichung solcher Bemühungen zu untersagen. Noch sind wir nicht soweit. Noch gibt es Möglichkeiten, die Parteien an ihren Verfassungsauftrag zu erinnern und dem Wahlkampf seinen politischen Sinn zu geben. Das Programm der Kampagne beschreibt eine Alternative zur Politik der vermeintlichen Sicherheit und der eingebildeten Stärke. Wer für diese politische Alternative eintritt, wirkt, der Lage der Dinge nach, zugleich für die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie. AK

Notstand: Notstandsgesetze

Anmerkungen zu den am 24./25. Juni 1965
im Deutschen Bundestag
verabschiedeten Notstandsgesetzen

Während die meisten Zeitungen der Bundesrepublik in ihren Ausgaben vom 25. Juni in großer Aufmachung darüber berichteten, daß eine Verabschiedung des Notstandsverfassungsgesetzes – wie erwartet – in dieser Legislaturperiode geachtet sei, mancher mit der Materie nicht so recht vertraute Leser auch schon aufatmete, wurden in den Bundestagssitzungen vom 24. und 25. Juni 1965 in beärglicher Stille fünf der „einfachen“ Notstandsgesetze verabschiedet: das Gesetz über das Zivilschutzkorps und die vier Sicherstellungsgesetze (Wassersicherstellungsgesetz, Wirtschaftssicherstellungsgesetz, Ernährungssicherstellungsgesetz und Verkehrssicherstellungsgesetz). Das Zivilschutzkorpsgesetz und das Wassersicherstellungsgesetz wurden am 24. 6. mit großer Mehrheit, die übrigen drei Sicherstellungsgesetze am 25. 6. gegen die Stimmen der SPD und einzelner FDP-Abgeordneter verabschiedet.

Alle diese Gesetze schränken im Grundgesetz verankerte Grundrechte ein.

a) Das Grundgesetz der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) wird eingeschränkt durch das Zivilschutzkorpsgesetz;

b) das Grundrecht der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG) wird eingeschränkt durch das Zivilschutzkorpsgesetz;

c) das Grundrecht der Freizügigkeit (Art. 11 GG) wird eingeschränkt durch das Zivilschutzkorpsgesetz und durch das Verkehrssicherstellungsgesetz;

d) das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) wird eingeschränkt durch das Wassersicherstellungsgesetz, durch das Wirtschaftssicherstellungsgesetz, durch das Ernährungssicherstellungsgesetz und durch das Verkehrssicherstellungsgesetz.

Die Einschränkung dieser Grundrechte ist in den Gesetzestexten ausdrücklich festgelegt (§ 44 Zivilschutzkorpsgesetz, § 33 Wassersicherstellungsgesetz, § 31 Wirtschaftssicherstellungsgesetz, § 30 Ernährungssicherstellungsgesetz, § 38 Verkehrssicherstellungsgesetz).

Gravierende Strafen sind für den Fall der Zuwiderhandlung vorgesehen. Verstöße gegen die vier Sicherstellungsgesetze zum Beispiel (Verletzung der Geheimhaltungspflicht, Zuwiderhandlung im Verteidigungsfall, Ordnungswidrigkeiten usw.) werden übereinstimmend mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und/oder Geldbußen bis zu 20.000 DM (bei juristischen Personen oder Personenhandelsgesellschaften bis zu 50.000 DM) geahndet.

Dazu nur zwei Beispiele:

Der § 31 des Verkehrssicherstellungsgesetzes (Beschlagnahme von Privatfahrzeugen usw.) definiert „Ordnungswidrigkeiten“ wie folgt:

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. eine Verpflichtung nach § 14 über die Annahme, die Verwahrung, die Kenntnisnahme, die Verwendung oder eine mit der Verpflichtung verbundene Auflage nicht erfüllt,

2. entgegen einer Verpflichtung nach § 15 Abs. 1 ein Verkehrsmittel nicht an den ihm bezeichneten Ort bringt oder dabei einen anderen als den bestimmten Weg benutzt oder gegen die Verpflichtung, zusätzliche Betriebsstoffe oder Ersatzteile mitzuführen oder das Verkehrsmittel an dem bezeichneten Ort zu belassen und innerhalb eines bestimmten Gebietes zu verwenden, verstößt,
3. entgegen einer Verpflichtung nach § 15 Abs. 2 Verkehrseinrichtungen nicht an den bezeichneten Ort bringt oder gegen die Verpflichtung, zusätzliche Betriebsstoffe oder Ersatzteile mitzuführen oder die Verkehrseinrichtung an dem bezeichneten Ort zu belassen, verstößt oder
4. entgegen § 16 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder eine sonstige ihm nach § 16 obliegende oder auferlegte Verpflichtung verletzt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann, wenn sie vorsätzlich begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark, wenn sie fahrlässig begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

Der § 28 des Zivilschutzkorpsgesetzes lautet:

(1) Der Angehörige des Zivilschutzkorps begeht ein Dienstvergehen wenn er schuldhaft seine Pflichten verletzt.

(1a) Es gilt als Dienstvergehen,

1. wenn ein Angehöriger des Zivilschutzkorps nach seinem Ausscheiden aus dem Zivilschutzkorps seine Pflicht zur Verschwiegenheit verletzt oder gegen das Verbot verstößt, Belohnungen oder Geschenke in bezug auf seine dienstliche Tätigkeit im Zivilschutzkorps anzunehmen,
2. wenn sich ein Führer oder Unterführer nach seinem Ausscheiden aus dem Zivilschutzkorps gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigt oder durch unwürdiges Verhalten nicht der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die für seine Wiederverwendung als Vorgesetzter erforderlich sind,
3. wenn ein berufsmäßiger Angehöriger nach Eintritt in den Ruhestand einer erneuten Berufung in das Dienstverhältnis nicht nachkommt.

Von einer vorherigen Diskussion dieser Gesetze in der Öffentlichkeit kann keine Rede sein. Und in Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten ist auch jede Annahme, die Abgeordneten seien über die Entwürfe, über die sie abstimmen, wenigstens annähernd informiert, ad absurdum geführt worden.

Stattdessen wird im Bundestag vom „Vorteil“ der Diktatur gesprochen (Benda, CDU). Stattdessen werden Publikationen der Gewerkschaften als „übel“ bezeichnet

(Barzel, CDU). Stattdessen wird ein gemeinsames Flugblatt der Gewerkschaft OTV, der Gewerkschaftsjugend, des DGB-Frauenausschusses, der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, des Liberalen Studentenbundes Deutschlands und weiterer Studentengruppen in Marburg als „Demagogie“ und als „die Sprache des Dr. Goebbels“ diffamiert (Dorn, FDP). Stattdessen wird ein Beschluß des DGB-Bundeskongresses als Meinung „extremer Gewerkschaftskreise“ abqualifiziert (Höcherl, Innenminister, CSU). Stattdessen wird den Gegnern der Notstandsgesetzgebung vorgeworfen, die Gesetzestexte, die man der Bevölkerung immer wieder vorenthalten hat, „nicht zur Kenntnis zu nehmen“ oder „in grausamer Weise“ zu entstellen (Erlar, SPD). (Alle Zitate aus der Bundestagsdebatte vom 16. 5. 65).

Wenn Minister von Hassel (CDU) dann nach die Notstandsgesetze als „Verpflichtung der nationalen Selbsterhaltung“ bezeichnet (Bundestagsdebatte vom 24. Juni), dann dürfte klar werden, wohin der Weg führt, der jetzt mit der Verabschiedung der ersten Notstandsgesetze im Bundestag begangen worden ist.

Die nächsten Gesetze sollen in der Woche vom 28. Juni bis 2. Juli verabschiedet werden: das Erkennungsmarkengesetz, das Schutzbaugesetz und das Selbstschutzgesetz.

Rudolf Schultz

Brief der Kampagne für Abrüstung, örtlicher Ausschuß Köln, vom 23. 6. 1965 an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vor drei Monaten hatten wir einen Schriftwechsel mit Ihrer Fraktion. Anlaß war eine Unterschriftensammlung, bei der 600 Mitbürger erklärten:

„Ich protestiere gegen jede Einschränkung der garantierten Grundrechte und gegen die geplanten Notstandsgesetze.“

Im Antwortschreiben des Herrn Schaible von der FDP wurde uns vorgeworfen, daß wir „in erheblichem Maße von falschen Voraussetzungen ausgingen“. Das ist nicht einmal vor drei Monaten der Fall gewesen, als es für die Gegner der geplanten Notstandsgesetzgebung besonders schwer war, sich über den neuesten Stand der Verhandlungen zu informieren. Der Protest gegen die beabsichtigte Aushöhlung des Grundgesetzes hat seitdem nicht mehr nachgelassen. So legen wir Ihnen eine zweite Liste mit Unterschriften von über 700 Mitbürgern aus Köln vor, die sich erst kürzlich gegen die neuen Notstandspläne ausgesprochen haben, wie sie von Regierung und parlamentarischer Opposition gemeinsam ausgearbeitet worden sind. In jüngster Zeit hat die SPD vier Fragenkomplexe zusammengefaßt, bei denen eine interfraktionelle Einigung nicht erzielt worden ist:

1. Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Landesregierungen
2. Gesamtablösung der alliierten Vorbehaltsrechte
3. Einschränkung der Pressefreiheit
4. Sicherung der zivilen Rechte der Arbeitnehmer.

Selbst bei diesen Punkten ist scharfes Mißtrauen am Platz: erklärte doch Abgeordneter Benda z. B. über die Diskussion des Innenausschusses über das Problem des

Streikrechts im sogenannten Notstandsfall: „Die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Formulierung des Artikels 91 Abs. 6 ist dort mit Mehrheit beschlossen worden, wobei die Vertreter der Minderheitsmeinung betont haben, daß es um Meinungsverschiedenheiten weniger in der Sache als mehr hinsichtlich der Frage der zweckmäßigen Formulierung gehe“ (zu Art. 91 Abs. 6 Bundesdrucksache IV/3494).

Diese Erklärung ist unseres Wissens von der Fraktion der SPD nicht demontiert worden. Noch viel bedenklicher ist die – von allen Fraktionen bis jetzt widerspruchlos hingenommene – Trennung der Begriffe „Verteidigungsfall“ und „Äußerer Notstand“. Merkwürdig berührt uns die Erläuterung des Abgeordneten Benda im Bericht des Rechtsausschusses IV/3494, S. 11, daß „die Feststellung des Verteidigungsfalles aufgrund von außenpolitischen Entwicklungen oder als Folge einer eingegangenen Bündnisverpflichtung erforderlich sein kann, ohne daß . . . eine unmittelbare Bedrohung des Bundesgebietes mit Waffengewalt schon vorliegt“.

Heißt das: Truppen nach Südvietnam oder Vorwärtsverteidigung?

Anläßlich der zweiten Lesung der Notstandsgesetze am 16. 6. 65 sprachen Vertreter einer Pfarrer-, einer Gewerkschafter- und einer Studentendelegation mit 15 Bundestagsabgeordneten. Hierbei zeigte sich eine weitgehende Uniformiertheit der Abgeordneten selbst. „Sie sind wesentlich besser informiert als ich. Ich muß mich erst heute abend mit dem Material ver-

traut machen.“ (CDU-Abgeordneter Prof. Böhm, Mitglied des Rechtsausschusses). Zweifellos liegt hier eine weitere Ursache dafür, daß dem Innenausschuß eine Verschärfung der in dieser Woche zu verhandelnden sogenannten einfachen Notstandsgesetze möglich gewesen ist. Die Erklärung der Fraktionen, der zur Debatte stehende Entwurf sei in der jetzt vorliegenden Fassung bereinigt, ist unwahr. Das noch einigermaßen übersichtliche Höcherlsche Konzept ist lediglich auf Art. 12, 53, 59, 91 und 115 verteilt worden. Die in dieser Woche zu beratenden „einfachen“ Notstandsgesetze sind zudem weitgehend Durchführungsgesetze. Der Bundestag handelt verfassungswidrig, wenn er Gesetze verabschiedet, die dem Grundgesetz in der jetzt gültigen Form widersprechen, auch wenn eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes beabsichtigt, aber noch lange nicht gesichert ist.

Die Ergänzungen des Innenausschusses zum Zivilschutzkorpsgesetz vom 10. 6. nehmen beispielsweise auf den § 115a* des „Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes“ Bezug, über das in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr beraten werden soll.

Die Verfassungsänderung soll also nicht nur erschlichen, sie soll auch noch auf raschestem Weg durchgesetzt werden. Jeder Widerstand gegen sie ist zwecklos, wenn man sich vorher schon mit solchen „einfachen“ Gesetzen auf sie festgelegt hat. Ähnliches gilt für die vorgesehene Erfassung des Zivilschutzkorps durch die

Wehrersatzbehörden. Durch die beabsichtigte Verteilung der Befugnisse auf Innen- und Verteidigungsministerium (bezeichnenderweise ist jener Passus, der eine gewisse kommunale Einflußnahme vorgesehen hatte, schon im Entwurf vom 16. 5. 65 gestrichen worden) soll eine möglichst zentrale Ausgangsbasis für eine präventive Strategie geschaffen werden. Der Passus, der einen Einsatz des Zivilschutzkorps auch im Ausland vorsieht, bekommt dann auch einen sehr charakteristischen Akzent. Demgegenüber sollen die „Streitkräfte als Polizeikräfte“ im Innern „mit den vollen Mitteln der Bundeswehr“ (Art. 91) „nach pflichtgemäßem Ermessen des verantwortlichen Einsatzleiters“ (Benda, Bericht des Rechtsausschusses, IV/3494, S. 15) eingesetzt werden. Solche weiterreichenden Befugnisse für die militärischen Befehlshaber werden das immer noch geringe demokratische Bewußtsein der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der Befehlshaber selbst lähmen und eine gerade für Deutschland so gefährliche Einstimmung auf einen möglichen Kriegsfall mit sich bringen.

Ihre Aufgabe, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ist es, sich auch mit dieser Gefahr auseinanderzusetzen. Darum bitten wir Sie mit Eindringlichkeit

Kampagne für Abrüstung - Örtlicher Ausschuß Köln - gez. K. H. Roth

*) In der neuesten Bundestagsdrucksache ist dieser Verweis auf Art. 115a gestrichen. Anm. d. Red.



Rüstung - Abrüstung

US-Kriegsvorbereitung gegen China?

»Die Gefahr eines Krieges mit China ist nach Ansicht der amerikanischen Führung so ernst, daß eine geheime Untersuchung darüber läuft, wie stark die Flugzeughersteller ihre Produktion beschleunigen können«, schreibt die amerikanische Wochenzeitschrift Aviation Week & Space Technology. Aviation Week 9. 4. 65

Schutzgarantie für Nicht-Nukleare?

Eine Schutzgarantie der Atomkräfte für die nichtatomaren Länder gegen Angriffe mit Kernwaffen ist der Gegenstand eines Plans, der zur Zeit ernsthaft von der amerikanischen Regierung in Erwägung gezogen wird. Harland Cleveland, Staatssekretär für internationale Angelegenheiten im State Department, erklärte in einer Sendung der Stimme Amerikas, die Vereinigten Staaten würden auf der nächsten Zusammenkunft der Abrüstungskonferenz der 17 Mächte gerne die Idee der »atomaren Garantie« erörtern. Beamte der amerikanischen Abrüstungsbehörde (ACDA) erklärten dazu, die amerikanischen Vorstellungen hätten noch nicht das Stadium erreicht, das einen präzisen Vorschlag auf der Abrüstungskonferenz erlaube. Doch suche die US-Regierung nach Wegen, um den diesbezüglichen Vorschlag Präsident Johnsons nach der ersten chinesischen Atomexplosion zu präzisieren. Johnson hatte am 19. Oktober 1964 erklärt, daß

diejenigen Länder, die nicht nach nationalen Kernwaffen strebten, »sicher sein können, wenn sie unsere kräftige Unterstützung gegen irgendeine atomare Erpressung benötigen, diese Unterstützung zu erhalten«. Aus diesem ziemlich allgemeinen Angebot habe sich nach den Worten Clevelands die Vorstellung entwickelt, es müsse eine »Weltsicherheitsstruktur« entwickelt werden, unter der Länder wie Indien sicher sein könnten, die bestehenden Atomkräfte würden ihnen im Falle einer atomaren Angriffsdrohung zu Hilfe kommen. Johnsons Angebot wird in Washington zur Zeit als ausreichend betrachtet, dem indischen Ministerpräsidenten Shastri gegenüber den Befürwortern einer indischen Atombombe ausreichenden Rückhalt zu geben. Man ist sich jedoch im klaren darüber, daß Indien als blockfreies Land eine einseitig westliche Schutzgarantie als auf die Dauer wenig erstrebenswert betrachte.

The New York Times 16. 4. 65

US-Rüstung überlegen

Die Sowjets haben eingesehen, daß sie mengenmäßig das Rüstungs-Rennen verloren haben, und deshalb setzen sie es auch nicht fort. Nichts deutet darauf hin, daß die Russen eine der unseren vergleichbare Atomstreitmacht entwickeln wollen. Dies erklärte der US-Verteidigungsminister dem SPIEGEL in einem Interview. Es gebe

keine Anzeichen, daß »sie hinter uns herjagen«. Würde die Sowjetunion im jetzigen Ausmaß weiterrüsten, so werde sie die USA bis 1970 nicht einholen, geschweige denn überholen können. Am 30. Juni werde Amerika 1270 Landstreckenbomber und 935 Interkontinentalraketen besitzen. Die USA besäßen außerdem 416 Polaris-Raketen auf U-Booten, von denen 60 Prozent immer auf See seien. Dazu kämen 630 Bomber vom Typ B-52, 80 vom Typ B-58, der Rest bestehe aus Maschinen vom Typ B-47. Russische Vergleichszahlen wollte McNamara nicht nennen. »Jedoch haben wir eine Überlegenheit von 3 oder 4:1. Diese Überlegenheit besitzen wir auch auf anderen Gebieten . . . Beim Qualitätsvergleich sieht es noch besser für uns aus. Die Russen haben zum Beispiel keine Polaris-Raketen mit festem Treibstoff. Wenn wir nur Raketen mit flüssigem Treibstoff hätten, würden wir das als ernstliches Handicap ansehen.« Die Überlegenheit der amerikanischen Bomber werde bis mindestens 1970 aufrechterhalten bleiben. »Es gibt nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß die Russen an einem neuen interkontinentalen Bomber arbeiten.«

Der Spiegel 21. 4. 65

Dänemark: China in die UNO

München: Die gegenwärtige Krise in der UNO hält der sozialdemokratische dänische Außenminister Peer Haekkerup nicht für den Anfang vom Ende, sondern für eine Folge von Wachstumsschwierigkeiten. Zur Überwindung solcher Schwierigkeiten könnte nach der von Dänemark schon seit langem verfochtenen Ansicht unter anderem die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO beitragen. Haekkerup vertrat diese Meinung vor der Münchener Gesellschaft für Auslandskunde in einem Vortrag über »Schwierigkeiten und Chancen der Vereinten Nationen.«

Süddeutsche Zeitung 26. 4. 65

cher teilte mit, daß sich die USA, Großbritannien, Italien, Kanada und die Bundesrepublik an den Gesprächen beteiligen. Der Entwurf sei eine britisch-amerikanische Gemeinschaftsarbeit. Er sehe vor, die Atomkräfte zu verpflichten, keine Kernwaffen an Drittländer weiterzugeben und ihnen auch keine Kontrolle über solche Waffen einzuräumen.

ap. 28. 5. 65

Britisches Abrüstungskonzept

Kopenhagen: Nach Darstellung des britischen Abrüstungsministers Lord Chalfont zielt die Abrüstungspolitik Großbritanniens auf drei Hauptpunkte ab: 1. eine weitere Ausbreitung von Atomwaffen zu vermeiden, 2. das Teststopp-Abkommen zu erweitern und 3. die Atomkräfte zur Einfrierung, möglichst sogar zur Einschränkung ihrer Vorräte an Kernwaffen zu überreden. Lord Chalfont äußerte bei seinem offiziellen Besuch in Kopenhagen vor der Presse weiter, die Aufnahme Chinas in die UNO sei eine Voraussetzung für die chinesische Teilnahme an einer breiten Abrüstungsabsprache.

dpa 31. 5. 65

Fulbright: Entspannung gefährdet

Swarthmore (Pennsylvanien): Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats, Fulbright, äußerte die Befürchtung, daß die Periode der Entspannung, insbesondere in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, von einer neuen Periode des Kalten Krieges abgelöst werde. Ähnlich wie vor dem Ersten Weltkrieg schienen die Ereignisse der Kontrolle der Großmächte mehr und mehr zu entgleiten. Unter diesen Umständen, so meinte Fulbright, seien die Aussichten für einen Frieden in Freiheit kaum günstig. In einer Rede vor Studenten in Swarthmore im Bundesstaat Pennsylvanien stellte Fulbright mit Bezug auf die Krisen in Vietnam und der Dominikanischen Republik fest, daß die Auswirkungen weit über die Konfliktherde hinaus zu spüren seien. So habe sich zum Beispiel die Allianz für den Fortschritt bis zum April dieses Jahres hoffnungsvoll entwickelt, aber jetzt sei ihre Zukunft ungewiß. Ferner habe die ständige Besserung der Beziehungen zu den neutralistischen und kommunistischen Staaten Osteuropas plötzlich eine Unterbrechung erfahren.

ap. 21. 6. 65

Robert Kennedy gegen weitere MLF-Pläne

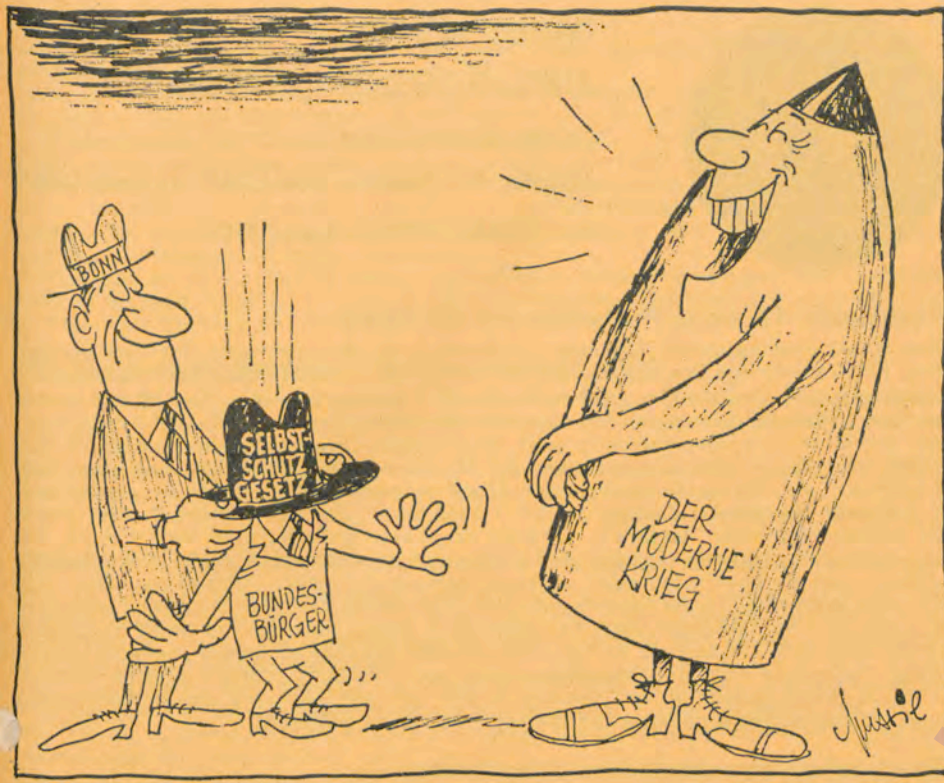
Washington: Der demokratische Senator Robert Kennedy hat die amerikanische Regierung gedrängt, so schnell wie möglich internationale Verhandlungen über ein Abkommen gegen die Ausbreitung von Atomwaffen einzuleiten. Vor dem Senat warnte Kennedy, daß die Aussicht auf Atomwaffen in deutscher Hand den Druck in Osteuropa verstärken könnte, ein eigenes Gegengewicht zu entwickeln.

dpa 23.6. 65

US-Ausschuß: Vorrang für Atomwaffenvertrag

Washington: Ein bisher geheimgehaltener Bericht des sogenannten Gilpatric-Ausschusses soll dem amerikanischen Präsidenten Johnson empfohlen haben, einem internationalen Vertrag zur Verhinderung der weiteren Verbreitung von Atomwaffen Vorrang vor einer atlantischen Atomstreitmacht einzuräumen. Der Ausschuß war von Johnson beauftragt worden, Möglichkeiten zu prüfen, um die weitere Verbreitung von nuklearen Waffen zu verhindern.

Die Welt 30. 6. 65



Verdunklungsübung

Frankfurter Rundschau

Zurückhaltung der Atommacht China

Peking: Obwohl seit dem zweiten chinesischen Atomversuch nahezu fünf Tage vergangen sind, gab es außer einer Pressemitteilung über das Ereignis keine weiteren chinesischen Stellungnahmen. Es sind weder entsprechende Leitartikel in der chinesischen Presse noch andere amtliche Erklärungen veröffentlicht worden: Diese zweifellos wohlüberlegte Zurückhaltung der Regierung der Volksrepublik China geschieht in voller Übereinstimmung mit der amtlichen Version über die Atompolitik des kommunistischen Chinas. Die Chinesen haben in der Vergangenheit immer wieder betont, daß sie nur widerstrebend Atomwaffen entwickeln und daß China sie niemals als erster in einem etwaigen bewaffneten Konflikt einsetzen würde.

Politische Kreise haben in der Hauptstadt Chinas nach der zweiten Versuchsexplosion die Überzeugung geäußert, daß sich Peking jetzt endgültig die Tür zu künftigen Abrüstungsverhandlungen geöffnet habe. In Zukunft könne bestimmt kein ernstzunehmendes Abrüstungsgespräch ohne China mehr stattfinden. Anderenfalls laufe man Gefahr, daß jedes etwaige Abrüstungs-Übereinkommen von vornherein null und nichtig ist. China sei auf dem besten Wege, seinen Anspruch auf eine Großmachtstellung auch als Atommacht, an der man nicht vorübergehen könne, nachdrücklich zu untermauern.

dpa 17. 5. 65

Moskau verringert Rüstungsetat

New York: In einem Bericht an die Vereinten Nationen hat die Sowjetunion eine Herabsetzung ihrer Militärausgaben für das Jahr 1965 um 500 Millionen Rubel gemeldet. Damit vermindert sich nach sowjetischer Darstellung der Prozentsatz der Verteidigungsausgaben im Staatshaushalt der Sowjetunion von 14,5 Prozent im Jahre 1964 auf 12,9 Prozent in diesem Jahr.

dpa 20. 5. 65

Funktionsverlust der UNO?

New York: UN-Generalsekretär U Thant hat die Besorgnis geäußert, daß die Weltorganisation ihre Rolle als eines friedensbewahrenden Instruments zunehmend verlustig geht und auf das Niveau eines bloßen Debattierklubs absinkt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres seien Entwicklungen zu beobachten, die das Prestige der UN zu unterminieren drohten, sagte U Thant. Aus diesen oder jenen Gründen sei die Rolle der Vereinten Nationen bei der Beilegung internationaler Konflikte bewußt ignoriert oder ausgeschaltet worden. Er müsse zu seinem Bedauern feststellen, daß der frühere Fortschritt der UN in Richtung auf Stabilität und Weltfrieden zum Stillstand gekommen sei. Wenn dieser Trend nicht rechtzeitig gebremst werde, könne man die in die UN gesetzten großen Erwartungen begraben.

ap. 23. 5. 65

USA schränken Atomwaffenproduktion ein

Washington: Der amerikanische Kongress hat den Etat der USA-Atomenergiekommission mit einer Kürzung der Mittel für die Atomwaffenproduktion gebilligt. Die Vorlage über 2,55 Milliarden Dollar wurde Präsident Johnson zur Unterzeichnung zugeleitet. Davon stehen 704,4 Millionen Dollar für die Entwicklung, die Produktion und die Lagerung von Atomwaffen zur Verfügung. Das sind rund 49 Millionen Dollar weniger als im vergangenen Haushaltsjahr. Präsident Johnson hatte bereits 1964 die Kürzungen angekündigt und die Sowjetunion aufgefordert, ihre Produktion ebenfalls einzuschränken.

dpa 24. 5. 65

Westen bereitet Atomvertrag vor

London: Fünf westliche Länder, darunter auch die Bundesrepublik, werden in etwa einer Woche mit der Erörterung eines Entwurfs für einen Vertrag über die Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen beginnen. Ein britischer Regierungsspre-

Günther Hepp: ES GEHT UMS LEBEN, Herbert Reich - Evangelischer Verlag - Hamburg, 200 Seiten, DM 7,-.

In dieser Dokumentation der Vorgeschichte des Moskauer Atomteststopp-Abkommens finden Sie die wichtigsten Stellungnahmen bedeutender Atomphysiker und Theologen zur Frage der Atomrüstung u. a. von Carl Friedrich von Weizsäcker, Werner Heisenberg, Otto Hahn, Linus Pauling, Albert Einstein, Albert Schweitzer, Karl Barth, Helmut Gollwitzer, Heinrich Vogel, Präses Beckmann; den Protest der 18 Göttinger Professoren, das „Tübinger Memorandum“ deutscher Protestanten, den Text der Eingabe von 9326 Wissenschaftlern an die UNO.

Darüber hinaus bringt das Buch Äußerungen von Konferenzen, Organisationen, kirchlichen Stellen, die sich mit der Frage der Atomwaffen beschäftigt haben und gegen ihre Anwendung arbeiten; u. a. die Ergebnisse der Pugwash-Konferenzen, die Ostermarschaufrufe, die Frankfurter Erklärung der kirchlichen Bruderschaften der EKd vom 4. Oktober 1958, Auszüge aus „Pacem in terris“ von Papst Johannes XXIII. Der kleine Band ist als brauchbares Nachschlagewerk für die Arbeit in der Kampagne zu empfehlen.

Kogon - Abendroth - Ridder - Hannover - Seifert: DER TOTALE NOTSTANDSSTAAT - Stimme-Verlag - Frankfurt, DM 3,40.

Die Texte der Entwürfe zu den Notstandsgesetzen sind derart verkläuselt und ihr Inhalt ist sprachlich derart verharmlost, daß es dem Nichtjuristen fast unmöglich ist, hier durchzudringen. Bei aller Gründlichkeit ist daher der Überblick über die verschiedenen Entwürfe und ihre Änderungen, den Seifert dem Band beifügte, nicht sehr gut geeignet, einen Überblick über die geplante Regelung zu geben. Viel wertvoller sind Seiferts Randbemerkungen zu den einzelnen Paragraphen. Vorteilhaft ist die Art, in der Hannover die sogenannten einfachen Notstandsgesetze behandelt: er gibt kleine Beispiele zur Illustration dessen, was sich in diesen Gesetzen verbirgt. Die konsequente Durchführung dieser Methode hätte die Schrift zu dem gemacht, was sie sein will: Aufklärung der Bevölkerung. Die unbefangene Lektüre der Gesetzentwürfe selbst kann dagegen allenfalls das politische Klima verdeutlichen, in dem Notstandsgesetze ins Kraut schießen. Man vergleiche nur ihr Kanzleideutsch mit der (für Juristen) geradezu einfachen Sprache der Teile des Grundgesetzes, die seit 1949 noch nicht geändert wurden. Kogons Fazit: „Die juristische Perfektionssucht, gemessen an der unvorstellbaren Furchtbarekeit des Totalkrieges, ist aufreizend.“ Kogon weist auf den Widerspruch hin, daß die defensive Kriegsvorbereitung der BRD, um dem Gegner glaubwürdig zu erscheinen, offensiven Charakter tragen muß. Um demzufolge die Überlebenserwartung im Falle eines Krieges deutlich zu machen, benötigt die Bonner Perfektionssucht alle nur denkbaren vor- und paramilitärischen Einrichtungen. Die Folge ist die Abschaffung der Freiheit zu ihrem Schutz. Hierbei braucht den Politikern und der Ministerialbürokratie noch nicht einmal böse Absicht unterstellt werden, sondern lediglich Unkenntnis der

Materialien zum Krieg in Vietnam

Demonstrationen gegen die Politik der USA in den USA aus PEACE PRESS 8 und 9/65

Washington, 17. April: Protestmarsch der 20000

Über 20000 amerikanische Studenten und Professoren demonstrierten vor dem Weißen Haus für die sofortige Beendigung der Bombenabwürfe auf Nordvietnam. In Texas demonstrierte eine kleinere Gruppe vor der Ranch Präsident Johnsons. Der Marsch wurde von der „Studentenbewegung für eine demokratische Gesellschaft“ (SDS) organisiert und durch verschiedene Friedens- und Bürgerrechts-Organisationen unterstützt. Die TIMES vom 19. 4. 1965 schreibt über die Demonstranten: „Sie sind eine profilierte Minderheit, die die große Masse der Unzufriedenen repräsentiert! In einem Leitartikel stellt die gleiche Zeitung am 27. 4. 1965 fest: „Der studentische Protest gegen die Vietnampolitik der Regierung Johnson zeigt eine grundlegende Veränderung der amerikanischen Szenerie. Es gab nichts dergleichen während der McCarthy-Periode, während des Korea-Krieges oder während der verschiedenen Kuba-Krisen. Das alles war aber auch nicht zu vergleichen mit dem umfassenden und schmutzigen Geschehen in Vietnam. Die Demonstranten repräsentieren zwar nicht die gesamte Studentenschaft, aber was sie tun, ist so neu und bedeutsam, daß es größte Aufmerksamkeit erregt. Jedenfalls wird die Protestbewegung von Präsident Johnson ernstgenommen, er schickt ganze Bataillone von Rednern in alle Teile der USA, um den Studenten und ihren gleichermaßen unruhigen Lehrern seine Politik zu erläutern.“

„Teach-in“ an amerikanischen Universitäten

Die „teach-in“ Bewegung in den USA steht unter der Führung der amerikanischen akademischen Eliten. („teach-in“ ist eine künstliche Wortbildung des Begriffes „teach“ = lehren - nachgebildet den „sit ins“ der gegen die Negerverfolgung in den Südstaaten protestierenden Bürgerrechtler). Sie ist eine breit angelegte Protest- und Kritikinstitution ganz neuer Art, die sich gegen manche Fragwürdigkeiten der US-Außenpolitik richtet, in erster Linie aber gegen die Vietnam-Politik Johnsons. Mehr als 5000 Akademiker von über 150 amerikanischen Universitäten veranstalten jetzt überall im Lande öffentliche Seminare, deren Hauptthema die Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik im besonderen und der gegenwärtigen USA-Außenpolitik im allgemeinen ist. Den bisherigen Höhepunkt erreichte diese Bewegung neulich in Washington, wo Tausende akademischer Lehrer, Intellektueller und Studenten sozusagen unter den Augen des Weißen Hauses einen ganzen Tag und eine ganze Nacht hindurch in einem öffentlichen Mammut-Seminar die Johnsonsche Außenpolitik kritisch zerrupften: Hunderttausende haben diese Debatte überdies auf dem Bildschirm verfolgt und weitere Hunderttausende in ausführlichen Berichten aller großen US-Blätter darüber gelesen!

Nach „Neue Politik“ 26/65

Am 24. März 1965 veranstalteten 2500 Studenten und Professoren die ganze Nacht hindurch einen „teach-in“ in der Universität Michigan, um gegen die amerikanische Politik in Vietnam zu protestieren. Diese neue Methode im Bereich der Friedensaktionen hat sich schnell auch an anderen amerikanischen Universitäten ausgebreitet. Ein „teach-in“ ist eine Marathon-Vorlesung über Vietnam, die von Universitätsprofessoren gehalten wird; oft enden sie mit einer Demonstration am nächsten Morgen. News and Letters, 4/65 Der Informationsbrief der „Student Union for Peace Action“ (SUPA) vom 4. 5. 1965 berichtet, daß sich Mc George Bundy, Chefberater Präsident Johnsons für nationale Sicherheit, bereiterklärt hat, für die Regierung zu sprechen. Als Kontrahenten sind verschiedene führende politische Wissenschaftler vorgesehen: George Kahin, Hans Morgenthau und Isaac Deutscher. „Über den ‚teach-in‘ werden alle Universitäten quer durch die USA ständig telefonisch informiert.“

Gewissenserklärung zu Vietnam

Vier amerikanische Organisationen: die katholische Arbeiterbewegung Catholic Worker, das Komitee für gewaltlose Aktion, die Studentische Friedensunion und die Liga der Wehrdienstverweigerer fördern und verbreiten eine „Gewissenserklärung zu Vietnam“, die auch im Weißen Haus durch eine Delegation überreicht wurde. Die Erklärung ist ein Appell an das Gewissen Amerikas, der einen „ehrenvollen Frieden in Vietnam“ fordert. In der Einleitung wird festgestellt: „Wir müssen den sofortigen Abzug aller amerikanischen Truppen aus Vietnam verlangen, selbst wenn die Situation tragisch bleiben sollte. Viele Probleme werden bestehen bleiben, aber der Rückzug der amerikanischen Truppen gibt die einzige Chance dafür, daß die Bevölkerung Südvietnams Herr ihres eigenen Geschickes wird. Dann wird sich der Weg öffnen für grundlegende Verhandlungen über die Probleme in Südostasien - über die Ausschaltung ausländischer Manipulation - und für freundschaftliche Hilfe, die der geschlagenen und gequälten Bevölkerung dieser Gebiete gegeben werden kann, wenn sie eine solche Hilfe erbittet. Das ist der einzige ehrenvolle Friede, der in Vietnam zu erreichen ist.“

Der Text der Erklärung lautet:

Weil die Anwendung der militärischen Machtmittel der USA in Vietnam und anderswo die Hoffnungen der Bevölkerung auf politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Freiheit unterdrückt;

weil unmenschliches Foltern und sinnloses Töten von Truppen ausgeführt wird, die von den USA bewaffnet, uniformiert, ausgebildet und finanziert werden;

weil wir glauben, daß alle Völker der Erde ein unveräußerliches Recht haben auf Leben, Freiheit und friedliches Streben nach Glück auf ihre Weise; und

weil wir der Meinung sind, daß positive Schritte unternommen werden müssen, um der Drohung einer nuklearen Katastrophe eines Todes durch chemische und bakteriologische Kampfmittel ein Ende zu machen – erklären wir hiermit, uns aus Gewissensgründen zu weigern, den Krieg der Vereinigten Staaten in Vietnam mitzumachen; ermutigen wir alle, die es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, den Dienst in den bewaffneten Streitkräften zu verweigern oder um Entlassung nachzusuchen, wenn sie schon eingezogen sind. Diejenigen von uns, die einrufen werden, erklären ihre Absicht, den Wehrdienst zu verweigern. Wir rufen andere auf, wie wir die Mitarbeit bei der Herstellung oder dem Transport militärischer Ausrüstung sowie die Arbeit auf den Gebieten der militärischen Forschung und der Waffenentwicklung zu verweigern. Wir werden zur Durchführung anderer gewaltloser Aktionen ermutigen – zivilen Ungehorsam eingeschlossen –, um den Strom amerikanischer Soldaten und amerikanischer Waffen nach Vietnam zu unterbrechen.“

Die Bürgerrecht-Bewegung und der Vietnamkrieg

Der Kongreß für Rassengleichheit (CORE) war der Träger einer Antikriegsdemonstration an der Staatsuniversität Pennsylvania. Die Demonstration wurde aus Anlaß der Vietnamkrise veranstaltet. Martin Luther King hat die Führer der Bürgerrechtsbewegung aufgerufen, sich gegen den Krieg zu wenden, insbesondere gegen den Krieg in Vietnam.
New York Herald Tribune, 24./25. 4. 65

Offener Brief des Ausschusses der New Yorker Universitäten an Johnson

Wir, als Glieder der akademischen Gemeinschaft, sehen uns gezwungen, Ihnen Herr Präsident, gegenüber die derzeitige Vietnampolitik unserer Regierung öffentlich zur Diskussion zu stellen. Wir ersuchen Sie, den gegenwärtigen Kurs erneut zu prüfen, und dies angesichts folgender Tatsachen:
Wir intervenieren dort einseitig, in Unterstützung einer Folge von undemokratischen Regierungen, die von der Mehrheit des südvietnamesischen Volkes abgelehnt werden. Wir führen einen unmoralischen und grausamen Krieg, der dem Volk von Südvietnam unendliches Leid zugefügt hat.
Unsere kürzlich durchgeführten Luftangriffe auf Nordvietnam erhöhen die Gefahr, daß ein lokaler Konflikt sich zu einem Großkrieg ausweitert.
Es ist behauptet worden, daß die Vereinigten Staaten eine von ihrer Bevölkerung gestützte Regierung gegen fremde Umsturzversuche verteidigen. Wir behaupten, Herr Präsident, daß die dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit verfügbaren Beweise keine solche Auslegung des vietnamesischen Konflikts erlauben.
Tatsache ist vielmehr, daß die USA Regime an der Macht erhalten, die vom Großteil der Landesbevölkerung nicht unterstützt werden. Wie soll man sonst eine Situation erklären, in der 35 000 Vietcongtruppen ständig an Boden gewinnen, gegenüber einer Regierungsarmee von 200 000 Mann plus einem Kontingent von 23 000 amerikanischen „Beratern“? Die Überfälle von Bienhoa und Pleiku sind ein untrüglicher Beweis, daß die Saigoner Regierung nicht einmal die Unterstützung der Bevölkerung in der Nachbarschaft von Bienhoa und Pleiku genießt.
Wie hat sich unsere Politik für die Bevölkerung von Vietnam ausgewirkt? Nur eine kleine Minderheit profitiert von den 600 Millionen Dollar, die wir jährlich an Südvietnam gehen lassen. Die Bauern von Vietnam werden terrorisiert. Das Land, vor Zeiten eine der blühendsten Regionen von Südostasien, wird verwüestet durch die Napalmbombardements der Bauerndörfer, durch die hemmungslosen Angriffe mit Flugzeugen amerikanischer Herkunft, durch die Konzentrationslager und Massenverschickungen der einheimischen Bevölkerung. Gefangene werden in Südvietnam gefoltert. Es ist kaum anzunehmen, daß dies ohne Mißwissen amerikanischer Stellen geschehen kann.
Welche Wirkung hat unsere Vietnampolitik auf das Ansehen der USA in der Welt gehabt? Unser Einstehen für diktatorische Militärregime in Südvietnam hat die Glaubwürdigkeit unserer immer wiederholten Erklärung, wonach Nationen ihrer Bestimmung ohne Angriffe von außen sollen nachleben können, sehr in Frage gestellt. Obwohl wir uns verpflichtet haben, die Genfer Vereinbarungen von 1954 zu respektieren, haben wir diese Verträge verletzt, indem wir Südvietnam Truppen und Waffen zur Verfügung stellten. Wir haben unsere Zustimmung zu einer internationalen Rechtsordnung verleugnet, da wir uns weigerten, den Streitfall einem internationalen Gremium, wie zum Beispiel den Kontrahenten der Genfer Vereinbarungen, oder einem der Organe der United Nations zu unterbreiten.
Unsere Rechtfertigung für die Intervention in Südvietnam war, daß wir die Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien verhindern müßten. Die Wirkung unserer Politik jedoch war, daß wir uns die Nachbarländer Vietnams wie unsere Verbündeten entfremdeten.
Wie die letzten Ereignisse gezeigt haben, sind die Chancen einer Ausweitung des Krieges in Vietnam um so größer, je länger er dauert. Unsere Luft- und Flottenangriffe auf Nordvietnam haben die Situation im Süden nur unmerklich verlängert, andererseits haben sie jedoch die Gefahr eines Großkrieges in Asien und der Anwendung von Nuklearwaffen erhöht.
Nachdem laut einer kürzlichen Gallup-Umfrage 81 Prozent des amerikanischen Volkes sich zugunsten einer Konferenz mit den führenden Politikern Südostasiens und Chinas und für den Versuch einer friedlichen Verständigung aussprachen, müssen wir da unseren gefährlichen Weg noch weiter gehen?
Herr Präsident, wir ersuchen Sie dringend, eine andere Richtung einzuschlagen. Wir verlangen, daß Sie dem Einsatz amerikanischer Männer und Geldmittel im Südvietnamkonflikt ein Ende setzen. Wir ersuchen Sie, alle Mittel dafür einzusetzen, daß in Vietnam eine unabhängige, neutrale Regierung zustande kommt, und die amerikanischen Truppen zurückzuziehen. Wir ersuchen Sie, die Streitfrage unverzüglich einem internationalen Gremium zu unterbreiten und mit unseren einseitigen und illegalen Aktionen Schluß zu machen. Wir ersuchen Sie dringend, Herr Präsident, unverzüglich die nötigen Schritte zu tun, um den Krieg in Südvietnam zu beenden. Je länger wir unsere jetzige Politik fortsetzen, um so weniger werden uns andere Möglichkeiten einer Regelung des Konflikts offen bleiben.
Von ca. 600 Professoren unterzeichnet in der „New York Times“ v. 28. 2. 65 als Anzeige erschienen.

Struktur und der Entwicklungstendenzen der westdeutschen Gesellschaft, für die diese Gesetze schließlich gemacht werden. Dennoch muß es bedenklich stimmen, in welcher Art die Gesetzesmacher Gründe für ein angebliches Bedürfnis nach der Notstandsgesetzgebung vorschützen. Der Beitrag von Ridder entlarvt eines ihrer Argumente, nämlich die Berufung auf Vorbehaltsrechte der Alliierten, die nur durch Notstandsgesetze abgelöst werden könnten. Obwohl die juristische Interpretation des Artikels 5, Absatz 2 des „Deutschlandvertrages“ im Mittelpunkt steht, nimmt Ridder in seiner Argumentation in vorbildlicher Weise auf den gesamten Komplex der Notstandsgesetzgebung und ihre Grundstimmung Rücksicht. Wer wissen will, worum es letztlich geht, sollte die Beiträge von Ridder und Kogon aufmerksam lesen.
K. L. in Express-International, 17. 5. 1965

Friedrich Wagner: DIE WISSENSCHAFT UND DIE GEFÄHRDETE WELT, eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik, Verlag C. H. Beck, München. 573 Seiten, Leinen, DM 35,—.

Die bekannten, oft verdrängten und beschönigten Probleme des Atomzeitalters werden in dem vorliegenden Werk umfassend wissenschaftlich angegangen. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, die Auswirkungen der Atomphysik als Moralist zu untersuchen, er sichtet vielmehr den ganzen Problemkomplex, wie er sich seit der Emanzipation der Wissenschaft ergeben hat und heute sich verdichtet zu der Frage nach dem Sinn der Wissenschaft und nach den Grenzen ihrer Macht. Ausgehend von der Situation des Wissens und der Wissenschaft in der Antike, in der noch religiöse und ethische Bindungen die Wissenschaft beherrschten, wird gezeigt, wie auch im Mittelalter das Wissen noch nicht Selbstzweck war, sondern seine Stellung hatte im Zusammenhang der Welt zwischen Gott und Mensch. Die große Wendung begann im ausgehenden dreizehnten Jahrhundert, vollzog sich aber dann vor allem mit Galilei. Die Wissenschaft befreite sich, sie wurde eigenmächtig, ließ keine andere Autorität und Norm mehr gelten als ihre eigene. An Stelle des religiösen Glaubens tritt der Glaube an die Wissenschaft, die Wissenschaftsreligion, verbunden mit dem Glauben an den Fortschritt.

In jahrelangen Bemühungen hat der Verfasser ein umfangreiches Material kritisch durchforscht und verarbeitet, wobei er insbesondere so gut wie unbekannte amerikanische politische und wissenschaftliche Ausschlußberichte (hearings) heranzog. Dabei kommt es ihm in erster Linie darauf an, auch nach dem Sinn der Wissenschaft zu fragen und nach den Grenzen ihrer Freiheit.

Das Werk ist von großer Bedeutung für alle, die sowohl am Fortgang der Wissenschaft wie an der sinnvollen Weiterexistenz der Menschheit interessiert sind.

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

Herausgeber: Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengeegner.
Verantwortlich: Dr. Andreas Bura, 806 Dachau, Schwarzhölzlstraße 20, Telefon 56 86. Redaktion: Christel Beilmann, 463 Bochum, Kettelerstraße 14, Telefon 3 52 10.
Vertrieb und Bestellungen: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Tel. 88 60 51. Bezugspreis: jährlich DM 8,— einzuzahlen auf: Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, Offenbach, Post-scheck-Konto 62 55, PSA Frankfurt/M. Erscheinungsweise 10- bis 12mal jährlich. Dieses Material steht bei Quellenangabe zu freiem Abdruck zur Verfügung. Um Zusendung eines Belegexemplares wird gebeten. — Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.
Druck: Schürmann & Klages, Bochum

Aus der Kampagne



Protest auf der Straße und im Bundeshaus

Während der Bundestagsdebatte über die Notstandsverfassungsgesetze am 16. 6. 65 veranstaltete die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – eine Protestdemonstration in der Bonner Innenstadt. Die Demonstranten verteilten an Straßenpassanten rund 10000 Flugblätter mit einer 21-Punkte-Stellungnahme des Prof. Dr. der Rechte Helmut Ridder zur Notstandsgesetzgebung. In dem Flugblatt heißt es u. a., der jetzt zur zweiten Lesung anstehende Entwurf des Notstandspaketes sei erfüllt von Mißtrauen gegen den Staatsbürger, dessen staatspolitisches und persönliches Verantwortungsbewußtsein wieder einmal durch obrigkeitstaatliche Maßnahmen gelenkt werden solle. Auf Transparenten und Plakaten forderten die Demonstranten von Bundesregierung und Bundestag Entspannungspolitik statt Notstandspolitik.

Gleichzeitig suchten Delegationen das Bundeshaus auf, um den Abgeordneten und Fraktionsvorständen ihre Bedenken vorzutragen. Evangelische Pfarrer, Vertreter von fünf politischen Studentengruppen, Vertretungen von Frauenverbänden, Gewerkschafter und Mitglieder des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung sprachen mit Abgeordneten aller Parteien.

Am 23. Juni diskutierten weitere sechs Delegationen der Kampagne mit Abgeordneten der SPD.

Gegen Vietnam-Politik der USA

In vielen Städten der Bundesrepublik, u.a. in München, Augsburg, Mannheim, Frankfurt, Düsseldorf, Herne, Essen, Hamburg protestierte die Kampagne für Abrüstung gegen die Politik der USA in Vietnam. Die Demonstranten forderten einer Stellungnahme des Zentralen Ausschusses der Kampagne entsprechend:

die sofortige Beendigung der militärischen Eskalation durch die USA, d. h. die Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam und des Einsatzes von Gas und Napalmbomben

die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten einschließlich der Vietkong, ohne Bedingungen, um einen Waffenstillstand und anschließend eine militärische Neutralisierung zu erreichen, in deren Rahmen allein Selbstbestimmung erreicht werden kann

die Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung freier Wahlen in Südvietnam.

Atomwaffenschiff in deutschen Häfen

Der erste multilaterale Atomwaffen-Zerstörer der Welt „Claude V. Ricketts“ besuchte auf Einladung der Bundesregierung deutsche Häfen. Während Dänemark und Norwegen solchen Kriegsschiffen schon vor einiger Zeit das Anlaufen ihrer Häfen untersagten, erfolgte die Einladung ausgerechnet zur diesjährigen „Kieler Woche“, die unter dem Motto „Städtebau – gestern, heute und morgen“ stand.

An Bord der „Claude V. Ricketts“ befinden sich acht Polaris-Raketen, deren Zerstörungskraft die der Hiroshima-Bombe um das Fünfunddreißigfache übersteigt. Die Bundesmarine hat bereits drei Schiffe dieses Types in den USA gekauft, die bis 1967 geliefert werden sollen.

Die Besatzung des Zerstörers setzt sich aus 184 Amerikanern, 49 Deutschen, 32 Italienern, 26 Griechen, 26 Engländern und 19 Holländern zusammen. Die Besatzung war vor etwa einem Jahr zusammengestellt worden, um die Einsatzfähigkeit eines solchen Kriegsschiffes für eine multilaterale Atomstreitmacht zu erproben. (nach dpa)

Atomwaffengegner protestierten in Bremerhaven und Kiel gegen den Besuch des Atomwaffenschiffes, „weil er ein Symbol ist für eine unzeitgemäße Gewaltpolitik“. Sie forderten statt des Strebens der Bundesregierung nach Atomwaffen „Verzicht auf Atomwaffen – national und multilateral; Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa; Politik der Sicherheit durch Abrüstungsvereinbarungen“.

IGM: Frieden durch eine bessere Gesellschaft

Unter dieser Devise stand die 7. Jugendkonferenz der IG Metall in Hamburg am 6./7. Mai. Die Delegierten nahmen u. a. zu den Fragen „Friedenspolitik“ und „Abrüstung und Entspannung“ Stellung. Sie forderten ihre Mitglieder erneut auf, sich an der Kampagne für Abrüstung zu beteiligen. In den entsprechenden Beschlüssen heißt es:

„Die Jugendkonferenz der IG Metall verurteilt deshalb die Politik einer stufenweisen Ausdehnung des Krieges (Escalation), welche von den Vereinigten Staaten in Vietnam angewandt wird. Die Jugend der IG Metall fordert eine politische Lösung

Es geht schon ohne Notstandsgesetze allzu gut. Münchener Demonstranten gegen die US-Politik in Vietnam werden festgenommen.

Foto: Rauch



des Konflikts in Süd-Ost-Asien und begrüßt alle entsprechenden Vorschläge.

Die 7. ordentliche Jugendkonferenz fordert eine weltweite kontrollierte Abrüstung und eine Ächtung aller Massenvernichtungswaffen. Sie begrüßt jede demokratische Initiative, welche die Öffentlichkeit auf die lebensbedrohliche weltpolitische Lage aufmerksam macht.

Die Jugendkonferenz hält deshalb auch die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch – für eine geeignete Möglichkeit, dieser Haltung Ausdruck zu verleihen. Sie fordert die jungen Mitglieder der IG Metall erneut auf, diese Bewegung durch ihre Teilnahme zu unterstützen.“

Jugendtag der Postgewerkschaft vertritt Politik der Kampagne

Der 8. Jugendtag der Postgewerkschaft, der vom 20. – 21. 5. 1965 in Nürnberg tagte, hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Die Delegierten protestieren energisch dagegen, daß versucht wird, den Besitz von Atomwaffen auf andere Staaten auszuweiten. Sie verurteilen insbesondere alles, was geeignet erscheint, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Hierzu gehören auch Überlegungen, Atomminen entlang der Zonengrenze zu verlegen. Die Delegierten fordern alle demokratischen Kräfte auf, sich deshalb folgenden Forderungen anzuschließen:

1. Unterlassung sämtlicher Kernwaffenversuche in Ost und West
2. Einstellung der Produktion weiterer Atomwaffen
3. Aufgabe des geplanten MLF-Systems bzw. ALF
4. Eine allgemeine und vollständige Abrüstung
5. Die Schaffung kontrollierter entspannter Zonen, frei von atomaren und konventionellen Waffen.

Der DGB hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen beteiligt. Die Delegierten sehen in der „Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung“ eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes.

ED 748-24-55

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
-- Hessischer Ausschuß --

605 Offenbach 4, 27. Juli 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

28.7.65

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses und die Örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

wie bereits angekündigt, findet die nächste gemeinsame Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen am

Dienstag, 3. August 1965, 18,30 Uhr
im Haus der Jugend, Frankfurt, statt.

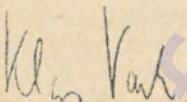
Wir laden Sie hiermit zu dieser Sitzung ein.

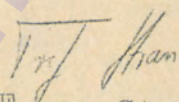
Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Stand der Aktion Volkssarg
2. Vietnam-Aktionen
3. Arbeit mit dem Sofortprogramm
4. Seminar 21./22.8.1965
5. Weitere Planungen
6. Verschiedenes

Bedenken Sie bitte, daß sehr viele unserer Freunde, die sonst an den Sitzungen teilnehmen, in Urlaub sind. Bedenken Sie auch, daß es dennoch wichtig ist, unsere weitere Arbeit aktiv vorzubereiten. Gerade die Zuspitzung der Situation in Vietnam erfordert vielleicht in kürzester Zeit neue Aktionen. Alle, die nicht gerade Ferien machen, sind deshalb recht herzlich gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen,


(Klaus Vack)


(Fritz Strass)

extrablatt



August / September 1965

Die Rüstungspolitik bedroht die Freiheit

Seltsame und gefährliche Veränderungen werden sichtbar / Notstandsgesetze, Atomwaffenpläne und Ausweitung der Rüstung untergraben die Demokratie

Im deutschen Bundestag wurden von 12 vorbereiteten Notstandsgesetzen 7 verabschiedet. Wissen alle Bewohner dieses Landes, was der Inhalt dieser Gesetze ist? Wissen sie, welchen Zweck diese Gesetze haben? In der Bundesrepublik spricht man immer häufiger vom „Verteidigungsfall“. Wissen alle Bewohner dieses Landes, begreifen alle, die es angeht, daß der „Verteidigungsfall“ in Wirklichkeit Krieg heißt? Die deutsche Bundesregierung fordert un-aufhörlich eine deutsche Mitverfügung über Atomwaffen. Ist es jedermann bekannt, daß durch die Ausweitung der Verfügung über Atomwaffen jeder Konflikt zur Auslösung eines Atomkrieges auf unserem Boden führen kann? Weiß ein jeder, was das heißt?

Die Wende in der Entwicklung der zweiten deutschen Republik ist erreicht. Unser Zug, mit dem wir bis hierher, freiwillig oder un-freiwillig gereist sind, steht unter Dampf. Auf einem letzten, noch hinlänglich bekannten Bahnhof. Wenn er, nach dem bisher benutzten Fahrplan, weiterfährt, dann Gnade uns Gott! Was uns dann erwartet, ist absehbar. Der Fahrplan der Regierung dieser Republik hieß in den vergangenen 15 Jahren von Station zu Station: Rüsten. Denn im Osten, so hieß es, da steht der Feind. Der Todfeind schlechthin. Dieser „Osten“ beginnt bereits jenseits der Werra. Wie kamen sowjetische Truppen dorthin? Nicht nachdenken — rüsten!

Wer marschierte einst nach Rußland? Nicht nachdenken — rüsten! Zur Verteidigung! Zur Erhaltung von Freiheit und Demokratie. So hörten wir es. Immer wieder. 15 Jahre lang. Und nun sind wir gerüstet. Bis an die Zähne. Immer noch nicht genug? Haben wir jetzt einen stabilen Frieden? Haben wir ausreichende Sicherheit? Konkrete Fragen. Und die Antwort? Der Frieden, den wir jetzt noch haben, reicht bis übermorgen. Vielleicht. Und die Unsicherheit ist größer als je. Keiner weiß, was morgen passieren kann. Aber fast alle fürchten sich davor, daß morgen etwas Un-widerrufliches passieren könnte. Ist es nicht so?

Statt Frieden und Sicherheit zu garantieren, wendet sich diese Rüstung jetzt gegen uns selber. Die Rüstung beginnt die Freiheit und die Demokratie, die wir kaum hatten, bereits wieder aufzufressen. Die Rüstungspolitik kreiße und gebar: Notstandsgesetze, Notstandsgesetze — gegen das Volk. Gegen uns. Das haut hin. Notstandsgesetze — was macht man damit? Die Regierung kann mit diesen Gesetzen verfügen: Über unsere Arbeitskraft. Über unser Einkommen. Über unseren Besitz. Über unsere Zeit. Über unsere Bewegungsfreiheit. Hatten wir das nicht schon einmal in Deutschland?

Aus dem, was man bisher Verteidigung nannte, wird langsam, aber sicher, gewollt oder nicht gewollt, etwas ganz anderes. Nämlich: umfassende Vorbereitung auf einen Krieg. Haben Sie das auch gewollt?

Dies ist die Wende in der Entwicklung der zweiten deutschen Republik. Der Drücker,

Robert Kennedy:

Die US-Regierung sollte sich endlich intensiver um ein internationales Abkommen gegen die Verbreitung von Kernwaffen bemühen. Wir sollten über eine wirkliche Alternative zu der umstrittenen Multilateralen Atomstreitmacht der NATO (MLF) nachdenken, weil die Sowjetunion grundsätzlich jede Beteiligung an einem Abkommen gegen die Verbreitung von Kernwaffen ablehnt, solange die US-Regierung MLF-Pläne betreibt. Wir müssen auch die Bildung kernwaffenfreier Zonen erkunden.

dessen Bedienung einen dritten und für uns allerdings letzten Krieg auslösen wird, ist sichtbar geworden.

Niemand kann noch einmal sagen: Ich habe das nicht gewollt. Niemand wird sagen dürfen: Ich habe nicht gewußt, wo das hinführt. Heute und jetzt geschieht das. Vor aller Augen.

Genau hinsehen! Präzise nachdenken! Und dann? Dann hilft nur eines: Gemeinsam dagegen handeln.

Denn: Der Rüstungswettlauf kann aufgehalten werden. Von uns. Die Notstandsgesetzgebung und -ausführung kann aufgehalten werden. Von uns. Der Frieden und die Demokratie können gerettet werden. Von uns. Von uns — wenn alle, die es betrifft, begreifen, daß man seine eigene Sache in die eigenen Hände nehmen muß.

In diesem Blatt lesen Sie über ein Sofortprogramm. In Genf haben die Abrüstungsverhandlungen wieder begonnen. Die Notstandsgesetze sind noch in der Schublade. Da sind also noch genügend Möglichkeiten zum Handeln. Um eurer selbst willen: Mitbürger — wacht auf!



Verdunklungsübung

Frankfurter Rundschau

Sie stimmten dagegen

Ihnen gebührt Lob und Dank

Außer dem hessischen FDP-Abgeordneten Dr. Oswald Kohut haben auch 12 Abgeordnete der SPD im Bundestag gegen die Notstandsgesetze gestimmt. Das sind ihre Namen: Alma Kettig, Witten (Ruhr); Helene Wessel, Bonn; Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel; Prof. Dr. Karl Bechert, Gau-Algesheim; Eberhard Brünen, Duisburg-Meiderich; Wilhelm Dröschner, Kirn (Nahe); Walter Fallert, Schopfheim; Heinrich Junker, Bergneustadt; Josef Felder, Erlangen; Richard Kohlberger, Augsburg; Friedrich Kraus, Wuppertal-Barmen; Fritz Wilhelm Höraus, Eggenfelden (Bayern).

Die SPD-Abgeordnete Alma Kettig hat in einem Brief an die evangelische Zeitschrift „Stimme“ ihre Haltung erläutert. Sie schreibt darin u. a.:

In der SPD-Bundestagsfraktion haben einige Dutzend Abgeordnete wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie gegen alle Notstandsgesetze sind. Ich habe mich deshalb in der Woche vom

20. bis 26. Juni — leider vergeblich — darum bemüht, sie zu einer gemeinsamen öffentlichen Stellungnahme im Bundestag zu bewegen.

Es blieb uns, den Gegnern aller Notstandsgesetze, aus Gewissensgründen nichts anderes übrig, als in der Abstimmung zu bekunden, daß wir die derzeitige Haltung der Mehrheit in der Notstandsfrage ablehnen. Das haben wir in der Sitzung vom 30. 6. getan, als das Schutzbaugesetz und das Selbstschutzgesetz zur Abstimmung standen. 12 SPD-Abgeordnete haben gegen diese Gesetze gestimmt.

Für mich persönlich darf ich noch erklären, daß ich für den Bundestag, dem ich zwölf Jahre angehörte, nur deshalb nicht mehr kandidiere, weil ich die derzeitige Politik der SPD in der Notstandsfrage aus Gewissensgründen weder im Bundestag vertreten noch vor dem Volke rechtfertigen kann.

Ich bedauere zutiefst, daß meine Partei, für die wir unter Hitler so viel gewagt haben und die so mutig und überzeugungstreu gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, nicht in gleicher Einmütigkeit gegen alle Notstandsgesetze auftritt. Ein Sozialdemokrat muß mit der Zeit, aber er darf nie mit der Reaktion gehen. Ich halte noch immer für richtig, was Dr. Walter Menzel einst im Namen der ganzen Partei und Fraktion sagte: „Wir brauchen keine Notstandsgesetze!“ Mir ist die Wesensverwandtschaft zwischen dem Ermächtigungsgesetz und den Notstandsgesetzen vollkommen klar. Darum bin ich dagegen, darum habe ich dagegen gestimmt. Denn ich bemühe mich, aus der Geschichte meines Volkes etwas zu lernen.

Nicht vergessen

1. September

Berlin: Im Morgengrauen des 1. September 1939 überschritten deutsche Truppen die Grenze nach Polen. Über ihnen flogen Kampf- und Jagdflugzeuge. Der Führer erklärte, es gelte Danzig und den Korridor zurückzuholen. Am 8. Mai 1945 wurden 55 Millionen Tote gezählt. Die Hälfte davon Zivilbevölkerung. Viele Städte und Dörfer waren zerstört. Hunger herrschte. Die Überlebenden kämpften gegen Seuchen. Deutschland war kleiner geworden.

Hiroshima

Tokio: Am 6. August 1945 zerstörte eine vorher unbekannte Bombe die Stadt Hiroshima. Im Umkreis von 800 m um das Explosionszentrum überlebte niemand. 85 000 Tote wurden gezählt. Die Zahl der Fehlgeburten und der mißgestalteten Kinder ist heute noch hoch. Die Gesamtzahl der Hiroshima-Bombe schätzt man auf 250 000. Heute gehört die Hiroshima-Bombe zu den kleinen Bomben.

Vietnam

Saigon: Nach dem letzten Putsch steht General Cy, ein Bewunderer Hitlers, an der Spitze der südvietnamesischen Regierung. Er möchte mit Hilfe der bisher 75 000 US-Soldaten die Botmäßigkeit der Bevölkerung erzwingen, die überwiegend im Vietcong um die Befreiung Vietnams von fremder Herrschaft (Japan, Frankreich, USA) kämpft. Durch das militärische Eingreifen der Amerikaner, die die Erfüllung der Genfer Vereinbarungen verhinderten, droht hier ein neuer Weltkrieg auszubrechen, der leicht auf alle hochgerüsteten Spannungszentren der Welt übergreifen kann.

Deutschland?

Buenos Aires: In dem traditionell deutschfreundlichen Argentinien wurde die Errichtung eines deutschen Museums beschlossen. In ihm soll deutsche Geschichte und Kultur dargestellt werden, um diese anderen Völkern zu erhalten. Bei Ausweitung des Vietnamkonfliktes zu einem Weltkrieg wurde Deutschland bekanntlich auf Grund der hohen Konzentration von Atomwaffen auf seinem Gebiet beim ersten atomaren Schlagabtausch ausgelöscht, ehe noch eine Einigung der kämpfenden Parteien erreicht wurde.



Sie sind für deutsche Atomwaffenbeteiligung. Sie blockierten die Abrüstung. Sie schufen Notstandsgesetze. Die deutsche Bundesregierung ...

Wer soll das bezahlen?

Die Prognos AG Basel, Europäische Arbeitsgruppe für angewandte Wirtschaftsforschung, hat ausgerechnet, welche Kosten die Notstandsgesetze verursachen. Als mittlere Kostenschätzung für das gesamte Notstandspaket wird ein Betrag von jährlich 13,1 Milliarden genannt. D. h.: In 20 Jahren müßten nach dem heutigen Kostenstand etwa 260 Milliarden DM ausgegeben werden, um das Programm des Luftschutzes nach den vom Bundestag verabschiedeten Gesetzen durchzuführen.

Oberst Schmückle:

Pressereferent im Bundesverteidigungsministerium

Die Atomwaffen erreichen beim Angreifer wie beim Verteidiger weitgehend alles, was den Begriff der Nation ausmacht: die menschliche, die kulturelle, die wirtschaftliche Substanz ... Damit wird die bisherige Aufgabe des Soldaten, die Nation im Krieg zu schützen, un-erfüllbar ... Verzichtet man auf Wünschen und überprüft das Problem eines Waf-fenganges in Europa, dann wird die Wahr-scheinlichkeit gleich Null, die Atomwaffen von Ost und West nicht oder nur zaghaft ange-wendet zu sehen ... Unausweichlich steht man bei allen Überlegungen dieser Art am Ende vor dem Resultat, daß der Krieg in Europa mit einem allgemeinen, atomaren Schlagaus-tausch beginnt oder endet ... In einem sol-chen Krieg wird weniger nach militärischen Zielen als nach Planquadraten getötet, in Flammen gesetzt, radioaktiv verseucht, über-flutet ... Europa wird von der englischen Küste, vom Atlantik bis auf die Höhe Moskaus vernichtet. Restrußland und Nordamerika wer-den furchtbar getroffen sein ...

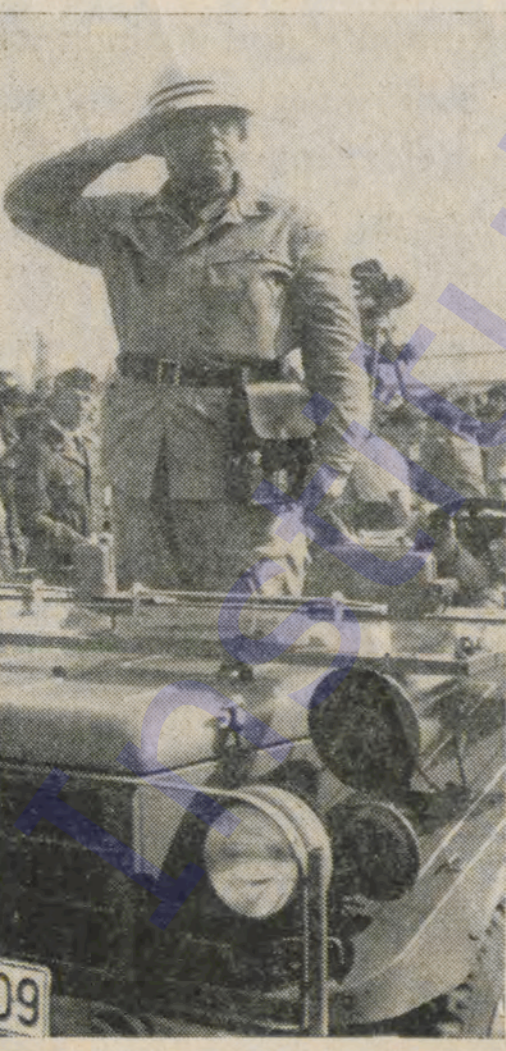
(Aus „Christ und Welt“, 2. Nov. 1962)



... und ihre Gespenster. Luftschutzdienstleute spielen Atomkrieg.



... Helme auf! — Die Freiheit war nur ein kurzer Traum. Das Zivilschutzkorps erfaßt — lt. soeben beschlossenem Notstandsgesetz — alle Bundesbürger zwischen 16 und 65 Jahren.



Wiederaufstandener deutscher Luftschutzwart. „Na — dann woll'n wir mal wieder ...“

Sofortprogramm für Sicherheit

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß eine weltweite konventionelle und atomare Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr einer Selbstvernichtung ganzer Nationen oder der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Dennoch wird der atomare und konventionelle Rüstungswettlauf fortgesetzt. Neue Mächte streben nach Atomwaffenbesitz, und in allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Prozentsatz des Volkseinkommens für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen. Die Steigerung der Rüstung und insbesondere die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Räumen erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme liegen. Zugleich versperren militärische Spannungszustände den Weg zu politischen Lösungen der bestehenden Konflikte. Diese Feststellung trifft heute nicht zuletzt für Mitteleuropa zu; hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann.

Abrüstung in Mitteleuropa

Angesichts dieser Situation wird, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung erhoben, zunächst in geographisch begrenzten Räumen ein System effektiver Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung zu schaffen, das keiner Seite einseitige militärische Vorteile gibt. Regionale Rüstungsbeschränkung, die militärisches Potential auf beiden Seiten gleichermaßen herabsetzt, kann auch Wege zur allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen. Pläne für eine Politik der regionalen Abrüstung in Mitteleuropa haben unter anderem die britischen Politiker Eden und Gaitskell, die amerikanischen Politiker Mansfield und Kennan und die polnischen Politiker Gomulka und Rapacki vorgelegt. Auch in der UdSSR, der DDR, der CSSR und in den Parteien der Bundesrepublik Deutschland sind wiederholt Konzepte für eine militärisch verdünnte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa entwickelt worden.

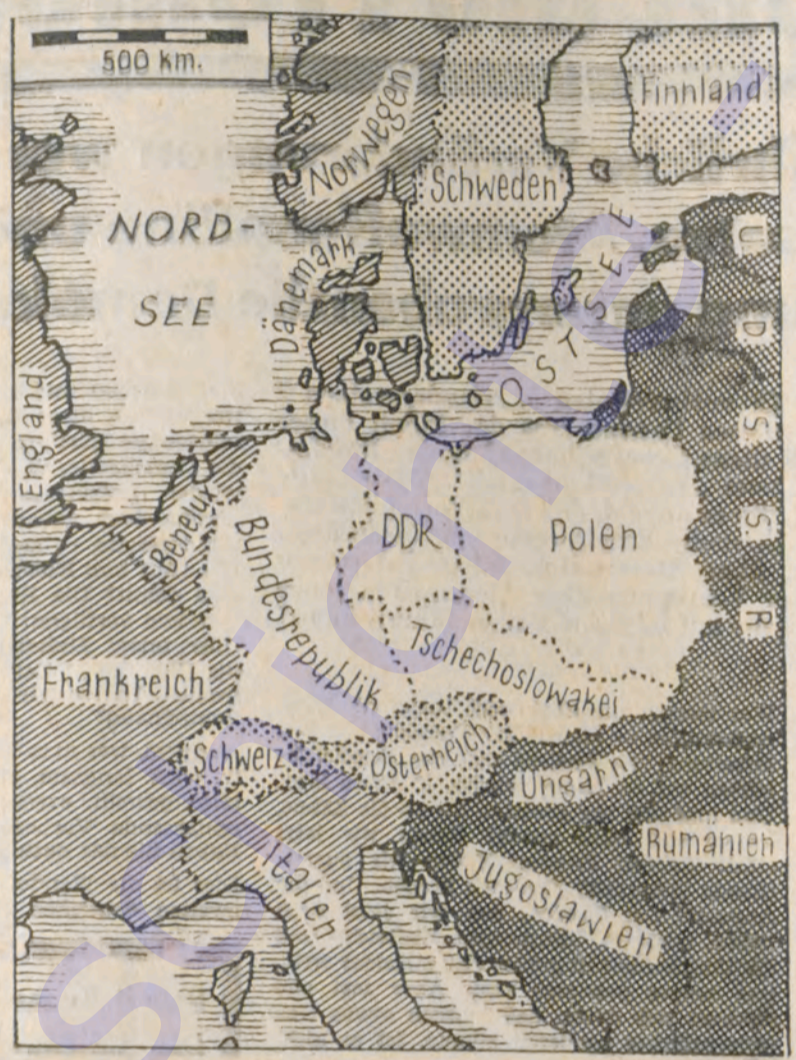
Die offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland hingegen hat solche Vorschläge bisher nicht einmal zum Gegenstand der Diskussion gemacht und in unverantwortlicher Weise jede Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Statt dessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Diese Politik hat nicht zur Sicherheit

für Deutschland geführt, sondern die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert.

Die Kampagne für Abrüstung fordert daher, daß Bundestag und Bundesregierung alle Möglichkeiten und Pläne für eine Politik wirklicher Sicherheit unverzüglich und ernsthaft prüfen und einen eigenen Beitrag hierzu leisten.

Nach dem Stand der internationalen Diskussion könnte über folgende Schritte Einigung erzielt werden, die die Kampagne für Abrüstung der Bundesregierung und dem Bundestag als Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit vorschlägt:

Mitteleuropa atomwaffenfrei



5. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft zum Verzicht auf jede Lagerung fremder Atomwaffen und zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone, sofern gleiche Schritte in der DDR, in Polen und in der CSSR erfolgen.

Die vertragliche Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa soll die Beschränkung und Verminderung konventioneller Rüstung einbeziehen. Ein wirksames System der Kontrolle und Inspektion muß Teil der Vereinbarung sein.

Die entsprechenden Verträge können in Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten im Rahmen eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt oder als Ergebnis einer europäischen Sicherheitskonferenz geschlossen werden.

Sicherheitskonferenz

6. Die Bundesregierung schlägt die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA und der UdSSR vor. Zur Vorbereitung dieser Konferenz unterbreitet sie einen eigenen Plan für ein europäisches Sicherheitssystem, dessen Beginn die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone sein soll. Der Bestand eines europäischen Sicherheitssystems kann durch internationale Garantien zusätzlich gesichert werden.

Beziehungen zu Osteuropa

7. Die Bundesregierung baut die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aus und fördert

den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit diesen Staaten, um die militärische und politische Entspannung voranzutreiben und das Kriegsrisiko zu mindern.

MITARBEIT AN DER STRATEGIE DES FRIEDENS

8. Die Bundesregierung unterstützt in der NATO und in anderen Institutionen der internationalen Politik alle Vorschläge, die auf eine Erweiterung des atomaren Teststoppabkommens, auf ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.

Ein Amt für Abrüstung

9. Das vom Bundestag beschlossene Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung wird instandgesetzt und beauftragt, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich zu bearbeiten. Das Abrüstungsamt soll die militärstrategischen Probleme der Abrüstung, die Möglichkeiten einer wirksamen Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen, die Möglichkeiten eines krisenfreien Überganges von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft und die sozialen Bedingungen der Abrüstung prüfen oder prüfen lassen.

Der Bundestag richtet einen Ausschuß für Fragen der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ein, der mit dem Abrüstungsamt zusammenarbeitet.

Stop der Rüstung auf beiden Seiten

1. Bundestag und Bundesregierung erklären den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen.

auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen und fremder Kernwaffenproduktion. Die Erklärung der Bereitschaft der DDR, Polens und der CSSR zu einem gleichartigen Verzicht liegt vor.

Solche Verzichtserklärungen können in völkerrechtlich bindender Form abgegeben werden, ohne das Problem der innerdeutschen staatsrechtlichen Anerkennung zu berühren.

Die Einhaltung dieses Verzichts kann durch Erklärungen der Bündnispartner, in die die genannten Länder einbezogen sind, zusätzlich garantiert werden.

2. Die Bundesregierung schlägt dem NATO-Rat vor, auf dem Territorium der Bundesrepublik

Kernwaffenbestände nicht zu vermehren, sofern durch den Rat der Warschauer-Pakt-Staaten für die DDR, Polen und die CSSR eine gleichartige Regelung erfolgt. Die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen ist durch die genannten Staaten des Warschauer Paktes erklärt worden.

Diese Regelung soll der erste Schritt zu stufenweisen Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sein.

3. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft,

das Rüstungsbudget nicht mehr zu steigern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR eine gleiche Regelung erfolgt. Die genannten Staaten des Warschauer Paktes haben ihre Bereitschaft zu entsprechenden Verhandlungen erklärt.

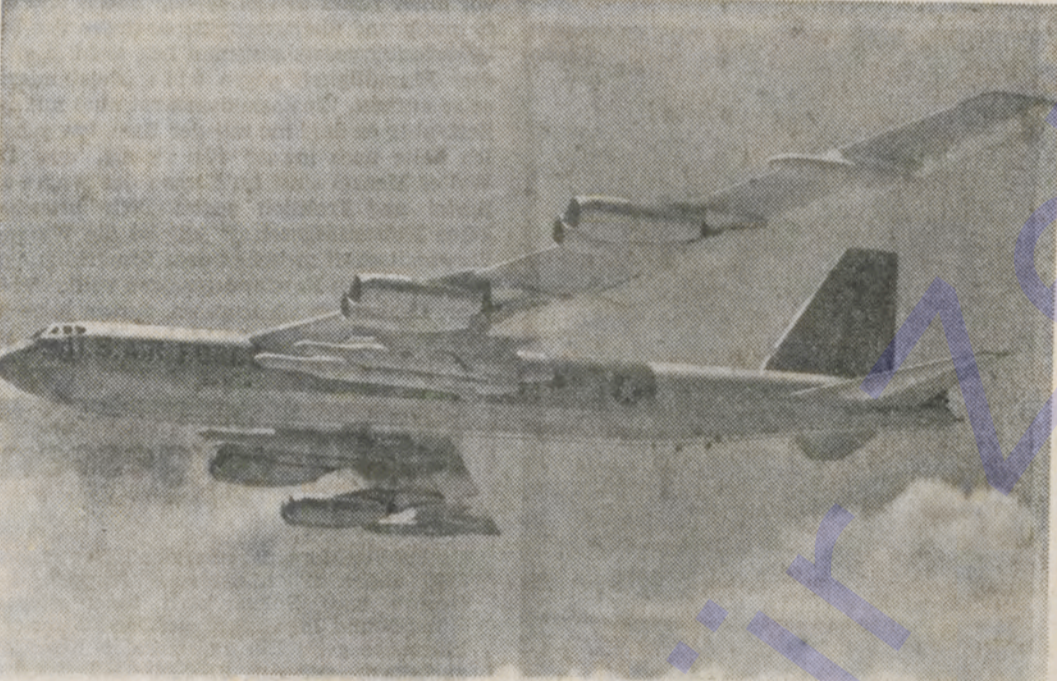
Soweit es um die Rüstungsetats der Bundesrepublik und der DDR geht, können die Voraussetzungen einer solchen Vereinbarung durch gemeinsame technische Kommissionen nach dem Vorbild der Passierscheinverhandlungen geklärt werden.

Verringerung der Rüstung

4. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft,

das Rüstungsbudget stufenweise zu verringern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR gleichartige Beschlüsse gefaßt werden, die auf beiden Seiten zu einer insgesamt gleichen Quote der Rüstungseinschränkung in Mitteleuropa führen.

Diese Regelung kann im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt oder durch gleichzeitige Erklärungen der einzelnen Staaten erfolgen.



Am 16. Juli 1965 haben zwei betrunkene amerikanische Marineinfanteristen versucht, zwei mit Bomben beladene und vollgetankte Bomber der Luftwaffe zu stehlen, um auf eigene Faust Hanoi zu bombardieren. Sie wurden in den Cockpits der Maschinen entdeckt, als sie dabei waren, die Triebwerke in Gang zu bringen. Auch der Atomkrieg aus Zufall bleibt unser Nachbar, solange nicht abgerüstet wird.

Dieses Programm stellt eine Alternative zur bisherigen Politik der Bundesrepublik dar. Wird diese Alternative realisiert, so gewinnt Deutschland an Sicherheit. Die Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet.

Die Kampagne für Abrüstung wendet sich an die Parteien, an die Kirchen, Gewerkschaften und alle Mitbürger und fordert auf, dieses Sofortprogramm zum Gegenstand der Diskussion und zum Inhalt politischer Aktionen zu machen und nichts unversucht zu lassen, eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung in unserem Land durchzusetzen.

Demonstrieren auf offener Straße für Abrüstung in Ost und West und für eine neue, endlich vernünftige, menschliche Politik — das ist wichtig, daran besteht kein Zweifel. Desgleichen, daran besteht kein Zweifel, werden gegen: Öffentlich den Gehorsam verweigern gegenüber Hitlers Generalen, die heute schon wieder Massenvernichtung ausdenken dürfen, ohne damit sofort vor ein ordentliches Gericht zu kommen, — das ist wichtig, daran besteht kein Zweifel. Aber beides geht, und das ist unser Dilemma, noch nicht an die Basis. Machen wir uns nichts vor: An die Basis kommt man verändernd nur heran mit Hilfe von veränderungsbereiten Massen, geführt von einer durchdachten Konzeption, durchdacht an Hand genauer Kenntnis der jetzt hier herrschenden materiellen Realitäten. Und wer von uns will leugnen, daß vorläufig ganz und gar die Massen fehlen, die eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung für richtig und wichtig und schließlich für machbar halten? Mit Asozialen, mit erschöpften, zynischen, schlecht beratenden Leuten kann jederzeit SA-Rotten bzw. Zivilschutz-Freikorps aufgestellt; aber eine vernünftig wirksame, also eine fortschrittliche politische Organisation braucht viele Leute mit klarem Kopf.

Können wir dennoch jetzt etwas tun?

1. Durchschauen lernen, wie in unserem Lande der Mechanismus der Verwüstung funktioniert. Was falsch ist, das muß erst einmal genau durchschaut werden, bevor Richtiges gemacht werden kann. Handeln ist zwar manchmal leichter als Nachdenken, aber wir dürfen es uns nicht leicht machen. Das würde nur denen nützen, die uns einschüchtern wollen.
2. Was wir jeweils gelernt haben, das sollten wir, so gründlich und so genau organisiert wie möglich, weitergeben; also nach draußen hin den gleichgültigen, zynischen, getriebenen Leuten mitteilen, wer und was sie treibt und gleichgültig und zynisch macht. Um diese Mitteilung von Mal zu Mal wirksam machen zu können, sollten
3. alle, die ein vernünftiges, das heißt ein unbedingt friedliches politisches Ziel haben, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in aller Öffentlichkeit gemeinsam politisch organisieren. Und wenn man uns zehnmal am Tag Kommunisten nennt, weil wir unbedingt eine Politik der Verständigung und des Friedens von den Mächtigen fordern — diese Forderung soll uns niemand ausreden dürfen, denn das ist eine Forderung von Leuten, die Lust haben auf ein langes, freundliches Leben. Und diese Lust ist heute hier bei uns selten genug. Sie muß also hartnäckig gegen alle Diffamierungsversuche verteidigt werden.
4. Alle legalen Möglichkeiten des Widerstandes gegen Gewalt und Dummheit feststellen, bekanntmachen und organisiert anwenden lernen. Flugblatt, Demonstration, Streik — was immer jeweils jetzt angemessen und machbar ist. Wir haben nicht mehr viel Zeit.
5. Schließlich: Nicht den Mut verlieren. Wir müssen einen, wie mir scheint, geradezu altmodischen Mut festhalten in unserem Kopf, ich meine den Mut, der von jeher dem Menschen gesagt hat, daß die dummen, schlechten Zeiten ja nicht bleiben müssen, solange lebendige Leute auf dieser Erde herumlaufen.

Die Kampagne für Abrüstung erhält keine Zuwendungen vom Staat oder einseitigen Interessengruppen. Sie finanziert ihre Arbeit durch die Spenden vieler einzelner. Das Konto lautet: Kampagne für Abrüstung — Zentraler Ausschuß, PSK Frankfurt/Main 62 55.

SENATOR FULBRIGHT:
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Senat
Ähnlich wie 1914 vor dem Ersten Weltkrieg, scheint den Großmächten immer mehr die Kontrolle über die politische Entwicklung zu entgleiten. Damit wird die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschworen.

JOHN F. KENNEDY:
Entweder werden wir die Kernwaffen vernichten oder sie werden uns vernichten!

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung — Abrüstung — Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben — sie erscheinen monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder benutzen Sie den folgenden Bestellschein:

Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach/Main, Postfach 648

Senden Sie mir regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 8,— DM für ein Jahr überweise ich auf das Postscheckkonto:

Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, 6255 PSA Frankfurt

Vorname: _____ Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 19.7.65
in Offenbach

27. 7. 65

Anwesend: Vack, Halberstadt, Strass

es fehlte: Fritz Amann

Tagesordnung:

- 1) Aktion Volkssarg
- 2) Auktion für Abrüstung
- 3) Vietnam-Woche
- 4) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Diese Aktion hatte einen unerwartet guten Erfolg. In fast allen örtlichen Zeitungen sind Berichte über die Ausstellungen in Oberursel, Hanau und Offenbach erschienen. Mit Reportagen kann u.U. in einigen Wochenzeitschriften gerechnet werden. Ein Bericht soll in der IZA erscheinen.

Es hat sich herausgestellt, daß durch diese Aktion die Bevölkerung für eine Aufklärungsarbeit zu den Notstandsgesetzen sehr interessiert ist. Nach diesen Erfolgen soll versucht werden, die Aktion Volkssarg noch in Darmstadt, Mainz, Kassel und Marburg durchzuführen.

Zu Punkt 2 der TO

Von der Verwaltung der Zoogesellschaft liegt eine Absage vor. Wir wurden an den Pächter des Zoogesellschaftshauses weiter verwiesen. Es soll nun geprüft werden, ob darüber hinaus die Räume des Kabarets "Die Maininger", das Karmeliterkloster, der Gemeindesaal der St.-Pauls-Gemeinde oder die Stolze-Schule in Frankfurt in Frage kommen. Dr. Hiepe soll informiert werden, daß die Auktion für Abrüstung Ende November stattfindet und gebeten werden, die Zusammenstellung zu vervollständigen.

Zu Punkt 3 der TO

1.9. Die Kundgebung in der Paulskirche soll 18.30 Uhr beginnen. Als Redner sollen Dr. Klönne, der zur Entwicklung des Nachkriegsdeutschland, zur heutigen Situation und dem Sofortprogramm der Kampagne sprechen wird, und Hochhuth, der sich mit dem Vietnam-Problem beschäftigen soll.

Die anschließende Demonstration wird ohne Fackeln, jedoch mit Umhängeschildern und Transparenten stattfinden. Dabei können weitgehend die Slogans verwendet werden, die der Zentrale Ausschuß bereits früher empfohlen hat. Außerdem wird erwogen, noch einige aktuelle Slogans nach Genehmigung durch den ZA mit aufzunehmen.

Während der Demonstration sollen Flugblätter verteilt werden. Heiner Halberstadt wird eine Liste prominenter frankfurter Bürger zusammenstellen, die sich an der Spitze des Demonstrationszuges beteiligen sollen.

Als Marschstrecke käme der Demonstrationsweg vom 15. Juni in Frage

2.9. Vietnam-Filme: Dazu soll Kontakt mit Herrn Stettner von der Landesfilmstelle aufgenommen werden. Als Ort käme das "Theater am Turm" in Frage.

3.9. Podiumsdiskussion: In einem Schreiben an das Generalkonsulat werden wir uns nochmals um einen amerikanischen Teilnehmer bemühen. Anderenfalls wenden wir uns direkt an in der Bundesrepublik akkreditierte amerikanische Journalisten.

Heiner Halberstadt wird sich mit einer römischen Journalistin, die Augenzeuge des Krieges in Vietnam gewesen ist, in Verbindung setzen.

Von Stern und Konkret kann uns kein Bildmaterial für die geplante Ausstellung zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns daher direkt an Presseagenturen wenden.

Zu Punkt 4 der TO

Um Fragen einer Intensivierung der Arbeit der Kampagne in Ffm. zu besprechen, soll demnächst eine Sitzung stattfinden, an der der Arbeitsausschuß, Herbert Faller, Rudolf Farr, Odina Bott und Hermann Sittner teilnehmen sollen.

605 Offenbach, den 22.7.65
Buchrainweg 161

Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 22. Juli 1965
Postfach 648 Buchrainweg 161

ED 718-24-57

23. 7. 65

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses sowie die Örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

wohl zum ersten Mal - seitdem wir in der Kampagne für Abrüstung zusammenarbeiten - ist es gelungen, daß unsere politische Arbeit während der Sommer- und Ferienzeit nicht völlig erlahmte. Bis in diese Tage zeigt sich vielerorts eine lebhafte Aktivität und auch die gemeinsamen Sitzungen des HA mit den Örtlichen Ausschüssen in den Monaten Juni und Juli waren gut besucht.

Beigetragen zu dieser Aktivität haben bestimmt die Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung, insbesondere

die "Aktion Volkssarg".

Mit dem beigefügten Bundessargbevorratungsgesetz hat der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung einen Vorschlag zur Ergänzung der Notstandsgesetzgebung unterbreitet, um damit allen Konsequenzen des Verteidigungsfalles gerecht zu werden. Die "Aktion Volkssarg" wurde bereits sehr erfolgreich in Oberursel, Hanau, Offenbach und Frankfurt veranstaltet und ist auch noch in weiteren Städten geplant. Die Verteilung der Volkssargflugblätter und die anschließende öffentliche Ausstellung von Volkssärgen kann von einem kleinen Arbeitsteam gemacht werden. Volkssärge und Flugblätter sind nach wie vor vorhanden und Örtliche Ausschüsse, die sich jetzt noch für diese Aktion entschließen, werden gebeten, mit der Geschäftsstelle des HA Kontakt aufzunehmen.

Das Sofortprogramm der Kampagne

für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung, das nun vorliegt, richtet sich an Bundestag und Bundesregierung. Es versteht sich, daß es nicht darum gehen kann, jener Adresse unser Sofortprogramm zuzustellen und dann die Hände in den Schoß zu legen, - das Programm ist als Mittel der politischen Aufklärung gedacht, als ein Anknüpfungspunkt für Debatten. Es soll klarmachen, wie eine andere, eine bessere Politik aussehen könnte und aussehen müßte, - wenn Bundesregierung und Bundestag jenes Minimum an Realitätssinn aufbringen würden, das zur Politik im Atomzeitalter gehört.

Praktisch bedeutet das für uns: wir müssen nicht nur die jetzigen Bundestagsabgeordneten und die neuen Kandidaten für den Bundestag mit den Argumenten des Programms vertraut machen und sie auf ihre Meinung hin befragen, sondern wir müssen mit dem Sofortprogramm auch in anderen Organisationen, Gewerkschaftsversammlungen, Veranstaltungen der Volksbildung, kirchlichen Zusammenkünften, mit Jugendgruppen, bei allgemeinen politischen Veranstaltungen und auch in unseren eigenen Reihen arbeiten. Es geht darum, an möglichst vielen Stellen deutlich zu machen: es gibt eine Alternative zur jetzigen Politik katastrophaler Unsicherheit! Wir werden mit dem Sofortprogramm auch nach den Bundestagswahlen arbeiten. Es wird dann eine Broschüre erscheinen, die noch Erläuterungen und Dokumente zu den einzelnen Punkten des Programms bringt. Jetzt

sollten wir aber zunächst die Möglichkeiten des Bundestagswahlkampfes nutzen und die Aktionen zum 6. August und 1. September, um für die Auffassungen, die die Kampagne im Sofortprogramm vertritt, zu werben. Soweit wir in Wahlversammlungen oder öffentlichen Foren als Vertreter der Kampagne auftreten muß die parteipolitische Neutralität der Kampagne gewahrt werden. Wir haben ja bereits mehrfach festgestellt, daß alle Parteien heute innere Differenzen aufweisen und daß somit in allen Parteien Befürworter und Gegner der Ziele der Kampagne - besonders der Forderungen im Sofortprogramm - vorhanden sind. Dieser Differenzierungsprozess soll durch die Arbeit der Kampagne vor und nach den Bundestagswahlen vorangetrieben werden. Wir werden uns also als Kampagne parteipolitisch völlig neutral verhalten und keine Werbung für bestimmte Parteien oder Kandidaten betreiben.

Zum 6. August und 1. September

wird vom Zentralen Ausschuß ein Zeitungsflugblatt zur Verfügung gestellt, das am 2./3. August 1965 an die Örtlichen Ausschüsse ausgeliefert wird. Das Zeitungsflugblatt nimmt auf der ersten Seite Stellung zu Luftschutz- und Notstandsgesetzen sowie den Atomwaffenplänen der Bundesregierung, zu Hiroshima, dem 1. September und zu Vietnam und zwar in Bild und Schrift. Auf der zweiten Seite wird das Sofortprogramm abgedruckt.

Nach den bisherigen Erfahrungen haben wir eine Zusammenstellung gemacht, aus der hervorgeht, wie viel Exemplare wir den Örtlichen Ausschüssen zum Preis von DM 18.-- je 1000 Stück zur Verfügung stellen.

Soweit Mehr- oder Minderlieferungen bewünscht werden, bitten wir um Mitteilung bis spätestens 30.7.1965. Bei Mehrlieferung kosten 1000 Stück DM 28.--.

Das Zeitungsflugblatt ist geeignet zur Verteilung am 6. August (20 Jahre nach der Hiroshimabombe!), am 1. September, aber auch zur Verwendung vor den Bundestagswahlen und zu anderen Aktionen, für die evtl. ein örtlicher Anlaß vorliegt, in den Monaten August und September. Wir werden über die Zahl, die die einzelnen Örtlichen Ausschüsse abnehmen, hinaus eine Reserve von ca. 10 000 Zeitungsflugblättern in der Geschäftsstelle deponieren, sodaß Nachbestellungen berücksichtigt werden können.

Auf die Vietnam-Woche,

die vom 1. - 7. September 1965 in Frankfurt stattfindet und zu der Nebenaktionen in Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach, Hanau, Gießen, Marburg und Kassel geplant sind, möchten wir heute nur kurz hinweisen. Wir werden über die Vietnam-Woche bei der nächsten Sitzung beraten.

Ein Abrüstungsseminar

ist vom 21./22.8.1965 vorgesehen. Es ist wünschenswert, daß möglichst viele Mitglieder des HA und Vertreter aus den Örtlichen Ausschüssen an diesem Seminar teilnehmen. Bitte Termin vormerken.

Die nächste gemeinsame Sitzung

des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen findet am Dienstag, 3. August 1965, 18,30 Uhr in Frankfurt statt. Tagungsort

(das Haus der Jugend wird möglicherweise geschlossen sein) und Tagesordnung teilen wir Ihnen wenige Tage vor der Sitzung mit. Da gerade im August sehr viele Freunde in Urlaub sein werden, bitten wir die "Zurückgebliebenen" dringend, an dieser Sitzung - bei der die zukünftigen Aktivitäten der Kampagne beraten werden - teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Fritz Strass
(Fritz Strass)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der Hessische Ausschuß liefert an die Örtlichen Ausschüsse zu den Aktionen in den Monaten August und September folgende Zeitungsflugblätter zum Preis von DM 18.-- je 1000 Stück. Das Material wird spätestens am 2./3. August 1965 angeliefert.

	<u>Anzahl</u>		<u>Anzahl</u>
Aschaffenburg Kurt Orschler 875 Aschaffenburg Schlossgasse 16	1 000	Herborn Pfarrer Frey 6348 Herborn Fr.-v.-Stein-Str.1	500
Bad Hersfeld Wilfried Schubert 643 Bad Hersfeld Falkenblick 46	500	Hofheim Norbert Weiler 6231 Niederhofheim Gartenstr. 8	2 000
Bad Vilbel Heinz Hiller 6368 Bad Vilbel Am Hang 72	500	Kassel Heinz Geile 35 Kassel-Ha. Am Ziegenberg 5	5 000
Borken E. Augustin 3587 Borken Schwalmweg 2	1 000	Langen/Egelsbach Dieter Schober 6073 Egelsbach Mainzer Str. 47	1 000
Darmstadt Fritz Amann 61 Darmstadt Liebfrauenstr. 95	3 000	Mainz Robert Nonnenmacher 65 Mainz Bilhildistr. 15	3 000
Dieburg H. Heinicke 611 Dieburg Frankfurterstr. 77	1 500	Marburg Gerd Müller 355 Marburg An der Schanze 5	2 000
Frankfurt Hermann Sittner 6 Frankfurt Robert-Mayer-Str. 50	15 000	Mörfelden/Groß Gerau Rainer Haag 6082 Mörfelden Forsthausstr. 45	2 000
Friedberg Gerhard Herbert 6361 Rodheim Holzhäuserstr. 39	1 000	Neu Isenburg Klaus Münchschwander 6078 Neu Isenburg Waldstr. 119	1 000
Gelnhausen Hubert Förster 6461 Kassel Forsthaus Alteburg	1 000	Oberursel P.G. Hüsch 637 Oberursel Altkönigstr. 36	2 000
Gießen Matthias Beltz 63 Gießen Glaubrechtstr. 12	2 000	Offenbach Friedel Emmel 605 Offenbach Wilhelsplatz 17	3 000
Ginsheim Rudolf Rauch 6091 Ginsheim Rheinstr. 89	1 000	Pfungstadt Robert Weisbrod 6102 Pfungstadt Sandstr. 46	1 000
Hanau Karlheinz Goll 645 Hanau Schwedenstr. 2	3 000	Rüsselsheim Werner Welskop 609 Rüsselsheim Frankfurter Str. 2	2 500

	- 2 -		
	<u>Anzahl</u>	<u>Anzahl</u>	
Siegerland		Walldorf	
Adolf Grau		Norbert Winkler	
5905 Eiserfeld		6083 Walldorf	
Grabettstr. 60	2 000	E.-v.-Behring-Str. 18	500
Sprendlingen		Wetzlar	
Irmgard Löwe		W.P. Turczak	
6079 Sprendlingen	2 000	633 Wetzlar	
Kurt Schumacher Ring 22		Am Sturzkopf 10	500
Stockstadt		Wiesbaden	
Lothar Engelhardt		Gerhard Dobra	
6081 Stockstadt		62 Wiesbaden	
Bahnstr. 29	500	Wilhelmstr. 8	1 500

Sollten die oben angegebenen Zahlen teilweise zu viel oder zu wenig sein oder sollte es notwendig sein, sie an eine andere Adresse zu liefern, bitten wir um Mitteilung an die Geschäftsstelle bis spätestens 30.7.1965.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-24-58a

Wir gehen finsternen Zeiten entgegen!



Der Bundestag hat noch in dieser Legislaturperiode einen Teil der sogenannten einfachen Notstandsgesetze durchgepeitscht. Ohne ernsthafte Aussprache wurden verabschiedet: das Zivilschutzkorps, das Selbstschutz- und das Schutzbaugesetz sowie die Sicherstellungsgesetze für Wasser, Ernährung, Verkehr und Wirtschaft. Von nun an ist jede Familie gesetzlich verpflichtet,

Verdunkelungseinrichtungen an ihren Wohnungen anzubringen, Dachböden und Lagerräume zu entrümpeln, Feuerpatschen und Sandsäcke bereit zu stellen, Lebensmittelvorräte anzuschaffen.

In sämtlichen Neubauten müssen Luftschutzkeller eingebaut werden. Die Kosten haben die Bauherren zu tragen. Sie werden diese mit Sicherheit auf die Mieter abwälzen.

Für etwa 9,6 Milliarden Mark pro Jahr werden in Zukunft Bunker gebaut – Bunker, welche nach übereinstimmender Ansicht bekannter Wissenschaftler in einem dritten Weltkrieg nur verschwindend geringen Schutz gewähren.

Der Deutsche Bundestag hat sich in verantwortungsloser Weise über das Urteil der Fachleute hinweggesetzt und ein Bündel sinnloser Gesetze beschlossen. Wäre es zur Aussprache gekommen, dann hätten die meisten Bundestagsabgeordneten ihren mangelnden Sachverstand vor aller Öffentlichkeit dokumentieren müssen.

Die Bunker, Feuerpatschen, Verdunklungsrollen und Sandsäcke werden uns im Krieg kaum Schutz gewähren. Dafür gibt es andere „Zukunftsaussichten“:

- Ein System von Haus- und Blockwarten wird aufgebaut;**
- Wir können zu Luftschutzübungen und „Ausbildungsveranstaltungen“ verpflichtet werden;**
- Ein Heer von Kontrolleuren wird darüber wachen, daß wir uns auch „ordentlich“ auf das Massensterben vorbereiten.**

Warum wohl hat der Bundestag solche Gesetze beschlossen?

- Durch den Luftschutz soll der Eindruck erweckt werden, in einem modernen Krieg sei der Schutz der Bevölkerung noch möglich. Wer einer solchen Illusion verfällt, wird auch weiterhin bereit sein, den Krieg als ein mögliches Mittel der Politik anzuerkennen. Er wird weiterhin dem Versuch zustimmen, politische Probleme durch Auf- und Wetrüsten zu lösen. Er wird nicht auf stabile Friedenssicherung durch Abrüstung drängen.
- Durch den Luftschutz und sein Organisations- und Erfassungssystem

Institut für Friedensforschung

Archiv

Wir gehen finsternen Zeiten entgegen!

9. 7. 65



Der Bundestag hat noch in dieser Legislaturperiode einen Teil der sogenannten einfachen Notstandsgesetze durchgepeitscht. Ohne ernsthafte Aussprache wurden verabschiedet: das Zivilschutzkorps, das Selbstschutz- und das Schutzbaugesetz sowie die Sicherstellungsgesetze für Wasser, Ernährung, Verkehr und Wirtschaft. Von nun an ist jede Familie gesetzlich verpflichtet,

**Verdunkelungseinrichtungen an ihren Wohnungen anzubringen,
Dachböden und Lagerräume zu entrümpeln,
Feuerpatschen und Sandsäcke bereit zu stellen,
Lebensmittelvorräte anzuschaffen.**

In sämtlichen Neubauten müssen Luftschutzkeller eingebaut werden. Die Kosten haben die Bauherren zu tragen. Sie werden diese mit Sicherheit auf die Mieter abwälzen.

Für etwa 9,6 Milliarden Mark pro Jahr werden in Zukunft Bunker gebaut – Bunker, welche nach übereinstimmender Ansicht bekannter Wissenschaftler in einem dritten Weltkrieg nur verschwindend geringen Schutz gewähren.

Der Deutsche Bundestag hat sich in verantwortungsloser Weise über das Urteil der Fachleute hinweggesetzt und ein Bündel sinnloser Gesetze beschlossen. Wäre es zur Aussprache gekommen, dann hätten die meisten Bundestagsabgeordneten ihren mangelnden Sachverstand vor aller Öffentlichkeit dokumentieren müssen.

Die Bunker, Feuerpatschen, Verdunklungsrollen und Sandsäcke werden uns im Krieg kaum Schutz gewähren. Dafür gibt es andere „Zukunftsaussichten“:

**Ein System von Haus- und Blockwarten wird aufgebaut;
Wir können zu Luftschutzübungen und „Ausbildungsveranstaltungen“ verpflichtet werden;**

Ein Heer von Kontrolleuren wird darüber wachen, daß wir uns auch „ordentlich“ auf das Massensterben vorbereiten.

Warum wohl hat der Bundestag solche Gesetze beschlossen?

- Durch den Luftschutz soll der Eindruck erweckt werden, in einem modernen Krieg sei der Schutz der Bevölkerung noch möglich. Wer einer solchen Illusion verfällt, wird auch weiterhin bereit sein, den Krieg als ein mögliches Mittel der Politik anzuerkennen. Er wird weiterhin dem Versuch zustimmen, politische Probleme durch Auf- und Wetrüsten zu lösen. Er wird nicht auf stabile Friedenssicherung durch Abrüstung drängen.
- Durch den Luftschutz und sein Organisations- und Erfassungssystem kann die Bevölkerung schon in Friedenszeiten bis in die kleinste Einheit erfaßt und organisiert werden. Wir geben zu, daß die totale Erfassung der Bevölkerung für den totalen Krieg notwendig ist. Doch gerade den totalen Krieg gilt es zu verhindern.
- Ein Letztes sollten wir nicht vergessen: Für einige wird der Bunkerbau ein glänzendes Geschäft werden.

Die geringe Schutzwirkung der Luftschutzmaßnahmen wird gewöhnlich durch das Argument verschleiert „wenn nur einige Menschenleben gerettet werden, lohnen sich alle Anstrengungen“. Das ist scheinbar sehr menschlich gedacht – doch nur scheinbar: es geht nicht um die Rettung weniger in einem Atomkrieg, sondern um die Verhinderung des Atomkrieges.

Wir möchten Sie warnen!

Es ist erst ein Teil der Notstandsgesetzgebung beschlossen. Die „ganz dicken Brocken“ wird man uns nach der Bundestagswahl servieren. Das deutsche Volk und sein Bundestag sind dabei, sich von einer Gruppe uneinsichtiger Politiker und einer ewig gestrigen Bürokratie hinters Licht führen zu lassen. Mit dem Vorwand, die Demokratie zu verteidigen, wird die Demokratie per Notstandsgesetzgebung abgebaut.

Wir setzen auf Sie, Ihre Vernunft und Ihre Zivilcourage. Hoffentlich nicht umsonst.

Wir werden zusammen mit allen Einsichtigen entschieden gegen die schleichende Notstandsdictatur vorgehen und unser Mögliches tun.

Unsere Anstrengung wird erfolgreich sein, wenn Sie uns unterstützen.

Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um unsere Bemühungen nach Sicherheit durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen, dann wenden Sie sich an die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

Mitbürger! Sagen Sie nicht, das Bundessargbevorratungsgesetz sei zu weitgehend und würde dem Ernst der Lage nicht entsprechen. Nehmen Sie zur Kenntnis, was man von kompetenter Seite über die Auswirkungen eines Atomkrieges in Mitteleuropa sagt.

★

Im ersten Weltkrieg starben fast 10 Millionen Menschen; 9,3 Millionen fielen als Soldaten, 500 000 verloren als Zivilisten ihr Leben. Der zweite Weltkrieg forderte 55 Millionen Tote. Jeder zweite war Soldat. Im Koreakrieg wurden 9,2 Millionen Menschen getötet, 16 Prozent waren Soldaten. 84 Prozent der Getöteten waren Zivilisten. Kernwaffen wurden in Korea nicht eingesetzt.

Aus: Denkschrift des Verbandes Deutscher Wissenschaftler, herausgegeben von C. F. von Weizsäcker, Otto Hahn u. a.

★

Die Atomwaffen erreichen beim Angreifer wie beim Verteidiger weitgehend alles, was den Begriff der Nation ausmacht: die menschliche, die kulturelle, die wirtschaftliche Substanz... Damit wird die bisherige Aufgabe des Soldaten, die Nation im Krieg zu schützen, unerfüllbar... Verzichtet man auf Wunschdenken und überprüft das Problem eines Waffenganges in Europa, dann wird die Wahrscheinlichkeit gleich Null, die Atomwaffen von Ost und West nicht oder nur zaghaft angewendet zu sehen... Unausweichlich steht man bei allen Überlegungen dieser Art am Ende vor dem Resultat, daß der Krieg in Europa mit einem allgemeinen atomaren Schlagaustausch beginnt oder endet... In einem solchen Kriege wird weniger nach militärischen Zielen als nach Planquadraten getötet, in Flammen gesetzt, radioaktiv verseucht, überflutet... Europa wird von der englischen Küste vom Atlantik bis auf die Höhe Moskaus vernichtet, Restrußland und Nordamerika werden furchtbar getroffen sein...

Oberst Schmückler, Pressereferent im Verteidigungsministerium in „Christ und Welt“, 2. November 1962

★

Ein Krieg in Mitteleuropa wird voraussichtlich 80 Prozent der Zivilbevölkerung das Leben kosten.

Bericht vom NATO-Manöver „Fallex“, 1962

★

Selbst wenn aber der Westen die Beweglichkeit seiner Verbände erzwingen würde (was eine Reform in der NATO voraussetzt) und sich ein klassischer Sieg abzeichnete, bedeutete die militärische Auseinandersetzung in Mitteleuropa dennoch die totale Zerstörung für Deutschland. Schon der herkömmliche Kampf vernichtet alles.

Adalbert Weinstein, Militärexperte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der FAZ, 23. März 1962



Wünschen Sie genauere Auskunft, was Sie unternehmen können, um den „Ernstfall“ zu verhindern, dann wenden Sie sich an die **Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.**

Verantwortlich für den Inhalt und Herausgeber: Egon Becker, Frankfurt am Main

Bundessargbevorratungsamt – Abt. Öffentlichkeitsarbeit –

ED 718-2420



Mitbürger!

Seiner hohen Verantwortung für das ganze Volk bewußt, hat der Deutsche Bundestag noch in dieser Legislaturperiode einen Teil der Notstandsgesetzgebung beschlossen. Hiermit sind wesentliche Gesetze geschaffen, um die Bundesrepublik auf den Kriegsfall vorzubereiten.

Die Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes und die Glaubhaftigkeit unserer Politik der militärischen Stärke erfordert nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von der gesamten Zivilbevölkerung ein hohes Maß an Einsicht und Opferbereitschaft. Die Regierung versucht ihr Bestes, um für einen Teil der Bevölkerung Atombunker zu bauen. Jährlich wird unser Volk dafür etwa 9,6 Milliarden DM aufbringen. In 20 Jahren werden dann für 60 Prozent der Bevölkerung Bunker vorhanden sein.

Aber das genügt nicht! Selbst bei einem ausgebauten Bunkersystem muß damit gerechnet werden, daß 85 Prozent der Bevölkerung einen Atomkrieg in Mitteleuropa nicht überleben. Für diesen Fall muß verantwortungsvolle Vorsorge getroffen werden!

Es wurde darum ein „Bundessargbevorratungsgesetz“ beschlossen, dessen Text Ihnen nachstehend bekannt gemacht wird.

Persönliche Opfer lassen sich bei der Herstellung der Verteidigungsbereitschaft nicht ganz vermeiden.

Sie werden darum aufgefordert, nach Maßgabe dieses Gesetzes sich einen Volkssarg (VS) anzuschaffen. Besichtigung der amtlich geprüften Typen und Auskunft über die richtige Anwendung erfolgt auf einer öffentlichen Volkssargausstellung am 8. Juli 1965, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr und von 15 bis 19 Uhr auf dem Platz an der Kumeliusstraße in Oberursel.

Eine amtliche Aufforderung zur Sarganschaffung und ein dazu gehöriger Fragebogen geht Ihnen in den nächsten Tagen zu. Die örtlichen Volkssargwarte sind zu Auskünften und individueller Beratung über die ordnungsgemäße Anwendung des VS gerne und kostenlos bereit.

i. A.

(BVSU – Bundesvolkssargwart)

Gesetz
über die Bereitstellung und Bevorratung von Volkssärgen für den
Verteidigungsfall
(Bundessargbevorratungsgesetz – BsbG –)

§ 1

Zweck des Gesetzes

Auch bei der Verwirklichung der im Schutzbau-, Selbstschutz- und Zivilschutzkorpsgesetz vorgesehenen Maßnahmen, ist im Verteidigungsfall nur mit einer relativ geringen Überlebensquote zu rechnen. Damit die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen durch herumliegende, von Angriffswaffen betroffene Zivilpersonen nicht gefährdet werden, und damit die Seuchengefahr gemindert wird, ist eine ordnungsgemäße Einsargung vorzubereiten.

§ 2

Sargbevorratung

- (1) Jeder Haushaltsvorstand ist verpflichtet, für sich und die zu seinem Haushalt gehörenden Personen Särge zu bevorraten.
- (2) Inhaber von Betrieben sind verpflichtet, zu jeder Zeit in erreichbarer Nähe der Arbeitsplätze für 85 Prozent der Belegschaft Särge bereitzustellen.
- (3) Städte und Gemeinden müssen an Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen – für jedermann zugänglich – Volkssärge wetterbeständig zur Aufstellung bringen.

§ 3

Beschaffung und Kostenregelung

- (1) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung geeignete Betriebe mit der Massenproduktion von Volkssärgen zu beauftragen.
- (2) Die Anschaffungskosten für betriebseigene Särge sind voll steuerabzugsfähig. Privatpersonen haben die Kosten selbst zu tragen.
- (3) Bedürftigen Personen können zur Sarganschaffung Zuschüsse gewährt werden.

§ 4

Ausnahmen

Regierungsmitglieder (oder natürliche Personen, welche glaubhaft nachweisen können, daß sie im Verteidigungsfall ihren Aufenthalt nicht innerhalb eines Staates der NATO oder des Warschauer Paktes haben) sind auf Antrag von der Sarganschaffung ausgenommen.

§ 5

Überprüfung und Kontrolle

- (1) Die Überprüfung und ständige Kontrolle der sachgerechten Sargbevorratung erfolgt durch Hausbesuche und Betriebsinspektionen der örtlichen Volkssargwarte. Deren Anweisung ist unbedingt Folge zu leisten.
- (2) Die örtlichen Volkssargwarte unterstehen den regionalen Volkssargobmännern, welche über das Bundessargbevorratungsamt eng mit den Organen des zivilen Bevölkerungsschutzes und der militärischen Verteidigung zusammenarbeiten.

§ 6

Spannungszustand und Alarmstufen

- (1) Wenn von der Bundesregierung der Spannungszustand erklärt wird, sind durch die Benutzungspflichtigen die Sargdeckel zu öffnen.
- (2) Bei Luftwarnung bzw. ABC-Alarm haben die Benutzungspflichtigen ihre Särge aufzusuchen und die Deckel zu schließen.
- (3) Erkennungsmarke, Testament und persönliche Dokumente sind in feuersicherer Verpackung am Fußende des Sarges unterzubringen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder leichtfertig einen Volkssarg nicht in Empfang nimmt – oder denselben zur friedensmäßigen Bestattung mißbraucht – wird mit Gefängnis bis zu 11 Monaten oder Geldstrafe verurteilt.

§ 8

Berlinklausel

Dieses Gesetz gilt nach § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) auch im Lande Berlin.

§ 9

Inkrafttreten am Stichtag

- (1) Bis zu einem vom Bundesinnenministerium durch Rechtsverordnung festzulegenden Stichtag muß die Sargbevorratung ordnungsgemäß abgewickelt sein.
- Das Gesetz tritt am 1. Juli 1965 in Kraft.



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Gesetz über die Bereitstellung und Bevorratung von Volkssärgen für den Verteidigungsfall (Bundessargbevorratungsgesetz - BsbG -)

"Heute hat der Deutsche Bundestag ohne Aussprache bei Stimmenthaltung weniger Bundestagsabgeordneter das Bundessargbevorratungsgesetz beschlossen. Das neue Gesetz, über dessen Inhalt die Bevölkerung bisher uninformiert war, soll, wie es in einer Aufklärungsschrift des neugeschaffenen Bundessargbevorratungsamtes heißt "verantwortungsvolle Vorsorge" treffen für einen Atomkrieg in Mitteleuropa, den nach wissenschaftlichen Angaben 85 Prozent der Bevölkerung nicht überleben. Das Gesetz verpflichtet jeden Haushaltsvorstand, für sich und die zu seinem Haushalt gehörenden Personen Särge zu bevorraten. Inhaber von Betrieben werden verpflichtet, zu jeder Zeit, in erreichbarer Nähe der Arbeitsplätze für 85 Prozent der Belegschaft Särge bereitzustellen. Auch die Städte und Gemeinden müssen an Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen für jedermann zugänglich - Volkssärge wetterbeständig zur Aufstellung bringen. Durch die Sargbevorratung will die Bundesregierung im Verteidigungsfall die Seuchengefahr vermindern und verhindern, daß die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen durch herumliegende, von Angriffswaffen getroffene Zivilpersonen gefährdet werden."

Was würden Sie sagen, sehr geehrter Herr Redakteur, wenn Ihnen morgen eine solche Agenturmeldung auf den Schreibtisch gelegt würde? Bitte werfen Sie uns nicht vor, das ganze sei ein makabrer Scherz. Lesen Sie das beigefügte "Bundessargbevorratungsgesetz" genau durch! Vergleichen Sie diesen Text einmal mit den vom Bundestag beschlossenen Luftschutzgesetzen aus dem Komplex der sogenannten einfachen Notstandsgesetze. Im Gegensatz zum Selbstschutz- und Schutzbaugesetz z.B. geht das "Bundessargbevorratungsgesetz" von einem realistischen Kriegsbild aus. Im Gegensatz zu den beschlossenen Gesetzen ist das "Bundessargbevorratungsgesetz" ein realistisches "Gesetz".

Die Kampagne für Abrüstung wird in den nächsten Wochen mit der Aktion Volkssarg aufklären über die bereits verabschiedeten und die noch bevorstehenden Luftschutzgesetze und das beigefügte Volkssargflugblatt verteilen sowie Volkssärge öffentlich ausstellen. Die ersten derartigen Aktionen werden sein in Oberursel, Hanau, Offenbach, Darmstadt, Frankfurt und Neu Isenburg.

(Sollten Sie für eine Berichterstattung in Ihrer Zeitung nähere terminliche Hinweise zu den Volkssargaktionen wünschen, dann wenden

herausgeber: kampagne für abrüstung, ostermarsch der atomwaffengegner, hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), 4, postfach 648
buchrainweg 161, ruf 88 60 51/52, postscheckkonto: ffm 576 48
für abrüstung, an herrn willy strass, telefon frankfurt 88 60 51.)

Offenbach (Main), 7. Juli 1965 - Strass

8. 7. 65

RUNDBRIEF NR. 5

ED 718-24-62

Liebe Freunde,

auf seiner letzten Sitzung hat sich der Zentrale Ausschuß eingehend mit der weiteren Arbeit der Kampagne beschäftigt (siehe auch Protokoll) und den Ausschüssen empfohlen, die Zeit bis zur Bundestagswahl - also auch den 6. August und den 1. September - intensiv für die Bekanntmachung des Sofortprogrammes zu nützen. Über Einzelheiten zu den vorgesehenen Aktivitäten möchte ich Sie im folgenden unterrichten:

1. Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung

Das Sofortprogramm wurde in diesen Tagen veröffentlicht. Die Presse, die Spitzen der Gewerkschaften sowie andere für uns wichtige Verbände, die Parteiführungen und eine Reihe prominenter Bürger erhielten das Sofortprogramm durch die ZA-Geschäftsstelle zugeschickt.

Wir geben Ihnen das Sofortprogramm beigelegt hektografiert. Es steht jedoch als IZA-Sonderdruck zur Verfügung und sollte in dieser gedruckten Form von allen Ausschüssen gezielt verteilt werden, um den Inhalt des Programmes auch regional bzw. örtlich bekannt zu machen. (Bestellungen bei der Geschäftsstelle: 100 Stück DM 3,50; 1000 Stück DM 25.--.)

Nach den Bundestagswahlen wird das Sofortprogramm mit einem erläuternden Anhang als Broschüre veröffentlicht. Das Sofortprogramm ist nicht nur für die Zeit vor den Wahlen gedacht, sondern ist besonders als eine Forderung der Kampagne an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung zu verstehen.

2. 6. August und 1. September

Das Sofortprogramm wird auch im Mittelpunkt eines zentralen Zeitungsflugblattes stehen, das der ZA herstellt und das für Veranstaltungen und Informationsstände etc. zum 6. August (Hiroshimtag), 1. September (Antikriegstag) und auch zur Verwendung vor den Bundestagswahlen zur Verfügung steht. Dieses 2-seitige Zeitungsflugblatt (Kosten je 1000 Stück DM 28.--) muß bis spätestens 15. Juli 1965 bei der Geschäftsstelle bestellt werden und steht den Ausschüssen ab 1.8.1965 zur Verfügung.

Ausschüsse, die für den 6. August bzw. für den 1. September ein eigenes Flugblatt herstellen möchten, finden beigelegt einen Flugblatt-Text.

Am 6. August, dem 20. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, sollten wir uns auf Mahnwachen und Informationsstände konzentrieren, die in der Ferienzeit mit einer verhältnismäßig kleinen Gruppe besetzt werden können.

Wie schon in den vergangenen Jahren sollte die Kampagne am 1. September die Veranstaltungen und Aktionen der Gewerkschaften unterstützen. Wo Aktionen von gewerkschaftlicher Seite nicht vorgesehen sind, sollten die Ausschüsse der Kampagne eigene Veranstaltungen machen.

3. Verhalten der Kampagne im Bundestagswahlkampf

Die Kampagne setzt sich im Rahmen der Bundestagswahlen intensiv für die Propagierung ihrer Politik der Sicherheit durch Abrüstung ein und zwar auf der Basis des Sofortprogramms. Dort, wo Ausschüsse der Kampagne den Bundestagswahlkampf benutzen, um das Sofortprogramm und weitere politische Anliegen der Kampagne zum Mittelpunkt zu machen, muß deutlich gemacht werden, daß alle Parteien heute innere Differenzen aufweisen und daß somit in allen Parteien Befürworter und Gegner der Ziele der Kampagne vorhanden sind. Dieser Differenzierungsprozess soll durch die Arbeit der Kampagne vor und nach den Bundestagswahlen vorangetrieben werden. Der Zentrale Ausschuß hat noch einmal einmütig festgelegt, daß sich alle Ausschüsse parteipolitisch völlig neutral verhalten müssen und daß eine Werbung für bestimmte Parteien oder Kandidaten unzulässig ist.

4. Aktion Volkssarg / Notstandsgesetze

In mehreren hessischen Städten veranstalteten die Ausschüsse der Kampagne eine "Aktion Volkssarg", durch welche die Luftschutzmaßnahmen, die in den nächsten Monaten für jeden Bundesbürger spürbar wirksam werden, in Frage gestellt werden sollen. Die Aktion Volkssarg verläuft so, daß in einer mittleren Stadt oder in einem Stadtteil das beigegefügte Flugblatt des Bundessargbevorratungsamtes verteilt und in diesem Flugblatt zu einer öffentlichen Volkssarg-Ausstellung eingeladen wird. Bei dieser Volkssarg-Ausstellung werden aus Pappkarton gebastelte Särge verschiedener Ausführungen ausgestellt und darüber hinaus auf Tafeln und mit Informationsmaterial über den Luftschutz und die jetzt verabschiedeten Luftschutzgesetze aufgeklärt. Die ersten guten Erfahrungen einer solchen Aktion konnten noch nicht vollständig ausgewertet werden.

Ausschüsse, die Interesse haben, die Aktion Volkssarg zu übernehmen, wenden sich bitte an den Geschäftsführer des Hessischen Ausschusses, Fritz Strass, 605 Offenbach, Buchrainweg 161, Postfach 648. Von dem Flugblattmaterial für die Aktion Volkssarg ist der Stehsatz noch vorhanden, sodaß diese Flugblätter nachgedruckt werden können.

Die beigegeführten Bogen mit je 8 Klebemarken gegen die Notstandsgesetze können ab sofort bei der Geschäftsstelle bezogen werden. (10 Bogen DM 2.--; 100 Bogen DM 15.--)

5. Vietnam

Sie finden beigegefügt einen Flugblatt-Text in englischer Sprache und die deutsche Übersetzung. Verwenden Sie diesen Text für Flugblätter zur Verteilung vor amerikanischen Kasernen oder in amerikanischen Wohnsiedlungen.

6. Zentrale Arbeitstagung

Etwa in der Zeit, in der sich der neue Bundestag konstituiert (also an einem Wochenende Anfang Oktober) findet eine zentrale Arbeitstagung der regionalen und örtlichen Ausschüsse der Kampagne statt. Im Mittelpunkt dieser Arbeitstagung stehen Referate über das Sofortprogramm und über die Möglichkeiten der praktischen Arbeit der Ausschüsse mit dem Sofortprogramm. Wir bitten heute schon darum, daß es sich alle Ausschüsse einrichten, daß sie bei dieser Arbeitstagung vertreten sein werden,

7. Informationsaustausch

Ich möchte Sie noch einmal bitten, an die Adresse der ZA-Geschäftsstelle über Ihre guten und schlechten Erfahrungen bei Aktionen zu berichten. Vergessen Sie auch nicht, Bilder und Berichte, die zur

Veröffentlichung geeignet sind, an die Redaktion der IZA, Frau Christel Beilmann, 463 Bochum, Ketteler Str. 14 zu schicken.

Und zum Schluß: Nehmen Sie bitte die Adresse der ZA-Geschäftsstelle in Ihre Adressenliste auf, damit wir Ihre Rundschreiben, Flugblätter etc. erhalten und so über Ihre Arbeit ständig informiert sind.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Geschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-24-64

Anlage I zum RUNDBRIEF Nr. 5

Text für ein Vietnam-Flugblatt in englischer Sprache

"For which kind of peace do we struggle? Not for a pax americana forced upon the world by American weapons. Not for the peace of the grave and not for the safety of slaves. I am talking about real peace - peace which will make life on earth worth living, peace enabling men and nations to grow and to hope and to build up a better life for their children. Not only a peace for Americans, but peace for all mankind!"

This has been said by John F. Kennedy at Washington University.

BUT WHAT HAS BEEN DONE BY JOHNSON, HIS SUCCESSOR ?

Under the presidency of Johnson the United States have turned their back to these principles, their armies interfered with the internal affairs of a small nation, the Dominican Republic, they made Vietnam the most dangerous source of crises of the world. In the presence of an imminent defeat the Vietnam War has been extended by the United States considerably increasing the danger of a third World War.

SELF-DETERMINATION AND FREEDOM FOR VIETNAM . . .

In South Vietnam decolonisation continues to be fictitious. Since 1940 the Vietnamese have been fighting for independence and self-determination; first against the Japanese, then against the French, and when the reunification by free elections according to the Geneva 1954 Agreement had been obstructed by the US Government, against the Americans who, in the meantime, had taken over colonial government from the French.

. . . OR POLICY OF MILITARY POWER

America is fighting in Vietnam from strategical reasons and reasons of military power for her sphere of influence in South East Asia. And in this fight America is supported by a social system which is corrupt and which is not democratic, and this war is against the overwhelming majority of the population.

In the interest of the distressed Vietnamese population suffering from the war of conflicts of the great powers, and for the protection of peace in the world we demand and request:

- + Immediate termination of any further extension of this war by the US Government, i.e. to stop any and all attacks on North Vietnam and to stop the utilization of gas and napalm bombs.
- + Negotiations between all parties concerned without any preliminary conditions and including the Vietcongs.
- + Armistice and subsequent military neutralisation of the total area of Vietnam which will be guaranteed by the great powers.
- + Formation of an international committee responsible for free elections in the total area of Vietnam.

PUT AN END TO THE DIRTY WAR IN VIETNAM !

We request the American population to make clear to its Government without any misunderstanding and in absolute plainness that negotiations only and not military actions in Vietnam will be in the interest of all.

We declare our solidarity with those many Americans who are protesting again and again against the Vietnam policy of the Johnson Government and who are requesting immediate peace in Vietnam.

We ask all Americans who are living in Germany to make our protest known even in the United States and to make known that the majority of the German population is strongly against the US policy in Vietnam.

Campaign for Disarmament - Easter March of the Opponents of Atomic Weapons

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Ausschuss . . . (Adresse, Konto, Impressum)

"Nach welcher Art Frieden streben wir? Nicht nach einer Pax-Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird. Nicht nach dem Frieden des Grabes oder der Sicherheit der Sklaven. Ich spreche hier von dem echten Frieden - jenem Frieden, der das Leben auf Erden lebenswert macht, jenem Frieden, der Menschen und Nationen befähigt, zu wachsen und zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen. Nicht nur ein Friede für Amerikaner, sondern ein Friede für alle Menschen!"

Das sagte John F. Kennedy vor der Universität in Washington.

WAS ABER TUT SEIN NACHFOLGER JOHNSON?

Unter der Präsidentschaft Johnsons haben sich die Vereinigten Staaten von diesen Grundsätzen abgewandt, sich in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Volkes, wie der Dominikanischen Republik, militärisch eingemischt und Vietnam zum gefährlichsten Krisenherd der Welt gemacht. In Vietnam haben die USA im Angesicht der drohenden Niederlage den Krieg ausgeweitet und damit die Gefahr eines dritten Weltkrieges wesentlich vergrößert.

SELBSTBESTIMMUNG UND FREIHEIT FÜR VIETNAM ...

In Südvietnam ist die Entkolonialisierung noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Seit 1940 kämpfen die Vietnamesen für ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Zuerst gegen die Japaner, dann gegen die Franzosen und als die 1954 in Genf vereinbarte Wiedervereinigung durch freie Wahlen von der US-Regierung verhindert wurde, gegen die Amerikaner, die inzwischen von Frankreich die Kolonialherrschaft übernommen hatten.

.... ODER MILITÄRISCHE MACHTPOLITIK

Amerika kämpft in Vietnam aus strategisch-machtpolitischen Gründen, um seinen Einflußbereich in Südostasien. Dabei stützt es sich auf ein korruptiertes, undemokratisches gesellschaftliches System und führt den Krieg gegen die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung.

Im Interesse des gequälten vietnamesischen Volkes, auf dessen Rücken die Großmächte ihre Interessen austragen und zur Sicherung des Weltfriedens fordern wir:

- + sofortiger Beendigung der Kriegsausweitung durch die US-Regierung, d.h. die Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam und die Einstellung des Einsatzes von Gas und Napalmbomben;
- + Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten ohne Vorbedingungen, und zwar einschließlich der Vietcong;
- + Waffenstillstand und anschließend militärische Neutralisierung Vietnams, garantiert von den Großmächten;
- + die Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung freier Wahlen in ganz Vietnam.

SCHLUSS MIT DEM SCHMUTZIGEN KRIEG IN VIETNAM!

Wir bitten das amerikanische Volk, seiner Regierung unmißverständlich deutlich zu machen, daß nur Verhandlungen und nicht militärische Aktionen in Vietnam in aller Interesse liegen.

Wir erklären uns solidarisch mit den vielen Amerikanern, die immer wieder gegen die Vietnam-Politik der Regierung Johnson protestieren und sofortigen Frieden in Vietnam fordern.

Wir bitten alle Amerikaner, die zur Zeit in Deutschland leben, unseren Protest auch in den Vereinigten Staaten zu verkünden und bekanntzumachen, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die amerikanische Politik in Vietnam scharf verurteilt.

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Ausschuß (Adresse, Konto, Impressum)

ED 718-24-66

Anlage ~~II~~ zum RUNDBRIEF Nr. 5

Text für ein Flugblatt zum 6. August und 1. September

M E H R

Vor 26 Jahren, am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg, dessen letzte Phase mit dem Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima am 6. August 1945 zu Ende ging. Mit etwa 55 Millionen Toten und dem Tode von fast 100 000 Menschen innerhalb weniger Sekunden in Hiroshima hat dieser mörderischste Krieg signalisiert, daß zukünftig große Kriege nur noch um den Preis des Selbstmordes aller Beteiligten und möglicherweise auch der Unbeteiligten geführt werden können.

V E R D I E N E N ?

Viele Regierungen und Völker haben diese Lektion nicht verstanden und statt der einzigen realistischen Politik einer Sicherheit durch Abrüstung das Wettrüsten ⁱⁿ einer bislang unbekanntem Weise beschleunigt. So stehen heute die Menschen wieder am Rande großer Kriege, vielleicht von Vietnam, vielleicht von Deutschland ausgehend.

J A !

Wir wollen aber nicht, daß sich wiederholt, was am 1. September 1939 und in den darauf folgenden Jahren bis Hiroshima geschah. Wir fordern wirkliche Sicherheit für Deutschland und deshalb die Errichtung eines Sicherheitssystems in Mitteleuropa, das nicht auf der Anhäufung von Raketen und Atomwaffen beruht, sondern auf kontrollierter Rüstungsverdünnung und Entspannung. Wir fordern den Abzug der Atomwaffen aus Mitteleuropa, denn wo solche Waffen stationiert sind, werden auch die Raketen der anderen in Ernstfall zuerst einschlagen ... und bei uns lagern zur Zeit sehr viele Atomwaffen.

A B E R ...

Die Kampagne für Abrüstung hat für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung ein Sofortprogramm ausgearbeitet. Danach soll die Bundesrepublik die Initiative ergreifen, um das Wettrüsten im Osten und Westen Mitteleuropas zu stoppen und die Rüstung "einzufrieren". Später soll die Rüstung unter Garantie der Großmächte vermindert und die atomare Bewaffnung entfernt werden. Die Vereinbarungen hierzu könnten auf einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Beteiligung der Vereinigten Staaten in ein europäisches Sicherheitssystem eingepaßt werden.

S I C H E R H E I T

Weiter schlagen wir in dem Sofortprogramm vor, daß die Bundesregierung die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten verbessert und ausbaut, sodaß auch von dieser Seite den Sicherheitsvereinbarungen der Weg geebnet wird. Schließlich soll die Bundesregierung alle notwendigen Untersuchungen über die Probleme der Sicherheit durch Abrüstung durch geeignete Forschungsstellen vordringlich betreiben. In der Öffentlichkeit, den Schulen und den Universitäten soll sie diese Fragen zum Gegenstand der Information und des Unterrichts machen

I S T

Die bisherige Bundesregierung hat nichts zur Sicherheit in Mitteleuropa beigetragen. Weder machte sie eigene Vorschläge, noch war sie bereit, über Vorschläge anderer westlicher oder östlicher Politiker zu verhandeln. Statt dessen hat sie die stärkste westliche Militärmacht in Europa aufgebaut, strebt über die MLF nach atomarer Mitbestimmung und beginnt neuerdings mit dem Abbau der Demokratie durch extreme Notstandsgesetzgebung - und dies alles als einziges Land in Europa, das noch Gebietsansprüche erhebt. Wer wundert sich da noch über das Mißtrauen unserer Nachbarn?

W I C H T I G E R !

Wir wenden uns deshalb an alle Mitbürger, aber auch an die Parteien, Kirchen, gesellschaftlichen Gruppierungen mit der Aufforderung, das Sofortprogramm der Kampagne für Abrüstung zum Gegenstand der Diskussionen und zum Inhalt politischer Aktionen zu machen und nichts unversucht zu lassen, um Initiativen für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung in unserem Lande durchzusetzen.

Im übrigen, was nützt der höchste Verdienst, wenn eines Tages ... Sie können jetzt wieder von vorne lesen!

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
Ausschuß ... (Adresse, Konto, Impressum)

Wichtig: Der genaue Text des Sofortprogrammes kann bei der Kampagne für Abrüstung angefordert werden.

POLITIK DER SICHERHEIT DURCH ABRÜSTUNG IN MITTELEUROPA
SOFORTPROGRAMM FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß eine weltweite, konventionelle und atomare Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr einer Selbstvernichtung ganzer Nationen oder der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Dennoch wird der atomare und konventionelle Rüstungswettlauf fortgesetzt. Neue Mächte streben nach Atomwaffenbesitz und in allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Prozentsatz des Volkseinkommens für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen. Die Steigerung der Rüstung und insbesondere die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Räumen erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme liegen. Zugleich versperren militärische Spannungszustände den Weg zu politischen Lösungen der bestehenden Konflikte. Diese Feststellung trifft heute nicht zuletzt für Mitteleuropa zu; hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Angesichts dieser Situation wird, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung erhoben, zunächst in geographisch begrenzten Räumen ein System effektiver Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung zu schaffen, das keiner Seite einseitige militärische Vorteile gibt. Regionale Rüstungsbeschränkung, die militärisches Potential auf beiden Seiten gleichermaßen herabsetzt, kann auch Wege zur allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen.

Pläne für eine Politik der regionalen Abrüstung in Mitteleuropa haben unter anderen die britischen Politiker Eden und Gaitskell, die amerikanischen Politiker Mansfield und Kennan und die polnischen Politiker Gomulka und Rapacki vorgelegt. Auch in der UdSSR, der DDR, der CSSR und in den Parteien der Bundesrepublik Deutschland sind wiederholt Konzepte für eine militärisch verdünnte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa entwickelt worden.

Die offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland hingegen hat solche Vorschläge bisher nicht einmal zum Gegenstand der Diskussion gemacht und in unverantwortlicher Weise jede Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Diese Politik hat nicht zur Sicherheit für Deutschland geführt, sondern die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert. Die Kampagne für Abrüstung fordert daher, daß Bundestag und Bundesregierung alle Möglichkeiten und Pläne für eine Politik wirklicher Sicherheit unverzüglich und ernsthaft prüfen und einen eigenen Beitrag hierzu leisten.

Nach dem Stand der internationalen Diskussion könnte über folgende Schritte Einigung erzielt werden, die die Kampagne für Abrüstung der Bundesregierung und dem Bundestag als Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit vorschlägt:

STOPP DER ATOMAREN UND KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

1. Bundestag und Bundesregierung erklären den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen und fremder Kernwaffenproduktion. Die Erklärung der Bereitschaft der DDR, Polens und der CSSR zu einem gleichartigen Verzicht liegt vor.

Solche Verzichtserklärungen können in völkerrechtlich bindender Form abgegeben werden, ohne das Problem der innerdeutschen staatsrechtlichen Anerkennung zu berühren.

Die Einhaltung dieses Verzichts kann durch Erklärungen der Bündnissysteme, in die die genannten Länder einbezogen sind, zusätzlich garantiert werden.

2. Die Bundesregierung schlägt dem NATO-Rat vor, auf dem Territorium der Bundesrepublik Kernwaffenbestände nicht zu vermehren, sofern durch den Rat der Warschauer-Pakt-Staaten für die DDR, Polen und die CSSR eine gleichartige Regelung erfolgt. Die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen ist durch die genannten Staaten des Warschauer Paktes erklärt worden.

Diese Regelung soll der erste Schritt zur stufenweisen Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sein.

3. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget der Bundesrepublik nicht mehr zu steigern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR eine gleiche Regelung erfolgt. Die genannten Staaten des Warschauer-Paktes haben ihre Bereitschaft zu entsprechenden Verhandlungen erklärt.

Soweit es um die Rüstungsetats der Bundesrepublik und der DDR geht, können die Voraussetzungen einer solchen Vereinbarung durch gemeinsame technische Kommissionen nach dem Vorbild der Passierscheinverhandlungen geklärt werden.

VERRINGERUNG DER KONVENTIONELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

4. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget stufenweise zu verringern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR gleichartige Beschlüsse gefasst werden, die auf beiden Seiten zu einer insgesamt gleichen Quote der Rüstungseinschränkung in Mitteleuropa führen.

Diese Regelung kann im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der NATO und dem Warschauer-Pakt oder durch gleichzeitige Erklärungen der einzelnen Staaten erfolgen.

ATOMWAFFENFREIE ZONE IN MITTELEUROPA

5. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft zum Verzicht auf jede Lagerung fremder Atomwaffen und zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone, sofern gleiche Schritte in der DDR, in Polen und in der CSSR erfolgen. Die vertragliche Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa soll die Beschränkung und Verminderung konventioneller Rüstung einbeziehen. Ein wirksames System der Kontrolle und Inspektion muß Teil der Vereinbarung sein.

- 3 -

Die entsprechenden Verträge können in Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten im Rahmen eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt oder als Ergebnis einer europäischen Sicherheitskonferenz geschlossen werden.

EUROPAISCHE SICHERHEITSKONFERENZ

6. Die Bundesregierung schlägt die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA und der UdSSR vor. Zur Vorbereitung dieser Konferenz unterbreitet sie einen eigenen Plan für ein europäisches Sicherheitssystem, dessen Beginn die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone sein soll. Der Bestand eines europäischen Sicherheitssystems kann durch internationale Garantien zusätzlich gesichert werden.

BEZIEHUNGEN ZU OSTEUROPA

7. Die Bundesregierung baut die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aus und fördert den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit diesen Staaten, um die militärische und politische Entspannung voranzutreiben und das Kriegsrisiko zu mindern.

MITARBEIT AN DER STRATEGIE DES FRIEDENS

8. Die Bundesregierung unterstützt in der NATO und in anderen Institutionen der internationalen Politik alle Vorschläge, die auf eine Erweiterung des atomaren Teststoppabkommens, auf ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.

EIN AMT ZUR FÖRDERUNG DER ABRÜSTUNG

9. Das vom Bundestag beschlossene Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung wird instandgesetzt und beauftragt, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich zu bearbeiten. Das Abrüstungsamt soll die militärstrategischen Probleme der Abrüstung, die Möglichkeiten einer wirksamen Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen, die Möglichkeiten eines krisenfreien Überganges von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft und die sozialen Bedingungen und Folgen der Abrüstung prüfen bzw. prüfen lassen.

Der Bundestag richtet einen Ausschuß für Fragen der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ein, der mit dem Abrüstungsamt zusammenarbeitet.

FORSCHUNG UND ERZIEHUNG FÜR ABRÜSTUNG UND INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG

10. Bund und Länder fördern wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesländer machen Themen der Abrüstung und der Verständigung zwischen den Völkern zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung.

Dieses Programm stellt eine Alternative zur bisherigen Politik der Bundesrepublik dar. Wird diese Alternative realisiert, so gewinnt Deutschland an Sicherheit. Die Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet.

Die Kampagne für Abrüstung wendet sich an die Parteien, an die Kirchen, die gesellschaftlichen Gruppen und alle Mitbürger und fordert auf, dieses Sofortprogramm zum Gegenstand der Diskussion und zum Inhalt politischer Aktionen zu machen und nichts unversucht zu lassen, eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung in unserem Lande durchzusetzen.

Offenbach (Main) 4, 10. Juli 1965
Postfach 648, Buchrainweg 161, Telefon (0611) 88 60 51/52

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Bestellzettel

Der Ausschuß _____ bestellt folgendes Material:

Exemplare Zeitungsflugblatt für
6. August und 1. September (DM 28.--/ 1000 Stück) DM -----

----- IZA - Sonderdruck mit Sofortprogramm (100 Stück
DM 3,50; 1000 Stück DM 25.--) DM -----

----- Bogen Notstandsklebe­marken (10 Bogen DM 2.--
100 Bogen DM 15.--) DM -----

Das Material ist an folgende Anschrift zu senden:

Name: _____

Adresse: _____

Telefon (evtl.): _____

Unterschrift

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 1. Juli 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

2. 7. 65

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses
und die Örtlichen Ausschüsse

ED 718-24-71

Liebe Freunde,

wir laden Sie zur nächsten gemeinsamen Sitzung für Dienstag,
6. Juli 1965, 19,00 Uhr (pünktlich!) in das Haus der Jugend,
Frankfurt, Eingang Alte Rittergasse, ein.

Leider mußten wir nach Ostern feststellen, daß sich einige Örtliche Ausschüsse nur noch wenig einsetzen und daß es gerade die Ausschüsse sind, die bei unseren Sitzungen nicht vertreten sind. Wir bitten deshalb wieder einmal dringend, daß alle Ausschüsse mindestens mit einem Vertreter an der Sitzung teilnehmen.

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- 1) Aktion Volkssarg
- 2) Abrüstungsseminar
- 3) Aktivitäten zum 6. August und 1. September
- 4) Auktion für Abrüstung
- 5) Vietnam-Woche
- 6) Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Sprecher

Fritz Strass
(Fritz Strass)
Geschäftsführer

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner



ED 718 - 24 - 72

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Lohrweg 15, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon 88 37 64 und 88 39 13

Postscheck Hannover 2398 48
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Herrn

Horst Maurer

6 F - Schwanheim
Am Ruhestein 43

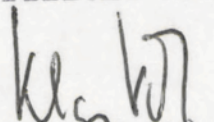
29. Juni 1965
va/ha

2. 7. 65

Lieber Horst,

ich gebe Dir beigelegt die vier Tonbänder, die Du uns mit den
Aufnahmen vom Ostermarsch 1965 leihweise überlassen hast, zurück.
Die Bänder wurden inzwischen von uns kopiert. Vielen Dank und

herzliche Grüße,


(Klaus Vack)

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

ED 718-24-73

Protokoll über die Sitzung des Zentralen Ausschusses am 19./20.6.1965

29.6.65

Verteiler:

Kuratorium
Zentraler Ausschuß
Ausschüsse der Kampagne

Bitte vormerken:

Nächste Sitzung am 25./26.9.1965

Teilnehmer:

Sprecher

Andreas Buro

Geschäftsführer

Klaus Vack

RA Bayern-Süd

Gerhard Schmid

Claus Schreer

Paul Gerhard Völker

RA Bayern-Nord

Horst Holleder

Gisela Holleder

RA Württemberg/Bodensee

Willi Hoss

Reinhold Settele

RA Baden/Pfalz/Saar

Ernst Günther

Irm de Ondarza

RA Hessen/Rheinland

Heiner Halberstadt

Fritz Strass

RA West

Christel Beilmann

Herbert Stubenrauch

Frank Werkmeister

RA Niedersachsen

Dieter Steinwedel

Kuratorium

Herbert Faller

Arno Klönne

Christel Küpper

RA Ostwestfalen/Lippe

Helmut Heinze

Siegfried Krupke

Peter Roddey

RA Nord

Peter Kreitz

Günter Lübcke

RA Berlin

Klaus E. Dietrich

Verbände

Egon Becker (VK)

Dieter Kramer (SDS)

Hannelis Schulte (DFG)

Kooptierte Mitglieder

J. W. Klefisch

Gäste

Heiko Bimpage

Rudolf Schulz

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Teilnahme der geladenen Gäste an der ZA-Sitzung zugestimmt. Darüber hinaus wird der AA bevollmächtigt, zur nächsten Sitzung Gäste einzuladen, die evtl. später in den ZA kooptiert werden sollen.

Es wird festgelegt, daß eine Neuwahl des AA bei der nächsten ZA-Sitzung stattfindet.

Zu Punkt 1 der TO - Stand der Notstandsgesetzgebung

Die Berichte der Vertreter der RAs zeigen, daß die Kampagne vielfältig gegen die Notstandsgesetzgebung aktiv geworden ist. Rudolf Schulz gibt in einem Kurzreferat einen Überblick über den neuesten Stand der Notstandsgesetzgebung und erläutert besonders die kurz vor der Verabschiedung stehenden sogenannten einfachen Notstands-

gesetze: Schutzbaugesetz, Selbstschutzgesetz, Zivilschutzkorps-
gesetz.

Es wird ein Arbeitspapier zu diesen drei Gesetzen beschlossen, das für die Bundestagsdebatte am 23.6.1965 den Abgeordneten durch Eilboten zugestellt wird. Dieses Arbeitspapier geht mit entsprechenden Begleitbriefen auch an die Gewerkschaften, die politischen Studentenverbände und weitere gegen die Notstandsgesetzgebung tätige Organisationen, die Ausschüsse der Kampagne und an die Presse.

Außerdem wird ein offener Brief an alle Bundestagsabgeordneten verschickt, der sich gegen das demokratiefeindliche Argument von "Druck der Straße" wendet. Der RA West wird zur Debatte am 23.6. im Bundeshaus eine Lobby-Aktion veranstalten. Die Ausschüsse der Kampagne werden durch einen Rundbrief aufgefordert, vor allem vor den Wohnungen der Bundestagsabgeordneten zu demonstrieren oder in anderer Form den Bundestagsabgeordneten unseren Protest gegen die Notstandsgesetze zu zeigen. Auch den Gewerkschaften gegenüber sollen die Ausschüsse wegen der Notstandsgesetzgebung eine stärkere Aktivität entfalten.

Herbert Stubenrauch wird beauftragt, der nächsten ZA-Sitzung einen Entwurf für ein Widerstandsmanifest vorzulegen, in dem die Unterzeichner erklären, daß sie gewisse Anordnungen im Rahmen der Notstandsgesetzgebung nicht befolgen werden. Bei der nächsten ZA-Sitzung soll grundsätzlich diskutiert werden, ob die Kampagne ein solches Widerstandsmanifest herausbringen wird.

Einige befreundete Labourabgeordnete sollen gebeten werden, im Parlament eine Anfrage über die sogenannten alliierten Vorbehaltsrechte einzubringen.

Der AA wird beauftragt, Vorschläge für das weitere Verhalten der Kampagne gegenüber den Notstandsgesetzen zu erarbeiten, da anzunehmen ist, daß im neuen Bundestag etwa Anfang kommenden Jahres das gesamte Notstandspaket verabschiedet werden soll. Der AA wird unter anderem Flugblatttexte vorlegen, etwa wie der diesem Protokoll beigefügte "Heranziehungsbescheid".

Bei der Argumentation gegen die Notstandsgesetzgebung müßte besonders beachtet werden: die Geheimhaltung bei der Vorbereitung dieser Gesetze, die dem Bürger wenig Informationsmöglichkeiten gibt; die im Vergleich zu allen Notstandsverfassungen im westlichen Ausland weitestgehende Einschränkung der Bürgerrechte und Militarisierung des öffentlichen Lebens; die Motive der Regierung für solche Gesetze; die Wirkung im Ausland, wo die neue deutsche Notstandsgesetzgebung mit Kriegsvorbereitung gleichgesetzt wird.

Von mehreren Ausschüssen wird noch festgestellt, daß eine schnelle Plakatierung auf Schwierigkeiten stößt, da die Litfaßsäulen fast immer auf längere Zeit belegt sind. Die Verwendung von Stellschildern wird oftmals von den Gemeindeverwaltungen abgelehnt. Klaus Vack wird beauftragt, die Rechtslage prüfen zu lassen und alle Ausschüsse hierüber zu informieren.

Zu Punkt 2 der TO - Vietnamkrieg

Es wurden von der Kampagne vielerorts Demonstrationen und andere Protestaktionen veranstaltet. Diese Aktionen sind bei Presse, Rundfunk und teilweise auch Fernsehen ausführlich kommentiert worden. Teilweise kam es zu Schwierigkeiten mit der Polizei, wo politische

bzw. ungewöhnliche verkehrstechnische Auflagen gemacht wurden. Die Ausschüsse sind aufgefordert, wenn sich die Situation in Vietnam verschärft, durch weitere Aktionen zu reagieren.

Der RA Nord stellt z.Zt. ein Vietnam-Zeitungsflugblatt her; Ausschüsse, die an diesem Flugblatt Interesse haben, treten bitte in Verbindung mit Günter Lübcke, 2 Hamburg-Berne, Beim Farenland 2.

Der AA wird beauftragt, ein Flugblatt in englischer Sprache zu entwerfen, das vor amerikanischen Kasernen oder in amerikanischen Wohnsiedlungen verteilt werden sollte.

Der Schriftsteller und Publizist Rolf Hochhuth wird gebeten, für die Kampagne einen offenen Brief an Präsident Johnson zu schreiben.

Die Geschäftsstelle wird eine Zusammenstellung der Erklärungen und Aktivitäten der Kampagne zum Vietnamkonflikt an befreundete amerikanische Gruppen schicken, um diese in ihrem Kampf gegen die US-Regierungspolitik in Vietnam zu ermutigen.

Die Geschäftsstelle wird prüfen, ob es möglich und sinnvoll ist, eine Sonderklebemarke zu Vietnam herzustellen.

Zu Punkt 3 der TO - Sofortprogramm

Das "Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung" wird verabschiedet. Es wird Anfang Juli veröffentlicht. Zur ersten Aufklärungsarbeit mit dem Sofortprogramm steht den Ausschüssen ein gedrucktes Sonderblatt der IZA zur Verfügung. (Bestellungen bei der Geschäftsstelle) Ein Zeitungsflugblatt mit Auszügen aus dem Sofortprogramm wird ebenfalls hergestellt. (siehe TO 4a)

Nach den Bundestagswahlen wird das Sofortprogramm mit einem erläuternden Anhang als Broschüre veröffentlicht. Das Sofortprogramm ist nicht nur für die Zeit vor den Wahlen gedacht, sondern ist besonders als eine Forderung der Kampagne an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung zu verstehen.

Zu Punkt 4 der TO - Weiterer Arbeitsplan

- a) Für Veranstaltungen und Informationsstände etc. zum 6. August (Hiroshima) und 1. September (Antikriegstag) und auch zur Verwendung vor den Bundestagswahlen wird ein zentrales Zeitungsflugblatt hergestellt, das den Ausschüssen bis zum 1.8.1965 zur Verfügung steht. In dieses Zeitungsflugblatt wird auch das Sofortprogramm eingearbeitet. Außerdem wird der AA einen Flugblatttext entwerfen, der den Ausschüssen zum Selbstdruck zur Verfügung steht.

Die Ergebnisse der ZA-Diskussion über das Verhalten der Kampagne im Bundestagswahlkampf werden vom AA den Ausschüssen demnächst in einem Rundbrief mitgeteilt.

- b) Etwa in der Zeit, in der sich der neue Bundestag konstituiert, wird eine zentrale Arbeitstagung mit den Ausschüssen der Kampagne veranstaltet. Im Mittelpunkt der Arbeitstagung sollten Referate stehen über das "Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung" und über die Möglichkeiten der praktischen Arbeit der Ausschüsse mit dem Sofortprogramm. Der genaue Termin richtet sich nach der Konstituierung des Bundestages.

Es ist folgende Beteiligung vorgesehen: RA Bayern-Süd 25 Teilnehmer; RA Bayern-Nord 15 Teilnehmer; RA Württemberg/Bodensee 25 Teilnehmer; RA Baden/Pfalz/Saar 25 Teilnehmer; RA Hessen 50 Teilnehmer; RA West 70 Teilnehmer; RA Ostwestfalen/Lippe 20 Teilnehmer; RA Niedersachsen 20 Teilnehmer; RA Bremen 10 Teilnehmer; RA Nord 25 Teilnehmer; RA Berlin 5 Teilnehmer; Gäste des ZA und Kuratoren 20 Teilnehmer.

- c) Der AA wird beauftragt, bis zur nächsten ZA-Sitzung die Einberufung einer "Konferenz für Sicherheit in Europa" zu prüfen und dem ZA konkrete Vorschläge zur Verwirklichung dieses Planes vorzulegen. Die Konferenz sollte Ende Januar 1966 in Berlin oder Wien stattfinden. Veranstalter ist die Kampagne für Abrüstung. Eine wesentliche Voraussetzung ist, daß an einer solchen Konferenz Vertreter aus möglichst allen Staaten Europas teilnehmen, gleichgültig ob diese Staaten in Militärblöcken organisiert, blockfrei oder neutral sind und darüber hinaus die USA und die beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt.
- d) Im ZA ist man sich einig, in diesem Jahr besonders etwas für die Strukturverbesserung der Ausschüsse tun zu müssen. Es werden überregionale Seminare empfohlen, bei denen organisatorische Fragen im Vordergrund stehen sollten. Die Ausschüsse Hessen und West werden beauftragt, in diesem Sinne benachbarte Regionalausschüsse zu unterstützen. Zu solchen Seminaren sollten Mitglieder des ZA eingeladen werden. Hannelis Schulte stellt fest, daß u.a. besonders Redner für kleinere Veranstaltungen und Versammlungsleiter benötigt werden.

Außerdem wird der AA beauftragt, die personellen und finanziellen Möglichkeiten für die Einstellung eines Reisesekretärs zu überprüfen, der den Ausschüssen jeweils für längere Zeit zur Verfügung stehen sollte.

- e) Der RA Ostwestfalen/Lippe hat bei einer IZA-Werbeaktion etwa 150 Abonnenten gefunden, die regelmäßig die IZA beziehen und dafür an den RA den Betrag von DM 2.-- monatlich bzw. DM 6.-- vierteljährlich zahlen. Dem RA stehen somit ständig Einnahmen zur Verfügung und ein größerer Kreis der Anhänger der Kampagne erhält regelmäßig Informationen durch die IZA. Allen Ausschüssen wird empfohlen, dem Beispiel des RA Ostwestfalen/Lippe zu folgen.

Es hat sich gezeigt, daß eine solche Werbeaktion nur sinnvoll ist, wenn sie durch Hausbesuche erfolgt. Bei einer nicht gezielten Werbeaktion hat sich mehrfach herausgestellt, daß das Ergebnis so geringfügig ist, daß der finanzielle und organisatorische Aufwand in keinem Verhältnis zu dem Erfolg steht.

Für derartige Werbeaktionen stellt der ZA den Ausschüssen über 6 Monate eine jeweils kleine Anzahl IZA zu einem Sonderpreis, der mit der Geschäftsführung zu vereinbaren ist, zur Verfügung.

Zu Punkt 5 der TO - Internationale Veranstaltungen

Vom 5. - 18. September 1965 wird das internationale Projekt "Treffpunkt Donau 1965". Mitveranstalter ist die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden. Es soll versucht werden, insbesondere junge Menschen zwischen 20 und 35 Jahren aus allen europäischen Ländern zur Teilnahme zu gewinnen. Die Reise beginnt in Wien und

führt auf der Donau durch die Länder Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Während der Schiffsreise werden Seminare stattfinden, für welche Sprecher der UNESCO, der Pugwash-Konferenz und anderer Organisationen sowie bekannte Fachleute aus verschiedenen europäischen Ländern gewonnen werden. Die Themen der Seminare sind: Entspannung und Zusammenarbeit in Europa; Abrüstung, ihre politischen und wirtschaftlichen Probleme; Rolle, Struktur und Zukunft der Vereinten Nationen; der Einzelne und die Gesellschaft.

Die Kosten für eine Teilnahme betragen etwa DM 400.--. Der ZA ist sehr daran interessiert, daß einige aktive Mitarbeiter der Kampagne an dieser Schiffsreise teilnehmen. Interessenten werden gebeten, bald Verbindung mit der zentralen Geschäftsstelle aufzunehmen.

Vom 10. - 17. Juli 1965 findet in Helsinki der "Weltfriedenskongress" statt, den der Weltfriedensrat in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen veranstaltet. Die Internationale Konföderation entsendet auf Anregung der Kampagne eine Beobachter-Delegation.

Zu Punkt 6 der TO - Verschiedenes

Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14 kann zu einem sehr günstigen Preis Autolautsprecher besorgen.

Eintragungen von Telefonanschlüssen der Kampagne in die öffentlichen Telefonbücher sind möglich. Ausschüsse, die eine solche Eintragung abgelehnt bekommen mit dem Hinweis, die Kampagne sei kein eingetragener Verein, setzen sich bitte mit der zentralen Geschäftsstelle in Verbindung.

Die nächste ZA-Sitzung findet am 25./26. September 1965 statt.

Offenbach, 23. Juni 1965

Für die Protokollführung:

gez.: Andreas Buro gez.: Klaus Vack

Übersetzung von MAURER vom 27. 6. 65

(Vorlage = schlechtes englisch - Sinnfehler nicht ausgeschlossen!)

KAMPAGNEN MOD ATOMVABEN Dänemark

an Andreas BURO und Klaus VACK Offenbach

vom 9. 6. 65

Lieber Dr. Buro und Klaus Vack,

Zuerst will ich Ihnen sagen, daß wir eine ganze Menge für unsere Arbeit in diesem Frühjahr und durch unsere Teilnahme an Euren Ostermärschen gelernt haben. Zum zweiten: ich verstehe sehr gut, daß Ihr enttäuscht seid, weil wir nicht in der Lage waren, irgendwelche dänische Parlamentsmitglieder als Sprecher zu Euren Ostermärschen zu senden. ~~Das~~ Letzteres war schwieriger als erwartet, sowohl deswegen, weil die Wichtigkeit der Sache von uns selbst nicht ~~für~~ voll gesehen worden ist, und zum anderen, weil die Mitglieder selbst ~~sich~~ widerstrebten, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen.

Wir hatten einige Gespräche mit einigen der Mitglieder nach unserer Rückkehr, und ich denke, ~~das~~ unsere Position, einen Druck auf sie auszuüben, Euch als Sprecher zu besuchen, ist wesentlich besser, nachdem ~~es~~ verhältnismäßig viele junge Dänen während letzte Ostern in Deutschland waren (etwa 300 bis 400 während der drei Tage) und nachdem wir selbst über unsere eigenen Erfahrungen in Deutschland sprechen konnten. Daher hätte ich es sehr gern, daß Ihr weiterhin Einladungen uns übersenden würdet, wenn Ihr Treffen vorbereitet, auch wenn Ihr nicht glaubt, daß Dänen kommen werden. Ich glaube, daß es schon erfolgreich ist, einen Versuch zu machen.

Ein Teil der Gründe, warum unsere Arbeit vor Ostern nicht so gut war, war die Ankunft der deutschen Soldaten, die einige ziemlich lange Diskussionen in Dänemark hervorrief. Ich persönlich war gegen die Demonstrationen, aber andere waren nicht dagegen und verbrachten einige Menge Zeit dort. Ich habe den Eindruck, daß einige Deutsche die Demonstrationen ermutigend fanden, so daß sie in dieser Hinsicht nützlich ~~es~~ gewesen sein mögen. Sie haben eine Menge Diskussionen hier hervorgerufen, und wir waren sehr froh, weil wir während des Frühjahrs einen großen Informationsdienst über deutsche und mitteleuropäische Fragen hatten, und da dieses das einzig verfügbare Material war, waren die Diskussionen ziemlich hiervon beeinflusst, so daß zum Beispiel die Notstandsgesetze besprochen wurden (betr. diese Dinge versuchen wir nun auf einer mehr privaten Basis, einige Diskussion aufzurühren; besonders konzentrieren wir uns hierbei auf die dänische sozialdemokratische Partei).

EO 718-24-77

Ich denke, daß es wichtig ist, daß die europäischen CNDs eine echte Anstrengung unternehmen, irgend eine Art "Europäischer Friedens-~~Strategie~~ Strategie" zu schaffen, um eine neue Perspektive für die Zukunft Europas zu eröffnen. Die wirtschaftliche Lage zwingt die ~~europäischen~~ ~~Länder~~ verschiedenen Länder in Westeuropa zu einer immer enger und engeren Zusammenarbeit, wie man an der britisch-französischen Zusammenarbeit bei den Flugzeugen sieht, und an den Bemühungen der EFTA, enger an den Gemeinsamen Markt heranzukommen. All diese Anstrengungen werden ~~große~~ von großer Tragweite für die militärische und Außenpoliti von Westeuropa sein. Im Augenblick ist die herrschende Perspektive für Westeuropa ein militärisch starkes Westeuropa, ausgerüstet mit eigenen Atomwaffen. Die Basis, auf der man einer solchen Sache entgegenzutreten kann, ist ~~anscheinend~~ nur die europäische Basis, daher sollte es niemals mehr einen lediglich puren nationalen Ostermarsch geben, und wir sollten zu irgend einer Art europäischer Friedens-Strategie finden. Man sollte versuchen, dies zu erreichen, bevor die "Militärkräfte" sich zusammenfinden.

Zur Zeit ist es für uns unmöglich, einen Vertreter zu Eurem Treffen am 20. Juni zu schicken, aber sowohl SCHARNBERG wie auch ich werden am Treffen der KONFÖDERATION im September teilnehmen, und wir erwarten, diese Dinge dort mit Euch diskutieren zu können.

Euer ergebener

CLAUS IVERSEN

22. 6. 65

RUNDBRIEF NR. 4

ED718-24-78

Liebe Freunde,

mit großer Sicherheit werden am kommenden Mittwoch (23. Juni 1965) und evtl. auch während der folgenden Tage im Deutschen Bundestag die drei sogenannten einfachen Notstandsgesetze behandelt und wahrscheinlich auch verabschiedet. Es geht um das Schutzbaugesetz, das Selbstschutzgesetz und das Zivildienstschutzcorpsgesetz.

Bei der heutigen Sitzung des Zentralen Ausschusses der Kampagne wurden verstärkte Lobby-Aktionen bei den Bundestagsabgeordneten beschlossen. Das beigefügte Arbeitspapier über den "neuesten Stand der Notstandsgesetze" wurde allen Abgeordneten per Eilbrief zugestellt. Es ging außerdem an Presse, Gewerkschaftsvorstände und weitere politische Verbände.

Bitte arbeiten auch Sie mit diesem außerordentlich informativen Papier:

schreiben Sie speziell zu diesen sogenannten einfachen Notstandsgesetzen Leserbriefe an die Zeitungen;
schreiben Sie Eilbriefe an Ihren Bundestagsabgeordneten:
c/o 53 Bonn, Bundeshaus;
telefonieren Sie (wenn Geld in der Kasse) mit Ihrem Abgeordneten am Mittwoch: Bundeshaus Telefon (02221) 20 61;
machen Sie Schilderdemonstrationen vor den Wohnungen der Abgeordneten und auch den Zentren der Städte (vorher Presse benachrichtigen);
schicken Sie das Arbeitspapier mit Begleitbriefen an die örtlichen Gewerkschaften und fordern Sie verstärkten gewerkschaftlichen Widerstand.

Der Regionalausschuß West der Kampagne veranstaltet am kommenden Mittwoch eine größer angelegte Lobby-Aktion im Bundeshaus. Mehrere Delegationen werden Gespräche mit Abgeordneten führen. Treffpunkt ab 9,30 Uhr in der Gaststätte "Bonner Bürgerverein" Poppelsdorfer Allee, Telefon 53 157. Bei der Notstandsdebatte am vergangenen Mittwoch waren bereits mehrere Delegationen der Kampagne im Bundeshaus und wurden von 12 SPD-Abgeordneten, 2 FDP-Abgeordneten und 2 CDU-Abgeordneten empfangen. Bei solchen Gesprächen im Bundeshaus sollte das große OM-Abzeichen getragen werden. (Man nimmt dies sehr interessiert zur Kenntnis.)

Was weiterhin in der Notstandsfrage zu tun ist, muß nach ca. 14 Tagen beraten werden. Eventuell erhalten Sie dann von uns noch einmal Vorschläge. Bitte informieren Sie die zentrale Geschäftsstelle über Ihre Erfahrungen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Geschäftsführer

ps: Von dem Plakat "Notstand droht durch Notstandsgesetze" sind in begrenzter Zahl noch Exemplare in DIN A 0, DIN A 1 vorrätig und können von der Geschäftsstelle bezogen werden.

22.6.65

Neuester Stand der Notstandsgesetzgebung

Am Mittwoch, dem 23. Juni 1965, sollen im Deutschen Bundestag die Entwürfe zu folgenden Gesetzen beraten werden:

- 1) Schutzbaugesetz (Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung)
- 2) Selbstschutzgesetz (Gesetz über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung)
- 3) Zivilschutzkorpsgesetz (Gesetz über das Zivilschutzkorps)

Inhalt der Gesetze

Mit dem Schutzbaugesetz sollen die Bauherren zur Errichtung von Luftschutzräumen verpflichtet werden. Das Selbstschutzgesetz soll alle Staatsbürger zur Anschaffung von Verdünnungsvorrichtungen, Haushaltsvorrat, Geräten, Entrümpelungsausrüstungen, Gasmasken usw. verpflichten. Alle im Geltungsbereich des Gesetzes lebenden Personen sollen darüber hinaus verpflichtet werden, an Ausbildungsveranstaltungen teilzunehmen und sich einer organisatorischen Erfassung in Selbstschutzbezirken, Selbstschutzblocks usw. (mit Selbstschutzblockleitern, Selbstschutzwarten) unterzuordnen. Das Zivilschutzkorpsgesetz soll Grundlage sein für die Schaffung eines truppenähnlichen Verbandes, der in einer Stärke von 200.000 Mann vorgesehen ist.

(Die Bezeichnung "Luftschutzgesetze" ist für diese drei Gesetze unzutreffend, denn einerseits sind weitgehende Regelungen zur Erfassung der Zivilbevölkerung schon in Friedenszeiten vorgesehen, andererseits sollen der Bundesregierung bereits jetzt Notstandsbefugnisse eingeräumt werden, die auf die Vorwegnahme eines beträchtlichen Teils der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung hinauslaufen.)

Die Kostenfrage

Untersuchungen, die im Auftrage des Deutschen Städtetages von der Stadt Düsseldorf durchgeführt wurden, haben den jährlichen Kostenaufwand für die im Schutzbaugesetz vorgesehenen Maßnahmen mit jährlich 9,6 Milliarden DM veranschlagt. 3,8 Milliarden DM würde davon der Bund zu tragen haben; 5,8 Milliarden DM entfielen auf den privaten Bereich. In der genannten Untersuchung heißt es weiter, bei Berücksichtigung des heutigen Kostenstandes müßten in 20 Jahren etwa 200 Milliarden DM ausgegeben werden, um den Gesetzentwurf zu verwirklichen. Andere Untersuchungen zeigen - entgegen den Angaben des Bundesministeriums des Innern - ein ähnliches Bild.

In diesen Kostenaufstellungen sind die Ausgaben, die durch eine Annahme des Selbstschutzgesetzes und des Zivilschutzkorpsgesetzes notwendig würden, noch nicht enthalten.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Klett hat in diesem Zusammenhang erklärt: "Wenn es zur Annahme und Durchführung des vorliegenden Bündels von Notstandsgesetzen kommt, dann werden alle Pläne für den Ausbau der Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Sozialeinrichtungen, Sportplätze usw. zunichte gemacht."

Zweckmäßigkeitserwägungen

Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker haben namens der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler darauf hingewiesen, daß aufgrund der modernen Waffentechnik im Falle eines künftigen Krieges die Zivilbevölkerung mit baulichen Maßnahmen nicht zu schützen ist, wenn der Gegner ihre Vernichtung beabsichtigt oder als unvermeidbar einplant. Angesichts der Häufung atomarer Waffen in Mitteleuropa ist jede Form kriegerischer Auseinandersetzung, die nicht zu dieser Konsequenz führt, undenkbar.

Zweckmäßigkeitserwägungen können also eine Verwirklichung des vorgesehenen Milliardenprogramms nicht rechtfertigen. Sie unterstreichen vielmehr die Ausführungen Prof. Carl Friedrich von Weizsäckers vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages: "Die zuverlässigste Maßnahme, um die Wahrscheinlichkeit des Todes unserer Mitbürger im Kriege herabzudrücken, ist diejenige Politik, die den Krieg selbst unwahrscheinlich macht."

Politische Aspekte

Die Vorbereitung auf einen Krieg ist heute von der Vorbereitung eines Krieges - zumindest aus der jeweiligen Sicht des potentiellen Gegners - nicht mehr zu unterscheiden. Die Verwirklichung des Schutzbaugesetzes und des Selbstschutzgesetzes würde daher zu einer Erhöhung der Spannung in Mitteleuropa erheblich beitragen. Darüber hinaus würde mit der emotionalen Einstimmung der Bevölkerung auf die Kriegsbereitschaft nur der Stärkung eines falschen Sicherheitsbewußtseins Vorschub geleistet.

Da im neuesten Entwurf des Zivilschutzkorpsgesetzes jede Aufgabenfixierung dieses truppenähnlichen Verbandes unterblieben ist, fallen die Bestimmungen, die einen Einsatz des Zivilschutzkorps auch außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen und die vorsehen, daß sich der Bundesminister des Innern das Zivilschutzkorps unmittelbar unterstellen kann, um so stärker ins Gewicht.

Da die Einberufung zum Zivilschutzkorps auf der Grundlage der Wehrpflicht und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verteidigung erfolgen soll, da der vorgelegte Entwurf ausdrücklich von Kasernierung, Uniform, Eidesleistung usw. spricht, ist die Befürchtung, es solle hier eine zweite Armee geschaffen werden, nicht von der Hand zu weisen.

Da das Zivilschutzkorps trotzdem offiziell als nichtmilitärische Organisation ohne Kombattantenstatus eingestuft werden soll, wäre diese Truppe der Kontrolle der NATO entzogen - eine Tatsache, die nicht gänzlich ohne Konsequenzen für die Alliierten bleiben kann.

Staats- und verfassungsrechtliche Aspekte

Die Einordnung der drei Gesetzentwürfe als nicht verfassungsändernd ist aus verschiedenen Gründen bedenklich:

a) Die kommunalen Spitzenverbände haben verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Lastenverteilung geltend gemacht. Vor einer Verabschiedung der Gesetzentwürfe müssen die betreffenden Eingaben vom 1.3.63, vom 22.6.64 und vom 30.9.64 berücksichtigt werden, in denen die verfassungsrechtliche Anfechtbarkeit der drei Gesetze betont wird.

b) Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen ferner beim Zivilschutzkorpsgesetz, da die in § 23 ZSchKG vorgesehene Einschränkung

der Freizügigkeit nicht mit Art. 11 GG in Einklang zu bringen ist.

c) Ebenfalls im vorliegenden Entwurf des Zivilschutzkorpsgesetzes ist vorgesehen, das Wehrpflichtgesetz zur Grundlage der Heranziehung zum Zivilschutzkorps zu machen (§ 11 a ZSchKG). Laut Wehrpflichtgesetz ist jedoch eine solche Heranziehung nur zum Dienst in den bewaffneten Streitkräften möglich. Die Unvereinbarkeit von § 11 a ZSchKG und Art. 12 GG wäre damit gegeben.

d) Eine Veränderung des Art. 12 GG wäre notwendig, um die in § 4 des Selbstschutzgesetzes enthaltene Verpflichtung zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zu ermöglichen.

Damit wären das Schutzbaugesetz, das Selbstschutzgesetz und das Zivilschutzkorpsgesetz nach Art. 79 Abs. 1 GG "Gesetze, die den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändern oder ergänzen" und bedürften als solche laut Art. 79 Abs. 2 GG der Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Bundestages und von 2/3 der Stimmen des Bundesrates.

Anhang: Die übrigen Notstandsgesetze

Die restlichen Notstandsgesetze sind neben dem verfassungsändernden Notstandsverfassungsgesetz (Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes) noch: das Wassersicherstellungsgesetz, das Wirtschaftssicherstellungsgesetz, das Ernährungssicherstellungsgesetz, das Verkehrssicherstellungsgesetz, das Erkennungsmarkengesetz, das Aufenthaltregelungsgesetz, das Zivildienstgesetz, das Gesetz über Pressekommissionen im Falle der äußeren Gefahr und das Gesetz über Post- und Fernmeldekontrolle.

ED 713-4-82

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner



Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (06 11) 88 60 51/52

Postscheck Hannover 2398 48
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

22. 6. 65

Wichtige Pressemitteilung

Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - erklärte sich bei einer außerordentlichen Sitzung noch einmal entschieden gegen die geplante Notstandsgesetzgebung, vordringlichst gegen den am kommenden Mittwoch im Bundestag zur Abstimmung stehenden Teil der sogenannten einfachen Notstandsgesetze: Schutzbaugesetz, Selbstschutzgesetz und Zivilschutzcorpsgesetz. Da viele Bundestagsabgeordnete überfordert scheinen, die Fülle der vorgelegten Bundestagsdrucksachen zur Frage der Notstandsgesetzgebung in der Kürze der Zeit noch durchzuarbeiten, hat die Kampagne für Abrüstung allen Bundestagsabgeordneten eine Kurzübersicht über die gegenwärtig vorliegenden Entwürfe der sogenannten einfachen Notstandsgesetze zur Verfügung gestellt. (Diese Information zum neuesten Stand der Notstandsgesetze ist dieser Pressemitteilung beigelegt.)

In einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten kritisiert die Kampagne die Beschuldigungen von Sprechern der Koalitionsparteien, die SPD habe mit ihrem Beschluß, in dieser Legislaturperiode der Grundgesetzänderung nicht mehr zuzustimmen, einem unerlaubten außerparlamentarischen Druck nachgegeben. Die Kampagne stellt fest, daß dieser Argumentation eine falsche Auffassung von Demokratie und von den Aufgaben eines demokratischen Parlamentes zugrunde liegen. Willensäußerungen, auch Mißfallen, können nicht als unerlaubter Druck betrachtet werden. Vielmehr muß der Abgeordnete, wenn er seine Wähler nicht verachtet, ihre Proteste ernsthaft prüfen. Ein Parlament, das diese Aufgabe vernachlässigt, verliert für das Volk, also auch für die Wähler, an Bedeutung.

Die Kampagne für Abrüstung wird bei den Beratungen am kommenden Mittwoch mit Delegationen im Bundeshaus vorsprechen, um möglichst vielen Bundestagsabgeordneten die Bedenken gegen die Notstandsgesetzgebung vorzutragen. Darüber hinaus wird die Kampagne weiterhin durch vielfältige Proteste und Aufklärungsaktionen in der Öffentlichkeit wirken, um so Unbehagen und Opposition in der Bevölkerung gegen die Notstandsgesetzgebung weiter zu verstärken.

Offenbach, 22. Juni 1965 - V.

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flecht-
heim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert
Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Mar-
tin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad
Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzstraße 20

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch

der Atomwaffengeegner



Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (06 11) 88 60 51/52

Postscheck Hannover 2398 48
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

An den Deutschen Gewerkschaftsbund,
die angeschlossenen Gewerkschaften und
Industriegewerkschaften sowie die
örtlichen und regionalen Untergliederun-
gen des DGB

20. Juni 1965

22. 6. 65

Sehr geehrte Damen und Herren!

In den letzten Wochen ist sehr plötzlich die Gefahr einer Verabschiedung der Notstandsgesetze deutlich geworden und es ist bestimmt neben den Aktionen anderer außerparlamentarischer Gruppen, vorwiegend den Aktionen und Protesten der Gewerkschaften, zu verdanken, daß die Sozialdemokratische Partei erklärt hat, den verfassungsändernden Gesetzesvorlagen zur Notstandsgesetzgebung in dieser Legislaturperiode nicht mehr zuzustimmen. Die Gewerkschaften sehen die Interessen der Arbeitnehmer am unmittelbarsten durch das Zivildienstgesetz bedroht.

Wir erlauben uns, Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, beigelegt ein Arbeitspapier über den neuesten Stand der Notstandsgesetzgebung zu überreichen, das wir bereits allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages zugehen ließen. Wir bitten Sie sehr darum, dieses sicher sehr aufschlußreiche Arbeitspapier, das Stellung nimmt zu dem Schutzbaugesetz, dem Selbstschutzgesetz und dem Zivilschutzcorpsgesetz, aufmerksam zu lesen und zu entnehmen, daß bereits diese drei sogenannten einfachen Notstandsgesetze verfassungsrechtlich anfechtbar sind und darüber hinaus ebenfalls im wesentlichen zu Lasten des "kleinen Mannes" gehen.

Wir bitten Sie, im Interesse Ihrer Organisation und Ihrer Mitglieder, weiterhin aufzuklären und entschieden zu protestieren gegen die gesamte Notstandsgesetzgebung und den Abgeordneten und Parteien gegenüber deutlich werden zu lassen, daß die Gewerkschaften alles tun werden, um die Demokratie ernsthaft zu verteidigen.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Dr. Andreas Buro
- Sprecher -

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Geschäftsführer

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach, den 1.6.1965
Buchrainweg 161 ar/gu
Postfach 648

19. 6. 65

ED 718-24-84

An alle Ausschüsse der Kampagne

Betr.: Notstandsgesetzgebung

Liebe Freunde,

Klaus Vack hat Sie mit Rundschreiben vom 26. Mai 1965 über mögliches von der Geschäftsstelle zu beziehendes Material zur Notstandsgesetzgebung informiert.

Beim Versand dieses Rundschreibens war noch nicht vorauszusehen, daß sich die politische Situation durch die Weigerung der SPD, in dieser Legislaturperiode einer Verabschiedung der Notstandsgesetze zuzustimmen, verändern würde.

Zwar ist damit die Gefahr einer späteren Annahme dieser Gesetze keineswegs gebannt, aber die neue Situation hat zumindest eine Veränderung der Argumentation ergeben. Nach Rücksprache mit verschiedenen regionalen Ausschüssen wurde vereinbart, vorläufig die Herstellung der im letzten Rundschreiben angekündigten Plakate "Notstand droht durch Notstandsgesetze" in der Größe DIN A 0, DIN A 1 und DIN A 3, sowie das Zeitungsflugblatt zu stornieren. Sicherlich werden sowohl die Plakate wie das Zeitungsflugblatt zu einem späteren Zeitpunkt hergestellt. Auf alle Fälle ist durch die entstandene Situation möglicherweise eine Überarbeitung des Textes vorher erforderlich.

Da sich der Geschäftsführer der Kampagne, Klaus Vack, zur Zeit zur Wiederherstellung seiner Gesundheit im Urlaub befindet, bin ich von Dr. Andreas Buro gebeten worden, Sie von dieser veränderten Situation in Kenntnis zu setzen.

Alle anderen Anregungen, die im Rundschreiben vom 26. Mai 1965 gemacht worden sind, besonders aber die Beeinflussung der Bundestagsabgeordneten bleiben davon unberührt. Verstärken Sie zumindest Ihre Aktivität bei der Beeinflussung der Bundestagsabgeordneten, zumal ja die zweite Lesung der Notstandsgesetzgebung auf den 16. Juli 1965 festgelegt ist.

Mit freundlichem Gruß,

Alfred Riedel
i.A.: Alfred Riedel

PS: Der Regionalausschuß West wird Flugblätter gegen die Notstandsgesetze herstellen. Sofern solche Flugblätter gewünscht werden, sind Bestellungen direkt an den Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 183 zu richten. Beiliegend finden Sie noch eine Presseerklärung zur Notstandsgesetzgebung, um deren Beachtung ich Sie besonders bitte.

kampagne für abrüstung ostermarsch der atomwaffengegner



pressediens

dieses material steht zu freiem abdruck zur verfügung, um zusendung eines belegexemplars und um quelleangabe wird gebeten.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DEN STAND DER NOTSTANDSGESETZGEBUNG
=====

Zum gegenwärtigen stand der Notstandsgesetzgebung erklärt der Presse-referent der Kampagne für Abrüstung, Dr. Arno Klönne, Bochum:

Fünf der geplanten dreizehn Notstandsgesetze werden nach der Saar-brücker Erklärung der SPD-Spitzengremien von diesem Bundestag nicht mehr verabschiedet werden können. Es sind dies das verfassungsän-dernde Notstandsverfassungsgesetz, das Zivildienstgesetz und das Ge-setz über die Einschränkung der Pressefreiheit in Notsituationen, das Aufenthaltsregelungsgesetz und das Gesetz über Post- und Tele-fonkontrolle. Die Proteste der Gewerkschaften, der Hochschulpro-fessoren, kirchlicher und anderer Kreise haben also zunächst erreicht, daß die Verwirklichung dieser 5 Gesetze aufgeschoben wurde.

Aber die Gefahr ist noch nicht gebannt.

Folgende Gesetze sollen vom Bundestag noch im Juni verabschiedet wer-den:

1. Das Schutzbaugesetz, das zum Bau kostspieliger und sinnloser Bun-ker und Luftschutzräume verpflichten soll;
2. Das Zivilschutz-Corps-Gesetz, das die Schaffung neuer truppen-ähnlicher Verbände vorsieht;
3. Das Selbstschutzgesetz (Zivilschutz-, Luftschutzgesetz), das jede Familie dazu verpflichten soll, auf eigene Kosten Verdunklungs-vorrichtungen, Haushaltsbevorratung, Geräte, Gasmasken usw. anzu-schaffen;
4. Das Erkennungsmarkengesetz, das die Ausgabe von Erkennungsmarken an alle Kinder unter 12 Jahren vorsieht.

Die SPD-Spitze hat diesen Gesetzen, die auch mit einfacher Bundes-tagsmehrheit verabschiedet werden können, bereits ihre Zustimmung gegeben.

Nach Auffassung der Regierungsparteien sollen außerdem die folgenden Gesetze mit einfacher Mehrheit noch in diesem Bundestag beschlosser werden:

5. Das Wassersicherstellungsgesetz, das die Zuteilung von Wasser im Kriegs-falle vorsieht;
6. Das Ernährungssicherstellungsgesetz, das u.a. die Ausgabe von Le-bensmittelkarten an die Bevölkerung regelt;
7. Das Verkehrssicherstellungsgesetz, das die Beschlagnahme von Fahr-zeugen ermöglichen soll; und
8. Das Wirtschaftssicherstellungsgesetz, das weitgehende Eingriffe in die Wirtschaft möglich machen soll.

Nicht eines der geplanten Notstandsgesetze ist also grundsätzlich in Frage gestellt worden. Die Koalitionsparteien sind entschlossen, das nun aufgeschnürte Notstandspaket s c h r i t t w e i s e zu ver-

wirklichen. Dabei stimmt ihnen die SPD teilweise zu.

Zur Haltung der SPD-Spitzengremien schreibt der "Kölner Stadtanzeiger" am 31. Mai 1965 u.a.: "Brandt-Kritik an der Haltung der Gewerkschaften lässt keinen Zweifel daran, daß die Sozialdemokraten zu einem späteren Zeitpunkt der erforderlichen Verfassungsänderung zustimmen werden ... So liegt der Verdacht nahe: Brandt und die Seinen sagen jetzt nur deshalb nein, um nach dem Wahltag ihr Ja teurer zu verkaufen. Es wäre beispielsweise eine hübsche Mitgift für eine große Koalition."

Dazu darf es nicht kommen. Die Kampagne für Abrüstung fordert deshalb:

- + Auch die restlichen Notstandsgesetze, die noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollen, müssen von der Tagesordnung des Bundestages abgesetzt werden.
- + Auch nach den Bundestagswahlen dürfen die Notstandsgesetze nicht verabschiedet werden.
- + Alle Versuche, die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland aufzuheben, müssen ein für alle Mal verhindert werden.

Offenbach/Main, den 1. Juni 1965 - Riedel

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 718-24-87
605 Offenbach, den 1.6.1965
Buchrainweg 161 ar/gu
Postfach 648 19. 6. 65

An den Hessischen Ausschuß und die örtlichen Ausschüsse

Betr.: Geplante Notstandsgesetzgebung

Liebe Freunde,

wir standen bereits inmitten der Vorbereitung von Aktionen gegen die Notstandsgesetze, als wir durch Rundfunkmeldungen zur Kenntnis nahmen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beschlossen habe, in dieser Legislaturperiode der Verabschiedung der Notstandsgesetze nicht mehr zuzustimmen.

Obwohl zu befürchten ist, daß damit noch keineswegs die Gefahr einer Notstandsverordnung nach den Bundestagswahlen gebannt ist, hat sich für unsere Aktionen eine veränderte Situation ergeben.

Der Hessische Ausschuß wird am kommenden Donnerstag zu einer Beratung zusammenkommen. Sicher ist jedoch, daß die im Rundbrief Nr. 3 vom 26. Mai 1965 erwähnte Großkundgebung unter freiem Himmel nicht zu diesem Zeitpunkt stattfinden wird.

Die ebenfalls im Rundbrief Nr. 3 angegebenen Plakate im Format DIN A 0, DIN A 1 und DIN A 3, sowie das zweiseitige Zeitungsflugblatt im Format "Frankfurter Rundschau" werden vorläufig nicht gedruckt. Der Druckauftrag ist auf Grund der veränderten politischen Situation vorläufig in der Druckerei storniert worden. Sowohl der Zentrale Ausschuß wie auch der Hessische Ausschuß werden zunächst einmal überprüfen müssen, ob auf Grund dieser veränderten politischen Situation eine Überarbeitung des Zeitungsflugblattes und der Plakate notwendig werden.

Die vorgesehene Materiallieferung, wie sie entsprechend Anlage 4 zum Rundbrief Nr. 3 angegeben war, kann deshalb vorläufig nicht erfolgen. Alle anderen im Rundbrief Nr. 3 angegebenen Maßnahmen, wie verschiedene Aktionen und das persönliche Ansprechen der Bundestagsabgeordneten, die evtl. dennoch mögliche Aufstellung von Informationsständen, bleiben davon unberührt.

Da sowohl Fritz Strass wie auch Klaus Vack z.Zt. abwesend sind, bin ich beauftragt worden, Sie von der veränderten Situation in Kenntnis zu setzten.

Mit freundlichem Gruß,

Alfred Riedel

i.A.: Alfred Riedel

Kampagne für Abrüstung
 Ostermarsch der Atomwaffengegner
 - Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, 18. Juni 1965
 Buchrainweg 161 Postfach 648

19. 6. 65

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses
 und die Örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

es scheint so, als ob die Aktivitäten außerparlamentarischer Kreise gegen die geplanten Notstandsgesetze bereits ihren Höhepunkt erreicht hätten und in ein Stadium von Selbstzufriedenheit und Aktionsmüdigkeit geraten seien. Dabei werden drei wesentliche und gefährliche sogenannte einfache Notstandsgesetze in der kommenden Woche im Bundestag beraten und voraussichtlich noch im Juni verabschiedet. Es handelt sich dabei um das Schutzbaugesetz, das Selbstschutzgesetz und das Gesetz über das Zivilschutzkorps.

Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, daß wir noch einmal zusammenkommen und beraten, was wir als Kampagne für Abrüstung noch tun können. Außerdem sollten wir uns überlegen, welche Aktionen die Kampagne noch machen könnte zur sich täglich verschärfenden Lage in Vietnam.

Wir laden deshalb zu einer gemeinsamen Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen ein für

Dienstag, 22. Juni 1965, 18,30 Uhr
 in das Haus der Jugend, Frankfurt.

Es ist sehr wichtig, daß der Hessische Ausschuß möglichst vollständig und mindestens je ein Vertreter aller Örtlichen Ausschüsse bei dieser Sitzung anwesend sind. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Bericht über die ZA-Sitzung am 19./20. Juni 1965
2. Notstandsgesetzgebung
3. Vietnamkrieg
4. 6. August 1965 (Hiroshimatag)
5. Verschiedenes

✓ Zu Ihrer Information fügen wir eine Schrift bei "Die Luftschutzgesetze - Schleichwege zum Notstand".

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
 (Klaus Vack)

ED 718-24-89

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, den 28.5.1965
Buchrainweg 161, Postfach 648

16. 6. 65

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in den Wochen vor Ostern haben wir Ihnen fünf Fördererbons à 2,-- DM, also im Gesamtwert von DM 10,-- zugeschickt, mit der Bitte, diese im Freundes- und Bekanntenkreis zu verkaufen und den Betrag zur Finanzierung unserer Arbeit an uns zu überweisen.


Wir haben keine 100 %ige Bürokratie und Fehler sind auch bei uns möglich. Dies möchten wir vorausschicken, wenn wir Ihnen mitteilen, daß wir bisher von Ihnen weder eine Zahlung noch die zurückgeschickten Fördererbons feststellen konnten.

Bitte überprüfen Sie doch, ob die Fördererbons bereits bezahlt wurden und wenn dies nicht der Fall ist, dann wären wir Ihnen in Anbetracht unserer wirklich schlechten finanziellen Lage sehr dankbar, wenn Sie uns dieses Geld recht schnell überweisen könnten.

Sollte es Ihnen wider Erwarten trotz aller Anstrengungen nicht möglich sein, die Fördererbons zu verkaufen oder zu übernehmen, dann bitten wir um Rücksendung, damit wir diese anderweitig verwenden können.

Sollten wir uns irren, daß Sie die Fördererbons bereits bezahlt haben, dann bitten wir diesen Brief als gegenstandslos zu betrachten.

Mit freundlichen Grüßen,


(Klaus Vack)



pressediensst

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

16. 6. 65

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Kampagne für Abrüstung fordert: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik

Am heutigen Vorabend der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Deutschen Bundestag veranstaltete die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß eine Protestdemonstration durch die frankfurter Innenstadt. Der Zug führte mit ca. 2 000 Teilnehmern vom Römerberg über Neue Kräme - Liebfrauenstraße - Hauptwache - Große Bockenheimer Straße - Opernplatz - Taunusanlage - Gallusanlage - Kaiserstraße - Kaiserplatz - Bethmannstraße - Paulsplatz - Römerberg.

Die Demonstranten verteilten an Straßenpassanten rund 10 000 hektografierte Flugblätter mit einer 21 Punkte Stellungnahme des Prof. Dr. der Rechte Helmut Ridder zur Notstandsgesetzgebung. In dem Flugblatt heißt es u.a., der jetzt zur zweiten Lesung vorliegende Entwurf des Notstandspaketes sei erfüllt von Mißtrauen gegen den Staatsbürger, dessen staatspolitisches und persönliches Verantwortungsbewußtsein wieder einmal durch obrigkeitsstaatliche Maßnahmen gelähmt werden solle.

Auf Transparenten und Plakaten forderten die Demonstranten von Bundesregierung und Bundestag Entspannungspolitik statt Notstandspolitik.

Da die Demonstration bereits um 19 Uhr begann, kam es, vor allen Dingen auf der Hauptwache, zu erheblichen Verkehrsstauungen, die jedoch von der Polizei bewältigt werden konnten. Die Demonstranten verteilten bei dieser Gelegenheit an die Autofahrer Handzettel, die darauf aufmerksam machten, daß es durch die geplanten Notstandsgesetze möglich sein wird, ihre Fahrzeuge zu beschlagnehmen.

Aus Anlaß der zweiten Lesung der Notstandsgesetze wird der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung am 16. Juni 1965 mit 50 Teilnehmern nach Bonn fahren, um an den dort stattfindenden Protestaktionen teilzunehmen und mit einer Delegation im Bundestag verschiedenen hessischen Bundestagsabgeordneten eine ablehnende Stellungnahme der Kampagne für Abrüstung gegen die Notstandsgesetze zu übergeben.

Offenbach (Main), 15. Juni 1965 - Vack

ED 718-24-91

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 14. 6. 65
Buchrainweg 161
Postfach 648
Tel. 88 60 51/52 **15. 6. 65**

Liebe Freunde,

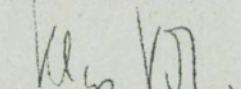
wir erinnern Sie noch einmal an unsere Einladung zu einer grundsätzlichen Diskussion am 17. 6. 65 über die zukünftige Arbeit der Kampagne für Abrüstung.

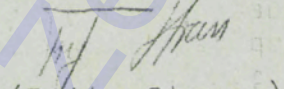
Im Rahmen dieser Zusammenkunft werden wir uns u. a. mit dem Sofortprogramm der Kampagne, das bei den Abschlußkundgebungen angekündigt wurde, beschäftigen. Der Arbeitsausschuß des Zentralen Ausschusses wird bis zum Donnerstag einen Vorschlag erarbeitet haben, den wir als Diskussionsgrundlage verwenden können.

Wir hoffen, daß Sie zu dieser - für die weitere Arbeit sehr wichtigen - Sitzung kommen können.

Wir beginnen am Donnerstag, dem 17. Juni 1965 um 9,30 Uhr im Naturfreundehaus Rosenhöhe, 605 Offenbach, Am Waldschwimmbad 30. Die Sitzung wird etwa gegen 17,00 Uhr beendet sein.

Mit herzlichem Gruß


(Klaus Vack)


(Fritz Strass)

PS - Für die Mitglieder des Hessischen Ausschusses:
Die für Mittwoch, den 16. 6. 65 vorgesehene Arbeitssitzung wird bis auf weiteres verschoben.

11. Die Bundesregierung kann Zwangskooperationen, etwa zur Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben, bilden. Reichspressekammer, Reichsschrifttumskammer, Deutsche Arbeitsfront und ähnliche Institutionen der Vergangenheit könnten so in neuem Gewande wieder auftauchen.

III. Auswirkungen

12. Durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze würde mitten im Frieden eine umfassende Militarisierung des öffentlichen Lebens eingeleitet (Zivildienstpflicht, Sicherstellungsgesetze). Unter dem Anschein der Legalität würde die Demokratie Schritt für Schritt abgebaut.

13. Die Notstandsgesetze greifen zutiefst in Lebensführung, Eigentum und wirtschaftliche Existenz jedes einzelnen ein und lassen bereits in Friedenszeiten Freiheitsbeschränkungen in größtem Umfange zu.

14. Die gesamte Wirtschaft der Bundesrepublik kann bereits in Friedenszeiten in eine totale Zwangswirtschaft verwandelt werden. Die Wirtschaftsorganisationen werden in ihren Selbstverwaltungsrechten bedroht. Es gibt keine wirksame Kontrollbefugnisse des Parlaments, die der schwerwiegenden Verlagerung der wirtschaftlichen Gesetzgebungskompetenz auf die Bundesregierung angemessen wären. Auch die Sicherstellungsgesetze sind nicht mit rechtsstaatlichen Grundsätzen zu vereinbaren.

15. Durch Anwendung der Sicherstellungsgesetze kann die selbständige Existenz jedes Wirtschaftsbetriebes vernichtet werden. Betriebe können stillgelegt oder mit anderen vereinigt, einer behördlichen Verwaltung unterstellt. Produktionsgeheimnisse können übertragen, Werksleitungen erzwungen werden. Rohstoffe und Kapital können nach dem Ermessen der Behörden zugeteilt oder verweigert werden.

16. Erhebliche und unzumutbare finanzielle Lasten werden bereits in Friedenszeiten den Haushaltungen und den Betrieben aufgebürdet.

17. Eine umfassende Dienstpflicht macht bereits in Friedenszeiten eine totale Mobilmachung möglich und unterwirft den Bürger einer uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Regierung. Die Ermächtigung an die Regierung die beschleunigte Herstellung der Verteidigungsbereitschaft stufenweise anzuordnen, gibt ihr das Recht, sich schrittweise in den Ausnahmezustand einzuschleichen.

18. Die Durchführung der Notstandsgesetzgebung würde jede weitschauende Sozialpolitik und insbesondere die Verwirklichung des Aktionsprogramms der Gewerkschaften unmöglich machen. Die großen sozialen und kulturpolitischen Aufgaben der Gemeinden und Länder müßten erheblich eingeschränkt werden.

IV. Schlußfolgerungen

19. Die Notstandsgesetze stellen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland auf den Kopf und verköhren den Sinn des Grundgesetzes in sein Gegenteil. Die Väter des Grundgesetzes schufen unsere Verfassung nicht nur für Schönwetterperioden, sondern auch für Krisenzeiten. Das Grundgesetz und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie vor den Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, daß die wesentlichen Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden. Eine solche Aufhebung unserer Demokratie wäre für eine Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte aus Art. 5 des Deutschland-Vertrages nicht erforderlich.

20. Die Notstandsgesetze sind erfüllt von Mißtrauen gegen den Staatsbürger, dessen staatspolitisches und persönliches Verantwortungsbewußtsein wieder einmal durch obrigkeitstaatliche Maßnahmen gelähmt werden soll.

21. Die Bundesregierung behauptet, die Notstandsgesetze sollten rechtsstaatliche Bedingungen für den Notfall schaffen und die Regierung wolle "Macht abgeben". In Wahrheit bewirken die Gesetze eine totale staatliche Machtkonzentration.

protestdemonstration

durch die frankfurter Innenstadt
=====

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung findet eine Protestdemonstration der Kampagne für Abrüstung gegen die geplante Notstandsgesetzgebung statt.

Die Demonstration ist polizeilich angemeldet und genehmigt. Die Demonstration beginnt um 19 Uhr und führt durch folgende Straßen: Römerberg, Neue Kräme, Liebfrauenstraße, Hauptwache, Große Bockenheimer Straße, Opernplatz, Taunusanlage, Gallusanlage, Kaiserstraße, Kaiserplatz, Bethmannstraße, Paulsplatz, Römerberg.

Nehmen Sie teil und protestieren Sie mit der Kampagne für Abrüstung am Vorabend der zweiten Lesung noch einmal nachdrücklich gegen die Gefährdung von Demokratie, Entspannung und Frieden, denn:

NOTSTAND DROHT DURCH NOTSTANDSGESETZE

Nähere Informationen gibt der Verantwortliche, Fritz Amann, nach Abschluß der DGB-Kundgebung bekannt.

protest in bonn

Morgen, am 16. Juni 1965, demonstriert die Kampagne für Abrüstung in Bonn aus Anlaß der zweiten Lesung gegen die geplante Notstandsgesetzgebung.

Wir fahren mit einem Autobus (kostenlos!) ab Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, 7,00 Uhr (pünktlich!).

Interessenten informieren sich bitte an der Marschspitze der frankfurter Protestdemonstration und erhalten dort, solange Vorrat reicht, eine Platzkarte. Rückkunft in Frankfurt gegen 20 Uhr (?).

Wer mit Privatwagen nach Bonn fahren will, findet sich bitte zwischen 10 - 11 Uhr ein im Gasthaus Bürgerverein, Bonn, Poppelsdorfer Allee.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFENGEGNER
Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon 88 60 51
Postscheckkonto Frankfurt, Nr. 57 648

Verantwortlich und Druck: Fritz Amann, 61 Darmstadt, Liebfrauenstr. 95

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4, den 4.6.65
Postfach 648
Buchrainweg 161

9. 6. 65

Liebe Freunde,

wie Ihnen sicher inzwischen bekannt geworden ist, beabsichtigt der Bundestag, entgegen der ersten Verlautbarung der SPD, doch noch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Notstands-inzelgesetzen zu verabschieden:

Nach dem jetzigen Stand ist zu erwarten, daß die nachfolgend angeführten Gesetze noch im Juni beschlossen werden:

1. das Schutzbaugesetz, das zum Bau kostspieliger und sinnloser Bunker und Luftschutzräume verpflichten soll;
2. das Zivilschutzcorpsgesetz, das die Schaffung neuer, truppenähnlicher Verbände vorsieht;
3. das Selbstschutzgesetz (Zivilschutz-, Luftschutzgesetz), das jede Familie dazu verpflichten soll, auf eigene Kosten Verdunkelungsvorrichtungen, Haushaltsbevorratung, Geräte, Gasmasken usw. anzuschaffen;
4. das Erkennungsmarkengesetz, das die Ausgabe von Erkennungsmarken an alle Kinder unter 12 Jahren vorsieht;

Nach Auffassung der Regierungsparteien sollen außerdem die folgenden Gesetze mit einfacher Mehrheit noch in diesem Bundestag beschlossen werden:

5. das Wassersicherstellungsgesetz, das die Zuteilung von Wasser im Kriegsfall vorsieht;
6. das Ernährungssicherstellungsgesetz, das u.a. die Ausgabe von Lebensmittelkarten an die Bevölkerung regelt;
7. das Verkehrssicherstellungsgesetz, das die Beschlagnahme von Fahrzeugen ermöglichen soll;
8. das Wirtschaftssicherstellungsgesetz, das weitgehende Eingriffe in die Wirtschaft möglich machen soll.

Angesichts dieser Situation haben die Gewerkschaften in Hessen beschlossen, eine umfassende Protestaktion durchzuführen. Vorgesehen sind Kundgebungen und Demonstrationen in Kassel, Gießen, Hanau, Darmstadt und Frankfurt.

Der Hessische Ausschuß hat beschlossen, diese Aktionen der Gewerkschaften mit all seinen Kräften zu unterstützen. Wir fordern Sie auf, die bereits ausreichend informierten und mit Materialien versorgten örtlichen Ausschüsse bei der Flugblatt- und Plakataktion zu unterstützen.

Von besonderer Bedeutung wird die Kundgebung der Gewerkschaften in Frankfurt sein. Die Kundgebung findet statt am

!!! 15. Juni 1965, 18.00 Uhr auf dem Römerberg in Frankfurt.

Voraussichtliche Referenten sind Werner Vitt (DBG), Heinrich Hannover* (Rechtsanwalt) u. andere.

Es kommt darauf an, daß auf dem Römerberg mindestens die gleiche Anzahl von Demonstranten vorhanden ist, wie bei der Abschlußkundgebung des letzten Ostermarsches. Nur dadurch wird es möglich sein, auf die vorgesehene Beschlußfassung des Deutschen Bundestages wirkungsvoll einzuwirken.

Wer es nur irgendwie einrichten kann, sollte deshalb am 15. Juni in Frankfurt bei der Kundgebung dabei sein und auch in seinem Bekannten- und Freundeskreis dafür werben. Wir legen Ihnen zur schriftlichen Benachrichtigung Ihrer Freunde je 5 Postkarten bei, von denen Sie bitte Gebrauch machen wollen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Heiner Halberstadt

Für die Richtigkeit:

gez. Alfred Riedel

P.S. Der Hessische Ausschuß wird darüber hinaus noch eine größere Plakataktion durchführen. Diese Plakataktion erfordert eine große Belastung unserer finanziellen Möglichkeiten. Andererseits ist geboten, die Kundgebungen der Gewerkschaften nach allen Möglichkeiten zu unterstützen.

Wir legen deshalb diesem Rundschreiben wieder eine Zahlkarte bei.

ED 718-24-95

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 8. Juni 1965
Buchrainweg 161

9. 6. 65

An die Mitglieder des
Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

wie wir bereits bei einer unserer letzten Zusammenkünfte beschlos-
sen haben, wird die nächste Sitzung des Hessischen Ausschusses
am 16. Juni 1965 - 18,30 Uhr - Haus der Jugend, Frankfurt/M. -
stattfinden. Einziger Tagesordnungspunkt:

Sofortprogramm der Kampagne

Da über dieses Sofortprogramm bei der ZA-Sitzung am folgenden
Wochenende beraten wird, sollten, um eine breite Diskussion zu
ermöglichen, nach Möglichkeit alle Mitglieder des HA anwesend
sein. Falls jemand verhindert ist, bitten um um tel. Benachrich-
tigung unter 88 50 61.

Mit herzlichem Gruß!

Fritz Strass

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 718-24-96
605 Offenbach, den 8. 6. 1965
Buchrainweg 161

9. 6. 65

Liebe Freunde,

um eine grundsätzliche Diskussion über die zukünftige Arbeit der Kampagne für Abrüstung zu führen, laden wir den Hessischen Ausschuß und eine Reihe von Gästen zu einer ganztägigen Sitzung am 17. Juni 1965 ein.

Zu Beginn wird Egon Becker, Frankfurt/M. ein einführendes Referat zum Thema "Selbstverständnis der Kampagne" halten. Ein weiteres Referat wird sich mit der Struktur der öffentlichen Meinung beschäftigen.

Wir halten dieses Grundsatzgespräch deshalb für sehr bedeutend, da bei der Beurteilung der bisherigen Arbeit und zur Frage, welche Möglichkeiten die Kampagne in Zukunft ausnutzen kann, unterschiedliche Standpunkte möglich sind, die ausführlich diskutiert werden müssen.

Deshalb wäre es vorteilhaft, wenn nach Möglichkeit jeder dieser Einladungen folgen würde. Die Sitzung soll am 17. 6. 1965 im Naturfreundehaus Rosenhöhe, Offenbach, Am Waldschwimmbad 30 beginnen und wird gegen 17,00 Uhr beendet sein. Das Naturfreundehaus ist zu erreichen: vom Hauptbahnhof Offenbach mit dem Bus Linie 3 Richtung Buchrainweiher bis Haltestelle Loos; von dort ca. 10 Minuten Fußweg durch die Schrebergärten nach der Beschilderung; für Autofahrer: Spremlinger Landstraße, Odenwaldring, nach der 1. Ampel rechts Senfelderstraße, Gravenbruchweg, rechts Auf der Rosenhöhe, rechts am Waldschwimmbad vorbei.

Um einen Überblick zur Teilnehmerzahl zu erhalten, bitten wir Sie, den beigefügten Meldeabriß an unsere Anschrift zurückzusenden.

Mit herzlichem Gruß

gez. Klaus Vack gez. Fritz Strass

Bitte sofort erledigen!

An der Sitzung des Hess. Ausschusses mit Gästen am 17. Juni 1965 in Offenbach nehme ich teil:

ja

nein

Name, Anschrift

Unterschrift

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach/M.4, 4.6.65
Buchrainweg 161
Postfach 648

5. 6. 65

ED 718-24-97

An die Mitglieder des
Hessischen Ausschusses, sowie
die örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

der Hessische Ausschuß hat, wie in seinem Rundschreiben vom 1.6.65 angekündigt, die neue Situation im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung beraten.

Es hat sich, wie wir bereits mitteilten, bestätigt, daß durch den Beschluß der SPD die Verabschiedung von Notstandsgesetzen noch in dieser Legislaturperiode keineswegs aufgehoben ist. Über die politische Lage informiert Sie die beigefügte Presseerklärung des Zentralen Ausschusses. Wieebenfalls bekannt ist, haben inzwischen der DGB - Landesbezirk - und zahlreiche Einzelgewerkschaften beschlossen, aus Anlaß der zweiten Lesung der vorgesehenen Gesetze im Bundestag und der drohenden Verabschiedung der in der Presseerklärung angeführten Einzelgesetze eine umfassende Protestaktion in Gesamthessen zu starten. Vorgesehen sind bis jetzt Kundgebungen und Demonstrationen in Kassel, Gießen, Hanau, Darmstadt und Frankfurt. Der HA ist der Auffassung, daß die Kampagne für Abrüstung diese Veranstaltungen und Aktionen der Gewerkschaften mit allen Kräften unterstützen muß.

Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. Die örtlichen Ausschüsse im Raum Kassel, Gießen und Hanau sollen sich mit den zuständigen Kreis Ausschüssen des DGB in Verbindung setzen und von dort die in unserem letzten Rundschreiben vorgesehene Zahl von Flugblättern anfordern und zur Verteilung bringen.
2. Die örtlichen Ausschüsse im Raum Frankfurt werden von der Geschäftsstelle die Flugblätter bis spätestens Donnerstag, den 10. Juni, für die Kundgebung der Gewerkschaften auf dem Frankfurter Römerberg, die am 15.6.65, voraussichtlich um 18.00 Uhr stattfinden wird, unmittelbar zugestellt bekommen. Wir bitten auch diese Ausschüsse, einen entsprechenden Verteilerplan vorzubereiten.
3. Alle hessischen Ostermarschanhänger werden von der Geschäftsstelle umgehend eine Information über die DGB-Kundgebungen erhalten.
4. Der Hessische Ausschuß wird, wie vorgesehen, die Informationsplakate voraussichtlich aufgrund der zeitlichen Umstände alle im Format DIN A 1 drucken lassen. Wir bitten Sie, diese Plakate, die Sie bis spätestens Samstag, den 12. Juni 1965, zugestellt bekommen, in der vorgesehenen Weise auszuhängen. Die Plakate sind nach unserer Auffassung eine wirkungsvolle Ergänzung zu den DGB-Kundgebungen. Wichtig ist vor allem, daß sie zum Zeitpunkt

der zweiten Lesung einem wirklich großen Bevölkerungskreis ersichtlich werden. Dort, wo örtliche Kundgebungen stattfinden, können die Plakate mit einem entsprechenden Überkleber versehen werden.

5. Beigefügt finden Sie noch eine Liste für Slogans, die Sie für Umhängeschilder verwenden wollen, damit bei Kundgebungen und Demonstrationsmärschen ebenfalls eine gute politische Wirkung im Zusammenhang mit unserem Anliegen erreicht wird.

Abschließend bitten wir Sie, mit all Ihren Kräften den vorstehenden Aktionsplan zu unterstützen, da es erfahrungsgemäß von der Kampagne für Abrüstung sehr stark abhängt, ob solche Kundgebungen eine entsprechende Wirkung haben.

Mit freundlichem Gruß

gez. Heiner Halberstadt

Für die Richtigkeit:

gez. Alfred Riedel

Institut für Zeitgeschichte Archiv

A b s c h r i f t

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegener
Zentraler Ausschuß

P r e s s e d i e n s t

Dieses Material steht zu
freiem Abdruck zur Verfü-
gung, um Zusendung eines
Belegexemplares und um
Quellenangabe wird gebeten.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DEN STAND DER NOTSTANDSGESETZGEBUNG

=====

Zum gegenwärtigen Stand der Notstandsgesetzgebung erklärt der Presse-
referent der Kampagne für Abrüstung, Dr. Arno Klönne, Bochum:

Fünf der geplanten dreizehn Notstandsgesetze werden nach der Saar-
brücker Erklärung der SPD-Spitzengremien von diesem Bundestag nicht
mehr verabschiedet werden können. Es sind dies das verfassungsän-
dernde Notstandsverfassungsgesetz, das Zivildienstgesetz und das
Gesetz über die Einschränkung der Pressefreiheit in Notsituationen,
das Aufenthaltsregelungsgesetz und das Gesetz über Post- und Tele-
fonkontrolle. Die Proteste der Gewerkschaften, der Hochschulpro-
fessoren, kirchlicher und anderer Kreise haben also zunächst er-
reicht, daß die Verwirklichung dieser 5 Gesetze aufgeschoben wurde.

Aber die Gefahr ist noch nicht gebannt.

Folgende Gesetze sollen vom Bundestag noch im Juni verabschie-
det werden:

1. Das Schutzbaugesetz, das zum Bau kostspieliger und sinnloser
Bunker und Luftschutzräume verpflichten soll;
2. Das Zivilschutz-Corps-Gesetz, das die Schaffung neuer truppen-
ähnlicher Verbände vorsieht;
3. Das Selbstschutzgesetz (Zivilschutz, Luftschutzgesetz), das je-
de Familie dazu verpflichten soll, auf eigene Kosten Verdunk-
lungsvorrichtungen, Haushaltsbevorratung, Geräte, Gasmasken
usw. anzuschaffen;
4. Das Erkennungsmarkengesetz, das die Ausgabe von Erkennungsmar-
ken für alle Kinder unter 12 Jahren vorsieht.

Die SPD-Spitze hat diesen Gesetzen, die auch mit einfacher Bundes-
tagsmehrheit verabschiedet werden können, bereits ihre Zustimmung
gegeben.

Nach Auffassung der Regierungsparteien sollen außerdem die folgen-
den Gesetze mit einfacher Mehrheit noch in diesem Bundestag be-
schlossen werden:

5. Das Wassersicherstellungsgesetz, das die Zuteilung von Wasser
im Kriegsfall vorsieht;
6. Das Ernährungssicherstellungsgesetz, das u.a. die Ausgabe von
Lebensmittelkarten an die Bevölkerung regelt;
7. Das Verkehrssicherstellungsgesetz, das die Beschlagnahme von
Fahrzeugen ermöglichen soll;

8. Das Wirtschaftssicherstellungsgesetz, das weitgehende Eingriffe in die Wirtschaft möglich machen soll.

Nicht eines der geplanten Notstandsgesetze ist also grundsätzlich in Frage gestellt worden. Die Koalitionsparteien sind entschlossen, das nun aufgeschnürte Notstandspaket s c h r i t t w e i s e zu verwirklichen. Dabei stimmt ihnen die SPD teilweise zu.

Zur Haltung der SPD-Spitzengremien schreibt der "Kölner Stadtanzeiger" am 31. Mai 1965 u.a.: "Brandt-Kritik an der Haltung der Gewerkschaften läßt keinen Zweifel daran, daß die Sozialdemokraten zu einem späteren Zeitpunkt der erforderlichen Verfassungsänderung zustimmen werden ... So liegt der Verdacht nahe: Brandt und die Seinen sagen jetzt nur deshalb nein, um nach dem Wahltag ihr Ja teurer zu verkaufen. Es wäre beispielsweise eine hübsche Mitgift für eine große Koalition."

Dazu darf es nicht kommen. Die Kampagne für Abrüstung fordert deshalb:

- + Auch die restlichen Notstandsgesetze, die noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollen, müssen von der Tagesordnung des Bundestages abgesetzt werden.
- + Auch nach den Bundestagswahlen dürfen die Notstandsgesetze nicht verabschiedet werden.
- + Alle Versuche, die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland aufzuheben, müssen ein für alle Mal verhindert werden.

Offenbach/Main, den 1. Juni 1965 - Riedel -

Anlage II zum Rundschreiben vom 4.6.65

Folgende Slogans können bei Aktionen der Kampagne gegen die geplante Notstandsgesetzgebung verwendet werden. Die Plakate und Transparente werden von den örtlichen Ausschüssen selbst gefertigt und beschriftet. Man sollte bei keinem Plakat oder Transparent auf das Emblem der Kampagne verzichten.

1. Statt Notstandsgesetzen Entspannung und Abrüstung
2. Notstandsgesetze = Kriegsrecht in Friedenszeiten
3. Notstandsgesetze = Weg in die Diktatur
4. Notstandsgesetze = Regierungsschutz nicht Bürgerschutz
5. Grundrechte in Gefahr!
6. Schützt die Verfassung vor der Regierung
7. 1933 - Ermächtigungsgesetz
1939 - Krieg
1965 - Notstandsgesetze
wie weiter ?
8. Notstand: Das Streikrecht wird ausgeschaltet
9. Notstand: Die Presse wird zensiert
10. Notstand: Luftschutzbunker müssen gebaut werden
11. Notstand: Lebensmittelkarten werden gedruckt
12. Notstand: Betriebe werden stillgelegt
13. Notstand: Autos werden beschlagnahmt
14. Notstand: Wohnorte dürfen nicht verlassen werden
15. Notstand: Arbeitsplätze dürfen nicht gewechselt werden
16. Notstand: Frauen und Männer werden zwangsverpflichtet
17. Notstand: Verhaftungen sind möglich - ohne Begründung
18. Unruhe ist die erste Bürgerpflicht
19. Entspannungspolitik statt Notstandspolitik
20. Nicht Grundgesetz ändern - Politik ändern
21. Unser Nein zur Bombe - ist ein Ja zur Demokratie



pressediensst

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Kampagne für Abrüstung unterstützt DBG-Aktionen gegen die Notstandsgesetze.

Der Deutsche Bundestag will, wie bekannt wurde, noch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Notstandseinzelgesetzen verabschieden. Die Saarbrücker Erklärung der SPD, ihre Zustimmung zu bestimmten Gesetzen nicht mehr vor den Bundestagswahlen zu geben, bezieht sich ausschließlich auf das verfassungsändernde Notstandsverfassungsgesetz, das Zivildienstgesetz und das Gesetz über die Einschränkung der Pressefreiheit in Notsituationen, das Aufenthaltsregelungsgesetz und das Gesetz über Post- und Telefonkontrolle.

Dagegen ist zu erwarten, daß die SPD zu 8 Einzelgesetzen, über deren Inhalt angeblich eine Einigung erzielt worden ist, ihre Zustimmung bei der noch im Juni anstehenden 2. und 3. Lesung geben will.

Angesichts dieser Situation hatte die Kampagne für Abrüstung - Hessischer Ausschuß - umfangreiche Protestaktionen beschlossen, um vorrangig die SPD von ihrer Absicht abzuhalten. Da inzwischen aber auch der DBG - Landesbezirk Hessen - und weitere Einzelgewerkschaften in Hessen beschlossen haben, gleichartige Demonstrationen gegen die Verabschiedung jeglicher zusätzlicher Notstandsgesetzgebung durchzuführen, hat die Kampagne für Abrüstung im hessischen Bereich beschlossen, ihre eigenen Aktionen zurückzustellen und die Gewerkschaftsaktionen mit all ihren Kräften und Möglichkeiten zu unterstützen.

Die Haltung des DGB Hessen und der in ihm vereinigten Einzelgewerkschaften zeigt, daß der Widerstand gegen die Versuche, die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland aufzuheben, wächst und daß die Gewerkschaften, wie schon oft in der Vergangenheit Deutschlands, die wichtigste Stütze eines deutschen demokratischen Rechtsstaates sind.

Offenbach, den 4. Juni 1965 - Riedel -

5. 6. 65

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 31.5.65
Buchrainweg 161
Postfach 648

1. 6. 65

An die
Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

durch den Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Notstandsgesetzgebung in dieser Legislaturperiode nicht mehr weiter zu verhandeln, ist im Zusammenhang mit den vom Hessischen Ausschuß geplanten Veranstaltungen eine neue Situation eingetreten. Ich halte es für dringend erforderlich, die Sachlage kurzfristig zu beraten und schlage eine Zusammenkunft für den

3. Juni 1965 (Donnerstag), 19.00 Uhr
Haus der Jugend, Frankfurt,

vor.

Insbesondere gingen mir von mehreren Gewerkschaftssekretären eine Reihe von Meinungsäußerungen zu, die die Notwendigkeit einer erneuten Beratung unterstreichen. Ich bitte Sie, wenn irgend möglich, an der Sitzung teilzunehmen und möglichst noch heute telefonische in der Geschäftsstelle (886051/52) Bescheid zu geben, ob Sie kommen können oder nicht, damit auf jeden Fall eine beschlußfähige Sitzung garantiert ist.

Mit freundlichem Gruß

gez. Heiner Halberstadt

FRANKFURTER BUND FÜR VOLKSBILDUNG E.V.
VOLKSHOCHSCHULE

6 FRANKFURT AM MAIN
 VOLKSBILDUNGSHEIM · OEDERWEG 1
 Telefon 550231

26.5.1965
 G/B

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir dürfen Sie freundlich zu einem Vortrag am

Mittwoch, dem 9. Juni 1965
 um 20 Uhr
 im Volksbildungsheim,
 Oederweg 1,
 erster Stock, kleiner Saal

einladen.

Mister Gould Maynard, New York
 z.Zt. München,
 langjähriger Organisationssekretär
 und Public Relations Director von
 Dr. Martin Luther King,
 Schriftsteller, Journalist und
 Mitarbeiter verschiedener
 amerikanischer Radiostationen

wird zum Thema

THE PROGRESS OF THE CIVIL RIGHTS
 STRUGGLE IN THE LAST 103 YEARS

(Highlights of the radical struggle
in the U.S. from 1862 to this year)

sprechen. Der Vortrag ist in englischer Sprache. Der Eintritt ist frei.
 Über Ihren Besuch würden wir uns freuen. Gäste können natürlich mitge-
 bracht werden.

Mit freundlichen Grüßen
 - Volkshochschule -
 im Auftrag

Gebhardt
 (Gebhardt)

ED 718-24-103 29. 5. 65

RUNDBRIEF NR. 3

An den Hessischen Ausschuß und
die Örtlichen Ausschüsse in Hessen

Betr.: Geplante Notstandsgesetzgebung

Liebe Freunde,

am gestrigen Dienstag fand eine Sitzung mit den Örtlichen Ausschüssen statt - an der erfreulich viele Ausschüsse beteiligt waren - bei der über unsere Aktionsmöglichkeiten gegen die geplante Verabschiedung der Notstandsgesetze gesprochen wurde. Den bei der Sitzung vertretenen Örtlichen Ausschüssen zur Erinnerung, allen anderen zur Kenntnismahme mit der Bitte, sofort geeignete Schritte einzuleiten, geben wir im Folgenden einige Hinweise.

Die Verhandlungen über die Notstandsgesetzgebung zwischen den Parteitoppspitzen sind nach wie vor in einem kritischen Stadium und wenn auch heute nicht mehr ganz sicher ist, daß die Gesetze noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden, so steht allenfalls sicher fest, daß am Mittwoch, 16. Juni 1965 die 2. Lesung sein wird. Wir müssen also für diesen Termin planen und bereits vorher in allen Orten eine möglichst große Zahl von Einzelveranstaltungen arrangieren. Es ist ziemlich sicher, daß am 16.6.1965 von der Kampagne oder von einer größeren Aktionsgemeinschaft in Frankfurt eine Großkundgebung unter freiem Himmel veranstaltet wird. Die vielfältigen Aktionen aller Örtlichen Ausschüsse sollten also vor diesem Termin liegen; mindestens muß garantiert sein, daß Busse aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet eine große Zahl von Demonstranten am 16.6.1965 zu der Kundgebung nach Frankfurt bringen, die gegen 19 Uhr beginnen dürfte.

Für Veranstaltungen (vor allem Demonstrationen und Kundgebungen) gegen die Notstandsgesetze sollten die Ausschüsse der Kampagne Kontakt zu Gewerkschaften und anderen unabhängigen Organisationen, die nicht bereits in der Kampagne vertreten sind, suchen, um mit diesen gemeinsam den Protest auf eine breite Basis zu stellen.

Die Gewerkschaften sind in dem Bemühen, die Notstandsgesetzgebung zu verhindern, von besonderer Bedeutung. Es ist daher notwendig, daß jeder Ausschuß in seinem Bereich die Gewerkschaften auf ihre Haltung und Aktionen zur Notstandsgesetzgebung anspricht. Wir bitten Sie, sich mit den Gewerkschaftsfunktionären Ihres Bereiches in Verbindung zu setzen.

Am wichtigsten ist es, daß die Bundestagsabgeordneten unmittelbar den Unwillen der Bevölkerung über die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze erfahren. Bitte veranlassen Sie durch Rundschreiben oder Zusammenkünfte die Unterstützer der Kampagne in Ihrem Gebiet, an die Bundestagsabgeordneten Ihres Bereiches Briefe zu

schreiben. (Adressenliste der hessischen Bundestagsabgeordneten siehe Anlage V.)

Wichtig ist ein persönliches Ansprechen der Abgeordneten. Vereinbaren Sie daher Gesprächstermine und befragen Sie den Abgeordneten nach seiner Stellung zur Notstandsgesetzgebung. Anschließend sollten Personen mit Schildern und Transparenten längere Zeit vor der Wohnung des Bundestagsabgeordneten postiert werden. Auf den Schildern wird die positive oder negative Einstellung des Abgeordneten vermerkt. Diese Art der politischen Demonstration scheint uns in der Frage Notstandsgesetzgebung besonders wichtig. (Bitte nicht vergessen, die lokale Presse zu informieren; außerdem sollten mehrere örtliche Ausschüsse, für die der gleiche Abgeordnete zuständig ist, zusammenarbeiten.)

Ein örtlicher Ausschuß hat unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung und der Presse einen Galgen errichtet, an dem eine lebensgroße Puppe erhängt wurde, die ein Schild trug mit der Aufschrift: Demokratie. Andernorts ist geplant, an einem geeigneten öffentlichen Platz einen Sarg zu beerdigen mit der Aufschrift: Grundgesetz, Demokratie.

Eine weitere Aktionsmöglichkeit ist die Errichtung von Informationsständen. Man könnte bei den Informationsständen Tafeln errichten, auf denen die linke Hälfte beschriftet, die rechte frei ist. Auf der linken Hälfte sind einige Grundrechte aufgeschrieben und wenn ein besonderer Andrang bei dem Informationsstand einsetzt, werden mit flüssiger Kreidefarbe die Grundrechte durchgestrichen und auf der rechten Seite dazu geschrieben, wie dieses Grundrecht im Notstandsdall gehandhabt wird. (Anregungen hierzu siehe Anlage III; Slogans 8 - 17)

Für Ihre Aktionen stellt der Hessische Ausschuß folgendes Material zur Verfügung.

1. Erklärung zur Notstandsgesetzgebung (siehe Anlage II)
2. Plakate DIN A 0, DIN A 1 und DIN A 3 Hochformat (siehe Anlage I und Verteilerschlüssel in Anlage IV)
3. Textentwurf für ein selbst anzufertigendes Flugblatt (siehe Anlage I und Anlage II)
4. 2seitiges Zeitungsflugblatt im Format "Frankfurter Rundschau" (siehe untenstehende Erläuterung und Verteilerschlüssel in Anlage IV)
5. Slogans für Aktionen, die die Ausschüsse selbst anfertigen (siehe Anlage III)
6. Adressenliste der hessischen Bundestagsabgeordneten (siehe Anlage V).

Ein besonderer Hinweis ist zu dem Zeitungsflugblatt notwendig. In diesem Flugblatt soll auf Seite 1 geschildert werden, was eintreten könnte, wenn Deutschland in Notstand lebt. Das Flugblatt bringt satirisch-spektakuläre und aggressive Artikel mit reißerischen Überschriften (die wir in diesen Rundschreiben noch nicht verraten möchten), die sich bestens eignen, um das Flugblatt im Großstadtgewühl, vor Arbeitsstätten, nach Kinovorstellungen, Fußballveranstaltungen, bei Informationsständen etc. zu verteilen. Es wäre bei diesem Flugblatt wirklich angebracht, wenn die Verteiler mit Mützen wie Zeitungsverkäufer dekoriert wären und die Flugblätter unter lauten Ausrufen der Überschriften unter die Leute bringen würden. Auf Seite 2 wird sich dieses Zeitungsflugblatt dann sachlich mit

den Notstandsgesetzen auseinandersetzen und einiges an Information vermitteln, über die Gefahr dieser Gesetze für die Demokratie.

Last not least, möchten wir darauf hinweisen, daß gerade unsere Aktivitäten in der Frage der Notstandsgesetzgebung auch dazu beitragen können, unsere Anhänger um finanzielle Unterstützung zu bitten. Wir sollten uns deshalb mit der Vorbereitung unserer Aktionen auch gleichzeitig überlegen, wie die dadurch entstehenden Ausgaben gedeckt werden können.

Es bleibt zu hoffen, daß es u.a. auch durch die vielfältigen Aktionen der Kampagne gelingt, zumindest die geplante Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung noch in dieser Legislaturperiode zu verhindern. Über dann notwendige weitere Schritte unsererseits können wir zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Anlage I zum RUNDBRIEF Nr. 3

Der folgende Text steht auf dem Plakat, das den Örtlichen Ausschüssen in den Größen DIN A 0, DIN A 1 und DIN A 3 zur Verfügung steht. Außerdem ist der Text als Seite 1 gedacht für ein Flugblatt, das sich die Örtlichen Ausschüsse selbst herstellen können (für 2. Flugblattseite siehe Anlage II).

Notstand droht
durch Notstandsgesetze

Notstand: Das Streikrecht wird ausgeschaltet

Notstand: Die Presse wird zensiert

Notstand: Luftschutzbunker müssen gebaut werden.

Notstand: Lebensmittelkarten werden gedruckt

Notstand: Betriebe werden stillgelegt

Notstand: Autos werden beschlagnahmt

Notstand: Wohnorte dürfen nicht verlassen werden

Notstand: Arbeitsplätze dürfen nicht gewechselt werden

Notstand: Frauen und Männer werden zwangsverpflichtet

Notstand: Verhaftungen sind möglich - ohne Begründung

Mitbürger verteidigt Eure Rechte!

Gewerkschaften schützt die Verfassung!

SPD denk an die Wahl!

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik

Anlage II zum RUNDBRIEF Nr. 3

Die folgende Erklärung zur Notstandsgesetzgebung hat der Zentrale Ausschuß abgegeben. Sie kann von den Örtlichen Ausschüssen publiziert werden und dient auch als 2. Seite für ein Flugblatt, das die Örtlichen Ausschüsse selbst herstellen. (Zur 1. Seite des Flugblattes siehe Anlage I.)

Die Führer der drei im Bundestag vertretenen Parteien haben ihre Absicht erklärt, in kürzester Frist die Notstandsgesetze im Bundestag durchzubringen. Wenn dem Bundesbürger nicht sozusagen über Nacht eine Notstandsregelung beschert werden soll, dann muß jetzt den Parteiführern und den Bundestagsabgeordneten klar gemacht werden, daß Demokraten den Abbau der Grundrechte nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Unsere Argumente gegen die geplanten Notstandsgesetze, auch gegen gegen die von Regierung und SPD-Führung ausgehandelten Kompromisse lauten:

1. Die Notstandsgesetze würden die Verfassungsordnung und das öffentliche Leben der Bundesrepublik militarisieren und einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung obrigkeitstaatlicher und autoritärer Verhältnisse darstellen. Eine solche Entscheidung findet keinerlei Rechtfertigung in der inneren und äußeren Lage der Bundesrepublik.
2. Die Bundesrepublik würde durch die Annahme der Notstandsgesetze der internationalen Entspannung entgegenwirken und die Chancen der Abrüstung mindern.
3. Die Notstandsgesetze würden die wichtigsten Befugnisse des Parlaments auf ein kleines Schattenkabinett der Parteiführer übertragen; von einer demokratischen Kontrolle könnte dann keine Rede mehr sein. Die Mitwirkung der Bundesländer würde in entscheidenden Fragen aufgehoben.
4. Die regierende Mehrheit im Parlament könnte den Notstand unbefristet andauern lassen, Wahlen für diese Zeit aussetzen und so den Weg in die Diktatur der jeweiligen Regierung bereiten.
5. Die Bundesregierung erhielte das Recht, bewaffnete Streitkräfte im Innern einzusetzen, Presse- und Informationsfreiheit aufzuheben, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und Freiheit der Wahl des Wohnortes auszuschalten.
6. Die Einführung einer allgemeinen Zivildienstpflicht würde den Bürger der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Regierung unterwerfen, die freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Beruf aufheben und die Gewerkschaften lahmlegen. Der Schritt zur totalen Wehrwirtschaft wäre damit getan.

Zur Bewältigung jeden denkbaren Notstandes und zur Ablösung der Alliiertenvorbehaltsrechte reichen die heute bestehenden Regelungen aus. Die Notstandsgesetze bedrohen die demokratische Ordnung und die bestehenden Grundrechte in der Bundesrepublik. Die Erfahrung der deutschen Vergangenheit sollte gelehrt haben, wohin staatliche Machtkonzentration und der legale Abbau der demokratischen Rechte führen können.

(Bitte Impressum und örtliche Adresse nicht vergessen; das Impressum könnte etwa lauten: Verfasser, Verleger und Herausgeber ...; Druck: ...)

Anlage III zum RUNDBRIEF Nr. 3

Folgende Slogans können bei Aktionen der Kampagne gegen die geplante Notstandsgesetzgebung verwendet werden. Die Plakate und Transparente werden von den Örtlichen Ausschüssen selbst angefertigt und beschriftet. Man sollte bei keinem Plakat oder Transparent auf das Emblem der Kampagne verzichten.

1. Statt Notstandsgesetzen Entspannung und Abrüstung
2. Notstandsgesetze = Kriegsrecht in Friedenszeiten
3. Notstandsgesetze = Weg in die Diktatur
4. Notstandsgesetze = Regierungsschutz nicht Bürgerschutz
5. Grundrechte in Gefahr!
6. Schützt die Verfassung vor der Regierung
7. 1933 Ermächtigungsgesetz
1959 Krieg
1965 Notstandsgesetze
wie weiter?
8. Notstand: Das Streikrecht wird ausgeschaltet
9. Notstand: Die Presse wird zensiert
10. Notstand: Luftschutzbunker müssen gebaut werden
11. Notstand: Lebensmittelkarten werden bedruckt
12. Notstand: Betriebe werden stillgelegt
13. Notstand: Autos werden beschlagnahmt
14. Notstand: Wohnorte dürfen nicht verlassen werden
15. Notstand: Arbeitsplätze dürfen nicht gewechselt werden
16. Notstand: Frauen und Männer werden zwangsverpflichtet
17. Notstand: Verhaftungen sind möglich - ohne Begründung
18. Unruhe ist die erste Bürgerpflicht
19. Entspannungspolitik statt Notstandspolitik
20. Nicht Grundgesetz ändern - Politik ändern
21. Unser Nein zur Bombe - ist ein Ja zur Demokratie

Anlage IV zum RUNDBRIEF Nr. 3

Der Hessische Ausschuß liefert an die Örtlichen Ausschüsse zu Aktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze folgendes Material (Plakate kostenlos, Zeitungsflugblätter DM 20.-- je 1000 Stück). Das Material wird spätestens am Mittwoch oder Donnerstag, 2./3. Juni 1965 die Druckerei verlassen. Es steht als spätestens direkt nach Pfingsten allen Ausschüssen zur Verfügung.

Örtlicher Ausschuß	Zeitungs- flugblatt	Plakate		
		DIN A 0	DIN A 1	DIN A 3
Aschaffenburg Kurt Orschler	1 000	2	10	50
Bad Hersfeld Wilfried Schubert	1 000	2	5	20
Bad Vilbel Heinz Hiller	500	2	5	10
Borken E. Augustin	1 000	-	10	30
Darmstadt Fritz Amann	3 000	5	10	50
Dieburg Heinz Heinicke	1 500	5	10	30
Frankfurt Hermann Sittner	15 000	20	600	50
Friedberg Gerhard Herbert	1 000	3	5	20
Gelnhausen Hubert Förster	1 000	3	5	20
Gießen Matthias Beltz	2 000	3	10	20
Ginsheim Rudolf Rauch	1 000	2	5	10
Hanau Norbert Essig	3 000	5	-	30
Herborn Pfarrer Frey	500	2	5	10
Hofheim Norbert Weiler	2 000	5	10	30
Kassel Heinz Geile	3 000	5	10	30
Langen/Egelsbach Dieter Schober	1 000	-	5	10
Mainz Robert Nonnenmacher	3 000	5	10	30
Marburg Gerd Müller	2 000	5	10	20
Mörfelden/Groß Gerau Rainer Haag	2 000	5	50	50

Örtlicher Ausschuß	Zeitungs- Flugblatt	Plakate		
		DIN A 0	DIN A 1	DIN A 3
Neu Isenburg Klaus Münchschwander	1 000	3	10	20
Oberursel Paul Gerhard Hübsch	2 000	3	60	150
Offenbach Hans Joachim Arlt	3 000	5	10	30
Pfungstadt Robert Weisbrod	1 000	2	5	20
Rüsselsheim Werner Welskop	3 000	3	30	50
Siegerland Hans A. Dresler	1 000	3	10	50
Sprendlingen Irmgard Löwe	1 000	3	10	20
Stockstadt Lothar Engelhardt	500	-	5	20
Walldorf Norbert Winkler	500	-	15	-
Wetzlar W.P. Turczak	500	-	10	10
Wiesbaden Jürgen Dobra	2 000	3	10	50

Sollten die oben angegebenen Materialien teilweise zu viel oder zu wenig sein, oder sollte es notwendig sein, diese an eine andere Adresse zu liefern, bitten wir um unverzügliche Mitteilung an die Geschäftsstelle.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die nachfolgenden Adressen der hessischen Bundestagsabgeordneten enthalten, soweit bekannt, Namen, Heimatanschrift, Telefon und Angaben über Wahlkreis bzw. Landesliste. Man sollte sich nicht nur an die Wahlkreis-Angeordneten wenden, sondern auch an Abgeordnete, die über die Landesliste gewählt wurden, soweit sie im jeweiligen Arbeitsgebiet unserer Örtlichen Ausschüsse wohnen.

Josef Andgen, 62 Wiesbaden, Kirchbachstr. 4, Telefon 7 28 30, Wkr. 137
CDU/CSU
Harri Bading, 3591 Battenhausen/über Bad Wildungen, Wkr. 129
SPD
Willi Bäuerle, 605 Offenbach, Schöne Aussicht 3, Telefon 8 06 52 63,
Landesliste, SPD
Dr. Karl Bechert, 6535 Gau Algesheim, Kirchstr. 22, Wkr. 126, SPD
Lucie Beyer, 6 Frankfurt, Adolf-Reichwein-Str. 40, Wkr. 136, SPD
Dr. Franz Böhm, 6 Frankfurt S 10, Launitzstr. 15, Tel.: 6 60 59,
Landesliste, CDU/CSU
Holger Börner, 35 Kassel-Wolfsanger, Eberschenweg 1, Tel.: 7 24 30,
Wkr. 127, SPD
Dr. Wolfram Dörinkel, 62 Wiesbaden, Steubenstr. 11a, Landesliste, FDP
Paul Gerhard Fläming, 6454 Großauheim, Schulstr. 4, Landesliste, SPD
Brigitte Freyh, 6 Frankfurt, Max-Bock-Str. 51, Tel.: 52 96 95,
Landesliste, SPD
Dr. Hermann Götz, 64 Fulda, Scharnhorststr. 15, Tel.: 48 60, Wkr. 134
CDU/CSU
Wilhelm Gontrun, 6301 Watzenborn-Steinberg, Am Knottenberg 2,
Landesliste, fraktionslos
Kurt Gscheidle, 637 Oberursel, Am Wernerskreuz 3, Wkr. 135, CDU/CSU
Lothar Haase, 35 Kassel, Virchowstr. 18, Tel.: 3 44 50, Landes-
liste CDU/CSU
Walter Hammersen, 62 Wiesbaden, Kreidelstr. 11, Landesliste, FDP
Egon Höhmann, 3437 Hessisch Lichtenau, Im Tal 10, Wkr. 128, SPD
Peter Horn, 6 Frankfurt, Textorstr. 19, Landesliste CDU/CSU
Gerhard Jahn, 355 Marburg, Rotenberg 32, Wkr. 131, SPD
Dr. Karl Kanka, 605 Offenbach, Radfeldstr. 3, Landesliste, CDU/CSU
Ingeborg Kleinert, 62 Wiesbaden, Neckarstr. 11, Landesliste, SPD
Dr. Oswald Adolph Kohut, 607 Langen, Rheinstr. 27-29, Landesliste,
FDP
Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, 649 Ramholz Krs. Schlüchtern,
Tel.: Schlüchtern 363, Landesliste, FDP
Georg Leber, 6208 Schwalbach, Sossenheimer Weg 40, Tel.: 8 15 22,
Wkr. 140, SPD
Dr. Walter Löhr, 53 Bonn, Coburgerstr. 11, Landesliste, CDU/CSU
Tel.: 2 54 39
Dr. Berthold Martin, 63 Gießen, Am Stadtwald 6, Tel.: 66 23,
Landesliste, CDU/CSU
Hans Matthöfer, 6 Frankfurt 14, Motzstr. 7, Wkr. 142, SPD
Dr.h.c. W. Alexander Menne, 637 Oberursel, Oberhöchstädter Str. 69,
Landesliste, FDP
Hans Merten, 532 Bad Godesberg, Lucas-Cranach-Str. 18, Wkr. 133,
SPD
Ludwig Metzger, 61 Darmstadt, Fichtestr. 41, Tel.: 7 52 66, Wkr. 145,
SPD
Dr. Ernst Wilhelm Meyer, 1 B - Wannsee, Bismarckstr. 32, Tel.: 80770
Wkr. 130, SPD
Wolfgang Mischnick, 6 Frankfurt, Eschersheimer Landstr. 351, Landes-
liste FDP
Erich Peter Neumann, 7753 Allensbach, Seeweg 14, Landesliste,
CDU/CSU

Elisabeth Pitz-Savelsberg, 62 Wiesbaden, Tiefenthalerstr. 11, Landesliste CDU/CSU
Dr. Ludwig Preiß, 3551 Leidenhofen Nr. 22, Tel.: Heskem 4 28, Landesliste CDU/CSU
Dr. Carl Reinhard, 6431 Unterweissenborn Krs. Hersfeld, Tel.: Schenklengsfeld 317, Landesliste, CDU/CSU
Wilhelm Reitz, 633 Wetzlar, Formerstr. 39, Wkr. 132, SPD
Clemens Riedel, 6 Frankfurt 20, Wickenweg 2, Tel.: 52 68 24, Landesliste CDU/CSU
Heinrich Georg Ritzel, 612 Michelstadt, Erbacher Str. 26, Tel.: 20 67 Wkr. 146, SPD
Dr. Horst Schmidt, 6079 Sprendlingen, Am Trauben 9, Tel.: Langen 6 74 94, Wkr. 144, SPD
Hermann Schmitt-Vockenhausen, 6232 Bad Soden, Oranienstr. 20, Wkr. 143 SPD
Wolfgang Schwabe, 6145 Lindenfels, Gartenweg 5, Tel.: 3 67, Landesliste SPD
Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, 6 Frankfurt-Eschersheim, Ziegenhainer Str. 19, Landesliste CDU/CSU
Fritz Walter, 3442 Wanfried Krs. "schwege, Hof Mittelmühle, Landesliste FDP
Dr. Hans Wilhelmi, 6 Frankfurt, Fürstenberger Str. 23, Landesliste, CDU/CSU
Kurt Wittmer-Eigenbrodt, 3541 Hof Lauterbach über Korbach, Tel.: Vöhl 273, Landesliste, CDU/CSU

24. 5. 65

ED 718-24-110

RUNDBRIEF NR. 3

Betr.: Notstandsgesetzgebung

Liebe Freunde,

in den letzten Tagen sind die Verhandlungen über die Notstandsgesetzgebung zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien in ein kritisches Stadium gekommen, sodaß die Kampagne alle Kräfte aufbieten muß, um eine Verabschiedung der Gesetze zu verhindern. Die Möglichkeiten hierzu sind nicht zu ungünstig zu beurteilen, zumal in den letzten Tagen eine Fülle von Organisationen und auch Gewerkschaften sich energischer als bisher gegen die Notstandsgesetzgebung ausgesprochen haben. Aber auch für den Fall, daß eine Verabschiedung der Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode erfolgen sollte, muß die Kampagne lautstark protestieren. Im Folgenden sollen jedoch nur die Schritte besprochen werden, die sofort von den Ausschüssen der Kampagne gemacht werden können.

Für Veranstaltungen gegen die Notstandsgesetze sollten die Ausschüsse der Kampagne Kontakt zu Gewerkschaften und anderen unabhängigen Organisationen, die nicht bereits in der Kampagne vertreten sind, suchen, um mit diesen gemeinsam den Protest auf eine breite Basis zu stellen.

Ein Beispiel für eine solche Veranstaltung ist der Studentenkongreß am 30. Mai in der Universität Bonn (18,30 Uhr), an dem sich auch die Kampagne beteiligen wird. Dieser Kongreß wird von den politischen Studentenverbänden veranstaltet. Wichtig ist hierbei, daß eine große Teilnahme gesichert ist. Wir bitten daher, wenn möglich, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Die Gewerkschaften spielen in dem Bemühen, die Notstandsgesetzgebung zu verhindern, seine besondere Rolle. Es ist daher notwendig, daß jeder Ausschuß in seinem Bereich die Gewerkschaften auf ihre Haltung und Aktionen zur Notstandsgesetzgebung anspricht. wir bitten Sie, sich mit den Gewerkschaftsfunktionären Ihres Bereiches in Verbindung zu setzen.

Wesentlich ist auch, daß die Bundestagsabgeordneten unmittelbar den Unwillen der Bevölkerung über die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze erfahren. Bitte veranlassen Sie durch Rundschreiben die Unterstützer der Kampagne in Ihrem Gebiet, an die Bundestagsabgeordneten Ihres Bereiches Briefe zu schreiben. Falls die Adressen bei Ihnen nicht vorliegen, können Sie diese leicht bei den lokalen Zeitungsredaktionen oder durch Anruf in einem Parteibüro erfahren. In Ihrem Rundschreiben sollten diese Adressen auf alle Fälle angegeben werden. Wichtig scheint uns auch ein persönliches Ansprechen der Abgeordneten. Vereinbaren Sie daher Gesprächstermine und befragen Sie den Abgeordneten nach seiner Stellung zur Notstandsgesetzgebung. Anschließend sollten Personen mit Schildern längere Zeit vor dem Haus des Bundestagsabgeordneten

postiert werden. Auf den Schildern sollte die positive oder negative Einstellung des Abgeordneten vermerkt sein.

In Ihrem Rundschreiben an Ihre Anhänger fordern Sie diese bitte auch auf, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um Leserbriefe an die Zeitungen zu senden. Legen Sie Ihren Rundschreiben alles notwendige Material und die diesem Brief beigefügte Erklärung zur Information Ihrer Anhänger bei.

Als Aktionen schlagen wir die Errichtung von Informationsständen vor, die möglichst in der Nähe der Gewerkschaftshäuser aufgestellt werden sollten. Als sehr wirkungsvoll hat sich bereits erwiesen, Sandwich-Männer durch belebte Straßen gehen zu lassen oder an einer belebte Stelle einen Galgen zu errichten, an dem die Demokratie in Form einer Puppe aufgehängt wird. Dabei muß natürlich für eine erläuternde Plakatierung auf Stellschildern gesorgt werden.

Gerade in dieser Zeit der Verhandlungen über die Verabschiedung der Notstandsgesetze ist es notwendig, die öffentliche Meinung so stark wie möglich zu mobilisieren. Bei Ihren Aktionen sollten Sie daher auch Gags, die von den Zeitungen aufgegriffen werden können erfinden und anwenden. Sorgen Sie in jedem Falle dafür, daß die Presse Nachricht erhält und Bilder aufgenommen werden können.

Vom Zentralen Ausschuß werden folgende Dinge zur Verfügung gestellt:

1. Erklärung zur Notstandsgesetzgebung (siehe Anlage I)
2. Plakate DIN A 0 und DIN A 2 Hochformat - zu bestellen bei der zentralen Geschäftsstelle (Text siehe Anlage II)
3. Slogans für Aktionen zur Notstandsgesetzgebung (siehe Anlage III) - Schilder bitte selbst herstellen -
4. Zentrales Zeitungsflugblatt, zweiseitig (wird vom Zentralen Ausschuß an Zeitungen, Gewerkschaften und dergleichen versandt, müßte von Ihnen aus an die Schlüsselstellen in Ihrem Bereich geschickt werden)
5. Zeitungsflugblatt, zweiseitig, zu bestellen beim Regionalausschuß West der Kampagne für Abrüstung, 463 Bochum, Wittener Str. 183
6. Für Ausschüsse, die ein eigenes Flugblatt drucken wollen, dient als Textvorlage für die Vorderseite: Text siehe Anlage II dieses RUNDBRIEFES; Rückseite: Text der Erklärung des Zentralen Ausschusses (siehe Anlage I dieses RUNDBRIEFES)

Wir bitten Sie, alle Möglichkeiten des Protestes und der Demonstration gegen die Notstandsgesetzgebung in Ihrem Gebiet auszunutzen. Bitte unterrichten Sie uns über die von Ihnen geplanten Aktionen und deren Verlauf. Wir werden Sie ebenfalls auf dem laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Dr. Andreas Buro
- Sprecher -

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4, 22. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

Anlage I zum Rundbrief Nr. 3

ED 718-24-111

Erklärung zur Notstandsgesetzgebung

Die Führer der drei im Bundestag vertretenen Parteien haben ihre Absicht erklärt, in kürzester Frist die Notstandsgesetze im Bundestag durchzubringen. Wenn dem Bundesbürger nicht sozusagen über Nacht eine Notstandsregelung beschert werden soll, dann muß jetzt den Parteiführern und den Bundestagsabgeordneten klargemacht werden, daß Demokraten den Abbau der Grundrechte nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Unsere Argumente gegen die geplanten Notstandsgesetze, auch gegen die von Regierung und SPD-Führung ausgehandelten Kompromisse lauten:

1. Die Notstandsgesetze würden die Verfassungsordnung und das öffentliche Leben der Bundesrepublik militarisieren und einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung obrigkeitstaatlicher und autoritärer Verhältnisse darstellen. Eine solche Entscheidung findet keinerlei Rechtfertigung in der inneren und äußeren Lage der Bundesrepublik.
2. Die Bundesrepublik würde durch die Annahme der Notstandsgesetze der internationalen Entspannung entgegenwirken und die Chancen der Abrüstung mindern.
3. Die Notstandsgesetze würden die wichtigsten Befugnisse des Parlaments auf ein kleines Schattenkabinett der Parteiführer übertragen; von einer demokratischen Kontrolle könnte dann keine Rede mehr sein. Die Mitwirkung der Bundesländer würde in entscheidenden Fragen aufgehoben.
4. Die regierende Mehrheit im Parlament könnte den Notstand unbefristet andauern lassen, Wahlen für diese Zeit aussetzen und so den Weg in die Diktatur der jeweiligen Regierung bereiten.
5. Die Bundesregierung erhielte das Recht, bewaffnete Streitkräfte im Innern einzusetzen, Presse- und Informationsfreiheit aufzuheben, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und Freiheit der Wahl des Wohnortes auszuschalten.
6. Die Einführung einer allgemeinen Zivildienstpflicht würde den Bürger der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Regierung unterwerfen, die freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Berufes aufheben und die Gewerkschaften lahmlegen. Der Schritt zur totalen Wehrwirtschaft wäre damit getan.

Zur Bewältigung jeden denkbaren Notstandes und zur Ablösung der Alliiertenvorbehaltsrechte reichen die heute bestehenden Regelungen aus.

Die Notstandsgesetze bedrohen die demokratische Ordnung und die bestehenden Grundrechte in der Bundesrepublik. Die Erfahrung der deutschen Vergangenheit sollte gelehrt haben, wohin staatliche Machtkonzentration und der legale Abbau der demokratischen Rechte führen können.

Die Kampagne für Abrüstung wird sich ab sofort mit Flugblättern, Plakaten und Demonstrationen an die Öffentlichkeit wenden, um zu verhindern, daß die Notstandsgesetze verabschiedet werden:

Mitbürger verteidigt Eure Rechte!
Gewerkschaften schützt die Verfassung!
SPD denk an die Wahl!

Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4, 22. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

Anlage II zum Rundbrief Nr. 3

Text für Notstandsplakat und Flugblatt

(Das Plakat mit dem folgenden Text steht in den Größen DIN A 0 und DIN A 2 zur Verfügung. Als Flugblatt-Text steht für Seite 1 ebenfalls folgender Text und für Seite 2 die Erklärung - siehe Anlage I - zur Verfügung.)

Notstand droht
durch Notstandsgesetze

Notstand: Das Streikrecht wird ausgeschaltet
Notstand: Die Presse wird zensiert
Notstand: Luftschutzbunker müssen gebaut werden
Notstand: Lebensmittelkarten werden gedruckt
Notstand: Betriebe werden stillgelegt
Notstand: Autos werden beschlagnahmt
Notstand: Wohnorte dürfen nicht verlassen werden
Notstand: Arbeitsplätze dürfen nicht gewechselt werden
Notstand: Frauen und Männer werden zwangsverpflichtet
Notstand: Verhaftungen sind möglich - ohne Begründung

Mitbürger verteidigt Euer Recht!
Gewerkschaften schützt die Verfassung!
SPD denk an die Wahl!

Wir fordern: Entspannungspolitik statt Notstandspolitik

Kampagne für Abrüstung

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4, 22. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

Anlage III zum RUNDBRIEF Nr. 3

Slogans für Aktionen zur Notstandsgesetzgebung

1. Statt Notstandsgesetzen Entspannung und Abrüstung
2. Notstandsgesetze = Kriegsrecht in Friedenszeiten
3. Notstandsgesetze = Weg in die Diktatur
4. Notstandsgesetze = Regierungsschutz nicht Bürgerschutz
5. Grundrechte in Gefahr!
6. Schützt die Verfassung vor der Bundesregierung
7. 1933 Ermächtigungsgesetz
1939 Krieg
1965 Notstandsgesetze
wie weiter?
8. Notstand: Das Streikrecht wird ausgeschaltet
9. Notstand: Die Presse wird zensiert
10. Notstand: Luftschutzbunker müssen gebaut werden
11. Notstand: Lebensmittelkarten werden gedruckt
12. Notstand: Betriebe werden stillgelegt
13. Notstand: Autos werden beschlagnahmt
14. Notstand: Wohnorte dürfen nicht verlassen werden
15. Notstand: Arbeitsplätze dürfen nicht gewechselt werden
16. Notstand: Frauen und Männer werden zwangsverpflichtet
17. Notstand: Verhaftungen sind möglich - ohne Begründung
18. Unruhe ist die erste Bürgerpflicht
19. Entspannungspolitik statt Notstandspolitik
20. Nicht Grundgesetz ändern - Politik ändern
21. Unser Nein zur Bombe - ist ein Ja zur Demokratie

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
Hessischer Ausschuß

ED 718-24-114

Protokoll zur Sitzung des Hessischen Ausschusses am 19.5.65
in Frankfurt

22.5.65

Anwesend: Karl Becker, Andres, Winkler, Vack, Strass,
Dr. Schenck, Halberstadt, Moritz, Egon Becker

es fehlten entschuldigt: Müller,
Segall, Farr, Weick, Malkomes, Amann, Eskuche

unentschuldigt: Arlt, Faller, Maurer

Tagesordnung

1. finanzielle Situation
2. Aktionsprogramm bis Herbst 1965
3. Aktivierung der örtlichen Ausschüsse
4. Auktion für Abrüstung
5. Die zurückliegenden Schwierigkeiten mit der Polizei
6. HA-Sitzung am 17.6.65
ZA-Sitzung am 19./20.6.65
7. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Klaus Vack gibt einen Überblick über die finanzielle Situation des Hessischen Ausschusses. Danach sind gegenüber Druckereien noch offene Rechnungen in Höhe von DM 6.500,- zu begleichen. Das Darlehen des HA beträgt DM 6.000,- An Forderungen gegenüber den örtlichen Ausschüssen können wir DM 4.000,- ausweisen. Auf unseren Konten stehen 1.000,- DM gut. Daraus ergibt sich ein Schuldenstand von DM 7,500,-.

Um die finanzielle Situation aufzubessern, beschließt der HA, folgendes zu tun:

1. In Gewerkschaftshäusern soll mit Hilfe der Gewerkschafter, die den Aufruf unterschrieben haben, jeweils eine Sammlung organisiert werden.
2. Außerdem wird sich der HA an Organisationen, wie Naturfreundejugend, VK-Gruppen, Kirchliche Bruderschaften und Deutsche Friedensgesellschaft mit der Bitte um eine größere Spende wenden. Der Versöhnungsbund hat bereits DM 100,- überwiesen.
3. Außerdem soll geprüft werden, inwieweit das Weinangebot an unsere Anhänger durch andere Spirituosen ergänzt werden kann.

Zu Punkt 4 der TO

Bei einem kürzlichen Gespräch in München wurde festgestellt, daß die Zusammenstellung der Bilder für eine Ausstellung und Auktion für Kunstfreunde nicht attraktiv genug sind. Dr. Hiepe, München,

will sich daher bemühen, weitere, wertvolle Gemälde zu erhalten. Daher konnte die Auktion zu dem vorgesehenen Termin im Mai nicht stattfinden. Wegen der bevorstehenden Urlaubssaison beschließt der HA, Ausstellung und Auktion zwischen dem 15.10. und 15.11. zu veranstalten. Die Ausstellung soll 3 Tage geöffnet, die Versteigerung am Samstag sein.

Weiterhin werden wir uns bemühen, handgeschriebene Briefe von prominenten Persönlichkeiten zu bekommen und handsignierte Bücher von bekannten Autoren, die ebenfalls versteigert werden können.

Mit der weiteren Vorbereitung werden Norbert Winkler, Heiner Halberstadt und Fritz Strass beauftragt.

Zu Punkt 5 der TO

5.1 Verfassungsschutz auf dem Römerberg - Auf Anraten von Philipp Pleß wurde mittlerweile eine Petition in den Hessischen Landtag eingebracht, in der der Landtag aufgefordert wird, zu überprüfen, ob die Maßnahmen des Verfassungsschutzes rechens sind. Es ist wahrscheinlich, daß der Rechtsausschuß diese Frage mit einer positiven Stellungnahme dem Plenum vorlegt.

Außerdem werden sich einige Mitglieder des HA morgen mit Philipp Pleß zu einem Gespräch treffen.

5.2 Lautsprechergenehmigungen - Noch während des Ostermarsches wurde uns vom Oberverwaltungsgericht eine Ablehnung mitgeteilt. Nach Rechtsanwalt Heinrich Hannover scheint es ausgeschlossen, daß eine weitere Klage vom Bundesverwaltungsgericht als zulässig anerkannt wird, da keine Dringlichkeit besteht.

Er empfiehlt jedoch, bereits in den nächsten Wochen den Ostermarsch 1966 mit Lautsprecherbenutzung anzumelden. Diese Maßnahme erscheint gerechtfertigt, da dann für die Gerichtsbarkeit der konkrete Anlaß zur Behandlung einer Klage auf Lautsprechergenehmigung vorliegt. Weiterhin sollen die Kundgebungen als gesonderte Demonstrationen angemeldet werden. Der HA beschließt, dieser Empfehlung zu folgen und zunächst in Ffm. mehrere Marschstrecken zum Frankfurter Römer anzumelden.

5.3 Auflagen zur Vietnam-Demonstration - Nach Rechtsanwalt Hannover erscheint es nicht mehr möglich, eine Verfassungsklage einzubringen, da sich die Gerichtsbarkeit auf den Standpunkt stellen wird, daß eine Wiederholung nicht zu erwarten sei. Der HA hat bekanntlich eine Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Nötigung und eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben. Ein

Ein Teil der nach der Vietnam-Demonstration vorübergehend verhafteten Personen hat bereits richterliche Vorladungen erhalten. Der HA ist der Ansicht, daß die weitere Entwicklung zunächst abgewartet werden soll, um evtl. Initiativen zu ergreifen.

Zu Punkt 6 der TO

Der HA beschließt, das Ostermarsch-Seminar vom 17.-20.6.65 ausfallen zu lassen, da am gleichen Wochenende eine ZA-Sitzung statt-

findet. Dagegen wird am 17.6. im Naturfreundehaus Rosenhöhe eine Grundsatzdiskussion über den Ostermarsch 1965 stattfinden. Dazu sollen eingeladen werden: Jochen Müller, Fritz Vilmar, Dieter Kramer, Heinz Günter Lang, Karl Heinz Goll, Paul Gerhard Hübsch, Dieter Bott, Katarski, Nonnenmacher, Peter Neun, Pfarrer Oeser, Rudolf Rolfs, Professor Heydorn, Helga Einsele, Günter Schmidt, Gerhard Grüning.

Zu Beginn der Diskussion soll Egon Becker ein einführendes Referat zum Selbstverständnis der Kampagne und zu den in der Kampagne vorhandenen Strömungen halten. Dr. Klönne soll über die Struktur der öffentlichen Meinung referieren.

Am 16.6. soll abends in Frankfurt eine HA-Sitzung stattfinden, die sich ausschließlich mit dem Sofortprogramm der Kampagne befassen soll.

Zu Punkt 2 der TO

- 2.1 Die vom HA beabsichtigte Diskussion durch Vermittlung des Seminars für Politik mit Vertretern des amerikanischen Generalkonsulates ist nicht zustande gekommen.

Dessen ungeachtet wird die Kampagne noch einmal in einem Brief an das amerikanische Generalkonsulat eine Einladung zu einer Podiumsdiskussion mit 2 Vertretern des Konsulats und 2 Vertretern der Kampagne aussprechen. Als Ausweichmöglichkeit soll ein Gespräch mit je 5 Leuten der beiden Parteien unter Hinzuziehung der Presse angeboten werden.

Falls wir eine Absage erhalten, soll vor dem amerikanischen Generalkonsulat eine Demonstration mit einer Mahnwache stattfinden.

Außerdem soll zur gleichen Zeit im Stadtinneren von Frankfurt ein Informationsstand errichtet werden, bei dem die Möglichkeit zu Geldspenden für die Opfer des Vietnamkrieges gegeben werden soll.

- 2.2 Notstandsgesetzgebung - Bevor der HA Initiativen anregt, soll die am kommenden Montag stattfindende Protestkundgebung gegen die Notstandsgesetze in der Paulskirche abgewartet werden. In diesem Zusammenhang erweist es sich als äußerst unvorteilhaft, daß ein Teil der Ausschuß-Mitglieder in den nächsten Wochen nicht erreichbar ist.

In dieser Frage besteht auch die Möglichkeit, die ö.A. zu aktivieren. Daher soll eine gemeinsame Sitzung in Kürze stattfinden.

- 2.3 Wegen der fortgeschrittenen Zeit kann über Aktionen zum Anti-Kriegstag nicht mehr diskutiert werden.

Zu Punkt 7 der TO

Klaus Vack gibt bekannt, daß er ab 1. Juli 1965 dem Hessischen Ausschuß nicht mehr als Sprecher zur Verfügung stehen wird und bittet alle Ausschußmitglieder, sich über eine Neubesetzung dieser Funktion Gedanken zu machen.

605 Offenbach, den 20.5.65 - Buchrainweg 161 -
Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 20. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

22. 5. 65

ED 718-24-1116

NOTSTAND!

Liebe Freunde,

mit höchster Eile wird versucht, vor Beginn des Wahlkampfes und noch in dieser Legislaturperiode die geplanten Notstandsgesetze unter Dach und Fach zu bringen.

Verschiedene Studenten- und Jugendverbände in Frankfurt haben daher zu einer

PROTESTKUNDGEBUNG in der
Paulskirche

Montag, 24. Mai 1965
19,00 Uhr

aufgerufen, um auf die Gefahren einer verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung aufmerksam zu machen. Es sprechen u.a.:

Philipp Pleß, MdL
und Unterzeichner des Ostermarschaufrufes 1965
Pfarrer Griebhammer.

An die Kundgebung in der Paulskirche schließt sich eine Demonstration zum Gewerkschaftshaus an. Ähnliche Veranstaltungen finden in weiteren Städten der Bundesrepublik statt.

Wir hoffen, daß Sie diese Mitteilung noch rechtzeitig erhalten haben und bitten, daß Sie am Montag mit anderen Freunden nach Frankfurt kommen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Sprecher

Fritz Strass
(Fritz Strass)
Geschäftsführer

ps: Im übrigen, bereiten Sie sich bitte darauf vor, daß der Hessische Ausschuß der Kampagne in den nächsten Wochen einige Aktionen machen wird, zu denen wir Ihre Unterstützung brauchen.

21. 5. 65

NOTSTAND!!!

ED 748 - 24 - 118

An den Hessischen Ausschuß und die Örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

heute schreibt der Chefredakteur Karl-Hermann Flach in der "Frankfurter Rundschau" einen Leitartikel "Notstand der Demokratie", in dem es u.a. heißt:

Überdeckt von dem glanzvollen Staatsbesuch der britischen Königin bahnt sich in Bonn eine politische Entscheidung an, die für die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik äußerst bedrohlich sein wird. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit (auch ihrer eigenen Parteiöffentlichkeit) beginnen die Regierungsparteien und die Opposition sich über den schwerwiegendsten Eingriff in das Grundgesetz zu einigen, den es in der fünfzehnjährigen Geschichte der Bundesrepublik jemals gegeben hat. Mit dem Notstands-Verfassungsgesetz wird eine Grundgesetzänderung vorgenommen, die auf lange Sicht das Verfassungsleben in der Bundesrepublik in seiner Substanz entscheidend verändern kann.

Auch wer eine gesetzliche Notstandsregelung für unbedingt erforderlich hält, muß schwere Bedenken bekommen, wenn er mit ansehen muß, wie dieses verfassungsrechtlich bedeutungsvollste Gesetzgebungswerk seit Gründung der Bundesrepublik behandelt wird. Es wird alles getan, um das zu verhindern, was in einer demokratischen Gesellschaft in einem derartigen Fall zwingend geboten ist: eine breite und intensive öffentliche Diskussion. Sie wird gar nicht erst eröffnet. Die Ausschußberatungen fanden hinter verschlossenen Türen statt. Wenn man bedenkt, wie viele Verbände, Gutachter und Wissenschaftler neben der Publizistik bei jedem unbedeutenden Gesetz zu Wort kommen, das irgend ein Teilinteresse berührt, dann wirkt es umso befremdlicher, daß gerade dieses Gesetz als Geheimsache behandelt wird, wo es doch in die Interessen aller Staatsbürger eingreift.

Hätte es nicht eine parteipolitische Indiskretion gegeben, so wäre die Öffentlichkeit auch heute nicht darüber informiert, daß die Parteien kurz vor der Einigung über die Notstandsgesetzgebung stehen. Nach Staatsbesuch und Pfingstfeiertagen würde das Bonner Parteienkartell dann dem Bundesbürger sozusagen über Nacht eine Notstandsregelung bescheren, die er mit seinem "beschränkten Untertanenverstand" einfach hinnehmen müßte. Leider ist zu befürchten, daß es sowieso schon zu spät ist.

Diesen Leitartikel der "Frankfurter Rundschau" wären einige Agenturmeldungen hinzuzufügen, die von den meisten Tageszeitungen unterschlagen wurden. Nach diesen Meldungen ist damit zu rechnen, daß möglicherweise bereits in der nächsten Woche mit Notstands-

110 002 -
lesungen im Parlament zu rechnen ist und daß man seitens der Parteien das gesamte Notstandspaket bis spätestens kurz nach Pfingsten verabschiedet haben möchte.

Vielerorts regt sich bereits eine stärkere Opposition als in den letzten Jahren üblich. Auch die Kampagne für Abrüstung kann einer Verabschiedung der Notstandsgesetze nicht tatenlos zuschauen. Es ist erforderlich, daß wir sofort eine vielfältige Aktivität entfalten.

Wir laden Sie deshalb für Dienstag, 25. Mai 1965, 18,30 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt (Main) zu einer gemeinsamen Sitzung des HA mit den Ortlichen Ausschüssen ein. Einziger Tagesordnungspunkt: Aktionen der Kampagne zur Notstandsgesetzgebung.

Wir halten es für dringend erforderlich, daß der Hessische Ausschuß vollzählig vertreten ist und daß sich jeder Ortliche Ausschuß mit mindestens einem Vertreter an dieser Sitzung beteiligt. Überlegen Sie heute schon, was Sie in Ihrer Stadt oder Gemeinde tun könnten und bringen Sie gute Gedanken und Vorschläge zu der Sitzung mit.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Sprecher

Fritz Strass
(Fritz Strass)
Geschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 715-24-119
19. 5. 65
19. 5. 65

RUNDBRIEF NR. 2

Liebe Freunde,

wir möchten Ihnen einige Vorschläge machen für Aktivitäten zum Krieg in Vietnam. Die festgefahrene Haltung aller an dem Konflikt beteiligten Parteien, vor allem aber die amerikanische Politik der Eskalation, lassen leider erwarten, daß der Krisenherd Vietnam noch an Gefährlichkeit zunimmt und daß das durch jahrelange Kriegszeit gequälte vietnamesische Volk noch immer nicht die gewünschte Ruhe und Ordnung bekommt.

Wir sollten nicht ausschließlich die Aktionen nach außen sehen, sondern auch die Aufklärungsarbeit in den eigenen Reihen. Eine Diskussion im Ausschuß dürfte nicht nur darüber geführt werden, "was können wir tun?", sondern auch über die Vorgänge in Vietnam. Neben der Tagespresse, die laufend über Vietnam berichtet (mehr oder weniger objektiv!) gibt es in fast allen Wochenzeitungen und Illustrierten Reportagen, Kommentare, Leitartikel etc. Wir empfehlen besonders:

- "Informationen zur Abrüstung", Nr. 21 vom 7.4.65 herausgegeben vom Zentralen Ausschuß der Kampagne;
- "Blätter für deutsche und internationale Politik", Nr. 3/1965, Seite 199. Adresse: 5 Köln, Barbarossaplatz 2;
- "Blätter für deutsche und internationale Politik", Nr. 5/1965, Seite 440 mit einer Stellungnahme von Senator Wayne Morse, USA;
- "Konkret". Nr. 3/1965, Seite 20 mit einem Beitrag von Bertrand Russell. Adresse: 2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 76;
- Broschüre "Bruderkrieg in Vietnam" (Entstehung, Hintergründe) verlegt vom Verband der Kriegsdienstverweigerer, Gruppe Frankfurt, Endverkaufspreis DM 1,50.

Wenn wir das einschlägige Material über Vietnam studieren und sachlich würdigen, stellen wir fest, daß wir bei Aktionen in dieser Frage auf der Basis der Vietnam-Erklärung zum Ostermarsch 1965 (siehe Anlage III) vor allem die amerikanische Politik in Vietnam kritisieren müssen.

Was können wir tun?

Flugblatt-Aktionen (Text für ein Flugblatt siehe Anlage I)

Demonstrationen, Kundgebungen und Sandwich-Aktionen (Slogans für Sandwich-Plakate und Transparente siehe Anlage II)

Unterschriftenaktionen für einen offenen Brief an die US-Regierung über die Botschaft oder, wenn am Ort vorhanden, über das Konsulat (Adressen siehe Anlage IV). Zur Unterschriftensammlung errichten wir im Stadtzentrum einen Informationsstand (möglichst mehrere Tage) mit großen Tafeln, die mit Forderungen (Slogans!) zu Vietnam oder mit Fakten über Vietnam beschriftet sind. Wenn möglich, Tafeln mit Fotomontagen (Bilder bei dpa oder auch bei der örtlichen Tageszeitung). In Wiesbaden wurden gute Erfahrungen gemacht: man hat den Brief auf eine Pergamentrolle geschrieben (21 cm breit und 15 m lang). Die Papierrolle wurde, unter dem

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4, 17. Mai 1965
Buchrainweg 161, Postfach 648

ED 718-24-120

Anlage I zum Rundbrief Nr. 2

Text für ein Flugblatt für Vietnam-Demonstrationen

"Nach welcher Art Frieden streben wir? Nicht nach einer Pax-Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird. Nicht nach dem Frieden des Grabes oder der Sicherheit des Sklaven. Ich spreche hier von dem echten Frieden - jedem Frieden, der das Leben auf Erden lebenswert macht, jedem Frieden, der Menschen und Nationen befähigt, zu wachsen und zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen. Nicht nur ein Friede für Amerikaner, sondern ein Friede für alle Menschen!"

Das sagte John F. Kennedy vor der Universität in Washington.

WAS ABER TUT SEIN NACHFOLGER JOHNSON?

Unter der Präsidentschaft Johnsons haben sich die Vereinigten Staaten von diesen Grundsätzen abgewandt, sich in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Volkes wie der Dominikanischen Republik militärisch eingemischt und Vietnam zum gefährlichsten Krisenherd der Welt gemacht. In Vietnam haben die USA im Angesicht der drohenden Niederlage den Krieg ausgeweitet und damit die Gefahr eines dritten Weltkrieges wesentlich vergrößert.

SELBSTBESTIMMUNG UND FREIHEIT FÜR VIETNAM ...

In Südvietnam ist die Entkolonialisierung noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Seit 1940 kämpfen die Vietnamesen für ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung: zuerst gegen die Japaner, dann gegen die Franzosen und als die 1954 in Genf vereinbarte Wiedervereinigung durch freie Wahlen von der US-Regierung verhindert wurde, gegen die Amerikaner, die inzwischen von Frankreich die Kolonialherrschaft übernommen hatten.

... ODER MILITÄRISCHE MACHTPOLITIK

Amerika kämpft in Südvietnam aus strategisch-machtpolitischen Gründen um seinen Einflußbereich in Südostasien. Dabei stützt es sich auf ein korrumpiertes, undemokratisches gesellschaftliches System und führt den Krieg gegen die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung. In diesem Krieg wird deutlich, wie militärische Machtpolitik und freie Selbstbestimmung eines Volkes einander ausschließen. Dies gilt nicht nur in Vietnam, sondern auch für Deutschland, wo ebenfalls die Militärpolitik einer Normalisierung der Verhältnisse entgegensteht.

Im Interesse des gequälten vietnamesischen Volkes, auf dessen Rücken Großmächte ihre Interessen austragen, und zur Sicherung des Weltfriedens fordern wir:

- + sofortige Beendigung der Kriegsausweitung durch die US-Regierung d.h. die Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam und des Einsatzes von Gas und Napalmbomben;

- + Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten ohne Vorbedingungen und zwar einschließlich der Vietkong;
- + Waffenstillstand und anschließend militärische Neutralisierung ganz Vietnams, garantiert von den Großmächten;
- + Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung freier Wahlen in Südvietnam.

SCHLUSS MIT DEM SCHMUTZIGEN KRIEG IN VIETNAM!

Alle Völker und mit ihnen auch die Menschen in der Bundesrepublik fordern wir auf, ihren eigenen Regierungen und den kämpfenden Parteien in Vietnam unmißverständlich deutlich zu machen, daß nur Verhandlungen und nicht militärische Aktionen in ihrem Interesse liegen. Wir sagen dies auch mit aller Entschiedenheit unserer Bundesregierung, die vom deutschen Volk kein Mandat hat, den schmutzigen Krieg in Vietnam gutzuheißen.

Wir alle können diesen nüchternen Forderungen der Vernunft Nachdruck verschaffen:

- + Sprechen Sie mit Ihren Kollegen und Bekannten über unsere Vorschläge;
- + Fordern Sie von Ihren Organisationen Beschlüsse in diesem Sinne;
- + Schreiben Sie an Ihre Abgeordneten und Ihre Zeitungen;
- + Schließen Sie sich den Aktionen der Kampagne für Abrüstung (genaue Angaben über weitere Aktionen machen) an.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Ausschuß

(Adresse, Konto, Impressum)

Es gehört zu den Gepflogenheiten der Kampagne für Abrüstung, daß alle politischen Flugblatt-Texte der Zustimmung des Zentralen Ausschusses bedürfen. Bitte verwenden Sie deshalb bei Ihren Demonstrationen oder Flugblatt-Aktionen zu Vietnam den oben stehenden Flugblatt-Text. Selbstverständlich können Sie dem ZA weitere Textvorschläge unterbreiten.

Anlage II zum Rundbrief Nr. 2

ED 718-24-121

Slogans für Vietnam-Demonstrationen

1. Vietnam: Heute Bomben und Gas! Morgen Atombomben?
2. Keine Bomben, kein Gas, sondern Verhandlungen in Vietnam
3. Schluß mit dem Krieg in Vietnam
4. Verhandeln statt Bombardieren
5. Friede und Neutralität für Vietnam
6. Vietnam den Vietnamesen
7. Keine Waffen nach Vietnam
8. Verhandlungen mit der FLN - warum nicht mit den Vietkong?
9. Verhandlungen mit den Vietkong!
10. Beginnt in Vietnam der dritte Weltkrieg?
11. Waffenstillstand in Vietnam!
12. Herr Erhard: Keine Unterstützung für die US-Politik in Vietnam

Es ist üblich, daß die Slogans und Parolen für Demonstrationen der Kampagne für Abrüstung vom Zentralen Ausschuß beschlossen werden. Wir bieten Ihnen mit Bedacht eine größere Anzahl von Vietnam-Slogans an und überlassen den Ausschüssen die Auswahl. Selbstverständlich können Sie weitere Slogans dem ZA zur Beschlüßfassung vorschlagen.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengeegner
- Zentraler Ausschuß -

ED 718-24-122
605 Offenbach 4, 17. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

Anlage III zum Rundbrief Nr. 2

Vietnam ist heute der gefährlichste Krisenherd der Welt. Im Angesicht der Niederlage haben die USA den Krieg in Vietnam ausgeweitet und damit den Weg der Eskalation beschritten, der von allen Militärfachleuten als der sicherste Weg zu einem neuen Weltkrieg angesehen wird.

In Südvietnam ist Entkolonialisierung noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Von Frankreich haben die USA die Kolonialherrschaft übernommen. Sie kämpfen in diesen Lande nicht für die Freiheit, wie sie behaupten, sondern gegen die nationale Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes, die nach den Genfer Vereinbarungen ihren Ausdruck durch freie Wahlen finden sollte. Die USA stützen sich in Vietnam auf ein korrumpiertes, rückständiges gesellschaftliches System, das weit von demokratischer Haltung entfernt ist und führen den Krieg gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Amerika kämpft in Vietnam aus strategisch-machtpolitischen Gründen um seinen Einflußbereich in Südostasien. Dabei wird deutlich, wie militärische Machtpolitik und freie Selbstbestimmung eines Volkes einander ausschließen. Dies gilt nicht nur in Vietnam, sondern auch für Deutschland, wo ebenfalls die Militärpolitik einer Normalisierung der Verhältnisse entgegensteht.

Im Interesse des Weltfriedens fordern wir:

- + die sofortige Beendigung der militärischen Eskalation durch die USA; d.h. die Einstellung aller Angriffe auf Nordvietnam und des Einsatzes von Gas und Napalmbomben
- + die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen Beteiligten, einschließlich der Vietkong, ohne Bedingungen, um einen Waffenstillstand und anschließend eine militärische Neutralisierung zu erreichen, in deren Rahmen allein Selbstbestimmung erreicht werden kann
- + die Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung freier Wahlen in Südvietnam.

Alle Völker fordern wir auf, ihren Regierungen und den kämpfenden Parteien in Vietnam unmißverständlich deutlich zu machen, daß nur Verhandlungen und nicht militärische Aktionen in Vietnam in ihrem Interesse liegen. Wir sagen dies heute mit aller Entschiedenheit besonders unserer Bundesregierung, die vom deutschen Volk kein Mandat hat, den schmutzigen Krieg in Vietnam zu begrüßen oder gut zu heißen. Sie hat von uns nur das eine Mandat: nämlich zu Verhandlungen in Vietnam beizutragen und den seit Jahrzehnten in kolonialen Kriegen gequälten Menschen in Vietnam wirtschaftlich zu helfen.

Der Krieg in Vietnam muß beendet werden, ehe seine Trümmer uns alle begraben!

Diese Erklärung wurde bei den Kundgebungen der deutschen Ostermärsche 1965 verlesen und kann auch weiterhin verwendet werden.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4, 17. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

ED 748-24-123

Anlage IV zum Rundbrief Nr. 2

Amerikanische Stellen in der Bundesrepublik

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, 5320 Bad Godesberg,
Mehlemer Aue, Telefon 6013111

Konsularabteilung der US-Mission, 1000 Berlin-Dahlem, Clayallee 170,
Telefon 764315

Amerikanisches Generalkonsulat, 2800 Bremen, Contrescarpe 38-43,
Telefon 329001

Amerikanisches Generalkonsulat, 4000 Düsseldorf, Cecilienallee 5,
Telefon 490081

Amerikanisches Generalkonsulat, 6000 Frankfurt, Siesmayerstr. 21,
Telefon 770731

Amerikanisches Generalkonsulat, 2000 Hamburg 36, Alsterufer 27,
Telefon 441061

Amerikanisches Generalkonsulat -Zweigstelle-, 3000 Hannover,
Goethestr. 23, Telefon 12365

Amerikanisches Generalkonsulat, 8000 München 22, Königinstr. 5,
Telefon 228931

Amerikanisches Generalkonsulat, 7000 Stuttgart-0, Urbanstr. 7
Telefon 246341

Ein Amerikahaus gibt es in fast jeder größeren Stadt. Die Adresse dürfte, soweit noch nicht bekannt, sehr leicht ausfindig zu machen sein.

19. 5. 65

RUNDBRIEF NR. I

ED 718-24-124

Liebe Freunde,

die Ostermärsche dieses Jahres haben erfreulicherweise gezeigt, daß die Kampagne weitere Unterstützung gewinnen konnte. Dies hat sich nicht nur in den Teilnehmerzahlen ausgewirkt, sondern auch in der Berichterstattung über die Märsche. In diesem Jahr haben zum ersten Mal Radio, Fernsehen und Presse ausführlicher auch über unsere Forderungen berichtet, die in den früheren Jahren meist nicht einmal erwähnt wurden.

Bei näherer objektiver Betrachtung müssen wir jedoch nüchtern feststellen, daß die Kampagne und ihre Ausschüsse sich keineswegs mit dem Erreichten zufrieden geben können. In vielen Gebieten stagniert die Entwicklung, da entweder die Ausschüsse ihre Arbeit nur auf einen begrenzten Kreis von Sympathisierenden konzentrieren oder ohne ein genaues, wohl durchdachtes Programm tätig sind, sodaß ihre Aktionen sich verzetteln und nicht die erreichen, die für uns ansprechbar und interessant sind.

Auch haben viele Ausschüsse heute noch eine so schmale Basis in ihrer Mitarbeiterschaft, daß sie keinen Kontakt zu der vielfältigen bundesrepublikanischen Gesellschaft finden können.

Ich will nicht im einzelnen aufzählen, was getan und geändert werden muß, um unsere Arbeit dynamischer und wirksamer werden zu lassen. Ich möchte nur betonen, daß wir uns in dem vor uns liegenden Jahr stärker als bisher um die Struktur der Ausschüsse und die Organisation ihrer Arbeit bemühen müssen.

Dazu gehört: jeder Ausschuß muß seine Zusammensetzung erneut überprüfen, ob auch wirklich alle unabhängigen Strömungen, die die Ziele der Kampagne unterstützen, in ihm vertreten sind. Jeder Ausschuß muß sich ein genaues Programm machen, wie er mit den vorhandenen Mitteln und unter den gegebenen Umständen am wirkungsvollsten seine Stadt oder sein Gebiet "erobern" kann.

Um zu einem Austausch von Erfahrungen und Anregungen zu kommen, habe ich Klaus Vack gebeten, Sie in Zukunft stärker als es bisher geschehen konnte, in dieser Hinsicht zu informieren und wichtige Erfahrungen von Ihnen an die anderen Ausschüsse weiterzuleiten. Bitte scheuen Sie keine Mühe, den nunmehr von Zeit zu Zeit erscheinenden RUNDBRIEF auszuwerten. Natürlich werden dabei auch Dinge zur Sprache kommen, die dem einen oder anderen Ausschuß bereits selbstverständlich sind. Dies läßt sich jedoch nicht vermeiden, da die einzelnen Ausschüsse noch sehr unterschiedlich ausgebildet sind.

Ich bitte Sie um Ihre Mitarbeit für den Ausbau der organisatorischen Struktur und Arbeitsmethodik der Kampagne und hoffe, daß dieses Jahr uns ein wesentliches Stück in unseren Bemühungen weiterbringen wird.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

gez.: Dr. Andreas Buro
- Sprecher -

Liebe Freunde, hier einige erste Anregungen und Hinweise:

I. Eine Art Bilanz des Ostermarsches 1965 wird die Nr. 22 der "Informationen zur Abrüstung" (IZA) vermitteln. Ich möchte Sie heute schon bitten, von dieser Ausgabe einen größeren Posten bei der Geschäftsstelle zu bestellen. Auch die IZA-Nummer 21 (berichtet u.a. ausführlich über Vietnam) ist z.Zt. noch aktuell und kann bestellt werden.

Wir sollten uns u.a. in den nächsten Wochen auf eine Werbe-Aktion für die IZA konzentrieren.

1. Der Regionalausschuß Ostwestfalen/Lippe hat - da die Kampagne keine Mitglieder kennt - den dortigen Anhängern die IZA zum Monatspreis von DM 2.-- angeboten und damit einen Fördererbeitrag verbunden. Es konnten bereits über 150 regelmäßige Abonnenten geworben werden. Da der RA die IZA zum Stückpreis von DM 0,35 beim ZA bezieht, beträgt die monatliche Verdienstspanne unter Berücksichtigung der Unkosten DM 1,50, also bei diesen 150 Exemplaren eine monatliche feste Einnahme von DM 225.-- zur Finanzierung der Arbeit.
2. Falls Sie die Adressen und das nötige Geld haben, sollten Sie die Marschteilnehmer des Ostermarsches 1965 anschreiben, die IZA-Nummer 21 oder 22 beifügen und um ein Jahresabonnement bitten. Bestellkarten durch den ZA. Wenn für eine solche Aktion die Finanzen nicht reichen, sollte man wenigstens die beim Ostermarsch 1965 bekannt gewordenen neuen Leute in dieser Weise ansprechen.
3. Einen ersten (vielleicht schriftlichen) Kontakt sollten Sie zu den Unterzeichnern des Ostermarschaufrufes 1965 aufnehmen. Auch hier wäre die IZA anzubieten.

II. Viele Ausschüsse haben noch erhebliche Schulden (!) gegenüber dem Zentralen Ausschuß. Die damit verbundene schlechte finanzielle Situation mancher Ausschüsse spiegelt ein gewisses Unvermögen wie der vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen. Oft hat sich gezeigt, daß Gruppen und Verbände, die die Kampagne seit Jahren ideell unterstützen, niemals um einen finanziellen Beitrag angegangen wurden. Gerade nach Ostern ist eine deutliche Aufforderung an alle Verbände, Ostermarschteilnehmer, Unterzeichner des Aufrufes 1965 und weitere Unterstützer der Kampagne erforderlich, wo darauf hingewiesen wird, daß die Kampagne nicht nur an Ostern, sondern das ganze Jahr über arbeitet und folglich auch das ganze Jahr Geld braucht.

III. Die Petition an den Deutschen Bundestag sollte mit dem Ostermarsch 1965 abgeschlossen werden. Die Petition wurde bereits offiziell vom Zentralen Ausschuß dem Bundestag unterbreitet und liegt dort zur Beratung vor. (siehe Anlage I). Lt. ZA-Beschluß sollten die Regionalausschüsse noch vor Ostern dem Petitionsausschuß die ihnen vorliegenden Petitionslisten mit einem Begleitbrief zusenden. Der Brief sollte auf den ZA-Brief Bezug nehmen und die Zahl der jeweils beigefügten Unterschriften angeben. Durchschläge dieser RA-Briefe sollten an den ZA gehen.

Danach haben bisher folgende Regionalausschüsse Petitionslisten an den Bundestag geschickt: RA Bayern-Süd, RA Baden/Pfalz/Saar, Hessischer Ausschuß, RA-Berlin, RA Württemberg/Bodensee. Ich bitte alle Regionalausschüsse, die noch ausstehenden Listen einzusammeln und diese an den Petitionsausschuß zu senden. Diese Sache sollte - damit wir uns nicht lächerlich machen - bis spätestens 30.6.1965 erledigt sein. Durchschläge bitte an die Geschäftsstelle.

- IV. Schreiben Sie der Geschäftsstelle Erfahrungsberichte
- + wie Sie erfolgreich für die IZA werben konnten;
 - + mit welchen guten Ideen Sie Ihre finanzielle Situation verbessern konnten;
 - + wie Sie die Unterzeichner des Ostermarschaufrufes 1965 besser in die Arbeit einbeziehen konnten;
 - + wie Sie die Basis und Aktivität Ihres Ausschusses verbreitern konnten.

Ihre guten Erfahrungen sollten auch den anderen Ausschüssen bekannt werden und weiterhelfen.

- V. Die Mitglieder des ZA und die Kuratoren merken sich bitte den 19./20. Juni 1965 für die nächste ZA-Sitzung vor.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Geschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4, 18. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

Anlage I zum RUNDBRIEF Nr. 1

ED 718-24-126

A b s c h r i f t

An den
Bundestagsausschuß für Petitionen
z.Hd. Frau Helene Wessel MdB

53 Bonn
Bundeshaus

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete Wessel,

die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Zentraler Ausschuß - unterbreitet Ihnen als der Vorsitzenden des Ausschusses für Petitionen im Deutschen Bundestag folgende Petition, die inzwischen die Unterstützung von mehr als 100 000 unterzeichnenden Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gefunden hat. Die Petition lautet:

Die Voraussetzungen für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

Wir bitten deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am sichersten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

Wir bitten deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

Wir bitten deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Wir erlauben uns, darauf aufmerksam zu machen, daß die Petition neben der Vielzahl der unterzeichnenden Bürger der Bundesrepublik auch von prominenten und bekannten Persönlichkeiten in unserem Lande unterstützt wird; u.a. von Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Dr. Hans Magnus Enzensberger, Max von der Grün, Dr. Robert Jungk, Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD, Prof. Eugen Kogon, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller DD und Dr. Harry Pross.

Im Hinblick auf die Vielzahl der Unterzeichner bitten wir Sie, sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete Wessel, dafür Sorge zu tragen, daß sich der Deutsche Bundestag sehr eingehend mit dem politischen Anliegen der Petition beschäftigt. Wir hoffen sehr, daß es dem Deutschen Bundestag möglich sein wird - so wie es

bereits jetzt in Bezug auf unsere dritte Petitionsforderung nach Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung geschehen kann - uns auf die weiteren Forderungen und das Gesamtanliegen der Petition eine positive Entscheidung mitteilen zu können.

In Bezug auf die Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung erlauben wir uns, in den nächsten Wochen der Bundesregierung und Ihnen zur Kenntnisnahme unsere konkreten Vorstellungen und Wünsche über Aufgaben, Arbeitsweise und Kompetenzen der geplanten Abrüstungsbehörde zu unterbreiten.

Wir haben mit unseren Mitarbeitern und Unterausschüssen vereinbart, daß Ihnen die Unterschriften für die Petition in den nächsten Wochen übersandt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

gez.: Dr. Andreas Buro
Sprecher

gez.: Klaus Vack
Geschäftsführer

19. 5. 65

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

B e s t e l l z e t t e l

- Stück "Informationen zur Abrüstung" Nr. 21
DM 0,35/Stück, 8 Seiten DM
- Stück "Informationen zur Abrüstung" Nr. 22
DM 0,50/Stück, 12 Seiten DM
- Stück Broschüre "Bruderkrieg in Vietnam" mit
Beiträgen von Bertrand Russell und Gerhard
Grüning, sowie einigen Dokumenten, Preis: bis
5 Stück DM 1,50; bis 10 Stück DM 1,20; 11
Stück und mehr DM 1.-- DM
- Stück Pläne-Schallplatte mit OM-Liedern
"wir wollen dazu was sagen", 17 cm, M 33,
DM 8,50/Stück DM
- Stück "Es geht ums Leben! - Der Kampf gegen die
Bombe 1945 - 1965" herausgegeben von Günther
Heipp mit Beiträgen u.a. von Karl Barth, Albert
Einstein, Helmut Gollwitzer, Robert Jungk, Linus
Pauling, Bertrand Russell, Albert Schweitzer.
Broschürt, 232 Seiten, DM 6,80/Stück DM
- Stück Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!"
von Philip Noel-Baker, ca. 70 Seiten, DM 2,90/Stück
DM
- Stück Broschüre "Der große Marsch San Fran-
zisko - Moskau" von Rainer Steinweg, 28 Seiten,
DM 1.--/Stück DM
- Stück Informationsschrift über die Internationale
Konföderation für Abrüstung und Frieden, 16 Sei-
ten, in englischer Sprache, DM 0,50/Stück DM

Das Material ist zu liefern an: -----

Name und genaue Anschrift, Postleitzahl

Unterschrift

ED718-24-128



pressediens

nachrichten zur kampagne für abrüstung — ostermarsch der atomwaffen-
gegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Petition wegen Fotografieren an den Hessischen Landtag

Der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat am Montag, 17. Mai 1965 dem Hessischen Landtag eine Petition unterbreitet, in der der Landtag aufgefordert wird, zu überprüfen, ob die Maßnahmen des Verfassungsschutzes, der beim Ostermarsch 1965 aus der Polizeistation in Hofheim und aus dem Römer in Frankfurt die Teilnehmer an den Kundgebungen des Ostermarsches fotografiert hat, zu den legalen Befugnissen des Verfassungsschutzes gehören.

Der Landtag wird gebeten, die Maßnahme des Verfassungsschutzes zu verurteilen und zu beschließen, daß sämtliches Bildmaterial des Verfassungsschutzes von Demonstrationen und Kundgebungen der Kampagne für Abrüstung vernichtet wird, da diese Demonstrationen und Kundgebungen alle legal durchgeführt worden seien.

Der Petition haben sich u.a. folgende prominente hessische Bürger angeschlossen: Prof. Dr. Wolfgang Abendrot, Marburg; Stadtrat Walter Buckpesch, Offenbach; Gewerkschaftsbezirksleiter i.R. Wilhelm Buckpesch, Offenbach; Prof. Dr. Heinrich Düker, Marburg; Dr. h. c. Casimir Edschmid, Darmstadt; Landesjugendpfarrer Fritz Eitel, Darmstadt; Gewerkschaftsbezirksleiter Franz Fabian, Frankfurt; Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Herbert Faller, Frankfurt; Pfarrer i.R. Dr. Adolf Freudenberg, Bad Vilbel; Prof. Dr. H. M. Heinrich, Gießen; Prof. Dr. Reinhard W. Kaplan, Frankfurt; Gewerkschaftssekretär Julius Lehlbach, Frankfurt; Vorsitzender der IG Druck und Papier, Landesbezirk Hessen Max Melzer, Frankfurt; Gewerkschaftsredakteur Jakob Moneta, Frankfurt; Verleger und Chefredakteur Hans A. Nickel, Frankfurt; Schriftsteller Rudolf Rolfs, Frankfurt; Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes Helmut Schauer, Frankfurt; Prof. Dr. Karl Schlechter, Darmstadt; Regierungsassessor Dr. jur. Hans Peter Vogt, Wiesbaden.

(Der genaue Wortlaut der Petition ist diesem Pressediens ab-schriftlich beigelegt.)

Offenbach, 18. Mai 1965 - Vack

18. 5. 65

ED 718-24-129

Abschrift

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 17.5.1965
Postfach 648
Buchrainweg 161

An den
Hessischen Landtag

62 Wiesbaden

Betr.: Petition an den Hessischen Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die Stellungnahme des Landtagsabgeordneten Philipp Pleß wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß Beamte des Verfassungsschutzes aus der Polizeistation in Hofheim und aus dem Römer in Frankfurt die Teilnehmer an den Kundgebungen des Ostermarsches 1965 photographiert haben. Die Stellungnahme von Philipp Pleß und die große Zahl der Solidaritätserklärungen für den Landtagsabgeordneten zeigen, wie breit die Empörung aus allen Kreisen der Bevölkerung über diese Maßnahme ist. Dies dürfte dem Hessischen Landtag bekannt geworden sein.

Da der Hessische Innenminister, Heinrich Schneider, gegenüber der Öffentlichkeit die Maßnahmen des Verfassungsschutzes verantwortet hat, bitten wir den Hessischen Landtag, zu überprüfen, ob diese Maßnahmen zu den legalen Befugnissen des Verfassungsschutzes gehören, oder ob durch diese nicht vielmehr in der hessischen Verfassung garantierte Grundrechte verletzt werden.

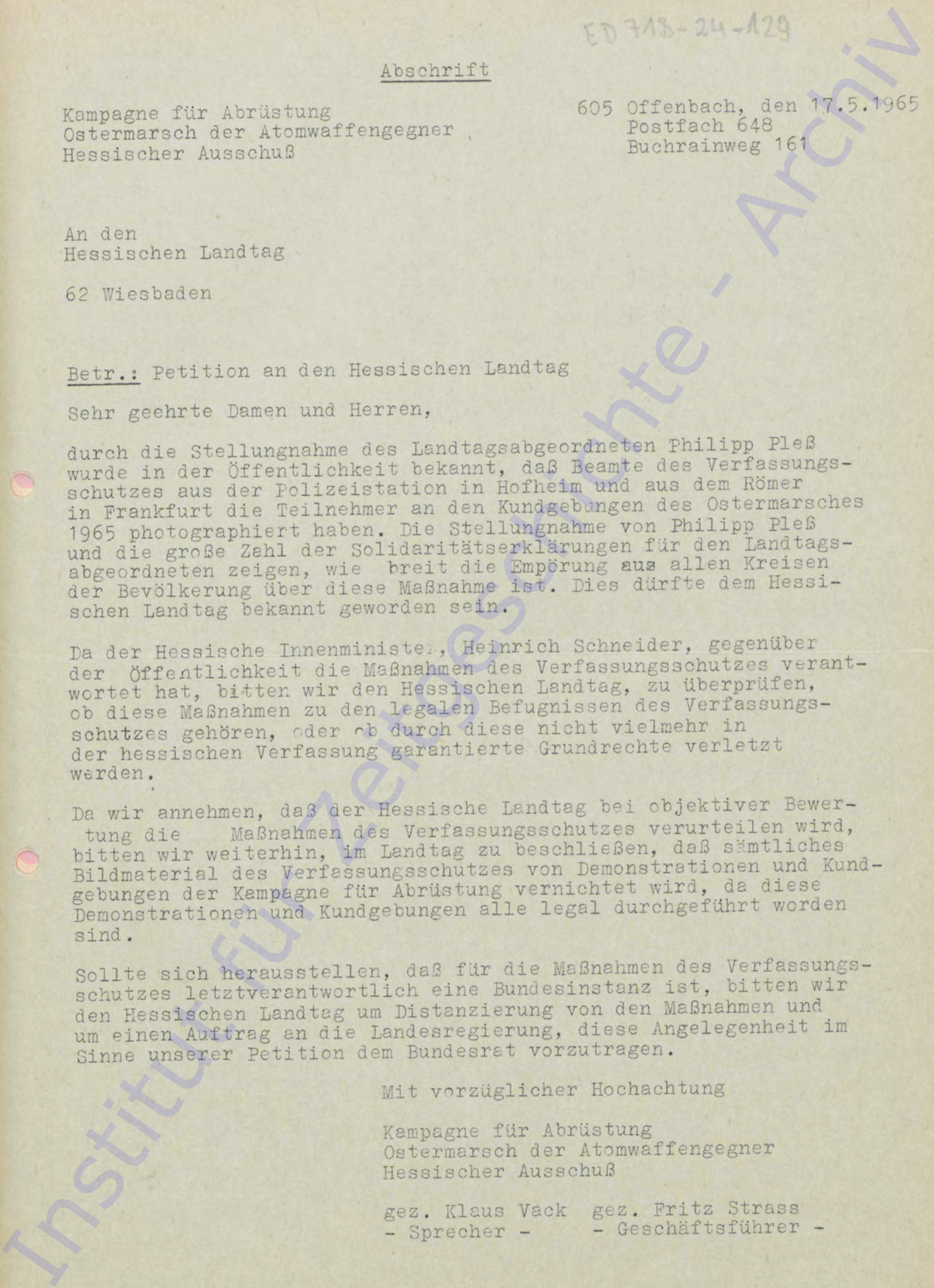
Da wir annehmen, daß der Hessische Landtag bei objektiver Bewertung die Maßnahmen des Verfassungsschutzes verurteilen wird, bitten wir weiterhin, im Landtag zu beschließen, daß sämtliches Bildmaterial des Verfassungsschutzes von Demonstrationen und Kundgebungen der Kampagne für Abrüstung vernichtet wird, da diese Demonstrationen und Kundgebungen alle legal durchgeführt worden sind.

Sollte sich herausstellen, daß für die Maßnahmen des Verfassungsschutzes letztverantwortlich eine Bundesinstanz ist, bitten wir den Hessischen Landtag um Distanzierung von den Maßnahmen und um einen Auftrag an die Landesregierung, diese Angelegenheit im Sinne unserer Petition dem Bundesrat vorzutragen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

gez. Klaus Vack gez. Fritz Strass
- Sprecher - - Geschäftsführer -



Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 13. Mai 1965
Postfach 648 Buchrainweg 161

15. 5. 65

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

ich lade Sie hiermit zur nächsten Sitzung des Hessischen Ausschusses für Mittwoch, 19. Mai 1965, 18,30 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt, ein.

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Finanzielle Situation
2. Aktionsprogramm bis Herbst 1965
3. Aktivierung der Örtlichen Ausschüsse
4. Auktion für Abrüstung
5. Die zurück liegenden Schwierigkeiten mit der Polizei
6. HA - Sitzung am 17.6.1965 und
ZA - Sitzung am 19./20.6.1965
7. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

ED 718-24-131

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 13. Mai 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

15. 5. 65

Betr.: Vietnam-Demonstration

Liebe Freunde,

wir schreiben Sie heute noch einmal an, weil unsere Liste mit den Adressen jener Leute, die im Anschluß an die Vietnam-Demonstration vorübergehend festgenommen wurden, und auch der Zeugen hierzu recht unvollständig ist.

Bitte teilen Sie uns, soweit dies noch nicht geschehen, alle Namen und Adressen mit, die Ihnen als vorübergehend Festgenommene oder auch als Zeugen bekannt sind.

Außerdem möchten wir Sie noch einmal recht herzlich um Berichte bitten über die Ihnen bekannten Vorgänge, um Demonstration und Festnahme und soweit Sie polizeilich auch vernommen wurden, auch hierzu.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Übersetzung von MAURER vom 9. 5. 65

von EMPFANGS-SEKRETÄR, London,
an KAMPAGNE F A

ED 718-24-132
vom 4. 5. 65

Liebe Freunde,

anbei Information für die Abordnungen zum NATO-Rat-Tagung am 11. Mai
Ich hoffe bestimmt, daß Sie einige Leute schicken können.

Alle ausländischen Abordnungen die kurz vor 12.00 Uhr am 11. Mai
ankommen, sollten direkt gehen zu

Piccadilly-Räume im Piccadilly-Hotel am Piccadilly-Circus
(=Platz))

Dort werden sie von Frau Ann KERR MP empfangen werden, die sich
auch bereiterklärt hat, die ausländischen Delegationen zur NATO-
Rats-Sitzung nach Lancaster House zu bringen.

Um 16.30 Uhr wird eine Pressekonferenz mit Tee im Piccadilly-Hotel
sein.

Um 18 Uhr wird im Unterhaus im Großen Versammlungsraum eine Konferenz
über "Alternativen zu den Militärblöcken" sein.

Bitte laßt uns sofort von Euren Plänen wissen, so daß wir Eure Zeit
hier bestmöglich verplanen können.

Fünf US-Frauen von WISP werden hierher kommen.

In der Hoffnung, eine große westdeutsche Delegation begrüßen zu
können,

Ihre ergebene

HETTY VORHAUS

PRESSEDIENST vom 3. Mai 65 - sofortige Veröffentlichung -

Eine Gruppe amerikanischer Frauen, die an der großen Vietnam-Demon-
stration in Washington am 17. April teilgenommen haben, kommen nach
London, um dem NATO-Rat, der britischen Öffentlichkeit und der Presse
zu sagen, was die Amerikaner über den Krieg in Vietnam denken.

Sie werden zusammentreffen mit Friedensdelegationen aus Westdeutsch-
land, Frankreich und anderen NATO-Ländern, einschl. England, während
zweier Stunden intensiver Lobbyarbeit im Lancaster House am Dienstag,
11. Mai.

Sie werden während des Tages ... von den Nachstehenden empfangen:

((siehe Namen im englischen Original))

Die Abendsitzung über "Alternativen zu den Militärblöcken" wird im
Unterhaus stattfinden, beginnende um 18 Uhr. Zuvor wird eine Presse-
konf. im Picc.H. sein. Die Presse ist höflich zu 16.30 Uhr eingeladen
Hetty Vorhaus, Empfangs-Sekretär,

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des hessischen Ausschusses am 3.5.65
in Frankfurt

7.5.65

Anwesend: Amann, Winkler, Malkomes, Arlt, Karl Becker,
Dr. Schenck, Andres, Segall, Moritz, Halberstadt,
Weick, Egon Becker, Strass

es fehlten entschuldigt: Gerd Müller, Klaus Vack

es fehlten: Klaus Eskuche, Herbert Faller, Rudolf Farr, Horst
Maurer.

Tagesordnung

- 1) Bilanz zum Ostermarsch 1965
- 2) OM-Seminar
- 3) Auktion für Abrüstung
- 4) nächste Planungen
- 5) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Der hessische Ausschuß diskutiert ausführlich über die Resonanz des Ostermarsches nach außen (z.B. Gewerkschaften, SPD, Presse) und nach innen (Teilnehmerstruktur, Bewußtsein der Teilnehmer). Dabei ergibt sich eine Grundsatzdiskussion über die Funktion der Kampagne für Abrüstung in der Gesellschaft und über die Funktion des Ostermarsches als Aktion der Kampagne für Abrüstung. Die Diskussion, die nicht abgeschlossen wurde, soll weitergeführt werden.

Zu Punkt 2 der TO

Der h.A. beschließt, vom 17.-20.6.65 in Offenbach ein Ostermarsch-Seminar zu veranstalten, das sich u.a. mit der bisherigen Politik der Kampagne, ihrer Selbsteinschätzung usw. befassen soll.

Egon Becker und Fritz Strass werden vom h.A. mit der weiteren Vorbereitung dieses Seminars, das von der Naturfreundejugend finanziert wird, beauftragt.

Zu Punkt 3 der TO

Unter Umständen kann die Auktion für Abrüstung im Gemeindesaal der St.Pauls-Gemeinde in Ffm. stattfinden. Die Ausstellung soll vom 20.-22.5., die Auktion am 22.5. stattfinden.

Falls die Belegung des Gemeindesaales nicht möglich ist, wird sich Norbert Winkler um einen geeigneten Raum bei der Rudolf-Steiner-Schule bemühen.

Zu Punkt 4 der TO

4.1 Polizeiflugblatt - Dem hA. wurde mittlerweile der dritte verbesserte Entwurf für einen offenen Brief an die frankfurter Polizeibeamten vorgelegt. Der hA hält es mittlerweile jedoch nicht mehr für sinnvoll, diesen Brief zu verteilen, da zuviel Zeit seit dem aktuellen Anlaß vergangen ist.

Der Brief soll jedoch dem Personrat der Polizei, sowie der ÖTV zugestellt werden.

4.2 Vietnam - Die Situation in Vietnam spitzt sich immer mehr zu, so daß eine Aktivität in dieser Beziehung unbedingt notwendig ist.

Der hA diskutiert die Möglichkeiten einer öffentlichen Diskussion mit Vertretern des amerikanischen Generalkonsulates. Edgar Weick wird beauftragt, mit Ulla Illing (Seminar für Politik, Frankfurt) zu sprechen und nach Möglichkeit zu vereinbaren, daß vom Seminar für Politik eine derartige öffentliche Diskussion stattfindet. Zu dieser Diskussion würde dann die Kampagne für Abrüstung aufrufen.

Zu Punkt 5 der TO

Ein Termin wurde für die nächste Sitzung wurde nicht festgelegt.

Pfarrer Andres berichtet, daß verschiedene Personen an dem Ostermarschlied von Wolf Biermann, gesungen auf dem Römerberg, Anstoß genommen haben. Der hess. Ausschuß ist ebenfalls der Ansicht, daß dieses Lied an dieser Stelle und in dieser Weise vorgetragen, deplaciert war. Da jedoch sämtliche Mitglieder der Marschleitung mit wichtigen organisatorischen Arbeiten beschäftigt waren, konnte dieser Sache nicht die notwendige Aufmerksamkeit gegeben werden.

605 Offenbach, den 5.5.65
Buchrainweg 161

Für die Protokollführung:
Fritz Strass



Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuf, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

ED 718-24-134

Neue Adresse:
605 Offenbach 4, Postfach 648
Buchrainweg 161, Telefon 88 60 51/ 52

P R E S S E M I T T E I L U N G

3. 5. 65

Weitere Unterstützung für die Kritik des SPD-Landtagsabgeordneten Philipp Pleß an den Praktiken des hessischen Verfassungsschutzes

Nachdem durch Presse, Rundfunk und Fernsehen die Kritik des SPD-Landtagsabgeordneten Philipp Pleß an den "Heckenschützenmethoden" des hessischen Verfassungsschutzes bekannt geworden waren, häufen sich nach wie vor die zustimmenden Stellungnahmen und Solidaritätserklärungen für Philipp Pleß.

Der frankfurter Gewerkschaftsredakteur Jakob Moneta erklärte, der Mut von Philipp Pleß haben anderen Mut gemacht. Moneta gab der Hoffnung Ausdruck, daß bei kommenden Demonstrationen gegen atomare Aufrüstung und gegen den Vietnamkrieg sich so viele daran beteiligen, daß die Räumlichkeiten des Verfassungsschutzes für Fotoalben nicht mehr ausreichen.

Der wiesbadener Jurist Dr. Hans-Peter Vogt erklärte: "Das Schicksal unserer jungen Demokratie entscheidet sich in der Situation, in der Grundrechte und demokratische Institutionen fast täglich von getarnten Mächten ausgehöhlt werden allein dadurch, daß Menschen die drohende Gefahr der völligen Entdemokratisierung erkennen und die Kraft besitzen, im Kampf um den Erhalt der Demokratie dem Fortschreiten dieser Mißstände Einhalt zu gebieten, solange es noch an der Zeit ist. Philipp Pleß hat in den vergangenen Tagen durch seine offen ausgesprochene und anklagende Kritik diese Größe gezeigt, die die Solidarität aller um den Bestand der Demokratie besorgten Menschen erfordert."

Der Bundesvorstand des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer weist in einer Stellungnahme darauf hin, daß die "Heckenschützenmethoden" der Verfassungsschutzbeamten keineswegs nur auf den diesjährigen Ostermarsch der Atomwaffengegner und auf das Land Hessen beschränkt seien, sondern daß Kriegsdienstverweigerer bei fast allen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit bereits seit Jahren von den Beamten der politischen Kriminalpolizei und des Amtes für Verfassungsschutz fotografiert und registriert worden seien. Die Tatsache, daß Staatsbürger überwacht und bei legalen politischen Veranstaltungen einzeln registriert würden, diene offenbar nicht dem Interesse des Schutzes der Demokratie, sondern der Einschüchterung freier Staatsbürger.

Der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) begrüßt ebenfalls die Kritik von Philipp Pleß und bezeichnete das Vorgehen des hessischen Verfassungsschutzes als eine Verletzung der verfassungsrechtlich garantierten Persönlichkeitsrechte. Der

SDS stellte weiter fest: "Wir sehen die Art der Rechtfertigung dieser Übergriffe durch den hessischen Innenminister Heinrich Schneider im Zusammenhang mit den vielen Versuchen, alle Bemühungen um politische Alternativen zur gegenwärtigen - vom Kartell der Parteien verteidigten - offiziellen Politik im Schutz eines stereotypen Antikommunismus durch Diffamierung zu erstickten. Wir sind zudem der Auffassung, daß die unverbindliche Stellungnahme des frankfurter Oberbürgermeisters Prof. Brundert, er sei über die kritisierten Maßnahmen erst nachträglich informiert worden der Tragweite der Vorgänge nicht gerecht wird; vielmehr hätte der Oberbürgermeister dafür Sorge zu tragen, daß die ihm verantwortlichen Beamten, welche die verfassungswidrige Aktivität der politischen Polizei erst ermöglichten, aufgrund einer öffentlichen Untersuchung zur Rechenschaft gezogen werden."

Offenbach (Main), 3. Mai 1965 - Strass

814
ED 748 264 135
Horst MAURER

6 Frankfurt-Schwanheim, 2. 5. 65

Am Ruhestein 43 II

Telefon 35 03 33

Frl.

Käthe REUSCHER

6 Frankfurt 1

Adickesallee 29

Sehr geehrtes Fräulein Reuscher, wertest Fräulein Schroedter, nach meinem kürzlichen Telefonat darf ich mich heute nochmals auf diesem Weg für Ihren Brief vom 19. April bedanken - und besonders für die lebenswürdige und großzügige Spende von DM 20,- für die "Kampagne für Abrüstung". Bitte finden Sie anbei zehn "Förderbons" von je DM 2,- Wert, mit anhängender Postkarte, als Quittung für Ihre Spende (und Beweis der ordentlichen Verwendung durch mich). Ich bin Ihnen für Ihre Hilfe sehr dankbar - ebenso wie für Ihr Verständnis für diese Sache sowie meine Bemühungen hierum. Gerade von Menschen Ihrer Generation findet man leider oft nicht das richtige Verständnis für eine Arbeit, die sich für Frieden auf der ganzen Welt und Freundschaft mit allen Menschen - in West und Ost - einsetzt. Und der Sinn und der Wesensgehalt einer Demokratie ist in diesem unserem heutigen Deutschland leider noch viel zu wenig bekannt und vielleicht auch zu wenig gewollt, als daß eine Gruppe von Bürgern, die in lebenswichtigen Fragen - der Aufrüstung - nicht einer Meinung mit der Regierung sind, diese abweichende Meinung auch vollkommen ungehindert ausdrücken dürfte. Sofort wird solchen Bürgern "von oben her" einfach unterstellt, "Handlanger des Ostens" und Kommunisten zu sein. Das hat man gerade diese Ostern wieder gesehen, als die Teilnehmer des "Ostermarsches" ganz pauschal mit diesen Vorwürfen bedacht worden sind, selbst in unserem SPD-Land Hessen. Ein immer wiederkehrender Vorwurf ist auch, daß die Arbeit der "Kampagne für Abrüstung/Ostermarsch" "vom Osten" Geld bekäme - wir fordern demgegenüber immer wieder dazu auf, doch unsere Buchführung einzusehen, aus der hervorgeht, daß all die vielen einzelnen Bürger, die für die Abrüstung eintreten, selbst mit kleinen und kleinsten Spenden alle Flugblätter und alle organisatorische Arbeit finan-

Bitte wenden!

zieren. Und daher bin ich besonders erfreut, auch Ihnen für Ihre Hilfe danken zu können.

Ich darf Ihnen für die Zukunft alles Gute wünschen und verbleibe

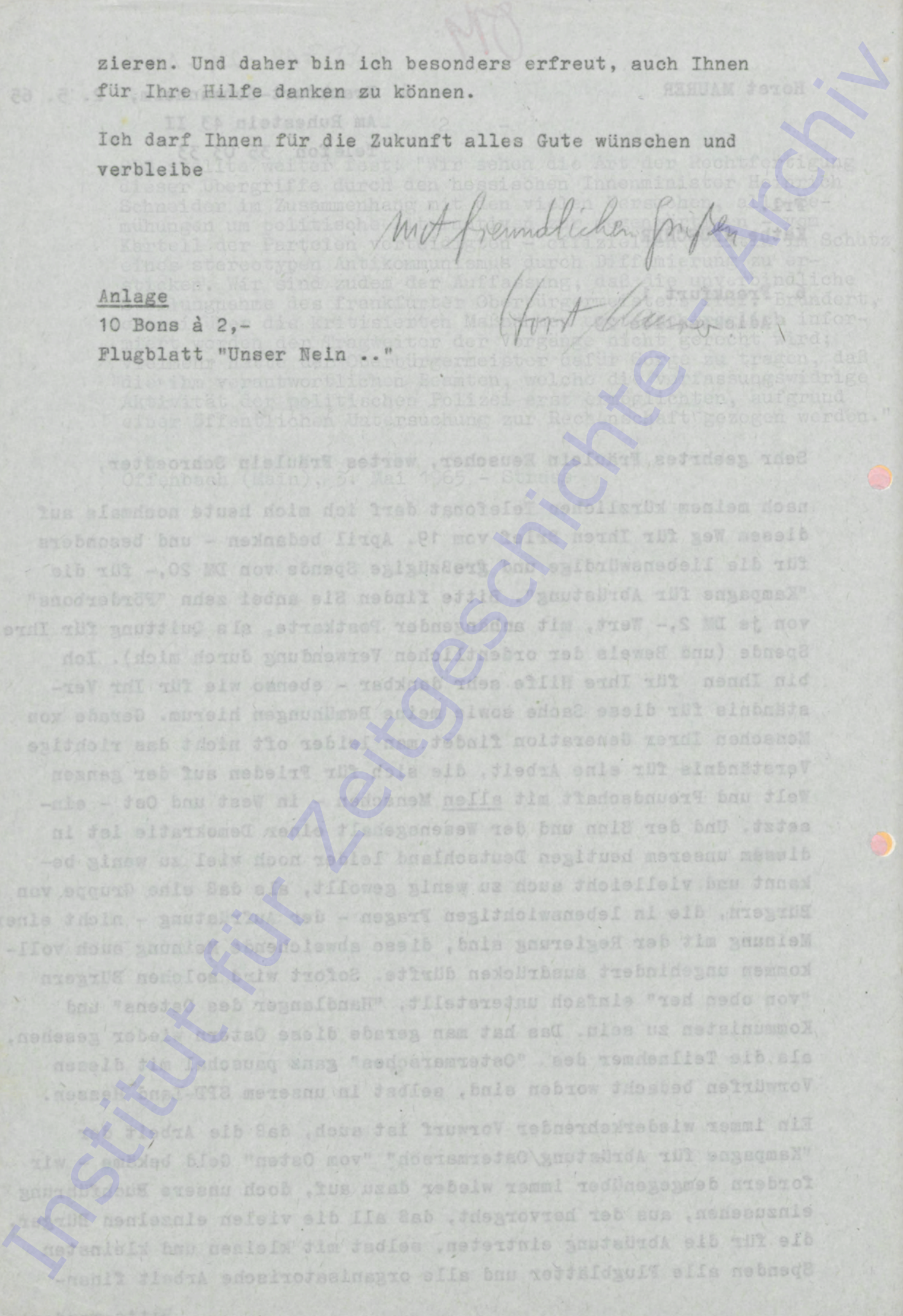
Mit freundlichen Grüßen

Hort Blum

Anlage

- 10 Bons à 2,-
- Flugblatt "Unser Nein ..."

Sehr geehrtes Fräulein Keschner, wertes Fräulein Keschner,
nach meinem kürzlichen Telefonat darf ich mich heute nochmals auf
diesem Weg für Ihren Brief vom 19. April bedanken - und besonders
für die lebenswichtigen und großzügigen Spenden von DM 20,- für die
"Kampagne für Abrüstung". Bitte finden Sie anbei zehn "Förderbons"
von je DM 2,- Wert, mit entsprechender Postkarte, als Guttung für Ihre
Spende (und Beweise der ordentlichen Verwendung durch mich). Ich
bin Ihnen für Ihre Hilfe sehr dankbar - ebenso wie für Ihre Ver-
ständnis für diese Sache sowie meine Bemühungen hierin. Gerade von
Menschen Ihrer Generation lastet man leider oft nicht das richtige
Verständnis für eine Arbeit, die sich für Frieden auf der ganzen
Welt und Freundschaft mit allen Menschen - in West und Ost - ein-
setzt. Und der Sinn und der Wesensgehalt dieser Demokratie ist in
diesem unseren heutigen Deutschland leider noch viel zu wenig be-
kannt und vielleicht auch zu wenig gewollt, als daß eine Gruppe von
Bürgern, die in lebenswichtigen Fragen - der Abrüstung - nicht einer
Meinung mit der Regierung sind, diese abweichende Meinung auch voll-
kommen ungehindert ausdrücken dürfte. Sofort wird solchen Bürgern
"von oben her" einfach untersagt, "Händlanger des Satens" und
Kommunisten zu sein. Das hat man gerade diese Ostern leider gesehen,
als die Teilnehmer des "Ostermarsches" ganz pauschal mit diesen
Vorwürfen bedacht worden sind, selbst in unserem SPD-Landesparlament.
Ein immer wiederkehrender Vorwurf ist auch, daß die Arbeit der
"Kampagne für Abrüstung/Ostermarsch" vom Ostern Geld bekomme wie
fordern gegenseitig immer wieder dazu auf, doch unsere Beziehungen
einander, aus der hervor geht, daß all die vielen einzelnen
die für die Abrüstung eintreten, selbst mit kleinen und kleinsten
Spenden alle Flugblätter und alle organisatorische Arbeit finanzieren



Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 26. April 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648

29. 4. 65

ED 718-24-136

Liebe Freunde,

nach dem Erfolg des Ostermarsches 1965 wollen wir auch weiter für unsere Ziele und Forderungen tätig sein. Bitte nehmen Sie die nachstehenden Informationen zur Kenntnis.

1. Am Vorabend zum 1. Mai veranstaltet die frankfurter Gewerkschaftsjugend eine Demonstration mit anschließender Kundgebung unter dem Motto

"Jugend in der Demokratie".

Die Demonstration beginnt am 30.4.1965, 20 Uhr vor dem Opernplatz. Bei der Kundgebung um 21,30 Uhr im Gewerkschaftshaus spricht der Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Chemie, Franz Fabian.

2. Die DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Frankfurt beginnt um 10,30 Uhr und findet auf dem Römerberg statt. Es spricht Adolph Kunnernuss, ehemaliger Bundesvorsitzender der Gewerkschaft OTV, der unter anderen den Aufruf zum Ostermarsch 1965 unterzeichnet hat.

Wenn Sie an diesen oder an weiteren Mai-Kundgebungen der Gewerkschaft teilnehmen, vergessen Sie bitte nicht das große Ostermarschabzeichen.

3. Zum 20. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und damit der Beendigung des zweiten Weltkrieges soll von mehreren Jugend- und VStudentenverbänden veranstaltet in der Paulskirche eine Kundgebung stattfinden und zwar am 8. Mai 1965. Es werden sprechen:

Probst D.Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Wolfgang Abendroth.

Nähere Informationen (vor allem über die Uhrzeit) bitten wir, den Tageszeitungen zu entnehmen.

4. Wir haben bereits früher bekannt gegeben, daß die Petition an den Deutschen Bundestag nach Ostern 1965 abgeschlossen wird. Wir bitten Sie, alle Unterschriften - auch wenn die Listen nicht voll sind - bis spätestens 20. Mai 1965 an die Geschäftsstelle zu geben.

5. Wir planen ein Zeitungsflugblatt mit den wichtigsten Reden, die beim Ostermarsch - nicht nur in Hessen - gehalten wurden. Es wurde von den Kundgebungsrednern sehr viel Richtiges und Wichtiges gesagt. Leider hat der Regen oft die Aufmerksamkeit der Kundgebungs-

Bestellzettel an Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß - 605 Offenbach 4 - Postfach 648

Für den Fall, daß ein Zeitungsflugblatt mit Ostermarsch-Reden hergestellt wird, bestelle ich 50 Stück zum Preis von DM 5.--.

Name: -----

Adresse: -----

(Bitte Name und Adresse gut leserlich schreiben)

teilnehmer beeinträchtigt und viele waren überhaupt zu Hause geblieben. Es ist wichtig, daß wir unseren Mitmenschen gerade einen Teil dessen zur Kenntnis bringen, was bei den Ostermärschen 1965 gesagt wurde. Wir bitten daher jeden für DM 5.-- von diesen Zeitungsflugblättern 50 Stück beim Hessischen Ausschuß zu bestellen und zwar möglichst bis zum 10. Mai 1965. Wenn genügend Bestellungen eingehen, stehen die Reden bis Ende Mai zur Verfügung. Von Vorauszahlungen bitten wir Abstand zu nehmen, denn wir können erst entscheiden ob das Zeitungsflugblatt gedruckt werden kann, wenn die Bestellungen vorliegen.

6. Der Ostermarsch 1965 hat uns durch den dreitägigen Regen u.a. auch finanziell in große Schwierigkeiten gebracht. Während der ersten beiden Tage hatten wir so gut wie keine Einnahmen an Spenden etc., erst die Römerberg-Kundgebung zeigte ein u.a. auch finanziell gutes Ergebnis. Selbstverständlich waren die Unkosten für den diesjährigen Marsch durch das verregnete Wetter besonders hoch.

Wir bitten Sie deshalb, liebe Freunde, auch jetzt nach Ostern noch einmal alles zu tun, damit die Kampagne schnell von den hohen Schulden herunterkommt. Jeder sollte vor Pfingsten noch einmal in die Geldbörse greifen und finanziell das tun, was in seinen Kräften steht.

7. Eine große Zahl unserer Freunde müssen wir noch einmal an die Fördererbons erinnern. Wir sandten Ihnen vor Ostern 5 dieser Bons im Werte von DM 10.--. Bitte zahlen Sie diesen Betrag so bald wie möglich. Bedenken Sie auch, daß gerade jetzt, kurz nach Ostern, viele der politischen Förderer der Kampagne, die nicht unsere ständigen Informationen erhalten und deshalb auch die finanziellen Sorgen nicht so gut kennen wie Sie, gerne bereit sind, Ihnen einen Fördererbon abzunehmen, wenn sie darum gebeten werden.

Und noch einmal, damit Sie es nicht vergessen:

Postscheckkonto Frankfurt 57 648
Bankkonto Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach, Nr. 740 294.

8. Zu den vielen Schwierigkeiten, die wir in den letzten Wochen vorwiegend mit den Polizeibehörden hatten und über die erfreulicherweise ein Teil der Presse objektiv die Öffentlichkeit informiert hat, werden wir in den nächsten 14 Tagen eine Dokumentation zusammenstellen, die wir Ihnen dann zusenden werden.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Klaus Vack
Sprecher

gez.: Fritz Strass
Geschäftsführer

ED 718-24-137

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach 4, 26. April 1967
Buchrainweg 161 Postfach 648

29. 4. 65

Liebe Freunde,

an anderer Stelle berichten wir von unseren finanziellen Sorgen. Für den Fall, daß Sie gerne eine gute Flasche Wein trinken, bitten wir Sie, zu prüfen, ob Sie von den in beigefügter Weinkarte angebotenen Weinen etwas bestellen können, denn:

wir erhalten von Herrn Hans J. Nierstheimer auf alle Weinkäufe, die wir vermitteln eine Spende von 20 % der Rechnungssumme.

Deshalb bitten wir auch, alle Bestellungen an die Geschäftsstelle des Hessischen Ausschusses zu geben; wir werden diese dann unverzüglich an das Weingut Nierstheimer weiterleiten. Die 20 %-Regelung ist nicht nur für heute, sondern gilt auch in Zukunft. Wenn Sie sich also erst später für eine Bestellung entscheiden können, kommt uns dies auch noch zugute.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Klaus Vack
Sprecher

gez.: Fritz Strass
Geschäftsführer

Bestellung an den Hessischen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung
605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich bestelle folgende Weine aus dem Weingut Nierstheimer:

- Flaschen Wein Nr. 1 Gau - Odernheimer Rotwein a DM 2.40
- " Wein Nr. 2 Gau - Odernheimer Sonnheil a.DM 2.80
- " Wein Nr. 3 Oppenheimer Krötenbrunnen a DM 3.00
- " Wein Nr. 4 Niersteiner Domtal a DM 3.20
- " Wein Nr. 5 Nacker Ahrenberg a DM 4.00
- " Wein Nr. 6 Nacker Ahrenberg a DM 4.20
- " Wein Nr. 7 Nacker Ahrenberg a DM 4.50
- " Wein Nr. 8 Nacker Ahrenberg a DM 5.50
- " Wein Nr. 9 Nacker Ahrenberg a DM 7.00
- " Wein Nr. 10 Gau - Odernheimer Lettenkaut a DM 12.00

Name: -----

genaue Anschrift: -----

(Bitte deutlich und leserlich ausfüllen!)

ED 718-24-138

WEINKARTE

HANS J. NIERSTHEIMER

Weingut und Naturweinversand

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Sehr verehrte Dame,
sehr geehrter Herr!

Die Ihnen vorliegende Weinkarte will Ihnen bei der Auswahl eines guten Tropfens helfen.

Die reinen und gepflegten Kreszensen, die ich Ihnen aus eigener Kellerei anbiete, finden gewiß auch Ihre Anerkennung. Ob Sie milde Lieblichkeit oder kernige Herbheit bevorzugen, mein reichhaltiges Lager wird dem verwöhntesten Geschmack gerecht.

Folgende Weine empfehle ich Ihrer Aufmerksamkeit:

1. 1963er Gau - Odernheimer Rotwein
fruchtig, kräftig DM 2.40
2. 1964er Gau - Odernheimer Sonnheil
Silvaner (körnig, herb) DM 2.8
3. 1963er Oppenheimer Krötenbrunnen
Riesling und Silvaner
(spritzig, mild) DM 3.00
4. 1963er Niersteiner Domtal
Riesling und Silvaner, Spät-
lese (mild, edel) DM 3.20
5. 1963er Nacker Ahrenberg
Scheurebe, Spätlese
(elegant, würzig) DM 4.00
6. 1962er Nacker Ahrenberg
Scheurebe, Spätlese
(kräftig, harmonisch) DM 4.20
7. 1962er Nacker Ahrenberg
Siegerrebe, Spätlese
(aromatisch, voll) DM 4.50

8. 1962er Nacker Ahrenberg
Riesling und Traminer, hochfeine
Spätlese
(wuchtig, edel) DM 5.50
9. 1962er Nacker Ahrenberg
Riesling und Traminer
Auslese (Sonne im Glas) DM 7.00
10. 1964er Gau - Odernheimer Lettenkaut
St. Nikolauswein
Beerenauslese (aus überreifen
Beeren am 6. Dez., 8 Wochen
nach der allgem. Lese, ge-
erntet) DM 12.00

Sämtliche Weine sind Originalabfüllungen, d.h. naturreine, im eigenen Betrieb erzeugte und abgefüllte Qualitätsweine.

Es würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Urteil über die eine oder andere Sorte mitteilen würden, damit ich u.U. noch mehr Ihren Wünschen entsprechen kann.

Sämtliche Freise verstehen sich incl. Glas, Verpackung und Versand frei Bahnstation des Bestellers.

Der Versand erfolgt per Nachnahme in 12er und 25er Kartons.

Bei Rückgabe des Leerguts schreibe ich für die 12er Kartons DM 4,00, für die 25er Kartons DM 6,00 gut. Der Betrag wird bei der nächsten Sendung angerechnet.